

STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN

FACHSERIE **A**

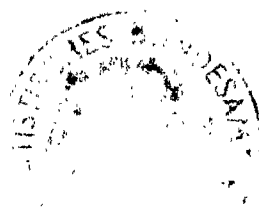
BEVÖLKERUNG UND KULTUR

Reihe 8

Wahl zum 7. Deutschen Bundestag am 19. November 1972

Heft 9

Textliche Auswertung der Wahlergebnisse



VERLAG W. KOHLHAMMER, STUTTGART UND MAINZ
Bestellnummer: 200800 — 720009

Vorwort

Mit dem vorliegenden Heft wird die Veröffentlichung der Ergebnisse der Wahl zum 7. Deutschen Bundestag am 19. November 1972 abgeschlossen. Damit sind in der Fachserie A Bevölkerung und Kultur, Reihe 8: Wahl zum 7. Deutschen Bundestag am 19. November 1972 nunmehr folgende Hefte erschienen:

1. Ergebnisse früherer Bundestags- und Landtagswahlen nach Ländern,
2. Strukturdaten für die neuen Bundestagswahlkreise,
3. Vergleichszahlen aus der Bundestagswahl 1969 für die neuen Bundestagswahlkreise,
4. Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen,
5. Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen,
6. Allgemeine Wahlergebnisse nach Wahlkreisen, Sitzverteilung und Abgeordnete,
7. Wahlergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen,
8. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter,
9. Textliche Auswertung der Wahlergebnisse.

Die Hefte 1 bis 3 dienten der Vorbereitung der Wahl, die Hefte 6 bis 9 enthalten die ausführlichen Wahlergebnisse. Außerdem ist — wie schon bei den früheren Wahlen — vor der Wahl ein Verzeichnis sämtlicher Wahlbewerber erschienen.

Das Textheft hat zum Ziel, die Rechtsgrundlagen der Wahl, die Ergebnisfeststellung und die Wahlergebnisse zu erläutern. Zur Analyse der Wahlergebnisse standen zunächst die Unterlagen des Bundeswahlleiters zur Verfügung, in denen die von den Wahlorganen (Wahlvorstände, Kreiswahlausschüsse, Landeswahlausschüsse, Bundeswahlausschuß) festgestellten endgültigen Wahlergebnisse für das Wahlgebiet, die Länder, die Wahlkreise, die Gemeinden und Wahlbezirke nachgewiesen sind. Darüber hinaus konnte auf die Ergebnisse der repräsentativen Bundestagswahlstatistik 1972 zurückgegriffen werden, bei der auf Stichprobenbasis — wie schon seit 1953 — die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter festgestellt wurden. Dieses Material diente zugleich für Untersuchungen über das Wahlverhalten in Stadt und Land und nach der Religionszugehörigkeit der Bevölkerung.

Der Veranschaulichung dienen zahlreiche Texttabellen und Schaubilder. Ferner wird auf die im Selbstverlag der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn - Bad Godesberg, Michaelstraße 8 erschienene „Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 7. Bundestag der Bundesrepublik Deutschland“ aufmerksam gemacht.

In den Anhang wurden gegenüber 1965 — auf Grund der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 ist das Heft 9 zur Bundestagswahl 1969 nicht erschienen — neu aufgenommen:

eine Tabelle mit den Ergebnissen der Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler, der Briefwähler und der Wähler insgesamt nach Wahlkreisen 1972,

eine Tabelle mit den Ergebnissen der Stimmabgabe in den Ländern 1972 nach Gemeindegrößenklassen,

eine Tabelle mit den Ergebnissen der Stimmabgabe in den Ländern 1972 nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden.

Der Inhalt dieser 3 Tabellen hätte auch in die Hefte 6 und 7 aufgenommen werden müssen, was aber wegen des späten Anfalls des Zahlenmaterials nicht mehr möglich war.

Quellennachweise der vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern herausgegebenen Veröffentlichungen mit Ergebnissen der Bundestagswahlen, Landtagswahlen und Kommunalwahlen sind des großen Umfangs wegen nicht mehr in die Hefte der Fachserie A, Reihe 8 aufgenommen worden. Solche Quellennachweise können in hektographierter Form vom Statistischen Bundesamt, Abt. VII bezogen werden.

Diese Veröffentlichung wurde in der Abteilung „Bevölkerungsbewegung, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Sozialleistungen“ des Abteilungspräsidenten Dr. Schwarz in der Gruppe des Regierungsdirektors Schwenk bearbeitet.

Wiesbaden, im Dezember 1975

Dr. Hildegard Bartels
Präsidentin des Statistischen Bundesamtes

Statist. Bundesamt - Bibliothek



13-01306

Inhalt

	Seite
Vorwort	2
I. Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung	
A. Allgemeine Rechtsgrundlagen und Wahlsystem	
1. Wahlsystem	6
2. Wahlkreiseinteilung und Abgeordnetenzahl	7
3. Stimmzettel und Wahlvorschläge	8
4. Wahlrecht und Wählbarkeit	12
B. Rechtsgrundlagen und Durchführung der besonderen Wahlstatistik	13
C. Wahlorgane und Ergebnisfeststellung	13
II. Ergebnisse	
A. Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung	
1. Wahlberechtigte und Wähler	17
2. Wahlbeteiligung	22
B. Ungültige Stimmen	31
C. Gültige Erststimmen	34
D. Gültige Zweitstimmen	
1. Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in Bund und Ländern	49
2. Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in den Wahlkreisen	53
3. Stimmabgabe der Briefwähler	55
4. Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter	55
5. Stimmabgabe in Stadt und Land	62
6. Stimmabgabe der evangelischen und katholischen Wähler	63
E. Kombination der Erst- und Zweitstimmen	64
F. Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen	
1. Sitzverteilungsverfahren	66
2. Ergebnis der Sitzverteilung 1972 und früher	68
3. Erfolgswert der Stimmen	70
G. Die Gewählten	72
Anhang	
1. Wahlrechtsgrundlagen	76
2. Alphabetisches Verzeichnis der bei den Bundestags- und Landtagswahlen von 1946 bis 1972 aufgetretenen Parteien und Wählergemeinschaften	80
3. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestagswahlen 1972 und 1969	82
4. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen von 1946 bis 1975	
a) SPD, CDU, CSU und F.D.P.	85
b) Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften	87
5. Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler, der Briefwähler und der Wähler insgesamt nach Wahlkreisen 1972	94
6. Stimmabgabe in den Ländern 1972 nach Gemeindegrößenklassen	118
7. Stimmabgabe in den Ländern 1972 nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden	120
8. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen 1871 bis 1912	122
9. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen 1919 bis 1933	123

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet ohne Berlin.

Erschienen im Dezember 1975

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 10,—

Verzeichnis der Texttabellen und Schaubilder

Seite

Texttabellen

1. Wahlkreisänderungen 1965 bis 1972	7
2. Zugelassene Landeslisten nach Ländern und Parteien	10
3. Zugelassene Kreiswahlvorschläge nach Ländern und Parteien	11
4. Landeslisten, Kandidaturen und Kandidaten bei den Bundestagswahlen	12
5. Wahlkreise in der Ordnung der Zeitfolge des Eingangs ihrer Schnellmeldung beim Bundeswahlleiter	16
6. Zwischenergebnisse und hochgerechnete Ergebnisse in der Wahlnacht	17
7. Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten	18
8. Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten nach Geschlecht und Alter	18
9. Wahlberechtigte und Wähler mit Wahlschein	19
10. Wahlberechtigte nach Geschlecht und Alter ohne und mit Wahlschein	20
11. Wahlberechtigte mit Wahlschein und Wähler mit einfachem und Briefwahlschein	21
12. Wahlkreise mit dem höchsten und dem geringsten Anteil an Briefwählern	22
13. Wahlkreise nach dem Anteil an Briefwählern	22
14. Wahlbeteiligung in den Ländern bei den Bundestagswahlen 1969 und 1972 sowie bei den vorangegangenen Landtags- und Kommunalwahlen	23
15. Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen	23
16. Wahlkreise 1972 mit der höchsten und der geringsten Wahlbeteiligung	24
17. Wahlkreise 1969 mit der höchsten und der geringsten Wahlbeteiligung	24
18. Wahlbeteiligung der Wahlscheinwähler	24
19. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen	26
20. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen in den Ländern	27
21. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Gemeindegrößenklassen und Altersgruppen	29
22. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen 1972 nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen in den Gemeinden	30
23. Ungültige Stimmabgabe der Wähler insgesamt	31
24. Art der ungültigen Stimmen	32
25. Ungültige Stimmabgabe der Briefwähler	33
26. Ungültige Erst- und Zweitstimmen der Männer und Frauen nach dem Alter	34
27. Gültige Erststimmen nach Parteien	35
28. Differenzen Erst- zu Zweitstimmen nach Parteien	35
29. Wahlkreissitze nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten	36
30. Wahlkreise, in denen die Mehrheit der Erststimmen von 1965 bzw. 1969 bis 1972 von der CDU und CSU an die SPD übergegangen ist	37
31. Wahlkreisabgeordnete des Deutschen Bundestages nach Ländern und Parteien	39
32. Von den Wahlkreissiegern gewonnene Stimmenmehrheiten	39
33. Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den gewählten Wahlkreisbewerber	40
34. Abstände zwischen den Erststimmen für die Wahlkreissieger und die Erstunterlegenen	43
35. Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen	44
36. Stimmabgabe der Briefwähler, der übrigen Wähler und der Wähler insgesamt in den Ländern	49
37. Stimmabgabe bei den Bundestags- und Landtagswahlen seit 1969	53
38. Wahlkreise nach dem Anteil der Zweitstimmen für die im Bundestag vertretenen Parteien	54
39. Wahlkreise mit den meisten Zweitstimmen für die SPD, CDU bzw. CSU und F.D.P.	54
40. Gültige Stimmabgabe der Briefwähler nach Parteien	55
41. Anteil der Männer- und Frauenstimmen an den Zweitstimmen der Parteien	56
42. Stimmabgabe der Männer und Frauen	56
43. Stimmabgabe der Männer und Frauen in den Ländern 1972	57
44. Alter und Geschlecht der Wählerschaft der Parteien	59
45. Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter	59
46. Stimmabgabe der Männer und Frauen in den Ländern 1972 nach dem Alter	61
47. Stimmabgabe in Stadt und Land	62
48. Stimmabgabe nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden	63
49. Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden 1972	64
50. Gültige Zweitstimmen in Kombination mit den abgegebenen Erststimmen	65
51. Kombination der Erst- und Zweitstimmen 1972	65
52. Ausgewählte Stimmenkombination bei den Bundestagswahlen seit 1957	66
53. Berechnung der auf die Landeslistenverbindungen entfallenden Sitze	67

54. Berechnung der Verteilung der 230 Sitze der SPD auf ihre Landeslisten	68
55. Sitzverteilung nach Ländern	69
56. Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1972	69
57. Wahlberechtigte ohne Einfluß auf die Sitzverteilung	70
58. Durchschnittszahlen der Wahlberechtigten und Zweitstimmen je Abgeordneten	71
59. Tatsächliche Sitzverteilung und Sitzverteilung bei Zugrundelegung der genauen Anteile der Zweitstimmen für jede Landesliste an den Zweitstimmen für jede Partei im Bundesgebiet	71
60. Abgeordnete, ohne und einschließlich vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählte, nach dem Geschlecht	72
61. Alte und neue Abgeordnete im 7. Deutschen Bundestag	72
62. Abgeordnete im 7. Deutschen Bundestag nach Geschlecht und Alter	73
63. Abgeordnete des 7. Deutschen Bundestages nach Parteizugehörigkeit und beruflicher Tätigkeit	73

Schaubilder

1. Wahlbezirke nach der Zahl der Wahlberechtigten	15
2. Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten 1972 gegenüber 1969 nach Geschlecht und Alter	19
3. Wahlberechtigte mit Wahrschein 1972 nach Geschlecht und Alter	20
4. Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen bei der Bundestagswahl 1972	25
5. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen 1972 nach dem Alter	26
6. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen 1965 bis 1972 nach dem Alter	28
7. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen in Nordrhein - Westfalen nach dem Alter	28
8. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Gemeindegrößenklassen	28
9. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen 1972 nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Alter	29
10. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen 1972 nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen in den Gemeinden	30
11. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen 1972 nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen in den Gemeinden und nach dem Alter	31
12. Ungültige Stimmabgabe der Wähler 1953 bis 1972	32
13. Art der ungültigen Stimmen 1961 bis 1972	33
14. Ungültige Stimmabgabe der Briefwähler und Wähler ohne Briefwähler	33
15. Gültige Erststimmen nach Parteien	34
16. Wahlkreise nach der Parteizugehörigkeit der Wahlkreissieger bei der Bundestagswahl 1972	38
17. Zweitstimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen 1953 bis 1972	52
18. Stimmanteile bei den Bundestagswahlen 1969 und 1972 und bei den letzten Landtagswahlen	52
19. Stimmabgabe der Briefwähler und der übrigen Wähler	55
20. Stimmabgabe der Männer und Frauen	56
21. Stimmabgabe der Männer und Frauen in den Ländern 1972 und 1969	58
22. Alter und Geschlecht der Wählerschaft der Parteien 1972	59
23. Stimmabgabe der Männer und Frauen 1972 nach dem Alter	60
24. Stimmabgabe der Männer und Frauen im Alter von 60 Jahren und mehr 1953 bis 1972	60
25. Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen	63
26. Stimmabgabe nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen in den Gemeinden	63
27. Sitze im 2. bis 7. Bundestag	69

I. Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

A. Allgemeine Rechtsgrundlagen und Wahlsystem

Allgemeine Rechtsgrundlage für Bundestagswahlen sind die Artikel 38 und 39 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Danach muß die Wahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim sein. Die Wahlperiode beträgt vier Jahre. Wahlberechtigt bei den 6 Bundestagswahlen 1949 bis 1969 war, wer das einundzwanzigste, wählbar, wer das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hatte.

Mit dem 27. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 31. Juli 1970 (BGBl. I S. 1161) sind die Wahlrechtsartikel insoweit geändert worden, als sie die Altersgrenzen für das aktive und passive Wahlrecht bestimmen. Danach konnte bei der 7. Bundestagswahl 1972 wählen, wer das 18., und war wählbar, wer das 21. Lebensjahr vollendet hatte.

Erstmals auch in der Geschichte der Bundesrepublik wurde 1972 eine Bundestagswahl vor Ablauf der an sich vierjährigen Legislaturperiode durchgeführt. Am 22. September 1972 hatte der Bundespräsident den 1969 gewählten Bundestag auf Vorschlag des Bundeskanzlers aufgelöst und als Tag der Wahl des 7. Deutschen Bundestages den 19. November 1972 bestimmt (BGBl. I S. 1833 u. 1834).

Das Wahlsystem sowie die Mitgliederzahl des Bundestages und die Einteilung des Wahlgebietes in Wahlkreise zu bestimmen, überläßt das Grundgesetz der einfachen Gesetzgebung. Bisher regelten drei Bundeswahlgesetze (BWG 49, 53, 56), ergänzt durch Bundeswahlordnungen (BWO), dieses weite, ihnen vom Grundgesetz überlassene Gebiet. Im Gegensatz zu den Gesetzen, nach denen der 1. Bundestag 1949 und der 2. Bundestag 1953 gewählt worden sind, bestimmte § 57 des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 (BGBl. I S. 383) seine Fortgeltung. Die Wahl zum 7. Bundestag wurde danach im wesentlichen nach den gleichen Vorschriften durchgeführt wie die Bundestagswahlen am 15. September 1957, 17. September 1961, 19. September 1965 und 28. September 1969.

Die Wahlrechtsentwicklung vom 1. und 3. Bundeswahlgesetz ist ausführlich gelegentlich der Besprechung der Ergebnisse der 3. Bundestagswahl 1957 behandelt worden¹⁾. Dort ist dargelegt, daß von Gesetz zu Gesetz neben den vielen gleichgebliebenen Bestimmungen andere bedeutende Änderungen erfahren haben. Da gewisse Entwicklungstendenzen auf diese gesetzgeberischen Maßnahmen zurückzuführen sind, dürfen sie bei einem Vergleich der Ergebnisse der beiden ersten Bundestagswahlen 1949 und 1953 mit denen aller späteren Wahlen nicht unbeachtet bleiben. Dagegen enthalten alle Änderungen, die das Bundeswahlgesetz von 1956 bis zur 7. Bundestagswahl 1972 erfahren hat, keine wesentlichen Neuerungen. Vor allem haben sie — bis auf die verfassungsrechtliche Änderung des Wahlalters — keinen unmittelbaren Einfluß auf die Wahlergebnisse selbst.

Änderungen bis zur Bundestagswahl 1965 enthalten die Gesetze vom

- 23. Dezember 1956 (BGBl. I S. 1011)
- 14. Februar 1964 (BGBl. I S. 61)
- 16. März 1965 (BGBl. I S. 65)

Bis zur Bundestagswahl 1972 erfolgten weitere Änderungen des Bundeswahlgesetzes durch das

Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503, 515)

Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 4. Juni 1969 (BGBl. I S. 473)

Erstes Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 645, 663)

Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Juli 1972 (BGBl. I S. 1061)

Auf die Bedeutung der Wahlrechtsänderungsgesetze vom 14. Februar 1964, 4. Juni 1969 und 3. Juli 1972 wird in den Abschnitten über die Wahlkreiseinteilung und die bei der Bundestagswahl 1972 auftretenden Parteien eingegangen werden; die Auswirkung der Herabsetzung des Wahlalters werden in den Abschnitten über die Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen unterschiedlichen Alters besprochen.

1) „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“, Bd. 200, Heft 3 (Textheft).

Der Wortlaut der genannten Artikel des Grundgesetzes sowie einige wichtige Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung sind im Anhang abgedruckt. Das Bundeswahlgesetz gilt in der Neufassung vom 7. Juli 1972 (BGBl. I S. 1100, 1534), die Bundeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. April 1965 (BGBl. I S. 239, 373), geändert durch die Verordnung zur Änderung der Bundeswahlordnung vom 28. Juli 1972 (BGBl. I S. 1353). Die Neufassung der Bundeswahlordnung berücksichtigt in der Hauptsache die bis dahin in Kraft getretenen Gesetzesänderungen, enthält aber auch einige Verbesserungen, die aus Erfahrungen bei der Durchführung früherer Wahlen gewonnen worden sind.

1. Wahlsystem

Im Gegensatz zur Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 wird im Grundgesetz die Regelung des Wahlsystems dem Wahlgesetz überlassen. In der Hauptsache ist zwischen dem Verhältniswahlsystem und dem Mehrheitswahlssystem zu unterscheiden, zwischen denen die verschiedensten Verbindungen möglich sind. Bei ersterem reichen die einzelnen Parteien ihre Wahlvorschläge als Listen ein, in denen eine an sich unbegrenzte Zahl von Wahlbewerbern benannt sein kann. Beim Mehrheitswahlsystem ist dagegen die Persönlichkeitswahl vorausgesetzt. Das Wahlgebiet ist (in der Regel) in so viele Wahlkreise eingeteilt wie Abgeordnete überhaupt oder nach diesem System gewählt werden sollen. Jede Partei oder Wählergruppe kann dann für jeden Wahlkreis (meistens) einen Bewerber namhaft machen. Gewählt ist der Bewerber, der die (absolut oder relativ) meisten im Wahlkreis abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt. Bei der Listenwahl folgt die Zuteilung der Sitze entweder im Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen oder die einzelnen Listen erhalten für eine vorher bestimmte Zahl gewonnener Stimmen einen Sitz, je nachdem, ob die zahlenmäßige Zusammensetzung des Parlaments von vornherein festgelegt ist oder nicht.

Nach dem Reichswahlgesetz vom 17. April 1920 (RGBl. I S. 627), das dem in der Verfassung festgelegten Grundsatz der reinen Verhältniswahl folgte, zog von den eingereichten Vorschlagslisten für je 60 000 abgegebene gültige Stimmen ein Bewerber in den Reichstag ein. Die Abgeordnetenzahl des Reichstags war damit im hohen Maße von der Wahlbeteiligung abhängig. Abgesehen von möglichen Überhangmandaten ist die Abgeordnetenzahl des Bundestages dagegen gesetzlich bestimmt. Nach dem allen Bundeswahlgesetzen eigenen Wahlsystem wird ein Teil der Abgeordneten nach den Grundsätzen der (relativen) Mehrheitswahl in Wahlkreisen, der andere nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aus Parteilisten gewählt. Dem föderalistischen Aufbau der Bundesrepublik entsprechen dabei L a n d e s l i s t e n der Parteien.

Seit 1953 hat der Wähler zwei Stimmen: eine Erststimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten und eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste. Die Zahl der Abgeordneten einer jeden Partei richtet sich nach dem Verhältnis der für sie auf die Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen. Die mit der Erststimme gewonnenen Wahlkreissitze sind auf die Abgeordnetenanteile, die einer Partei in jedem Land nach den Zweitstimmen zustehen, anzurechnen. In den Wahlkreisen errungene Sitze verbleiben einer Partei dabei auch dann, wenn sie die nach dem Verhältnis der Zweitstimmen ermittelte Zahl im Lande übersteigen. In einem solchen Falle erhöht sich die gesetzlich vorgegebene Gesamtzahl der Sitze des Bundestages um die Unterschiedszahl. Diese Sitze werden Überhangmandate genannt. Abgesehen von den Überhangmandaten handelt es sich somit um eine Verhältniswahl, bei der lediglich die Hälfte der Abgeordneten als Person gewählt wird.

Das von Wahlgesetz zu Wahlgesetz komplizierter gewordene Auszählungsverfahren wird unter Abschnitt F ausführlich erläutert. Dort wird deutlich, daß nicht alle von den zuständigen Wahlausschüssen zugelassenen Parteien bei der Verteilung der Sitze berücksichtigt werden. Das Bundeswahlgesetz enthält zur Verhinderung der Zersplitterung der Wählerstimmen und zur Sicherung regierungsfähiger Mehrheiten eine „S p e r r k l a u s e l“. Seit 1957 werden bei der Sitzverteilung nur solche Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 % der im Bund abgegebenen gültigen Zweitstimmen oder mindestens 3 Wahlkreissitze erhalten haben. Parteien nationaler Minderheiten sind hiervon ausgenommen.

2. Wahlkreiseinteilung und Abgeordnetenzahl

Die Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl hängt eng mit dem geltenden Wahlsystem und insbesondere damit zusammen, daß für Bundestagswahlen – im Gegensatz etwa zu den früheren Reichstagswahlen – die Zahl der zu wählenden Abgeordneten gesetzlich festgelegt ist. Im geltenden Bundeswahlrecht ist nicht nur gesagt, wie viele Abgeordnete überhaupt zu wählen sind, sondern darüber hinaus, in welchem Zahlenverhältnis die Wahlkreissitze zu den Landessitzen stehen sollen. In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung der Zahl der Wahlkreise von der ersten zur fünften Bundestagswahl von Interesse, die von 242, nach der Rückgliederung des Saarlandes zu 247 und schließlich 1965 zu 248 Wahlkreisen führte. In 248 Wahlkreisen wurde auch noch 1969 und 1972 gewählt.

Insgesamt waren bei der 1. Bundestagswahl 1949 400, bei der 2. Bundestagswahl 1953 484, bei den Bundestagswahlen 1957 und 1961 jeweils 494 und bei der 5. bis 7. Bundestagswahl schließlich 496 Abgeordnete mittels Stimmzettel zu wählen. Dazu kamen 1949 8 (ab 1952 19) Bundestagsabgeordnete aus dem Lande Berlin, die dort durch das Abgeordnetenhaus gewählt werden. Seit der 2. Bundestagswahl 1953 entsendet das Berliner Abgeordnetenhaus 22 Abgeordnete in den Bundestag.

Da der vollen Anwendung des Bundeswahlgesetzes in Berlin (West) noch Hindernisse entgegenstehen, ist im folgenden unter Wahlgebiet nur das Bundesgebiet ohne Berlin gemeint, und wenn hier und im folgenden von Bundesgebiet gesprochen wird, ist umgekehrt darunter das Wahlgebiet ohne Berlin zu verstehen.

Im 1. Bundeswahlgesetz, das auch die Zahl der in den einzelnen Ländern zu wählenden Abgeordneten bestimmte, war den Landesregierungen aufgegeben, die ihren Ländern zugeteilten Sitze zwischen Wahlkreissitzen und Sitzen aus den Landesergänzungsvorschlägen (Landeslisten) im ungefähren Verhältnis 6 : 4 zu verteilen. Demgemäß wurde das Gebiet der einzelnen Länder entsprechend ihren Einwohnerzahlen und das Bundesgebiet insgesamt in 242 Wahlkreise eingeteilt. Zur Erhöhung der Zahl der Abgeordneten im 2. Bundestag von 400 auf 484 wurde nur das Zahlenverhältnis der in Wahlkreisen und aus Landeslisten zu Wählenden von 6 : 4 auf 1 : 1 geändert. Die eine Hälfte der Abgeordneten wird seitdem in Wahlkreisen, die andere Hälfte aus Landeslisten gewählt. Eine weitere Änderung ergab sich aus der Rückgliederung des Saarlandes. Nach § 14 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (BGBl. I S. 1011) wurde das Saarland, dessen Bevölkerung 1957 erstmalig mitwählen konnte, in 5 Bundestagswahlkreise eingeteilt. Dem Verhältnis der Wahlkreis- und Landeslistenabgeordneten entsprechend erhöhte sich dadurch die gesetzliche Zahl der Abgeordneten des Bundestages am Ende der 2. und für die 3. und 4. Wahlperiode von 484 auf 494. Bis 1961 blieb auch die räumliche Abgrenzung der Wahlkreise unberührt.

Im Prinzip sollte neben der Gesamtzahl der Abgeordneten aus jedem Land auch die Zahl der Wahlkreisabgeordneten etwa dem Bevölkerungsanteil der Länder entsprechen. Infolge der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung sowohl in den Ländern als auch in den Wahlkreisen kam aber der Grundsatz, daß 50 % der Abgeordneten nach Mehrheitswahl in den Wahlkreisen und 50 % aus den Landeslisten gewählt werden sollten, ohne eine Änderung der Wahlkreise bald nur noch für das Bundesgebiet, aber nicht mehr in den Ländern zur Geltung.

Das kommt daher, daß die Einwohnerzahl des Bundesgebietes von 1949 bis 1972 stark gestiegen ist und die Zunahme regional sehr unterschiedlich war. Dies hat dazu geführt, daß in den meisten Ländern die Zahl der Wahlkreise bald nicht mehr dem Bevölkerungsanteil entsprach. Da die Zahl der Abgeordneten der einzelnen Parteien im Bundestag nach der geschilderten Verbindung zwischen Mehrheitswahl und Verhältniswahl letzten Endes von den für die Landeslisten abgegebenen Stimmen abhängt, wiegen kleinere Unterschiede nicht übermäßig schwer. Nach den Einwohnerzahlen völlig gleiche Wahlkreise kann es ohnehin praktisch niemals geben. Größere Unterschiede von Land zu Land dürfen aber insbesondere deshalb nicht unbeachtet bleiben, weil sie zu Überhangmandaten führen können. Überhangmandate sind zwar beim gegenwärtigen Wahlsystem nicht ganz zu vermeiden, da sie auch durch schwache Wahlkreismehrheiten oder durch Wahlabsprachen entstehen können. Jedoch kann die mit der Zulassung von Überhangmandaten verbundene Differenzierung des Stimmengewichts nur in engen Grenzen zulässig sein (BVerfGE 7,63 [75]). Der Verfassungsgrundsatz der gleichen Wahl darf nicht dadurch verletzt werden, daß immer mehr

1. Wahlkreisänderungen 1965 bis 1972

a) Bundestagswahlkreise vor und bei der Bundestagswahl 1965

Land	Anzahl der Wahlkreise			
	vor	bei	davon in ihrer Abgrenzung	
			der Bundes- tagswahl 1965	unver- ändert
Schleswig - Holstein . .	14	11	1	10
Hamburg	8	8	—	8
Niedersachsen	34	30	11	19
Bremen	3	3	3	—
Nordrhein - Westfalen .	66	73	30	43
Hessen	22	22	12	10
Rheinland - Pfalz	15	16	11	5
Baden - Württemberg . .	33	36	9	27
Bayern	47	44	13	31
Saarland	5	5	5	—
Bundesgebiet ohne Berlin	247	248	95	153

b) Wahlkreisänderungen 1965/69

Land	Anzahl der Wahlkreise		
	insgesamt	davon in ihrer Abgrenzung	
		unverändert	verändert
Schleswig - Holstein . .	11	9	2
Hamburg	8	8	—
Niedersachsen	30	22	8
Bremen	3	3	—
Nordrhein - Westfalen .	73	65	8
Hessen	22	18	4
Rheinland - Pfalz	16	16	—
Baden - Württemberg . .	36	30	6
Bayern	44	38	6
Saarland	5	5	—
Bundesgebiet ohne Berlin	248	214	34

c) Für 1972 geänderte Wahlkreise

Land	Anzahl der Wahlkreise					
	insgesamt	davon in ihrer Abgrenzung				
		unverändert	verändert			
			nur durch		Zu- und Abgang	zusammen
			Zu- gang	Ab- gang		
			von Gebietsteilen			
Schleswig - Holstein . .	11	—	3	4	4	
Hamburg	8	6	1	1	—	2
Niedersachsen	30	26	—	3	1	4
Bremen	3	3	—	—	—	—
Nordrhein - Westfalen .	73	39	15	6	13	34
Hessen	22	9	4	1	8	13
Rheinland - Pfalz	16	—	1	4	11	16
Baden - Württemberg . .	36	8	10	2	16	28
Bayern	44	8	9	8	19	36
Saarland	5	5	—	—	—	—
Bundesgebiet ohne Berlin	248	104	43	29	72	144

Überhangmandate durch die Ungleichheit der Wahlkreise entstehen, da sich auf diese Weise Manipulationsmöglichkeiten eröffnen, deren Verfassungsmäßigkeit im Falle eines Mißbrauchs angezweifelt werden müßte. Dem kann entgegengewirkt werden, wenn die Wahlkreis-

einteilung von Zeit zu Zeit der regionalen Bevölkerungsentwicklung angepaßt wird.

Die Aufgabe, in jeder Wahlperiode einen Bericht mit Vorschlägen über Änderungen der Wahlkreiseinteilung zu erstatten, wurde der vom Bundespräsidenten ernannten ständigen Wahlkreiskommission übertragen, die sich aus dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, einem Richter des Bundesverwaltungsgerichtes und fünf weiteren Mitgliedern zusammensetzt.

Der erste Bericht ist der Bundesregierung nach der Bundestagswahl 1957 am 20. Juni 1958 erstattet, mit Drucksachen - Nr. 677 vom 25. November 1958 dem Deutschen Bundestag vorgelegt und als Beilage zum Bundesanzeiger 1958, Nr. 241 auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Gesetzgeberische Konsequenzen haben diese Vorschläge der Wahlkreiskommission nicht gehabt. Auch der 4. Bundestag wurde auf der Grundlage der Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl 1949 gewählt.

Eine Anpassung der Wahlkreiseinteilung an die geänderten Verhältnisse ist erst für die Bundestagswahl 1965 durch das „Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes“ vom 14. Februar 1964 geschehen. Diese neue Wahlkreiseinteilung basiert auf den Vorschlägen der Wahlkreiskommission vom 14. September 1962, die in der Bundestagsdrucksache IV/741 vom 12. November 1962 und im Bundesanzeiger 1962, Nr. 228 enthalten sind. Nennenswerte Änderungen hat die von der Wahlkreiskommission vorgeschlagene Wahlkreiseinteilung im Gesetzgebungsverfahren nur für Bayern und Niedersachsen erfahren. Dabei wurde auch eine Erhöhung der Zahl der Wahlkreise von 247 auf 248 und der gesetzlichen Gesamtzahl der Abgeordneten (ohne die Abgeordneten aus Berlin) von 494 auf 496 vorgenommen.

Diese Einteilung des Wahlgebietes (also des Bundesgebietes ohne Berlin) ist im wesentlichen auch für die Bundestagswahl 1969 gültig geblieben und eine neue Wahlkreiskarte deshalb auch erst wieder für die 7. Bundestagswahl aufgelegt worden¹⁾. Der Gesetzgeber hat lediglich eine Anpassung der Wahlkreisgrenzen an die bis zum 1. Oktober 1968 stattgefundenen Änderungen der Grenzen der kreisfreien Städte, Landkreise, Gemeinden und auch der gemeindefreien Gebiete angeordnet.

Die Wahlkreiseinteilung für die 7. Bundestagswahl ist in der Anlage des Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Juli 1972 abgedruckt. Nach Ländern sind die Wahlkreisänderungen 1965, 1969 und 1972 in Tabelle 1 dargestellt.

Völlig unverändert geblieben sind danach für die Bundestagswahlen 1969 und 1972 sowohl die Gesamtzahl der Wahlkreise als auch ihre Verteilung auf die 10 Länder. Seit 1965 haben Schleswig - Holstein 11, Hamburg 8, Niedersachsen 30, Bremen 3, Nordrhein - Westfalen 73, Hessen 22, Rheinland - Pfalz 16, Baden - Württemberg 36, Bayern 44 und Saarland 5 Wahlkreise.

Der Beschreibung des Gebietes der Wahlkreise für die 7. Bundestagswahl liegen die kommunalen Neugliederungsvorschriften zugrunde, die bis zum 1. Juni 1972 verabschiedet und bis einschl. 1. Juli 1972 in Kraft getreten sind (Artikel 1 Nr. 5 des Änderungsgesetzes). Alle späteren Neugliederungsmaßnahmen, die nach den genannten Stichtagen liegen, hatten damit zwar keinen Einfluß auf die Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum 7. Deutschen Bundestag wohl aber — aufgrund einer Ermächtigung — auf die Wahlkreisbeschreibung. Sie erlaubte es dem Bundesminister des Innern, diese erneut bekanntzumachen, wenn amtliche Bezeichnungen von Gemeinden oder Gemeindeverbänden geändert werden sollten (Artikel 2 Nr. 2 des Änderungsgesetzes). Tatsächlich sind in nicht weniger als vier Ländern noch nach dem 1. Juni 1972 Grenzänderungsgesetze verabschiedet worden. Die Neubeschreibung ist als „Bekanntmachung der Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland vom 29. September 1972“ im Bundesgesetzblatt I S. 1849 erschienen. Der Neubeschreibung liegen die aufgrund landesrechtlicher Neugliederungsvorschriften am 15. September 1972 geltenden amtlichen Bezeichnungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden zugrunde. Da die 7. Bundestagswahl schon am 19. November 1972 stattfand und bis dahin keine kommunalen Grenz- und Namensänderungen mehr vorkamen, gibt die Beschreibung der Bekanntmachung für die Wahl des 7. Deutschen Bundestages den neuesten Stand bei der Wahl wieder.

1) Sie ist im Maßstab 1 : 1 500 000 ausgedruckt und kann von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung in Bonn - Bad Godesberg bezogen werden.

3. Stimmzettel und Wahlvorschläge

Seit der 2. Bundestagswahl 1953 stehen dem Wähler je eine Stimme für die Mehrheitswahl (Erststimme) und eine für die Verhältniswahl (Zweitstimme) zur Verfügung. Mit der Erststimme wählt er die Person seines Vertrauens aus den Wahlkreisvorschlägen seines Heimatwahlkreises, die Zweitstimme gibt er der Landesliste seiner Partei. Bei der 1. Bundestagswahl 1949 wählte er dagegen bei gleichem Wahlsystem mit nur einer Stimme sowohl den Wahlkreisbewerber als auch dessen Landesliste, wenn dieser parteipolitisch gebunden war. Die Stimmen der Wähler, die sich damals für einen Parteilos (oder den Bewerber einer Partei ohne zugelassene Landesliste) entschieden, waren ungeteilt auch dann verloren, wenn nur ihr Kandidat unterlag (BWG 49, § 10). Seitdem bleibt in diesem Falle die Zweitstimme gültig. Als Folge davon ist ab 1953 zwischen ungültigen Stimmzetteln und ungültigen Stimmen zu unterscheiden. Beim Nichtankreuzen eines Wahlbewerbers oder einer Landesliste ist nur die Erst- oder Zweitstimme ungültig, der Stimmzettel selbst aber gültig.

Nur mit der Erststimme haben die Wähler demnach heute wie damals einen unmittelbaren Einfluß auf die personelle Zusammensetzung des Bundestages. Bei der Abgabe der Zweitstimme ist ihnen diese Möglichkeit weitgehend entzogen. Welche Landeslistenbewerber gewählt werden, richtet sich (neben der Zahl der Zweitstimmen für eine Landesliste) nach der Rangfolge des Platzes, den sie auf den Landeslisten innehaben. Die Aufstellung der Bewerber für die Kreiswahlvorschläge und Landeslisten und die Bestimmung der Reihenfolge geschieht nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes durch die Parteiorgane.

Ein Muster des Stimmzettels, der bei der 7. Bundestagswahl in Schleswig - Holstein im Wahlkreis 9 Pinneberg verwendet wurde, zeigt Seite 9. Beide Stimmen werden danach auf ein und denselben Stimmzettel abgegeben. Die Reihenfolge der rechts aufgeführten Landeslisten, die nur Parteien einreichen können, richtet sich für die im letzten Bundestag vertretenen Parteien nach der Stimmenzahl, die sie bei der vorangegangenen Bundestagswahl im Land auf sich vereinigen konnten, im übrigen nach dem Alphabet. Infolgedessen ist die Reihenfolge von Land zu Land nicht einheitlich und kann auch von Wahl zu Wahl wechseln. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind für die Abgabe der Erststimmen die Wahlkreisandidaten auf der linken Seite des Stimmzettels auf gleicher Höhe mit der Landesliste ihrer Partei angegeben. Auf der linken Seite entsteht eine Leerzeile, wenn die Partei zwar mit einer Landesliste zugelassen ist, im Wahlkreis, in dem der Stimmzettel gilt, aber keinen Wahlkreisvorschlag eingereicht hat oder dieser wegen gesetzlicher Mängel nicht zugelassen wurde. Bei Parteilos oder Wahlkreisbewerbern, die von Parteien ohne Landesliste vorgeschlagen sind, bleibt die entsprechende Zeile auf der rechten Seite leer.

Kreiswahlvorschläge können von Parteien und für parteilose Wahlbewerber eingereicht werden. Landeslisten — wie schon gesagt — nur von Parteien. Jeder Kreiswahlvorschlag darf nur den Namen eines Bewerbers enthalten. Doppelbewerbungen im gleichen oder einem anderen Wahlkreis sind verboten. Landeslisten können von den Parteien mit einer beliebigen Zahl von Bewerbern eingereicht werden. Die einzelnen Bewerber dürfen aber nur auf einer Landesliste stehen. Doppelkandidaturen in einem Wahlkreis und auf einer Landesliste sind dagegen erlaubt. Von dieser Möglichkeit wird z. B. von weniger aussichtsreichen Wahlkreisbewerbern zur „Absicherung“ der Kandidatur ziemlich häufig Gebrauch gemacht. Die Vorschriften zur Bewerberaufstellung zu einer Bundestagswahl sind im Bundeswahlgesetz und in der Bundeswahlordnung enthalten. Dabei ist die im Grundgesetz enthaltene Vorschrift zu beachten, daß die innere Ordnung der Parteien demokratischen Grundsätzen entsprechen muß.

Die Feststellung darüber, welche politischen Vereinigungen bei einer Bundestagswahl als Partei auftreten können, trifft seit der Wahl 1965 der Bundeswahlausschuß für alle Wahlorgane verbindlich. Dazu gehören zunächst alle Parteien, die im Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren. Bei der Bundestagswahl 1972 handelte es sich dabei um die

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD),
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU),
Christlich - Soziale Union in Bayern (CSU),
Freie Demokratische Partei (F.D.P.).

Diese Parteien brauchten, weil ihre Resonanz in der Bevölkerung durch mindestens fünf Abgeordnete im Bundestag oder in einem

MUSTER

Stimmzettel

für Landtagswahl im Wahlkreis 9 Pinneberg am 19. November 1972

Sie haben 2 Stimmen



hier 1 Stimme
für die Wahl
eines Wahlkreisabgeordneten
(Erststimme)

hier 1 Stimme
für die Wahl
einer Landesliste (Partei)
(Zweitstimme)

1	Bremer, Rolf Oberregierungsrat a. D. Elmshorn Walfängerstraße 7	CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	<input type="radio"/>
2	Reiser, Hermann P. Journalist Hamburg 13 Alsterkamp 9	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>
3	Bremer, Klaus G. Studienassessor Elmshorn Lieth 66	FDP	Freie Demokratische Partei	<input type="radio"/>
4	Steher, Artur Arbeiter Pinneberg Breslauer Straße 6	DKP	Deutsche Kommunistische Partei	<input type="radio"/>
5	v. Gottberg, Hans-Wittich Kaufmann Blunk/Holstein Imberg 3	EFP	Europäische Föderalistische Partei	<input type="radio"/>
6	Riedel, Friedrich Chemotechniker Barmstedt Gerberstraße 9	NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>
7	Harder, Wilfried Dachdecker Ellerbek Birkenweg 17	FSU	Freisoziale Union – Demokratische Mitte –	<input type="radio"/>

<input type="radio"/>	CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands von Hassel, Dr. Narjes, Eigen, Frau Tübler, Baron von Wrangel	1
<input type="radio"/>	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Dr. Lauritzen, Bahr, Engholm, Frau Dr. Orth, Gansel	2
<input type="radio"/>	FDP	Freie Demokratische Partei Ronneburger, Zywiets, Ruge, Peters, Frau Rohwedder	3
<input type="radio"/>	DKP	Deutsche Kommunistische Partei Erlebach, Stiefvater, Schlüter, Frau Brammer, Braun	4
<input type="radio"/>	EFP	Europäische Föderalistische Partei von Gottberg, Delfs, Rudolph, Bossen, Sobina	5
<input type="radio"/>	NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands Knippahls, Führer, Frau David-Happach, Jäger, Fürst	6

Landtag bereits hinreichend dokumentiert war, für ihre Wahlvorschläge auch keine Unterschriften zu sammeln.

Alle anderen politischen Vereinigungen, die sich an der Bundestagswahl 1972 mit Wahlvorschlägen als Partei beteiligen wollten, hatten für ihre Anerkennung als Partei durch den Bundeswahlausschuß dem Bundeswahlleiter ihre Teilnahme an der Wahl mit drei Unterschriften des Bundesvorstandes und einem Hinweis der satzungsgemäßen Bestellung des Vorstandes anzuzeigen. Aufgrund dieser Unterlagen und der Satzungen und Programme, die dem Bundeswahlleiter, wie schon 1969, bereits nach den Bestimmungen des Parteiengesetzes vorlagen ¹⁾, konnten folgende weitere politische Vereinigungen als Parteien Wahlvorschläge einreichen:

- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ²⁾,
- Deutsche Kommunistische Partei (DKP),
- Europäische Föderalistische Partei (EFP),
- Freisoziale Union - Demokratische Mitte (FSU).

Außerdem müssen Parteien dieser Art zur Unterstützung ihrer Wahlvorschläge Unterschriften von Wahlberechtigten beibringen, und zwar für einen Kreiswahlvorschlag mindestens 200 Unterschriften von Wahlberechtigten aus dem Wahlkreis und für die Zulassung

1) Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967 (BGBl. I, S. 773), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes vom 24. Juli 1974 (BGBl. I, S. 1537). —
2) Die NPD war z. Z. der Wahl 1969 noch in sieben Landtagen darunter in fünf mit mehr als 5 Abgeordneten vertreten (Niedersachsen 10, Bremen und Hessen je 8, Baden - Württemberg 12 und Bayern 15), hat aber bei den weiteren Wahlen ihre Sitze in allen Landtagen wieder verloren.

einer Landesliste die Unterschriften von 1 vT der Wahlberechtigten des Landes bei der letzten Bundestagswahl, jedoch höchstens 2 000. In Nordrhein - Westfalen z. B. also 2 000, in Bremen, dem kleinsten Bundesland, für 1972 nur 524 und für die kommende Wahl 1976 541. Von 200 Unterschriften müssen auch Kreiswahlvorschläge von Wählergruppen oder parteilosen Einzelbewerbern unterstützt sein.

Mit Ausnahme der DKP sind alle 1972 zugelassenen Parteien schon 1969 aufgetreten. Andererseits haben von den damals zugelassenen 13 Parteien nachfolgende zur Wahl 1972 nicht mehr kandidiert:

- Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF),
- Bayernpartei (BP),
- Deutsche Volkspartei (DV),
- Deutsche Zentrums Partei (Zentrum),
- Gesamtdeutsche Partei - BHE (BHE),
- Unabhängige Arbeiter - Partei (Deutsche Sozialisten) (UAP).

In allen Ländern wurden 1972 Landeslisten für die SPD, F.D.P., DKP und NPD zugelassen, für die CDU in allen Ländern außer Bayern. An ihre Stelle tritt in Bayern die CSU. Außerdem traten die EFP in 9 und die FSU in 2 Ländern mit Landeslisten auf. Der Landeslistenvorschlag der EFP in Rheinland - Pfalz wurde zurückgewiesen, weil es an der erforderlichen Anzahl von Unterstützungsunterschriften mangelte. Aus dem gleichen Grunde haben die zuständigen Landeswahlausschüsse von 7 Ländern die eingereichten Listenvorschläge der FSU nicht zugelassen. Im Saarland hatte sie keinen Listenvorschlag eingereicht. Sie stand deshalb nur in Hamburg und Nordrhein - Westfalen auf der rechten Seite des Stimmzettels.

2. Zugelassene Landeslisten nach Ländern und Parteien

a) Für die Wahl am 19. 11. 1972

Land	Zugelassene Landeslisten									
	insgesamt		der							
	Zahl der		SPD	CDU	CSU	F.D.P.	DKP	EFP	FSU	NPD
	Landes- listen	Be- werber								
Schleswig - Holstein . .	6	124	30	36	—	18	20	10	—	10
Hamburg	7	121	20	21	—	15	17	19	11	18
Niedersachsen	6	309	121	74	—	34	33	17	—	30
Bremen	6	52	10	6	—	7	13	6	—	10
Nordrhein - Westfalen .	7	469	115	152	—	56	65	23	8	50
Hessen	6	402	122	116	—	70	44	14	—	36
Rheinland - Pfalz	5	156	32	41	—	31	32	—	—	20
Baden - Württemberg . .	6	230	50	59	—	38	37	10	—	36
Bayern	6	302	67	—	68	49	43	16	—	59
Saarland	6	119	34	32	—	10	19	4	—	20
Landeslisten insgesamt .	61	X	10	9	1	10	10	9	2	10
Bewerber insgesamt . .	X	2 284	601	537	68	328	323	119	19	289
dar. Frauen	X	271	55	67	7	28	63	21	1	29

b) Für die Wahl am 28. 9. 1969

Land	Zugelassene Landeslisten													
	insgesamt		der											
	Zahl der		SPD	CDU	CSU	F.D.P.	ADF	BP	Zen- trum	EP	FSU	GPD	NPD	UAP
	Landes- listen	Be- werber												
Schleswig - Holstein . .	7	113	22	25	—	14	17	—	—	13	—	10	12	—
Hamburg	7	112	20	17	—	12	25	—	—	13	10	—	15	—
Niedersachsen	8	256	72	33	—	33	30	—	—	9	26	23	30	—
Bremen	7	75	10	6	—	5	13	—	—	25	10	—	6	—
Nordrhein - Westfalen .	10	514	89	107	—	56	86	—	24	34	15	18	50	35
Hessen	7	354	116	96	—	37	39	—	—	6	—	20	40	—
Rheinland - Pfalz	5	146	32	32	—	32	32	—	—	—	—	—	18	—
Baden - Württemberg . .	8	225	36	52	—	36	36	—	—	9	10	10	36	—
Bayern	9	361	57	—	53	47	49	50	—	18	13	29	45	—
Saarland	7	87	26	13	—	10	19	—	5	4	—	—	10	—
Landeslisten insgesamt .	75	X	10	9	1	10	10	1	2	9	6	6	10	1
Bewerber insgesamt . .	X	2 243	480	381	53	282	346	50	29	131	84	110	262	35
dar. Frauen	X	238	52	53	6	23	44	4	2	17	7	13	14	3

Über die zugelassenen Landeslisten unterrichtet Tabelle 2, aus der sich auch ablesen läßt, wie viele Namen auf den Listen der einzelnen Parteien standen. Die Zahl der Landeslisten belief sich 1972 auf insgesamt nur 61. Auf ihnen bewarben sich 2 284 Kandidaten um die 248 Landeslistenmandate. Unter ihnen waren 271 Frauen. Von den Frauen gehörten 55 der SPD, 67 der CDU, 28 der F.D.P. und 7 der CSU an. Übersichten mit den Namen und Stimmen aller Parteien, die seit 1949 bei Bundestags- und Landtagswahlen aufgetreten sind, enthält der Anhang 1).

Neben den 61 Landeslisten gab es 1 280 Kreiswahlvorschläge der 8 Parteien, für die sich der Wähler mit der Erststimme entscheiden konnte. Für die SPD, F.D.P. und DKP waren in allen 248 Wahlkreisen Kreiswahlvorschläge zugelassen, für die CDU in den 204 Wahlkreisen außerhalb Bayerns und für die CSU in den 44 bayerischen Wahlkreisen. Auf 234 Kreiswahlvorschläge hat es die NPD gebracht, die nur in 7 Wahlkreisen von Nordrhein - Westfalen, 2 Wahlkreisen von Hessen und 5 Wahlkreisen von Rheinland - Pfalz nicht vertreten war. Für die Kandidaten der EFP konnten sich die Wähler mit ihrer Erststimme in 38 und für die Kandidaten der FSU gar nur in 16 Wahlkreisen entscheiden. Alle drei letztgenannten Parteien haben einige Kreiswahlvorschläge mehr eingereicht, die aber von den Kreiswahlausschüssen nicht zugelassen wurden. Auch hier mangelte es z. T. wieder an einer ausreichenden Anzahl von Unterstützungsunterschriften. Neben den Wahlkreiskandidaten der Parteien gab es 7 (1969: 19) Kreiswahlvorschläge von parteilosen Wahlbewerbern, und zwar in den Wahlkreisen 149, 164, 168, 177, 204, 205 und 219. Wie sich diese Einzelbewerber und die parteigebundenen Kreiswahlvorschläge der EFP und FSU auf die Länder verteilen sagt Tabelle 3 aus.

1) Dort sind auch bereits die Ergebnisse der Landtagswahlen verzeichnet, die nach der 7. Bundestagswahl 1972 bis Mai 1975 stattgefunden haben.

Die Gesamtzahl der Kreiswahlvorschläge und damit auch die Gesamtzahl der Wahlkreiskandidaten betrug 1 287, etwa das Fünffache der verfügbaren Wahlkreissitze. Unter den Kandidaten waren 65 Frauen. Die SPD und CDU, die neben der CSU für die Erringung von Wahlkreismandaten praktisch nur in Frage kamen, stellten 12 weibliche Kandidaten auf, davon die SPD 9 und die CDU 3. Die CSU hatte unter ihren Wahlkreiskandidaten keine Frau. Hier sei schon vorweggenommen, daß von den 9 von der SPD aufgestellten Wahlkreisbewerberinnen 4 Wahlkreissieger wurden, von den von der CDU aufgestellten keine.

Wie schon in Tabelle 2 sind auch in Tabelle 3 (und einigen folgenden Tabellen) den Angaben für 1972 die Angaben aus 1969 gegenübergestellt, da für 1969 ein Textheft nicht erschienen ist. Aus der Gegenüberstellung ergibt sich zwar ein starker Rückgang der Zahl der bei Bundestagswahlen auftretenden bzw. zugelassenen Parteien, keineswegs hat sich damit aber auch die Zahl der Kandidaten vermindert. Nach den Zeitreihen in der Tabelle 4 bewarben sich heute 16 % mehr Männer und rd. 40 % mehr Frauen um ein Bundestagsmandat als 1949.

Da auf den Landeslisten 1972 insgesamt 2 284 und auf den Kreiswahlvorschlägen 1 287 Wahlbewerber zugelassen waren, ergaben sich insgesamt 3 571 Kandidaturen. Von den 1 287 Wahlkreisbewerbern kandidierten rund zwei Drittel gleichzeitig auf einer Landesliste. Die Zahl der Kandidaten betrug daher nur 2 754, darunter 292 Frauen. Die Gesamtzahl setzt sich zusammen aus:

- 470 Personen, die sich nur in einem der 248 Wahlkreise bewarben,
- 1 467 Personen, die sich nur auf einer der 61 Landeslisten von 8 Parteien bewarben und
- 817 Personen, die sich sowohl im Wahlkreis als auch auf einer Landesliste ihrer Partei bewarben.

3. Zugelassene Kreiswahlvorschläge nach Ländern und Parteien

a) Für die Wahl am 19. 11. 1972

Land	Wahlkreise	Zugelassene Kreiswahlvorschläge									
		insgesamt	der								
			SPD	CDU	CSU	F.D.P.	DKP	EFP	FSU	NPD	WGr
Schleswig - Holstein ..	11	65	11	11	—	11	11	6	4	11	—
Hamburg	8	50	8	8	—	8	8	8	2	8	—
Niedersachsen	30	153	30	30	—	30	30	2	1	30	—
Bremen	3	15	3	3	—	3	3	—	—	3	—
Nordrhein - Westfalen ..	73	372	73	73	—	73	73	10	4	66	—
Hessen	22	109	22	22	—	22	22	1	—	20	—
Rheinland - Pfalz	16	76	16	16	—	16	16	—	—	11	1
Baden - Württemberg ..	36	187	36	36	—	36	36	2	2	36	3
Bayern	44	235	44	—	44	44	44	9	3	44	3
Saarland	5	25	5	5	—	5	5	—	—	5	—
Wahlgebiet ohne Berlin	248	1 287	248	204	44	248	248	38	16	234	7
dar. Frauen	X	65	9	3	—	14	19	4	1	15	—

b) Für die Wahl am 28. 9. 1969

Land	Wahlkreise	Zugelassene Kreiswahlvorschläge												
		insgesamt	der											
			SPD	CDU	CSU	F.D.P.	ADF	BP	EP	FSU	NPD	UAP	DV	WGr
Schleswig - Holstein ..	11	67	11	11	—	11	11	—	9	3	11	—	—	—
Hamburg	8	55	8	8	—	8	8	—	7	6	8	—	—	2
Niedersachsen	30	174	30	30	—	30	30	—	10	12	30	—	—	2
Bremen	3	18	3	3	—	3	3	—	3	—	3	—	—	—
Nordrhein - Westfalen ..	73	414	73	73	—	73	73	—	9	26	73	10	2	2
Hessen	22	115	22	22	—	22	22	—	4	—	22	1	—	—
Rheinland - Pfalz	16	80	16	16	—	16	16	—	—	—	16	—	—	—
Baden - Württemberg ..	36	190	36	36	—	36	36	—	3	2	36	—	—	5
Bayern	44	268	44	—	44	44	44	27	10	3	44	—	—	8
Saarland	5	25	5	5	—	5	5	—	—	—	5	—	—	—
Wahlgebiet ohne Berlin	248	1 406	248	204	44	248	248	27	55	52	248	11	2	19
dar. Frauen	X	65	12	8	—	13	16	3	2	3	6	—	—	2

4. Landeslisten, Kandidaturen und Kandidaten bei den Bundestagswahlen

Bundes- tagswahl	Landes- listen	Kandidaturen				Kandidaten		
		auf Landes- liste	im Wahl- kreis	insgesamt	darunter Doppel- kandi- daturen	insgesamt	männlich	weiblich
SPD								
1949	267	242	509	125	384	333	51
1953	9	376	242	618	210	408	360	48
1957	10	407	243	650	221	429	382	47
1961	10	413	247	660	232	428	395	33
1965	10	461	248	709	230	479	431	48
1969	10	480	248	728	230	498	446	52
1972	10	601	248	849	227	622	567	55
CDU								
1949	217	187	404	43	361	323	38
1953	8	302	177	479	82	397	345	52
1957	9	315	194	509	102	407	360	47
1961	9	343	200	543	92	451	394	57
1965	9	387	204	591	118	473	404	69
1969	9	381	204	585	118	467	414	53
1972	9	537	204	741	118	623	556	67
CSU								
1949	30	47	77	11	66	61	5
1953	1	39	44	83	13	70	65	5
1957	2	60	52	112	10	102	95	7
1961	1	50	47	97	15	82	75	7
1965	1	47	44	91	19	72	68	4
1969	1	53	44	97	15	82	76	6
1972	1	68	44	112	18	94	87	7
F.D.P.								
1949	237	236	473	114	359	333	26
1953	9	259	224	483	151	332	303	29
1957	10	273	247	520	179	341	317	24
1961	10	291	247	538	190	348	310	38
1965	10	264	248	512	177	335	312	23
1969	10	282	248	530	199	331	306	25
1972	10	328	248	576	202	374	344	30
Sonstige								
1949	557	944	1 501	347	1 154	1 067	87
1953	48	1 113	1 105	2 218	609	1 609	1 471	138
1957	53	1 018	964	1 982	547	1 435	1 352	83
1961	38	893	780	1 673	423	1 250	1 139	111
1965	37	858	689	1 547	421	1 126	1 030	96
1969	45	1 047	662	1 709	453	1 256	1 143	113
1972	31	750	543	1 293	252	1 041	908	133
Insgesamt								
1949	1 308	1 656	2 964	640	2 324	2 117	207
1953	75	2 089	1 792	3 881	1 065	2 816	2 544	272
1957	84	2 073	1 700	3 773	1 059	2 714	2 506	208
1961	68	1 990	1 521	3 511	952	2 559	2 313	246
1965	67	2 017	1 433	3 450	965	2 485	2 245	240
1969	75	2 243	1 406	3 649	1 015	2 634	2 385	249
1972	61	2 284	1 287	3 571	817	2 754	2 462	292

Im Vergleich zu 1969 mit 2 634 Wahlbewerbern, davon 391 Personen nur in einem Wahlkreis, 1 228 nur auf einer Landesliste und 1 015 sowohl im Wahlkreis als auch auf einer Landesliste, hat sich die Zahl der Kandidaturen vermindert, die Zahl der Kandidaten aber erhöht.

4. Wahlrecht und Wählbarkeit

Wahlberechtigt waren 1972 alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet und entweder seit mindestens 3 Monaten ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Wahlgebiet oder als Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst auf Anordnung ihres Dienstherrn im Auslande genommen hatten, wenn sie nicht aus

besonderen Gründen vom Wahlrecht ausgeschlossen waren. Vom Wahlrecht ausgeschlossen waren Entmündigte oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft stehende Personen; weiterhin diejenigen, die infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besaßen. Außerdem ruhte das Wahlrecht für Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt oder die aufgrund Richterspruchs zum Vollzug einer mit Freiheitsentziehung verbundenen Maßregel der Besserung und Sicherung untergebracht waren. Strafgefangene dürfen wählen.

Die Wahlbewerber mußten mindestens seit einem Jahr Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sein. Das ebenso wie das Wahlalter schon grundgesetzlich festgelegte Wählbarkeitsalter war 21 Jahre. Nicht wählbar war, wer vom aktiven Wahlrecht

ausgeschlossen war, wessen Wahlrecht ruhte oder wer infolge Richterspruchs die Wahlbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besaß. Auch der Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, der diese Rechtsstellung durch Ausschlagung der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955 (BGBl. I S. 65) erlangte, hatte kein passives Wahlrecht.

Wählen kann grundsätzlich nur, wer in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat. Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist und keinen Wahlschein besitzt, kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis er geführt wird. Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl in dem Wahlkreis, in dem der Wahlschein ausgestellt ist, entweder durch persönliche Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder schriftlich durch Briefwahl teilnehmen.

Um brieflich wählen zu können, muß sich der Wahlberechtigte beim Wahlamt seines Wohnorts einen Wahlschein, einen Stimmzettel,

einen Wahlumschlag für den Stimmzettel mit Siegelmarke zu dessen Verschuß und einen Wahlbriefumschlag besorgen. Nach Ausfüllen des Stimmzettels sind diese Unterlagen an den Kreiswahlleiter des Wahlkreises zu senden, in dem sich der Wahlbezirk befindet, in dessen Wählerverzeichnis der Briefwähler eingetragen ist. Zur Feststellung des Ergebnisses der Briefwahl werden beim Kreiswahlleiter besondere Wahlvorstände gebildet. Jedermann, der Anspruch auf Ausstellung eines Wahlscheines hat, kann auch die Unterlagen für die Briefwahl anfordern. Es handelt sich also bei der Briefwahl um eine Sonderform der schon länger üblichen Wahlscheinwahl.

Die Briefwahl ist seit der 3. Bundestagswahl zulässig. Mit ihrer Einführung 1957 wurde die Freizügigkeit der örtlichen Ausübung des Wahlrechts für die Wahlscheininhaber beschränkt. Sie können seitdem nur noch in ihrem Heimatwahlkreis wählen. Durch die Verbindung mit dem Heimatwahlkreis ist gleichzeitig jede Manipulation des Wahlausgangs durch planmäßige Konzentration von Wahlscheinstimmen auf einige Wahlkreise ausgeschlossen.

B. Rechtsgrundlagen und Durchführung der besonderen Wahlstatistik

Bei der allgemeinen Wahlstatistik handelt es sich in der Hauptsache um eine Dokumentation der von den Wahlorganen festgestellten Wahlergebnisse. In der besonderen Wahlstatistik werden die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe verschiedener Bevölkerungsgruppen untersucht. Rechtsgrundlagen sind § 52 Abs. 2 des Bundeswahlgesetzes und § 84 der Bundeswahlordnung.

Erste Auszählungen dieser Art sind im Jahre 1953 ohne Beteiligung von Rheinland-Pfalz, Bayern und des Saarlandes durchgeführt worden. Sie wurden seit 1957 unter Beteiligung aller Bundesländer wiederholt und werden schon seit vielen Jahren häufig auch bei Landtags- und Kommunalwahlen durchgeführt (meist mit der für die Bundestagswahl vereinbarten Altersgliederung).

Die besondere Bundestagswahlstatistik 1972 beruht auf den Wahlergebnissen in 1 009 Wahlbezirken für die Feststellung der Wahlbeteiligung und 1 089 Wahlbezirken für die Feststellung der Stimmabgabe¹⁾, die für die insgesamt über 55 000 Wahlbezirke als repräsentativ angesehen werden können. Sie erstreckt sich dadurch auf 746 000 der 41,4 Mill. Wahlberechtigten und 743 000 der 37,8 Mill. Wähler. Wie schon früher, ist danach ihre Zahlenbasis weit breiter als bei entsprechenden Untersuchungen nichtamtlicher Stellen, die sich immer nur auf wenige tausend Personen stützen. Außerdem handelt es sich bei der repräsentativen Bundestagswahlstatistik nicht um die Auswertung dessen, was Personen über ihr Wahlverhalten vor oder nach der Wahl aussagen, sondern um die Auswertung des tatsächlichen Wahlverhaltens nach den Wählerverzeichnissen und Stimmzetteln.

Für die Feststellung der Wahlberechtigten wurden die Wählerverzeichnisse der Auswahlbezirke herangezogen, die auch Angaben über den Rufnamen (Geschlecht) und den Geburtstag (Alter) enthalten. Die Feststellungen über die Stimmabgabe wurden durch Ausgabe von Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck für Männer und Frauen nach jeweils 5 Altersgruppen (1965 u. 1969: 4, 1953 bis 1961: 3) in den Stichprobenbezirken ermöglicht. Eine Verletzung des Wahlgeheimnisses ist hierbei nicht zu befürchten. In die zur Feststellung der Wahlbeteiligung herangezogenen Wählerverzeichnisse können die Gemeindebehörden, die Wahlvorstände und sogar die Öffentlichkeit (während der Auslegungsfrist für die Wählerverzeichnisse) ohnehin Einblick nehmen. Aber auch die Methode zur Feststellung der Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter läßt keine Verletzung des Wahlgeheimnisses zu. Zwar haben die die Auszählung durchführenden Organe beispielsweise feststellen können, wieviel Frauen einer jeden Altersgruppe eine bestimmte Partei gewählt haben, da aber zu jeder Altersgruppe der Männer und Frauen zahlreiche Personen gehören, können daraus keine Anhalts-

punkte für die Stimmabgabe einer bestimmten Person gewonnen werden. Um ein übriges zu tun, sind die zunächst ausgewählten Wahlbezirke mit weniger als 290 Wahlberechtigten in den meisten Fällen durch größere Wahlbezirke ersetzt worden. Zum weiteren Schutz des Wahlgeheimnisses ist es nach BWO § 84 Abs. 2 verboten, Ergebnisse für einzelne Wahlbezirke zu veröffentlichen. Die Wähler selbst wurden durch ein Plakat auf die Verwendung von Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck für die repräsentative Wahlstatistik aufmerksam gemacht (vgl. Muster des Stimmzettels Seite 14).

Weitere methodische Ausführungen enthält das vorangegangene Heft 8: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter. Darin sind die Durchführung der Wahl in den Stichprobenbezirken, Auszählung und Aufbereitung sowie die Genauigkeit der Ergebnisse näher erläutert. Außerdem enthält dieses Heft die vollständigen Ergebnisse und einige Bemerkungen zum Stichprobenplan. Ausführlicher sind die Grundlagen des Stichprobenplans anläßlich der Einführung der repräsentativen Bundestagswahlstatistik in Heft 2 von Band 100 der „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“ behandelt.

Im vorliegenden Heft werden nur Auszüge der Ergebnisse gebracht. Sie werden auch nicht in einem besonderen Abschnitt behandelt, sondern jeweils im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Totalauszählungen. Soweit möglich, wurden dabei insbesondere Vergleichszahlen aus den Jahren 1965 und 1969 mit herangezogen.

Bei dem Vergleich mit den Totalergebnissen ist folgendes zu beachten:

Die Feststellungen über die Wahlbeteiligung mußten auf die Wahlberechtigten ohne Wahlschein beschränkt bleiben. Wegen der im Vergleich zu den übrigen Wahlberechtigten höheren Wahlbeteiligung der Wahlscheinwähler wird in der repräsentativen Wahlstatistik die Wahlbeteiligung etwas zu niedrig ausgewiesen.

Für die Auszählungen über die Stimmverteilung mußten die Briefwähler unberücksichtigt bleiben. In den Ergebnissen spiegelt sich also, ebenso wie schon früher, nur die Stimmabgabe der Wähler ohne Wahlschein und der Wähler mit einfachem Wahlschein wider.

Auch hierzu ist näheres dem vorangegangenen Heft 8 zu entnehmen.

Um die (unterschiedliche) Wahlbeteiligung und Stimmabgabe in Stadt und Land und nach der Religionszugehörigkeit — wenn auch ohne Kombination mit den Angaben für Geschlecht und Alter — feststellen und untersuchen zu können, wurden die Gesamtergebnisse nach der Wahl entsprechend aufbereitet. Die ausführlichen Zahlen enthalten Tabellen des Anhangs.

C. Wahlorgane und Ergebnisfeststellung

Für die organisatorische Vorbereitung einer Bundestagswahl sind die Gemeindebehörden, die Kreiswahlleiter, die Landeswahlleiter und der Bundeswahlleiter zuständig. Die Vorbereitungen beginnen mit der Bestimmung des Wahltages durch den Bundespräsidenten.

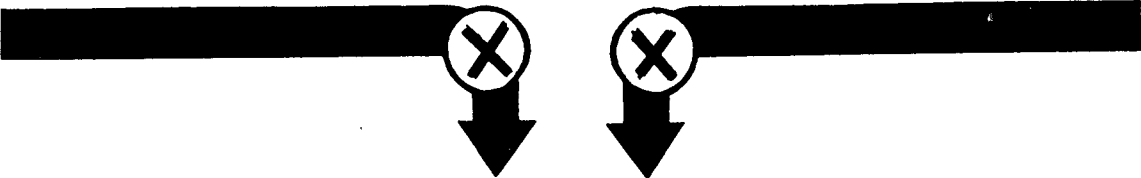
Das Schwergewicht der Vorbereitungsarbeiten liegt in den Händen der Gemeindebehörden.

Die Arbeit beginnt mit der Aufstellung der Wählerverzeichnisse mit Familienname und Rufname, Geburtstag und Anschrift der Wahlberechtigten; denn wählen kann nur, wer in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat. Wahlberechtigte, die in

1) Die Abweichung beruht auf unterschiedlichen Auswahlätzen in Rheinland-Pfalz.

MUSTER
für Landtagswahl im Wahlkreis 54 Aachen-Land am 19. November 1972

Sie haben 2 Stimmen



hier 1 Stimme
für die Wahl
eines Wahlkreisabgeordneten
(Erststimme)

hier 1 Stimme
für die Wahl
einer Landesliste (Partei)
(Zweitstimme)

1	Koblitz, Kurt Angestellter Alsdorf, Englerthring 4 SPD Sozialdemo- kratische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>
2	Müller, Josef Realschullehrer Eschweiler, Sandberg 17 CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands	<input type="radio"/>
3	Peglau, Helmut Studiendirektor Stolberg, Pfaunenweg 8 F.D.P. Freie Demokratische Partei	<input type="radio"/>
4	Severins, Hans Gruben-Steiger Herzogenrath- Merkstein, Lange Hecke 14 DKP Deutsche Kommunistische Partei	<input type="radio"/>
7	Friese, Erich Berginvalide Alsdorf Würselener Straße 11 NPD Nationaldemo- kratische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>

<input type="radio"/>	SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands Brandt, Arendt, Frau Dr. Focke, Schmidt, Frau Huber	1
<input type="radio"/>	CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands Dr. Barzel, Dr. Schröder, Katzner, Windelen, Frau Dr. Wex	2
<input type="radio"/>	F.D.P. Freie Demokratische Partei Scheel, Genscher, Frau Funcke, Prof. Dr. Maihofer, Ollesch	3
<input type="radio"/>	DKP Deutsche Kommunistische Partei Bachmann, Lang, Priemer, Frau Hempel, Angenfort	4
<input type="radio"/>	EFDP Europäische Föderalistische Partei Dr. Roemheld, Frau Zumkley, Hemmann, Härthe, Kleidt	5
<input type="radio"/>	FSU Freisoziale Union — Demokratische Mitte — Wandel, Schacht, Schmülling, Triebler, Dr. Bruker	6
<input type="radio"/>	NPD Nationaldemokratische Partei Deutschlands Mußnug, Walendy, Quelle, Manke, Seetzen	7

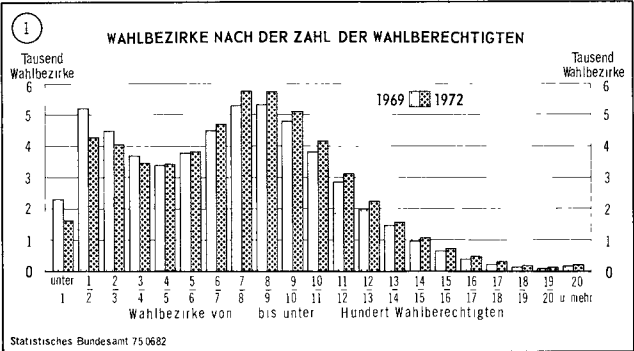
mehreren Gemeinden eine Wohnung haben, sind im Wählerverzeichnis derjenigen Gemeinde zu führen, in der sich ihre Hauptwohnung befindet. Die Wählerverzeichnisse für die Bundestagswahl am 19. November 1972 waren am 15. Oktober (= 35ster Tag vor der Wahl) vorläufig abzuschließen. Innerhalb des Bundesgebietes finden jedoch jährlich über 3 Mill. Umzüge nach einer anderen Gemeinde statt. Ein Teil der Wahlberechtigten wohnte am 19. November nicht mehr am gleichen Ort. Um die Wählerverzeichnisse trotzdem auf einem möglichst neuen Stand zu halten, waren zwischen dem 15. und 28. Oktober alle Wahlberechtigten zu streichen, die sich in dieser Zeit abgemeldet hatten, und alle Wahlberechtigten neu aufzunehmen, für die eine Neuanmeldung vorlag. Am 28. Oktober waren die Wählerverzeichnisse sodann von der Gemeindebehörde zu beurkunden und vom 29. Oktober bis 5. November öffentlich auszulegen.

Durch die öffentliche Auslegung, auf welche die Gemeinden durch Bekanntmachung hinweisen, konnte jedermann feststellen, ob er für die Bundestagswahl 1972 als Wahlberechtigter geführt wurde, und ggf. gegen eine Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit des Wählerverzeichnisses Einspruch bei der Gemeindebehörde einlegen.

Bis spätestens 28. Oktober erhielten die Wahlberechtigten eine Mitteilung über ihre Eintragung ins Wählerverzeichnis, auf der u. a. der Familien- und Vorname, der Geburtstag, das Wahllokal und die Wahlzeit sowie die Nummer des Wahlberechtigten im Wählerverzeichnis eingetragen sind. Die Wahlbenachrichtigung ist im Wahllokal vorzuzeigen.

Ferner hatten die Gemeindebehörden für mehrere 100 000 Personen, die einen Kreiswahlvorschlag oder eine Landesliste mit ihrer Unterschrift unterstützten, eine Wahlrechtsbescheinigung auszustellen, für die Wahlbewerber die Wahlbarkeit zu bescheinigen sowie die Wahllokale zu bestimmen und einzurichten.

Im Bundesgebiet gibt es rd. 56 000 Wahlbezirke. Die Wahlbezirke sollen so abgegrenzt sein, daß allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird. Nach § 11 BWO soll kein Wahlbezirk mehr als 2 500 Einwohner haben. 1) Die Anzahl der Wahlberechtigten eines Wahlbezirks darf andererseits aber auch nicht so gering sein, daß erkennbar wird, wie die einzelnen Wahlberechtigten gewählt haben. Sehr kleine Gemeinden sind daher zu einem Wahlbezirk zusammenzufassen.



Eine noch schwierigere Aufgabe als die Abgrenzung der Wahlbezirke und die Bestimmung der Wahllokale ist für die Gemeinden regelmäßig die Gewinnung der ehrenamtlichen Helfer für den Wahlvorstand in den Wahllokalen, der sich aus dem Wahlvorsteher und seinem Stellvertreter, dem Schriftführer und einigen weiteren Beisitzern zusammensetzt. Das Bundeswahlgesetz sieht vor, daß er aus vier bis neun Personen besteht. Nimmt man im Durchschnitt sechs Personen an, so bedeutet das für den Wahltag 350 000 ehrenamtliche Helfer.

Die Wahlorgane sind

- der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuß für das ganze Wahlgebiet,
- ein Landeswahlleiter und ein Landeswahlausschuß für jedes Land,

1) Mit der Zunahme der Bevölkerung, insbesondere der Zahl der wahlberechtigten Einwohner, werden auch immer mehr „örtliche Wahllokale“ benötigt. Noch 1961 wurden 52 471 Wahlbezirke gezählt. Bis zur 7. Bundestagswahl 1972 erhöhte sich diese Zahl über 54 310 bei der 5. und 55 394 bei der 6. Bundestagswahl auf 56 059.

ein Kreiswahlleiter und ein Kreiswahlausschuß für jeden Wahlkreis, ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk, ein oder mehrere Wahlvorsteher und Wahlvorstände für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Ergebnisses der Briefwahl.

Beim Kreiswahlleiter waren bis spätestens 16. Oktober 1972 die Kreiswahlvorschläge für die Wahlkreiskandidaten einzureichen, für die sich der Wähler mit der Erststimme entscheidet. Die Landeswahlleiter nahmen bis zum gleichen Termin die Landeslistenvorschläge der Parteien entgegen, für die der Wähler seine Zweitstimme abgibt. Aufgabe der Kreiswahlleiter und der Landeswahlleiter war es dann vorzuprüfen, ob die Zustimmungserklärung der Bewerber für ihre Kandidatur vorlag, ob sie wahlbar waren, ob die Bewerber von den Parteien vorschriftsmäßig aufgestellt worden sind, ob die evtl. beizubringenden Unterschriften für die Unterstützung der Wahlvorschläge in Ordnung waren und für jede Unterschrift auch eine Wahlrechtsbescheinigung vorlag. Damit bereiteten die Kreiswahlleiter und Landeswahlleiter die Sitzungen ihrer Wahlausschüsse vor, die am 20. Oktober 1972 über die Zulassung oder Zurückweisung der Kreiswahlvorschläge und Landeslisten entschieden.

Der Bundeswahlausschuß hat am 12. Oktober 1972 für alle Wahlorgane verbindlich festgestellt, welche politischen Vereinigungen für die Bundestagswahl 1972 als Parteien anzuerkennen waren. Dazu hatten diejenigen Parteien, die im Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, dem Bundeswahlleiter bis zum 3. Oktober 1972 ihre Teilnahme an der Wahl mit drei Unterschriften des Bundesvorstandes und dem Hinweis auf die in dem vom Bundeswahlleiter geführten Parteienregister befindlichen Unterlagen anzuzeigen.

Der Bundeswahlausschuß war außerdem die letzte Entscheidungsinstanz in solchen Fällen, in denen sich eine Partei über die Zurückweisung ihrer Landesliste oder der Landeswahlleiter über die Zulassung einer Landesliste beschwerte. Schließlich hat der Bundeswahlausschuß am 16. Tag vor der Wahl (3. November) über die Anträge der Parteien entschieden, ihre Landeslisten zu verbinden 2).

Von allen eingereichten Wahlvorschlägen erhielt der Bundeswahlleiter ein Doppel; außerdem gingen ihm Abschriften der Niederschriften über die Sitzungen der Kreiswahlausschüsse und Landeswahlausschüsse zu, in denen über die Zulassung der Wahlvorschläge entschieden wurde. Hieraus entstand eine umfangreiche Lochkarten-Kartei aller Wahlbewerber, geordnet nach Bewerbern im Wahlkreis, auf den Landeslisten und nach dem Alphabet der Kandidaten.

Diese Unterlagen setzten den Bundeswahlleiter instand, ggf. Beschwerde gegen die Zulassung eines Kreiswahlvorschlages beim Landeswahlausschuß einzulegen, was jedoch bei den drei letzten Wahlen – im Gegensatz zu 1961 – nicht nötig war. Weiterhin hat der Bundeswahlleiter die Wahlbewerberskartei dazu benutzt, um Anfang November ein Verzeichnis sämtlicher Wahlbewerber zu veröffentlichen. Schließlich war diese Kartei die Grundlage für die Feststellung der Namen der Gewählten.

Den Wahlorganen obliegt auch die Feststellung der Wahlergebnisse für die entsprechenden Wahlgebiete, ihre Bekanntgabe und ihre Weitermeldung an die nächsthöheren Wahlorgane. Ist die Gemeinde in mehrere Wahlbezirke eingeteilt, so meldet der Wahlvorsteher das Wahlergebnis seines Wahlbezirks der Gemeindebehörde (Verbandsgemeinde u. ä.), welche die Wahlergebnisse aller Wahlbezirke der entsprechenden Verwaltungseinheit zusammenfaßt und dem Kreiswahlleiter meldet. Der Landeswahlleiter kann außerdem anordnen, daß die Wahlergebnisse kreisangehöriger Gemeinden in Wahlkreisen mit mehreren Verwaltungskreisen über die zuständige Kreisverwaltungsbehörde an den Kreiswahlleiter gemeldet werden.

Bei der Übermittlung der Wahlergebnisse ist zwischen der sog. „Schnellmeldung“ in der Wahlnacht und dem endgültigen Wahler-

2) Der Entwurf für ein neues Bundeswahlgesetz (BT-Drucksache 7/3371) sieht vor, daß dem Bundeswahlleiter nicht mehr die Listenverbindung sondern – gerade umgekehrt wie bisher – der Ausschuß von der Listenverbindung mitzuteilen ist. Ohne diese Mitteilung (nach § 30) gelten also Landeslisten der gleichen Partei für die Berechnung der Sitzverteilung als verbunden. Da wegen des Vorteils der Listenverbindung für die Partei mit Ausschlußanzeigen kaum zu rechnen ist, wird diese Sitzung des Bundeswahlausschusses in Zukunft in der Regel entfallen.

gebnis zu unterscheiden. Nach den Schnellmeldungen durch Boten, Fernsprecher, Fernschreiber, Telegramm usw. ermittelt der Kreiswahlleiter das vorläufige Ergebnis im Wahlkreis, der Landeswahlleiter das vorläufige Ergebnis im Land und der Bundeswahlleiter das vorläufige Ergebnis für das ganze Wahlgebiet. Der Kreiswahlleiter gibt bei der Meldung auch an, welcher Wahlkreisbewerber als gewählt gelten kann. Der Landeswahlleiter meldet dem Bundeswahlleiter die Wahlkreisergebnisse zunächst einzeln und danach das Landesergebnis. Die Gesamtzahl der Abgeordneten aus den einzelnen Bundesländern geht erst aus dem Ergebnis für das ganze Wahlgebiet hervor und wird vom Bundeswahlleiter vorläufig festgestellt.

Der Bundeswahlleiter erhielt in seinem Büro in Bonn, Bundeshaus, die Schnellmeldungen mit den vorläufigen Wahlergebnissen in Form von Lochkarteninhalten. Dazu waren die Landeswahlleiter mit dem Bundeswahlleiter durch Leitungen der Bundespost verbunden, die für die Wahlnacht durchgeschaltet waren. Bei den Landeswahlleitern wurde der Inhalt der eingehenden Schnellmeldungen der Kreiswahlleiter auf Lochkarten übernommen, die Lochkarten in ein Eingabegerät gelegt und ihr Inhalt sodann über die Fernsprechleitungen

unmittelbar in ein elektronisches Datenverarbeitungsgerät beim Bundeswahlleiter gegeben. In dem Datenverarbeitungsgerät des Bundeswahlleiters waren die Wahlkreisergebnisse 1969 und die Namen der Wahlbewerber 1972 gespeichert. Das Datenverarbeitungsgerät führte folgende Arbeiten aus:

- a) sofort nach Eingang eines jeden Wahlkreisergebnisses lieferte es einen Abdruck der Meldung mit Vergleichszahlen 1969 und den üblichen Prozentsätzen;
- b) es lieferte, je nach Bedarf, Zwischenergebnisse für alle Wahlkreise, deren Zahlen bereits vorlagen, mit Vergleichszahlen 1969 und den üblichen Prozentsätzen;
- c) es konzentrierte die Wahlkreisergebnisse zu Länderergebnissen und zu Bundesergebnissen;
- d) es berechnete die Sitzverteilung;
- e) es schrieb ein Namensverzeichnis der Gewählten;
- f) es stellte die Druckvorlagen für einen Bericht mit sämtlichen Wahlkreisergebnissen und den Vergleichszahlen 1969 her;
- g) es lieferte eine Wahlprognose.

5. Wahlkreise in der Ordnung der Zeitfolge des Eingangs ihrer Schnellmeldung beim Bundeswahlleiter

Uhrzeit	Vorliegende Meldungen insgesamt	In der angegebenen Zeitspanne eingegangene Ergebnisse nach Nr. des Wahlkreises	Landesergebnis (Nr. des letzten Wahlkreises)
1972			
19. 11 1972			
20.28	1	172	
20.29 – 20.45	3	178, 162	
20.46 – 21.00	12	106, 168, 188, 86, 127, 152, 185, 55, 158	
21.01 – 21.15	30	149, 22, 190, 25, 240, 238, 194, 204, 34, 160, 195, 226, 37, 138, 113, 124, 145, 36	
21.16 – 21.30	59	198, 163, 81, 111, 183, 29, 128, 119, 212, 102, 177, 159, 221, 154, 167, 211, 184, 64, 175, 155, 181, 219, 96, 47, 213, 42, 4, 176, 148	
21.31 – 21.45	92	69, 120, 214, 24, 182, 170, 116, 171, 235, 123, 109, 189, 173, 147, 44, 45, 205, 85, 94, 236, 83, 157, 174, 201, 126, 215, 33, 46, 196, 230, 151, 21, 241	
21.46 – 22.00	120	121, 153, 216, 117, 161, 245, 192, 99, 31, 70, 220, 218, 179, 26, 135, 28, 43, 78, 146, 169, 210, 223, 246, 156, 38, 217, 180, 49	
22.01 – 22.15	148	191, 133, 32, 222, 114, 48, 208, 101, 115, 197, 112, 199, 91, 207, 68, 231, 98, 23, 40, 200, 150, 166, 77, 164, 97, 165, 187, 30	Rheinland - Pfalz (150)
22.16 – 22.30	183	234, 130, 84, 82, 129, 54, 92, 144, 203, 243, 108, 11, 232, 72, 118, 227, 137, 39, 224, 90, 104, 125, 56, 3, 93, 65, 76, 132, 63, 107, 62, 74, 6, 80, 79	
22.31 – 22.45	209	229, 244, 75, 20, 58, 88, 35, 122, 27, 193, 233, 237, 206, 9, 242, 60, 139, 5, 202, 248, 41, 7, 103, 61, 87, 110	Niedersachsen (41)
22.46 – 23.00	220	57, 247, 1, 95, 2, 136, 100, 143, 131, 59, 89	Saarland (247)
23.01 – 23.15	227	140, 186, 141, 66, 142, 134, 12	Baden - Württemberg (186)
			Hessen (134)
23.16 – 23.30	230	209, 239, 53	
23.31 – 23.45	234	10, 225, 71, 105	
23.46 – 24.00	236	228, 13	Bayern (228)
20. 11. 1972			
0 01 – 0 15	244	52, 51, 50, 14, 15, 67, 73, 8	Bremen (50), Nordrhein - Westfalen (73), Schleswig - Holstein (8)
0 16 – 0 30	246	16,17	
0 31 – 0 41	248	18, 19	Hamburg (19)
1969			
28. 9. 1969			
21 00	1	77	
21.01 – 21 15	9	159, 178, 22, 158, 172, 127, 86, 176	
21.16 – 21.30	17	171, 155, 198, 81, 196, 185, 149, 120	
21.31 – 21.45	38	226, 78, 45, 163, 170, 232, 238, 234, 96, 174, 29, 217, 79, 235, 157, 36, 32, 181, 124, 85, 4	
21.46 – 22 00	63	145, 167, 216, 133, 161, 49, 106, 199, 34, 223, 65, 23, 93, 40, 188, 225, 116, 37, 117, 43, 151, 83, 25, 175, 129	
22.01 – 22.15	85	107, 135, 121, 195, 200, 27, 35, 156, 193, 99, 21, 119, 24, 183, 240, 126, 153, 168, 114, 26, 46, 150	
22.16 – 22 30	111	33, 177, 212, 112, 219, 94, 173, 241, 152, 64, 137, 130, 184, 162, 131, 215, 47, 91, 187, 221, 48, 115, 211, 138, 11, 236	
22.31 – 22 45	142	169, 189, 192, 182, 28, 110, 111, 148, 108, 213, 222, 228, 191, 237, 154, 20, 208, 69, 220, 206, 41, 180, 179, 42, 224, 160, 205, 204, 207, 242, 141	Rheinland - Pfalz (160)
22.46 – 23 00	167	140, 134, 201, 139, 233, 10, 9, 44, 90, 38, 128, 231, 19, 70, 102, 80, 56, 142, 2, 55, 143, 239, 190, 39, 15	
23.01 – 23 15	194	1, 186, 229, 7, 103, 104, 122, 125, 30, 5, 95, 31, 113, 197, 72, 54, 67, 84, 66, 248, 97, 13, 16, 18, 144, 165, 166	Niedersachsen (31)
23.16 – 23 30	207	164, 147, 87, 132, 118, 109, 227, 73, 123, 101, 194, 92, 203	Baden - Württemberg (194)
23.31 – 23 45	218	71, 53, 89, 218, 88, 63, 210, 98, 12, 14, 52	
23.46 – 24 00	232	136, 8, 50, 51, 3, 105, 82, 68, 58, 57, 244, 17, 146, 243	Bremen (51), Hamburg (17), Hessen (146)
29. 9 1969			
0 01 – 0 15	239	74, 230, 76, 245, 59, 246, 247	Saarland (247)
0 16 – 0 30	242	61, 6, 100	Schleswig - Holstein (6)
0 31 – 0 45	247	202, 75, 60, 209, 62	Nordrhein - Westfalen (62)
1 21	248	214	Bayern (214)

6. Zwischenergebnisse und hochgerechnete Ergebnisse in der Wahlnacht

Zahl der Wahlkreis- ergebnisse	Datum und Uhrzeit des Eingangs des jeweils letzten Wahlkreis- ergebnisses	Zwischenergebnis (Z) und Hochrechnungsergebnis (H) in %							
		Anteil der gültigen Zweitstimmen für							
		SPD		CDU, CSU 1)		F.D.P.		NPD	
		Z	H	Z	H	Z	H	Z	H
20	19. 11. 21.10	42,8	45,6	47,1	45,2	9,0	8,3	0,7	0,3
40	21.22	44,4	45,6	46,0	45,4	8,6	8,2	0,6	0,4
60	21.31	43,5	45,7	47,1	45,3	8,4	8,0	0,6	0,4
80	21.39	44,1	45,9	46,8	45,0	8,2	8,1	0,6	0,6
100	21.50	44,0	46,0	47,1	45,0	8,0	8,0	0,6	0,5
120	22.00	43,9	45,9	47,1	45,1	8,0	8,1	0,6	0,5
140	22.12	44,4	45,9	46,6	45,1	8,0	8,1	0,6	0,5
160	22.20	44,6	45,9	46,4	45,1	8,1	8,1	0,6	0,5
180	22.28	44,9	45,9	46,0	45,0	8,1	8,2	0,6	0,5
200	22.40	45,0	45,9	45,9	44,9	8,1	8,2	0,6	0,5
220	23.00	45,5	46,0	45,5	44,8	8,1	8,2	0,6	0,6
240	20. 11. 0.08	45,6	45,9	45,2	44,9	8,3	8,3	0,6	0,5
Vorläufiges Endergebnis		45,9		44,8		8,4		0,6	

1) CSU nur in Bayern.

Die vermehrt eingesetzte Technik ermöglichte ein noch früheres Eintreffen der ersten und aller folgenden Ergebnisse als bei den Bundestagswahlen 1969 und 1965. Das erste Wahlkreisergebnis traf schon um 20.28 Uhr ein und kam aus dem Wahlkreis 172 (Baden - Württemberg). Mit 120 bis 22.00 Uhr eingegangenen Meldungen standen dem Bundeswahlleiter um diese Zeit fast doppelt so viele Wahlkreisergebnisse (für Hochrechnungen) zur Verfügung wie 1969 (63). Die letzte Meldung ging 1972 aus dem hamburgischen Wahlkreis 19 um 0.41 Uhr ein, so daß das vorläufige Gesamtergebnis fast eine ganze Stunde früher vorlag.

Der Ausgang der Wahl aber stand auch nach den Prognoseergebnissen des Bundeswahlleiters praktisch schon drei Stunden nach Schließung der Wahllokale fest. Schon um 21.10 Uhr wich die auf der Basis von 20 bis dahin eingegangenen Wahlkreisergebnissen durchgeführte Hochrechnung für die SPD nur noch um 0,3 Prozentpunkte, für die CDU u. CSU um 0,4 Prozentpunkte und für die F.D.P. um 0,1 Prozentpunkte vom amtlich festgestellten und vom Bundeswahlleiter als vorläufig bekanntgegebenen Endergebnis ab. Zu welcher Uhrzeit die Ergebnisse der einzelnen Wahlkreise 1972 und 1969 einliefen, und bis wann jeweils alle Wahlkreisergebnisse der Länder vorlagen, damit Landesergebnisse berechnet werden konnten, sagt Tabelle 5 aus. Darüber, daß es nicht mehr als 20 Wahlkreisergebnisse bedarf, um den Ausgang einer Bundestagswahl zu erkennen, weil sich die so gewonnenen Ergebnisse auch bei Verdoppelung oder Vervielfachung der Basis kaum noch ändern, unterrichtet Tabelle 6.

Die Feststellung der endgültigen Wahlergebnisse ist Aufgabe der Kreiswahlausschüsse, der Landeswahlausschüsse und des Bundeswahlausschusses. Im Gegensatz zu früher sind die Kreiswahlausschüsse seit 1953 berechtigt, Rechenfehler der Wahlvorstände zu berichtigen und über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen abweichend zu beschließen (§ 73 BWO). Der Landeswahlausschuß ist berechtigt, rechnerische Berichtigungen an den Feststellungen der

Wahlvorstände und der Kreiswahlausschüsse vorzunehmen (§ 74 BWO).

Der Bundeswahlausschuß konnte zur Feststellung des endgültigen Ergebnisses der Bundestagswahl am 19. November 1972 – genau wie bei der vorangegangenen Wahl – schon am 13. Tage nach dem Wahltag zusammentreten (2. Dezember 1972), da es bei diesen beiden Bundestagswahlen – im Gegensatz zu der von 1965 – zu keiner Nachwahl kam. Die amtliche Veröffentlichung erfolgte im Bundesanzeiger Nr. 230 vom 8. Dezember 1972.

Neben den Zahlen für die Wahlberechtigten, Wähler und abgegebenen Stimmen hat der Bundeswahlausschuß auch die Namen derjenigen Abgeordneten festgestellt, die aus den Landeslisten gewählt worden sind. Die Benachrichtigung dieser Gewählten erfolgte durch die Landeswahlleiter, die Benachrichtigung der gewählten Wahlkreisabgeordneten durch die Kreiswahlleiter.

Die von den Wahlausschüssen festgestellten und von den Kreiswahlleitern, Landeswahlleitern und dem Bundeswahlleiter öffentlich bekanntgemachten Ergebnisse sind nur insoweit endgültig, als der neue Bundestag aufgrund dieser Ergebnisse zusammentritt. Wahlprüfungsverfahren können diese Ergebnisse noch ändern. Eine Wahlprüfung wird auf Einspruch durchgeführt. Einsprüche können von den Landeswahlleitern und dem Bundeswahlleiter in amtlicher Eigenschaft und sonst von jedem Wahlberechtigten eingelegt werden. Erstere sind gesetzlich dazu verpflichtet, zu prüfen, ob die Wahl nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung durchgeführt worden ist. Nach Art. 41 des Grundgesetzes ist die Wahlprüfung Sache des Bundestages. Näheres regelt das Wahlprüfungsgesetz vom 12. März 1951 (BGBl. I S. 166), geändert durch das Gesetz zur Änderung des Wahlprüfungsgesetzes vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 977). Gegen die Entscheidung des Bundestages ist Beschwerde an das Bundesverfassungsgericht zulässig.

II. Ergebnisse

A. Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

1. Wahlberechtigte und Wähler

Mit der Gesamtbevölkerung hat auch die Zahl der Wahlberechtigten von Bundestagswahl zu Bundestagswahl zugenommen. Wie sich aus Tabelle 7, in der neben der Entwicklung der Wahlberechtigtenzahl von der 1. bis zur 7. Bundestagswahl auch die Veränderung von Wahl zu Wahl dargestellt sind, ablesen läßt, sind die Zunahmen recht unterschiedlich. Von den beiden größten Zunahmen hat die eine ihre Ursache in der Rückgliederung des Saarlandes, das 1957 zum erstenmal mitwählte, und ist die zweite auf die Herabsetzung des aktiven Wahlalters vom 21. auf das vollendete 18. Lebensjahr 1972 zurückzuführen. Sieht man von diesen beiden Ursachen ab, war die Zunahme zwischen der 2. und 3. Bundestagswahl mit 1,6 Mill. noch fast 3 mal so groß wie zwischen der 6. und 7. Wahl (0,6 Mill.). Die

überhaupt größten Zunahmen waren mit knapp 2 Mill. zwischen 1949 und 1953 und reichlich 2 Mill. zwischen 1957 und 1961 zu verzeichnen. Etwa 5 % des Zuwachses zwischen 1949 und 1953 dürfte dadurch bedingt gewesen sein, daß zur 1. Bundestagswahl aus politischen Gründen noch nicht alle deutschen Einwohner im wahlberechtigten Alter wählen durften. Größer war sicherlich der Anteil des Zuwachses durch die vielen, die erst in diesen Jahren aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrten. Während der 3. Wahlperiode sind die starken Jahrgänge aus der Zeit gegen Ende der 30er Jahre in das wahlfähige Alter aufgerückt.

Von den bei der Bundestagswahl 1969 vorhandenen 38,7 Mill. Wahlberechtigten sind bis zur Bundestagswahl 1972 rd. 2,2 Mill.

7. Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten

Bundestagswahl	Wahlberechtigte	Veränderung seit der vorangegangenen Wahl			
		insgesamt	und zwar durch		
			Tod von Wahlberechtigten	Erstwähler	Wanderung
14. 8. 1949	31 200 000	—	—	—	—
6. 9. 1953	33 120 000	+ 1 920 000 ¹⁾	— 1 750 000	+ 2 800 000	+ 770 000
15. 9. 1957	35 400 000	+ 2 280 000	— 2 000 000	+ 3 520 000 ²⁾	+ 760 000
17. 9. 1961	37 440 000	+ 2 040 000	— 2 150 000	+ 3 470 000	+ 720 000
Männer	17 030 000	+ 970 000	— 1 100 000	+ 1 770 000	+ 300 000
Frauen	20 410 000	+ 1 070 000	— 1 050 000	+ 1 700 000	+ 420 000
19. 9. 1965	38 510 000	+ 1 070 000	— 2 470 000	+ 2 930 000	+ 610 000
Männer	17 460 000	+ 430 000	— 1 260 000	+ 1 495 000	+ 195 000
Frauen	21 050 000	+ 640 000	— 1 210 000	+ 1 435 000	+ 415 000
28. 9. 1969	38 680 000	+ 170 000	— 2 680 000	+ 2 520 000	+ 330 000
Männer	17 365 000	— 95 000	— 1 350 000	+ 1 310 000	— 55 000
Frauen	21 315 000	+ 265 000	— 1 330 000	+ 1 210 000	+ 385 000
19. 11. 1972	41 450 000	+ 2 770 000	— 2 205 000	+ 4 520 000 ³⁾	+ 455 000
Männer	18 955 000	+ 1 590 000	— 1 100 000	+ 2 315 000	+ 375 000
Frauen	22 495 000	+ 1 180 000	— 1 105 000	+ 2 205 000	+ 80 000

1) Einschl. etwa 100 000 Personen, die durch die Entnazifizierungsbestimmungen erst 1953 wahlberechtigt wurden. — 2) Einschl. 660 000 Personen durch Rückgliederung des Saarlandes. 3) Einschl. 2,2 Mill. infolge Herabsetzung des Wahlalters vom 21. auf das 18. Lebensjahr, und zwar reichlich 1,1 Mill. Männer und knapp 1,1 Mill. Frauen.

8. Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten nach Geschlecht und Alter

Alter von etwa . . . bis unter . . . Jahren	Wahlberechtigte 1)			Zu- (+) bzw. Abnahme (—)			
	1965	1969	1972	1972 gegenüber 1969		1969 gegenüber 1965	
	Anzahl			%		Anzahl	%
Männer							
unter 21	—	—	1 107 700	+ 1 107 700	—	—	—
21 — 25	1 495 300	1 215 000	1 513 200	+ 298 200	+ 24,5	— 280 300	— 18,7
25 — 30	2 341 200	2 003 600	1 665 100	— 338 500	— 16,9	— 337 600	— 14,4
30 — 35	1 851 800	2 212 400	2 248 500	+ 36 100	+ 1,6	+ 360 600	+ 19,5
35 — 40	1 825 300	1 777 800	2 040 800	+ 263 000	+ 14,8	— 47 500	— 2,6
40 — 45	1 510 800	1 746 800	1 821 300	+ 74 500	+ 4,3	+ 236 000	+ 15,6
45 — 50	1 070 700	1 496 300	1 586 400	+ 90 100	+ 6,0	+ 425 600	+ 39,7
50 — 60	3 115 500	2 456 600	2 440 200	— 16 400	— 0,7	— 658 900	— 21,1
60 — 70	2 648 600	2 749 600	2 739 200	— 10 400	— 0,4	+ 101 000	+ 3,8
70 und mehr	1 569 400	1 681 800	1 813 900	+ 132 100	+ 7,9	+ 112,400	+ 7,2
Zusammen	17 428 600	17 339 900	18 976 400	+ 1 636 500	+ 9,4	— 88 700	— 0,5
Frauen							
unter 21	—	—	1 090 800	+ 1 090 800	—	—	—
21 — 25	1 435 200	1 182 100	1 440 700	+ 258 600	+ 21,9	— 253 100	— 17,6
25 — 30	2 249 600	1 971 000	1 599 100	— 371 900	— 18,9	— 278 600	— 12,4
30 — 35	1 780 700	2 187 800	2 171 400	— 16 400	— 0,8	+ 407 100	+ 22,9
35 — 40	1 833 800	1 752 300	1 984 000	+ 231 700	+ 13,2	— 81 500	— 4,4
40 — 45	2 053 300	1 900 700	1 777 100	— 123 600	— 6,5	— 152 600	— 7,4
45 — 50	1 526 300	2 141 900	1 955 000	— 186 900	— 8,7	+ 615 600	+ 40,3
50 — 60	4 145 000	3 471 500	3 472 600	+ 1 100	+ 0,0	— 673 500	— 16,2
60 — 70	3 422 200	3 706 400	3 816 400	+ 110 000	+ 3,0	+ 284 200	+ 8,3
70 und mehr	2 569 400	2 969 300	3 213 100	+ 243 800	+ 8,2	+ 399 900	+ 15,6
Zusammen	21 015 500	21 283 000	22 520 100	+ 1 237 100	+ 5,8	+ 267 500	+ 1,3
Insgesamt							
unter 21	—	—	2 198 500	+ 2 198 500	—	—	—
21 — 25	2 930 500	2 397 100	2 953 900	+ 556 800	+ 23,2	— 533 400	— 18,2
25 — 30	4 590 800	3 974 600	3 264 200	— 710 400	— 17,9	— 616 200	— 13,4
30 — 35	3 632 600	4 400 200	4 419 900	+ 19 700	+ 0,4	+ 767 600	+ 21,1
35 — 40	3 659 000	3 530 100	4 024 800	+ 494 700	+ 14,0	— 128 900	— 3,5
40 — 45	3 564 100	3 647 500	3 598 400	— 49 100	— 1,3	+ 83 400	+ 2,3
45 — 50	2 597 000	3 638 200	3 541 400	— 96 800	— 2,7	+ 1 041 200	+ 40,1
50 — 60	7 260 500	5 928 100	5 912 800	— 15 300	— 0,3	— 1 332 400	— 18,4
60 — 70	6 070 800	6 456 000	6 555 600	+ 99 600	+ 1,5	+ 385 200	+ 6,3
70 und mehr	4 138 800	4 651 100	5 027 100	+ 375 900	+ 8,1	+ 512 300	+ 12,4
Insgesamt	38 444 100 2)	38 622 900 3)	41 496 500 4)	+ 2 873 600	+ 7,4	+ 178 800	+ 0,5

1) Ohne die nicht in den Wählerverzeichnissen eingetragenen Wahlberechtigten. — 2) Total: 38 510 395. — 3) Total: 38 677 235. — 4) Total: 41 446 302.

gestorben. Etwa ebenso viele erreichten das (alte) Wahlalter von 21 Jahren, womit allein schon die Verminderung durch Tod ausgeglichen war. Eine weitere Vermehrung ist durch Zuwanderung eingetreten, die mit 455 000 zwar wieder größer als 1969 aber kleiner als bei allen übrigen Wahlen war. Durch die grundgesetzliche Ausdehnung des aktiven Wahlrechts auf die 18- bis 20jährigen erhöhte sich die Zahl der Personen, die 1972 wählen konnten, nochmals um 2,2 Mill. auf über 41,4 Mill., was gegenüber der vorangegangenen Bundestagswahl insgesamt einer Zunahme von fast 2,8 Mill. oder 7,2 % entspricht.

Die Gesamtzunahme verteilt sich auf 1,6 Mill. Männer aber nur 1,2 Mill. Frauen. Zum erstenmal ist damit die Zunahme bei den Männern größer als bei den Frauen. Zwar übersteigt die Zahl der weiblichen Wahlberechtigten die der männlichen insgesamt immer noch um rd. 2,5 Mill., jedoch nicht mehr in dem Maße wie bei allen vorangegangenen Wahlen. Noch unter den Wahlberechtigten 1965 überstieg die Zahl der Frauen die der Männer um 3,6 Mill. oder 20,6 %, ein Prozentanteil, der 1972 immerhin um zwei Prozentpunkte niedriger lag. Abermals hatten die Frauen damit Gelegenheit, das Wahlergebnis stärker zu beeinflussen als die Männer.

Aus den Nachweisungen in Tabelle 8, in der die männlichen und weiblichen Wahlberechtigten auf der Basis der Ergebnisse der repräsentativen Bundestagswahlstatistik in 10 Altersgruppen dargestellt sind, wird deutlich, daß die Frauen 1965 in der über 35jährigen, 1969 in der über 40jährigen, 1972 aber nur noch in der über 45jährigen Bevölkerung überwogen. Da Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung nicht nur vom Geschlecht, sondern weitgehend auch vom Alter bestimmt werden, verringerte sich danach die Bedeutung, die dem Frauenüberschuß zuzumessen ist, von Wahl zu Wahl.

In Bezug auf die Dokumentation des Wahlrechts lassen sich die Wahlberechtigten in folgende drei Gruppen einteilen:

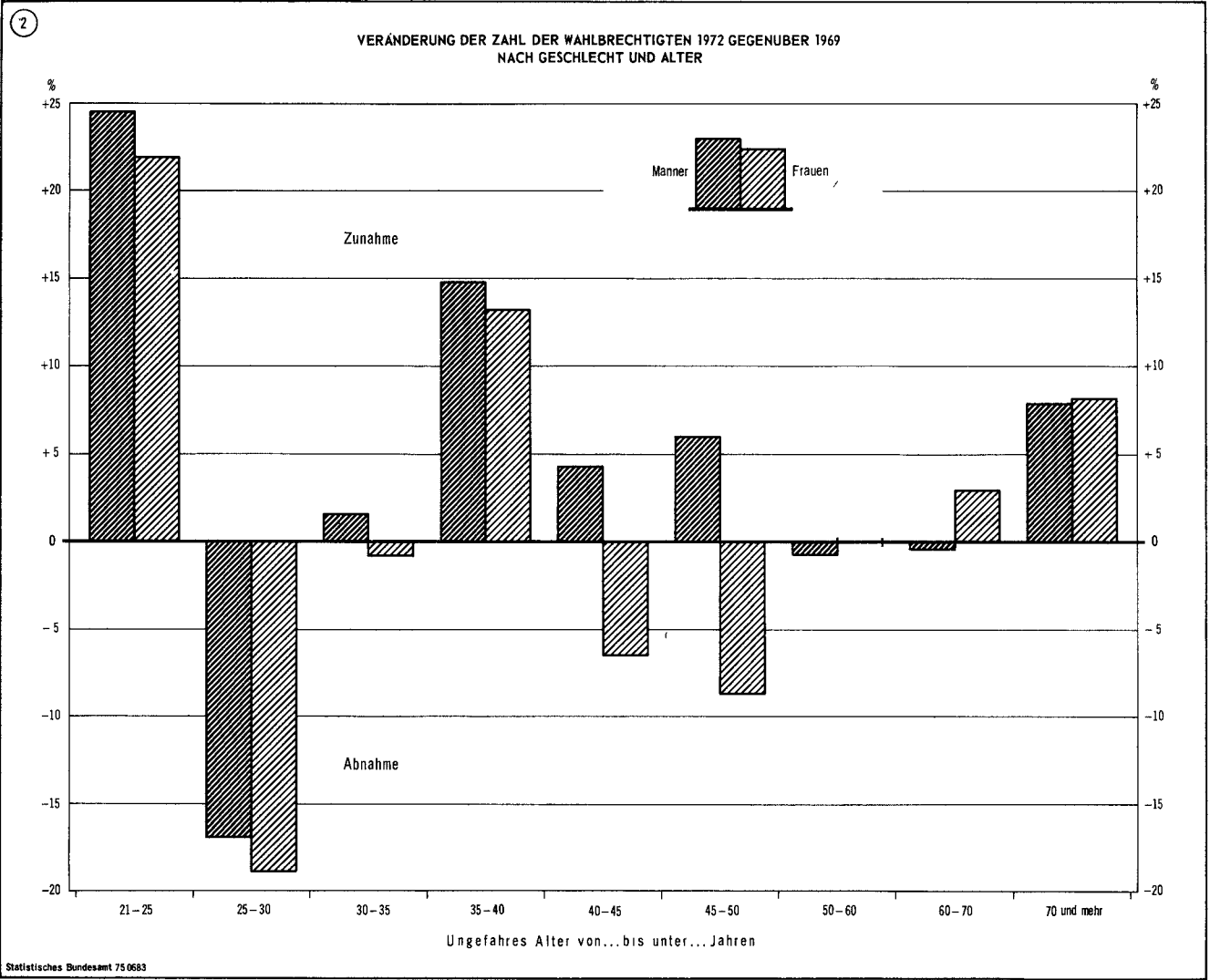
- a) in die Wählerverzeichnisse aufgenommene Wahlberechtigte ohne Sperrvermerk „W“ für ausgegebene Wahlscheine: 38 494 848;
- b) in die Wählerverzeichnisse aufgenommene Wahlberechtigte mit Sperrvermerk „W“ für ausgegebene Wahlscheine: 2 943 042;
- c) nicht in die Wählerverzeichnisse aufgenommene Wahlberechtigte mit Wahlschein gemäß § 22 Abs. 2 der Bundeswahlordnung: 8 412.

Bei der zuletzt genannten Gruppe handelt es sich um Personen, die ein Wahlschein erhalten haben, weil sie aus einem von ihnen nicht zu vertretenen Grund nicht in den Wählerverzeichnissen standen.

Bei der Bundestagswahl 1957, bei der zum ersten Male brieflich gewählt werden konnte, ließen sich 1,9 Mill. oder 5,4 % aller in den

9. Wahlberechtigte und Wähler mit Wahlschein

Wahljahr	Von 100		
	Wahlberechtigten erhielten einen Wahlschein	Wählern	
		insgesamt wählten mit Wahlschein	mit Wahlschein waren Briefwähler
1957	5,4	5,7	87,3
1961	5,9	6,3	91,9
1965	7,1	7,7	95,2
1969	6,8	7,4	95,8
1972	7,1	7,4	97,1



10. Wahlberechtigte nach Geschlecht und Alter ohne und mit Wahlschein

Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte Männer und Frauen				Wahlberechtigte Männer				Wahlberechtigte Frauen			
	ins- gesamt	ohne	mit	ins- gesamt	ohne	mit	ins- gesamt	ohne	mit			
		Wahlschein			Wahlschein			Wahlschein				
		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%			

19. 11. 1972

unter 21	2 198 500	2 047 100	151 300	6,9	1 107 700	1 030 100	77 600	7,0	1 090 800	1 017 000	73 700	6,8
21 - 25	2 953 900	2 693 300	260 600	8,8	1 513 200	1 375 500	137 700	9,1	1 440 700	1 317 800	122 900	8,5
25 - 30	3 264 200	3 007 600	256 600	7,9	1 665 100	1 524 600	140 500	8,4	1 599 100	1 483 000	116 100	7,3
30 - 35	4 419 900	4 172 100	247 800	5,6	2 248 500	2 114 000	134 500	6,0	2 171 400	2 058 100	113 300	5,2
35 - 40	4 024 800	3 849 300	175 500	4,4	2 040 800	1 947 300	93 500	4,6	1 984 000	1 902 000	82 000	4,1
40 - 45	3 598 400	3 452 500	145 900	4,1	1 821 300	1 748 200	73 100	4,0	1 777 100	1 704 300	72 800	4,1
45 - 50	3 541 400	3 367 100	174 300	4,9	1 586 400	1 509 400	77 000	4,9	1 955 000	1 857 700	97 400	5,0
50 - 60	5 912 800	5 562 600	350 200	5,9	2 440 200	2 300 900	139 300	5,7	3 472 600	3 261 700	210 900	6,1
60 - 70	6 555 600	6 092 900	462 700	7,1	2 739 200	2 569 000	170 300	6,2	3 816 400	3 523 900	292 500	7,7
70 und mehr	5 027 100	4 250 400	776 700	15,4	1 813 900	1 605 100	208 800	11,5	3 213 100	2 645 300	567 900	17,7
Insgesamt	41 496 500	38 494 800	3 001 700	7,2	18 976 400	17 724 200	1 252 300	6,6	22 520 100	20 770 700	1 749 400	7,8

28. 9. 1969

21 - 25	2 397 100	2 209 400	187 700	7,8	1 215 000	1 116 200	98 800	8,1	1 182 100	1 093 200	88 900	7,5
25 - 30	3 974 600	3 691 900	282 700	7,1	2 003 600	1 854 900	148 800	7,4	1 971 000	1 837 100	133 900	6,8
30 - 35	4 400 200	4 173 000	227 100	5,2	2 212 400	2 090 500	121 800	5,5	2 187 800	2 082 500	105 300	4,8
35 - 40	3 530 100	3 384 900	145 200	4,1	1 777 800	1 698 400	79 400	4,5	1 752 300	1 686 500	65 800	3,8
40 - 45	3 647 500	3 479 400	168 100	4,6	1 746 800	1 666 000	80 200	4,6	1 900 700	1 812 800	87 900	4,6
45 - 50	3 638 200	3 446 700	191 400	5,3	1 496 300	1 419 000	77 300	5,2	2 141 900	2 027 700	114 200	5,3
50 - 60	5 928 100	5 550 300	377 800	6,4	2 456 600	2 302 700	153 800	6,3	3 471 500	3 247 600	223 900	6,5
60 - 70	6 446 000	5 992 000	464 000	7,2	2 749 600	2 565 500	184 100	6,7	3 706 400	3 426 500	279 900	7,6
70 und mehr	4 651 100	4 102 600	548 500	11,8	1 681 800	1 525 100	156 700	9,3	2 969 300	2 577 500	391 800	13,2
Insgesamt	38 622 900	36 030 300	2 592 600	6,7	17 339 900	16 238 800	1 101 100	6,3	21 283 000	19 791 500	1 491 600	7,0

Wählerverzeichnissen als wahlberechtigt vermerkten Personen einen Wahlschein ausstellen. Im Jahr 1965 wurden bereits an 2,7 Mill. und bei der 7. Bundestagswahl 1972 schließlich fast an 3 Mill. Wahlberechtigte Wahlscheine ausgegeben. Anteilsmäßig ist dadurch allerdings seit 1965 keine Erhöhung mehr eingetreten.

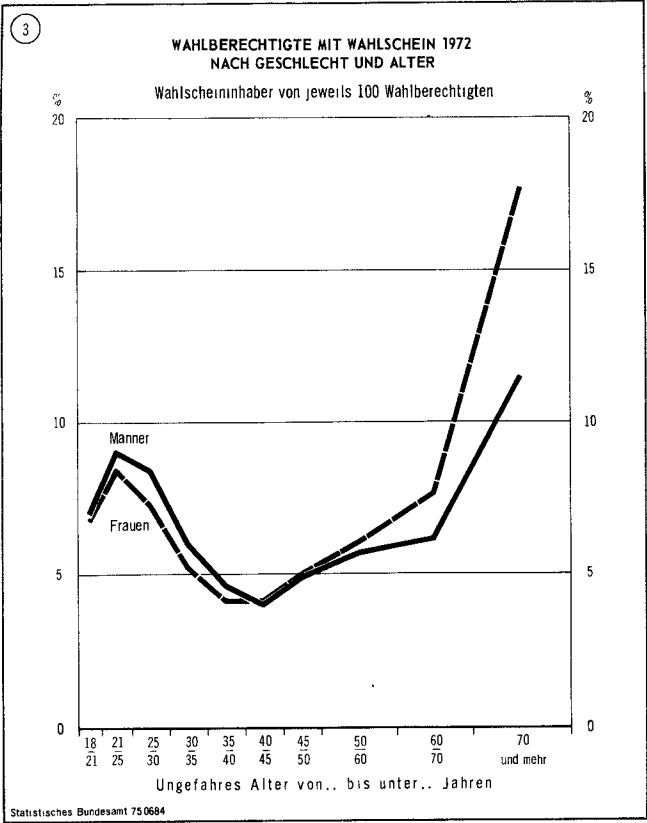
Seit der Wahl 1953, bei der mit dem Wahlschein zwar in einem beliebigen Wahlbezirk des ganzen Wahlgebietes, aber noch nicht brieflich gewählt werden konnte, hat sich danach der Anteil der Wahlscheinwähler unter den Wahlberechtigten mehr als verdoppelt. Diese Entwicklung, die auch in den einzelnen Ländern beobachtet werden kann, ist zweifellos eine Folge der Einführung der Briefwahl. Zwar läßt sich die Zahl der Wahlberechtigten mit Wahlschein, die auch Unterlagen für die Briefwahl bekommen haben, nicht genau feststellen, da bei dem Vermerk über die Ausgabe eines Wahlscheines

derzeit immer noch nicht in den Wählerverzeichnissen aller Länder nach einfachen und Briefwahlscheinen unterschieden wird; es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß der Anteil der Wahlscheinwähler mit Briefwahlunterlagen an der Zahl der insgesamt ausgegebenen Wahlscheine etwa derselbe ist, wie der Anteil von 97,1 % Briefwählern an der Zahl aller Wahlscheinwähler. Rund 2,9 Mill. Wahlberechtigte dürften somit die Unterlagen für die Briefwahl erhalten haben.

Nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik haben sich die Männer zu 6,6 % und die Frauen zu 7,8 % Wahlscheine geben lassen. Bei der Bundestagswahl 1957 betrug der Anteil der Wahlscheininhaber unter den Männern erst 5,1 und unter den Frauen 5,4 %, bei der Bundestagswahl 1969 unter den Männern 6,3 und unter den Frauen 7,0 %. Bei allen Wahlen erklärt sich der höhere Anteil der Frauen mit Wahlscheinen daraus, daß es unter den Frauen so viele ältere Personen gibt, die besonders häufig vom Wahlschein Gebrauch machen. Bis zum 40. Lebensjahr überwiegen allerdings die Männer unter den Wahlscheininhabern und hier wiederum die 21- bis 24jährigen (9,1 % gefolgt von den 25- bis unter 30jährigen mit 8,4 %). Bei ersteren dürfte es sich in der Hauptsache um Wehrpflichtige handeln, die sich einen Wahlschein beschaffen, um von ihrem Standort aus wählen zu können. Für die ältesten Wahlberechtigten, von denen die über 70jährigen Männer zu 11,5 % und die über 70jährigen Frauen sogar zu 17,7 % einen Wahlschein hatten, dürften in der Hauptsache Gebrechlichkeit und Krankheit die Antragsgründe gewesen sein.

Mit einfachem Wahlschein, d. h. persönlich in einem beliebigen Wahllokal des Wahlkreises oder vor einem beweglichen Wahlvorstand in Altersheimen, Krankenhäusern und Strafanstalten haben bei der Bundestagswahl 1972 rd. 80 000 Wahlberechtigte oder knapp 3 % aller Wahlscheinwähler gewählt, während es 1965 noch 125 000 oder 5 % waren. Bei der Bundestagswahl 1957 mit der ersten Möglichkeit der Briefwahl, haben sich noch rd. 225 000 des einfachen Wahlscheines bedient, obwohl es damals insgesamt 1 Million weniger Wahlscheinwähler gab. Danach ist es ausschließlich die Zahl der Briefwähler, die in den vielen Jahren seit 1957 um fast 1,2 Mill. oder 77 % größer geworden ist.

Der Unterschied zeigt, welch geringe Bedeutung dem einfachen Wahlschein geblieben ist, nachdem er nur noch in Wahlbezirken des Heimatwahlkreises benutzt werden kann und außerdem das Wahllokal nach wie vor innerhalb der Wahlzeit aufgesucht werden muß. Mitunter werden sicherlich nicht nur die Abwesenheit vom Wahlkreis am Wahltag, hohes Alter oder schwere Krankheit, sondern auch die Bequemlichkeit dazu führen, statt mit dem einfachen Wahlschein brieflich zu wählen. Nach den geltenden Vorschriften erhält nämlich jeder, der den Berechtigungsnachweis geführt hat, überhaupt mit Wahlschein wählen zu dürfen, jetzt auch die



11. Wahlberechtigte mit Wahrschein und Wähler mit einfachem und Briefwahrschein

Wahljahr	Wahlberechtigte				Wähler						Wahlbeteiligung der Wähler		
	insgesamt	ohne	mit 1)		insgesamt	ohne Wahrschein	mit		insgesamt	ohne	mit		
							einfachern	Brief-					
		Wahrschein					Wahrschein				Wahrschein		
Anzahl				Anzahl		Anzahl		%		%			
Schleswig - Holstein													
1957	1 548 961	1 467 249	81 712	5,3	1 367 225	1 293 278	94,5	8 265	65 682	88,8	88,3	88,1	90,5
1961	1 626 141	1 531 368	94 773	5,8	1 431 704	1 343 241	93,8	5 242	83 221	94,1	88,0	87,7	93,3
1965	1 687 266	1 571 694	115 572	6,8	1 448 994	1 342 046	92,6	4 097	102 851	96,2	85,9	85,4	92,5
1969	1 711 511	1 596 113	115 398	6,7	1 471 900	1 365 161	92,7	3 473	103 266	96,7	86,0	85,5	92,5
1972	1 839 177	1 710 314	128 863	7,0	1 665 020	1 543 932	92,7	3 410	117 678	97,2	90,5	90,3	94,0
Hamburg													
1957	1 328 657	1 250 737	77 920	5,9	1 185 178	1 110 670	93,7	708	73 800	99,0	89,2	88,8	95,6
1961	1 386 411	1 290 604	95 807	6,9	1 227 787	1 136 371	92,6	606	90 810	99,3	88,6	88,0	95,4
1965	1 392 994	1 274 201	118 793	8,5	1 202 934	1 088 599	90,5	2 880	111 455	97,5	86,4	85,4	96,2
1969	1 341 494	1 230 555	110 939	8,3	1 174 981	1 068 038	90,9	985	105 958	99,1	87,6	86,8	96,4
1972	1 348 617	1 255 358	93 259	6,9	1 242 832	1 152 994	92,8	1 064	88 774	98,8	92,2	91,8	96,3
Niedersachsen													
1957	4 438 885	4 204 620	234 265	5,3	3 950 248	3 735 599	94,6	28 407	186 242	86,8	89,0	88,8	91,6
1961	4 613 112	4 372 285	240 827	5,2	4 083 490	3 858 911	94,5	24 053	200 526	89,3	88,5	88,3	93,3
1965	4 748 325	4 447 988	300 337	6,3	4 145 849	3 864 431	93,2	20 984	260 434	92,5	87,3	86,9	93,7
1969	4 760 938	4 428 418	332 520	7,0	4 164 690	3 851 943	92,5	12 023	300 724	96,2	87,5	87,0	94,1
1972	5 126 515	4 763 517	362 998	7,1	4 684 898	4 339 698	92,6	11 036	334 164	96,8	91,4	91,1	95,1
Bremen													
1957	467 250	444 608	22 642	4,8	414 498	392 572	94,7	595	21 331	97,3	88,7	88,3	96,8
1961	507 760	482 141	25 619	5,0	447 936	423 237	94,5	1 094	23 605	95,6	88,2	87,8	96,4
1965	525 730	490 141	35 589	6,8	452 799	419 153	92,6	719	32 927	97,9	86,1	85,5	94,5
1969	524 110	489 894	34 216	6,5	452 373	419 804	92,8	488	32 081	98,5	86,3	85,7	95,2
1972	540 928	502 247	38 681	7,2	492 431	455 661	92,5	712	36 058	98,1	91,0	90,7	95,1
Nordrhein - Westfalen													
1957	10 407 006	9 796 732	610 274	5,9	9 158 928	8 603 075	93,9	73 345	482 508	86,8	88,0	87,8	91,1
1961	11 085 775	10 384 010	701 765	6,3	9 799 429	9 139 374	93,3	42 776	617 279	93,5	88,4	88,0	94,1
1965	11 322 627	10 410 905	911 722	8,1	9 920 068	9 069 838	91,4	19 942	830 288	97,7	87,6	87,1	93,3
1969	11 259 648	10 480 276	779 372	6,9	9 827 911	9 103 431	92,6	21 744	702 736	97,0	87,3	86,9	93,0
1972	11 992 806	11 144 314	848 492	7,1	11 005 807	10 205 188	92,7	14 526	786 093	98,2	91,8	91,6	94,4
Hessen													
1957	3 214 856	3 039 806	175 050	5,4	2 863 092	2 697 699	94,2	17 160	148 233	89,6	89,1	88,7	94,5
1961	3 395 285	3 195 959	199 326	5,9	3 028 241	2 841 030	93,8	15 355	171 856	91,8	89,2	88,9	93,9
1965	3 516 041	3 284 450	231 591	6,6	3 073 037	2 857 086	93,0	14 216	201 735	93,4	87,4	87,0	93,2
1969	3 573 336	3 357 669	215 667	6,0	3 151 868	2 951 804	93,7	14 477	185 587	92,8	88,2	87,9	92,8
1972	3 841 104	3 592 751	248 353	6,5	3 522 483	3 288 212	93,3	8 803	225 468	96,2	91,7	91,5	94,3
Rheinland - Pfalz													
1957	2 237 023	2 123 562	113 461	5,1	1 976 225	1 870 660	94,7	14 391	91 174	86,4	88,3	88,1	93,0
1961	2 348 108	2 211 686	136 422	5,8	2 069 927	1 943 096	93,9	8 643	118 188	93,2	88,2	87,9	93,0
1965	2 403 771	2 237 570	166 201	6,9	2 114 311	1 957 357	92,6	8 270	148 684	94,7	88,0	87,5	94,4
1969	2 410 176	2 241 412	168 764	7,0	2 097 308	1 933 183	92,2	13 530	150 595	91,8	87,0	86,2	97,3
1972	2 623 690	2 436 198	187 492	7,1	2 404 007	2 221 203	92,4	13 063	169 741	92,9	91,6	91,2	97,5
Baden - Württemberg													
1957	4 857 815	4 607 947	249 868	5,1	4 097 575	3 870 771	94,5	35 233	191 571	84,5	84,4	84,0	90,8
1961	5 211 883	4 925 099	286 784	5,5	4 419 748	4 152 852	94,0	32 896	234 000	87,7	84,8	84,3	93,1
1965	5 425 126	5 082 137	342 989	6,3	4 598 715	4 278 290	93,0	22 842	297 583	92,9	84,8	84,2	93,4
1969	5 510 280	5 144 394	365 886	6,6	4 690 427	4 347 988	92,7	12 655	329 784	96,3	85,1	84,5	93,6
1972	5 960 714	5 566 055	394 659	6,6	5 376 985	5 004 350	93,1	9 844	362 791	97,4	90,2	89,9	94,4
Bayern													
1957	6 240 499	5 913 527	326 972	5,2	5 470 347	5 171 539	94,5	41 850	256 958	86,0	87,7	87,5	91,4
1961	6 551 728	6 170 693	381 035	5,8	5 714 545	5 357 082	93,7	34 466	322 997	90,4	87,2	86,8	93,8
1965	6 752 276	6 287 694	464 582	6,9	5 803 004	5 365 990	92,5	28 694	408 320	93,4	85,9	85,3	94,1
1969	6 851 646	6 382 478	469 168	6,8	5 837 724	5 393 027	92,4	24 132	420 565	94,6	85,2	84,5	94,8
1972	7 375 146	6 783 639	591 507	8,0	6 626 216	6 061 076	91,5	16 339	548 801	97,1	89,8	89,3	95,5
Saarland													
1957	659 971	635 224	24 747	3,7	589 578	565 531	95,9	4 452	19 595	81,5	89,3	89,0	97,2
1961	714 512	680 521	33 991	4,8	626 817	595 045	94,9	2 650	29 122	91,7	87,7	87,4	93,5
1965	736 239	681 581	54 658	7,4	656 496	604 939	92,1	1 899	49 658	96,3	89,2	88,8	94,3
1969	734 096	679 102	54 994	7,5	653 882	601 962	92,1	1 356	50 564	97,4	89,1	88,6	94,4
1972	797 605	740 455	57 150	7,2	740 910	686 541	92,7	1 513	52 856	97,2	92,9	92,7	95,1
Bundesgebiet ohne Berlin													
1957	35 400 923	33 484 012	1 916 911	5,4	31 072 894	29 311 394	94,3	224 406	1 537 094	87,3	87,8	87,5	91,9
1961	37 440 715	35 244 366	2 196 349	5,9	32 849 624	30 790 239	93,7	167 781	1 891 604	91,9	87,7	87,4	93,8
1965	38 510 395	35 768 361	2 742 034	7,1	33 416 207	30 847 729	92,3	124 543	2 443 935	95,2	86,8	86,2	93,3
1969	38 677 235	36 030 311	2 646 924	6,8	33 523 064	31 036 341	92,6	104 863	2 381 860	95,8	86,7	86,1	93,9
1972	41 446 302	38 494 848	2 951 454	7,1	37 761 589	34 958 855	92,6	80 310	2 722 424	97,1	91,1	90,8	95,0

1) Einschl. der Wahlberechtigten nach § 22 Abs. 2 BWO — 2) % der Wähler mit Wahrschein insgesamt

12. Wahlkreise mit dem höchsten und dem geringsten Anteil an Briefwählern

Wahlkreise mit dem					
höchsten			geringsten		
Anteil an Briefwählern					
Nr.	Name	Anteil in %	Nr.	Name	Anteil in %
des Wahlkreises			des Wahlkreises		

19. 11. 1972

63 Bonn	13,9	133 Gießen	5,0
204 München - Mitte	13,1	85 Oberhausen	5,2
237 Würzburg	12,1	132 Wetzlar	5,2
80 Krefeld	11,9	136 Friedberg	5,2
178 Karlsruhe	10,8	139 Hanau	5,2
203 Miesbach	10,6	170 Nürtingen - Böblingen	5,2
217 Pfarrkirchen	10,5	98 Gelsenkirchen II	5,3
243 Kempten	10,4	115 Dortmund II	5,3
60 Köln II	10,1	197 Balingen	5,3
206 München - Ost	9,9	146 Dieburg	5,4

28. 9. 1969

204 München - Mitte	13,7	129 Fritzlar - Homberg	4,1
63 Bonn	12,3	132 Wetzlar	4,2
166 Stuttgart III	11,7	133 Gießen	4,3
237 Würzburg	11,5	139 Hanau	4,7
60 Köln II	11,1	146 Dieburg	4,7
15 Hamburg - Nord I	11,0	225 Kulmbach	4,7
37 Hannover II	11,0	27 Cloppenburg	4,8
95 Münster	10,9	128 Eschwege	4,8
165 Stuttgart II	10,9	136 Friedberg	4,8
178 Karlsruhe	10,9	130 Hersfeld	4,9

Unterlagen für die Briefwahl, wenn er nicht ausdrücklich zu erkennen gibt, daß er vor einem Wahlvorstand wählen will. Ursprünglich war entweder ein einfacher Wahlschein oder ein Briefwahlschein ausdrücklich zu beantragen. Danach dürfte auch die Änderung der BWO § 25 Abs. 3 dazu beigetragen haben, daß die Zahl der Wähler mit einfachem Wahlschein kleiner und die der Briefwähler größer geworden ist ¹⁾.

In den meisten Ländern machte 1972 wie schon 1969 von den Wählern etwa 7 % von der Briefwahl Gebrauch. Extrem niedrig war der Briefwähleranteil mit 6,4 % in Hessen und mit 8,3 % extrem hoch diesmal in Bayern. Unter 7 % Briefwähler hatte außer Hessen nur noch Baden - Württemberg. Hessen gehörte schon immer zu den Ländern mit niedrigem Briefwähleranteil. Während sich aber alle übrigen Länder dem Bundesdurchschnitt sehr schnell annäherten, hat Hessen als einziges Land noch bei keiner Bundestagswahl 7 % Briefwähler erreicht. Das könnte damit zusammenhängen, daß Hessen die Briefwahl auch für Landtagswahlen als letztes Land einführt. Mit dem höchsten Anteil löste Bayern Hamburg ab, das 1969 mit 9 % und 1965 sogar mit 9,3 % an der Spitze stand. Außer in Hamburg hat sich seit der vorangegangenen Wahl überall auch das Verhältnis von Briefwählern und Wählern mit einfachem Wahlschein zugunsten der Briefwähler verändert.

1) Verordnung zur Änderung der Bundeswahlordnung vom 30. Mai. 1961 (BGBl. I S. 621).

In der Regel sind es die Großstädte, die die meisten Briefwähler haben. In die Reihe der 10 Wahlkreise mit den höchsten Anteilen ist 1972 ein zweiter Münchner Wahlkreis aufgerückt, was zu der Spitzenstellung Bayerns als Land beigetragen haben mag. Ein Hamburger Wahlkreis ist 1972 im Gegensatz zu 1969 in dieser Reihe nicht mehr vertreten. Unter den 10 Wahlkreisen mit den niedrigsten Briefwahlanteilen finden sich immer noch 5 hessische, 1969 waren es sogar 8.

Die Spitzenstellung, die Bonn 1969 (aber nur vorübergehend) verloren hatte und 1972 wieder erreicht hat, läßt sich mit der Ausgabe von Wahlbriefen an die Angehörigen der deutschen Vertretungen im Ausland erklären. Daß in der Texttabelle 12, insbesondere auf ihrer linken Seite, neuerdings nicht mehr wie früher fast die gleichen Gemeindennamen wiederkehren, ist einmal durch die umfangreichen Verwaltungsneugliederungen, zum andern durch neue Wahlkreiseinteilungen bedingt. Wie sehr aber die Briefwahl nicht nur allgemein und in den Ländern an Boden gewinnt, veranschaulicht mit Tabelle 12 auch Tabelle 13. Seit der 5. Bundestagswahl 1965 gibt es keinen Wahlkreis mehr, in dem sich weniger als 4 % der Wähler der Briefwahl bedienen, 1972 hatte jeder Wahlkreis mindestens 5 % Wahlscheinwähler. Die Zahl der Wahlkreise, in denen 6 bis 8 % brieflich wählten, hat sich von 1957 bis 1972 in der Reihenfolge der Wahlen von 33 (13,4 %) über 54, 98, 137 auf 154 (62,1 %) vermehrt.

Von den bei den Kreiswahlleitern eingegangenen Wahlbriefen blieben rd. 90 000 für das Wahlergebnis ohne Bedeutung, weil sie verspätet eingegangen waren oder aus Formmängeln zurückgewiesen werden mußten. Bei der Bundestagswahl 1969 waren es knapp 10 000 mehr. Verspätet eingegangen sind 1969 8 346 Wahlbriefe, 1972 mit 7 973 etwas weniger, obwohl die Gesamtzahl der Wahlberechtigten mit Unterlagen für die Briefwahl wiederum gestiegen ist. Die Verlängerung der Fristen für die Übersendung (und damit auch Rücksendung) der Unterlagen für die Briefwahl reduzierte also den Anteil der verspätet eingegangenen Wahlbriefe von Wahl zu Wahl.

Wegen Formmängel nach BWO § 72 Abs. 2 mußten zurückgewiesen werden:

- 75 213 Wahlbriefe 1972 gegenüber 85 106 im Jahre 1969, weil dem Wahlumschlag kein gültiger Wahlschein oder kein mit der vorgeschriebenen eidesstattlichen Versicherung versehener Wahlschein beigelegt war;
- 1 307 Wahlbriefe 1972 gegenüber 517 im Jahre 1969, weil die Wähler nicht im Wahlscheinverzeichnis eingetragen waren;
- 822 Wahlbriefe 1972 gegenüber 603 im Jahre 1969, weil weder der Wahlbrief, noch der Wahlumschlag verschlossen waren;
- 4 728 Wahlbriefe 1972 gegenüber 4 051 im Jahre 1969, weil der Stimmzettel nicht in einen amtlichen Wahlumschlag gelegt war oder in einen amtlichen Wahlumschlag, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abwich oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthielt.

2. Wahlbeteiligung

Die Zahl der Wähler betrug 1972 fast 37,8 Mill., d. s. 4,2 Mill. oder 12,6 % mehr als bei der vorangegangenen Wahl. Obwohl sich zwischen 1969 und 1972 bereits die Zahl der Wahlberechtigten vor allem durch die Ausdehnung des aktiven Wahlrechts auf die 18- bis 20jährigen um 2,8 Mill. oder 7,2 % in einem früher noch niemals erreichten Ausmaß vermehrt hat, ist damit die Zahl der Wähler noch

13. Wahlkreise nach dem Anteil an Briefwählern

Anteil der Briefwähler von ... bis unter ... %	1957		1961		1965		1969		1972	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 4	57	23,1	19	7,7	—	—	—	—	—	—
4 — 6	152	61,5	153	61,9	72	29,0	58	23,4	35	14,1
6 — 8	33	13,4	54	21,9	98	39,5	137	55,2	154	62,1
8 — 10	5	2,0	18	7,3	59	23,8	38	15,3	50	20,2
10 — 12	—	—	3	1,2	12	4,8	13	5,2	6	2,4
12 — 14	—	—	—	—	6	2,4	2	0,8	3	1,2
14 und mehr	—	—	—	—	1	0,4	—	—	—	—
Insgesamt	247	100	247	100	248	100	248	100	248	100

14. Wahlbeteiligung in den Ländern bei den Bundestagswahlen 1969 und 1972
sowie bei den vorangegangenen Landtags- und Kommunalwahlen

Land	Von 100 Wahlberechtigten haben gewählt			
	Bundestagswahl		Landtagswahl	Kommunalwahl 1)
	1969	1972		
Schleswig - Holstein	86,0	90,5	79,2 (25. 4. 1971)	72,3 (26. 4. 1970)
Hamburg	87,6	92,2	73,4 (22. 3. 1970)	73,4 (22. 3. 1970)
Niedersachsen	87,5	91,4	76,7 (14. 6. 1970)	77,0 (29. 9. 1968)
Bremen	86,3	91,0	80,0 (10. 10. 1971)	80,0 (10. 10. 1970)
Nordrhein - Westfalen	87,3	91,8	73,5 (14. 6. 1970)	68,7 (9. 11. 1969)
Hessen	88,2	91,7	82,8 (8. 11. 1970)	76,9 (20. 10. 1968)
Rheinland - Pfalz	87,0	91,6	79,4 (21. 3. 1971)	77,1 (8. 6. 1969)
Baden - Württemberg	85,1	90,2	80,0 (23. 4. 1972)	65,6 (24. 10. 1971)
Bayern	85,2	89,8	79,5 (22. 11. 1970)	76,6 (11. 6. 1972)
Saarland	89,1	92,9	83,1 (14. 6. 1970)	81,9 (20. 10. 1968)

1) Wahl zu den Gemeindevertretungen in den kreisfreien Städten und den Kreisvertretungen der Landkreise.

stärker gestiegen. Schon aus dieser stärkeren Zunahme ist die hohe Wahlbeteiligung ersichtlich, unter der der Anteil der Wähler mit gültigen und ungültigen Stimmen an den Wahlberechtigten zu verstehen ist. Mit 91,1 % hat die Wahlbeteiligung 1972 den höchsten Stand aller politischen Nachkriegswahlen in der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Bisher betrug die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg maximal 87,8 % und 87,7 %, und zwar 1957 und 1961. Daran, daß nur knapp 3,7 Mill. oder 8,9 % Wahlberechtigte der Wahl fern blieben, läßt sich das ungewöhnlich hohe Interesse am Ausgang der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 ablesen.

Auch bei den Reichstagswahlen vor dem Ersten Weltkrieg und danach bis 1932 kam eine solche Wahlbeteiligung nicht vor. Sie betrug z. B. bei den Reichstagswahlen vom

7. Dezember 1924: 78,8 %
20. Mai 1928: 75,6 %
6. November 1932: 80,6 %

Auch im Kaiserreich war die Wahlbeteiligung niedriger. Bei der Reichstagswahl 1877 belief sie sich auf 60,6 %, bei der Reichstagswahl 1890 auf 71,6 % und bei der Reichstagswahl 1912 auf 84,9 % (Anhang).

Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1972, wie auch bei den vorangegangenen Bundestagswahlen, kann ferner als relativ hoch bezeichnet werden, wenn man sie mit entsprechenden Ergebnissen im Ausland vergleicht und sich dabei auf solche Länder beschränkt, in denen keine Wahlpflicht besteht. So betrug die Wahlbeteiligung bei der Wahl zum(r)

Französischen Nationalversammlung am 1. März 1973: 81,2 %
Schwedischen Reichstag am 16. September 1973: 90,8 %
Britischen Unterhaus am 28. Februar 1974: 78,8 %

Die Wahlbeteiligung bei Landtags- und Kommunalwahlen wurde bisher regelmäßig, und z. T. erheblich, übertroffen. Bundestagswahlen finden von allen politischen Wahlen demnach bei weitem das größte Interesse.

Die höchste Wahlbeteiligung hatten 1949 Schleswig - Holstein (82,7 %) und Bremen (81,9 %), im Jahre 1957 das Saarland (89,3 %) und Hamburg (89,2 %), im Jahre 1965 das Saarland (89,2 %) und Rheinland - Pfalz (88,0 %) und bei der vorangegangenen Bundestagswahl 1969 das Saarland (89,1 %) und Hessen (88,2 %). Das Saarland hatte auch 1972 mit 92,9 % die höchste Wahlbeteiligung, gefolgt jetzt von Hamburg mit 92,2 %. Die niedrigste Wahlbeteiligung war bei allen Bundestagswahlen bis 1965 in Baden - Württemberg zu verzeichnen, allerdings bei fast stetiger Zunahme von Wahl zu Wahl (1949: 70,6 %, 1965: 84,8 %, 1969: 85,1 %). Das führte dazu, daß in Baden - Württemberg schon 1969 die Wahlbeteiligung höher war als im Nachbarland Bayern (83,2 %). Bayern ist auch 1972 das einzige Land geblieben, das keine 90 %ige Wahlbeteiligung erreichte, obwohl gerade dort die im Vergleich zur vorangegangenen Wahl überall zu verzeichnende Steigerung der Wahlbeteiligung am stärksten war (6,6 Prozentpunkte). Ordnet man die Länder nach dem

Umfang, in dem ihre Wahlberechtigten an der Bundestagswahl 1972 teilnahmen, ergibt sich folgende Reihenfolge:

Saarland: 92,9 %
Hamburg: 92,2 %
Nordrhein - Westfalen: 91,8 %
Hessen: 91,7 %
Rheinland - Pfalz: 91,6 %
Niedersachsen: 91,4 %
Bremen: 91,0 %
Schleswig - Holstein: 90,5 %
Baden - Württemberg: 90,2 %
Bayern: 89,8 %

15. Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen

Wahlbeteiligung von ... bis unter ... %	Zahl der Wahlkreise mit nebenstehender Wahlbeteiligung			
	1965 1)	1969	1969 2)	1972
unter 80	4	3	3	—
80 — 82	12	7	7	—
82 — 84	15	24	23	—
84 — 86	62	64	63	2
86 — 88	65	64	67	6
88 — 90	60	67	67	51
90 — 92	26	19	18	101
92 und mehr	4	—	—	88
Insgesamt	248	248	248	248

1) Umgerechnet auf die Grenzen der Wahlkreise 1969. — 2) Umgerechnet auf die Grenzen der Wahlkreise 1972.

Wegen des in allen Teilen des Bundesgebietes zu beobachtenden Anstiegs der Wahlbeteiligung 1972 im Vergleich zu 1969 hat sich die Zahl der Wahlkreise, in denen die Wahlbeteiligung mehr als 90 % betrug, von 18 im Jahre 1969 auf 189 vermehrt. Dabei sind in den geänderten Wahlkreisen die Ergebnisse von 1969 auf die Wahlkreise 1972 umgerechnet worden (Tab. 15). Auf der anderen Seite hat die Zahl der Wahlkreise mit einer relativ niedrigen Wahlbeteiligung beträchtlich abgenommen. So gab es bei der Bundestagswahl 1969 noch 33 Wahlkreise mit einer Wahlbeteiligung von weniger als 84 %, 1972 aber überhaupt keinen mehr.

Die Namen der Wahlkreise mit der höchsten und der niedrigsten Wahlbeteiligung enthält Tabelle 16. Acht der 10 Wahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung 1972 lagen auch schon 1969 an der Spitze. Auch 6 der 10 Wahlkreise mit der niedrigsten Wahlbeteiligung fanden sich damals in dieser Reihe, unter ihnen 3 der 5 Wahlkreise in die die Großstadt München eingeteilt ist. Wie sich aus Tabelle 17 ergibt, gehörten 1969 sogar alle 5 Münchner Wahlkreise mit Prozentsätzen von 78 bis 82 zu den 10 Wahlkreisen mit der geringsten Wahlbeteiligung. Obwohl auch in allen diesen Wahlkreisen die Wahlbeteiligung gestiegen ist, blieb sie doch überall mit 3 bis 7 Prozentpunkten unter dem Bundesdurchschnitt, während die 10 Wahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung 2,4 bis 3,3 Prozentpunkte darüberliegen. Im Wahlkreis 42 Holzminden, der ebenso wie schon 1969 auch 1972 an der Spitze stand, ist die Wahlbeteiligung bis 1972 auf 94,4 % gestiegen.

16. Wahlkreise 1972 mit der höchsten und der geringsten Wahlbeteiligung

Wahlkreise 1972 mit der							
höchsten				geringsten			
Wahlbeteiligung							
Nr.	Name	in %		Nr.	Name	in %	
des Wahlkreises		1972	1969 1)	des Wahlkreises		1972	1969 1)
42	Holzminden	94,4	91,7	213	Deggendorf	84,3	78,9
247	Ottweiler	94,2	91,2	204	München - Mitte	85,6	77,6
92	Ahaus - Bocholt	93,7	91,1	215	Passau	87,0	82,8
96	Steinfurt - Coesfeld	93,7	91,3	176	Crailsheim	87,1	82,4
128	Eschwege	93,7	91,1	205	München - Nord	87,4	80,1
121	Olpe - Meschede	93,6	90,8	3	Nordfriesland - Dithmarschen - Nord	87,7	82,8
143	Groß - Gerau	93,6	90,7	21	Wilhelmshaven	87,8	81,5
146	Dieburg	93,6	91,5	179	Mannheim I	87,9	80,9
41	Hamel - Springe	93,5	89,8	206	München - Ost	88,0	80,4
94	Beckum - Warendorf	93,5	90,9	216	Straubing	88,0	84,1

1) Umgerechnet auf die Grenzen der Wahlkreise 1972.

Neben München zeigen auch Wahlkreise anderer größerer Städte eine verhältnismäßig niedrige Wahlbeteiligung. Wie in München (Wkr. 204 München - Mitte : 85,6 %) handelt es sich dann auch hier häufig um die Wahlkreise mit dem Stadtkern, wie z. B. 12 Hamburg - Mitte (88,4 %), 59 Köln I (88,1 %) oder 141 Frankfurt II (88,7 %). Es wäre jedoch falsch, hieraus schon zu schließen, daß sich in allen großen Städten besonders viele Wahlberechtigte der Stimme enthielten. Die drei Wahlkreise von Hannover z. B. zeigen Wahlbeteiligungen von 91,0 % bis 93,3 %. Auch in den meisten Ruhrgebiets - Städten entspricht die Wahlbeteiligung etwa dem Bundesdurchschnitt. Ebenso falsch wäre es für alle ländlichen Wahlkreise eine relativ hohe

Vergleich mit der Wahl 1969 hat ihr Wahleifer aber nicht mehr in dem Maße zugenommen wie bei den übrigen Wahlberechtigten, deren Wahlbeteiligung vor 1972 von 1957 bis 1969 von Wahl zu Wahl geringer geworden und nun gleich um fast 5 Prozentpunkte gestiegen ist. Den Höchststand hätte die allgemeine Wahlbeteiligung ohne die Wahlscheininhaber allerdings nicht erreicht.

Von den Wahlscheinwählern, die sich der Mühe unterzogen haben, einen Wahlschein zu besorgen, sollte eigentlich eine vollständige Wahlbeteiligung erwartet werden. Bei Wertung der Wahlbeteiligung dieser Wähler ist jedoch daran zu denken, daß auch Wahlbriefe zu

17. Wahlkreise 1969 mit der höchsten und der geringsten Wahlbeteiligung

Wahlkreise 1969 mit der							
höchsten				geringsten			
Wahlbeteiligung							
Nr.	Name	in %		Nr.	Name	in %	
des Wahlkreises		1969	1965 1)	des Wahlkreises		1969	1965 1)
42	Holzminden	91,7	91,7	204	München - Mitte	77,6	77,0
146	Dieburg	91,5	91,7	213	Deggendorf	78,9	83,5
96	Steinfurt - Coesfeld	91,3	92,0	59	Köln I	79,5	79,0
247	Ottweiler	91,2	91,5	205	München - Nord	80,1	78,9
128	Eschwege	91,1	91,0	206	München - Ost	80,4	79,3
55	Geilenkirchen - Heinsberg	91,1	91,7	179	Mannheim I	80,9	80,8
92	Ahaus - Bocholt	91,1	92,4	21	Wilhelmshaven	81,5	81,3
130	Hersfeld	90,9	89,7	178	Karlsruhe	81,6	80,4
94	Beckum - Warendorf	90,8	91,4	208	München - West	81,7	80,9
121	Olpe - Meschede	90,8	92,0	207	München - Süd	81,9	80,6

1) Umgerechnet auf die Grenzen der Wahlkreise 1969.

Wahlbeteiligung anzunehmen. Im Wahlkreis 189 Lörrach - Müllheim betrug sie nur 88,6 % und im Wahlkreis 195 Calw sogar nur 88,2 %. Vor allem ist die diesmal so niedrige Wahlbeteiligung in Bayern nicht allein auf den geringen Wahleifer der Münchner zurückzuführen. Eine weit unter dem Bundesdurchschnitt liegende Wahlbeteiligung zeigt sich hier auch in vielen nicht - großstädtischen Wahlkreisen. Von den insgesamt 44 Wahlkreisen blieb sie außer in den 5 Münchner Wahlkreisen noch in 17 weiteren unter 90 %.

Bei einer Wahlbeteiligung von 91,1 % für alle Wahlberechtigten betrug die Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten ohne Wahlschein 90,8 % und die der Wahlberechtigten mit Wahlschein 95,0 %.

Die Wahlbeteiligung der Briefwähler unter den Wahlberechtigten mit Wahlschein läßt sich nicht genau berechnen, da wie gesagt, über die Zahl der Personen, an die Unterlagen für die Briefwahl ausgegeben worden sind, keine genauen Angaben vorliegen. Bei dem sehr kleinen Anteil der Wähler mit einfachen Wahlscheinen kann aber die Wahlbeteiligung aller Wahlscheinwähler als identisch mit der Wahlbeteiligung der Briefwähler angesehen werden.

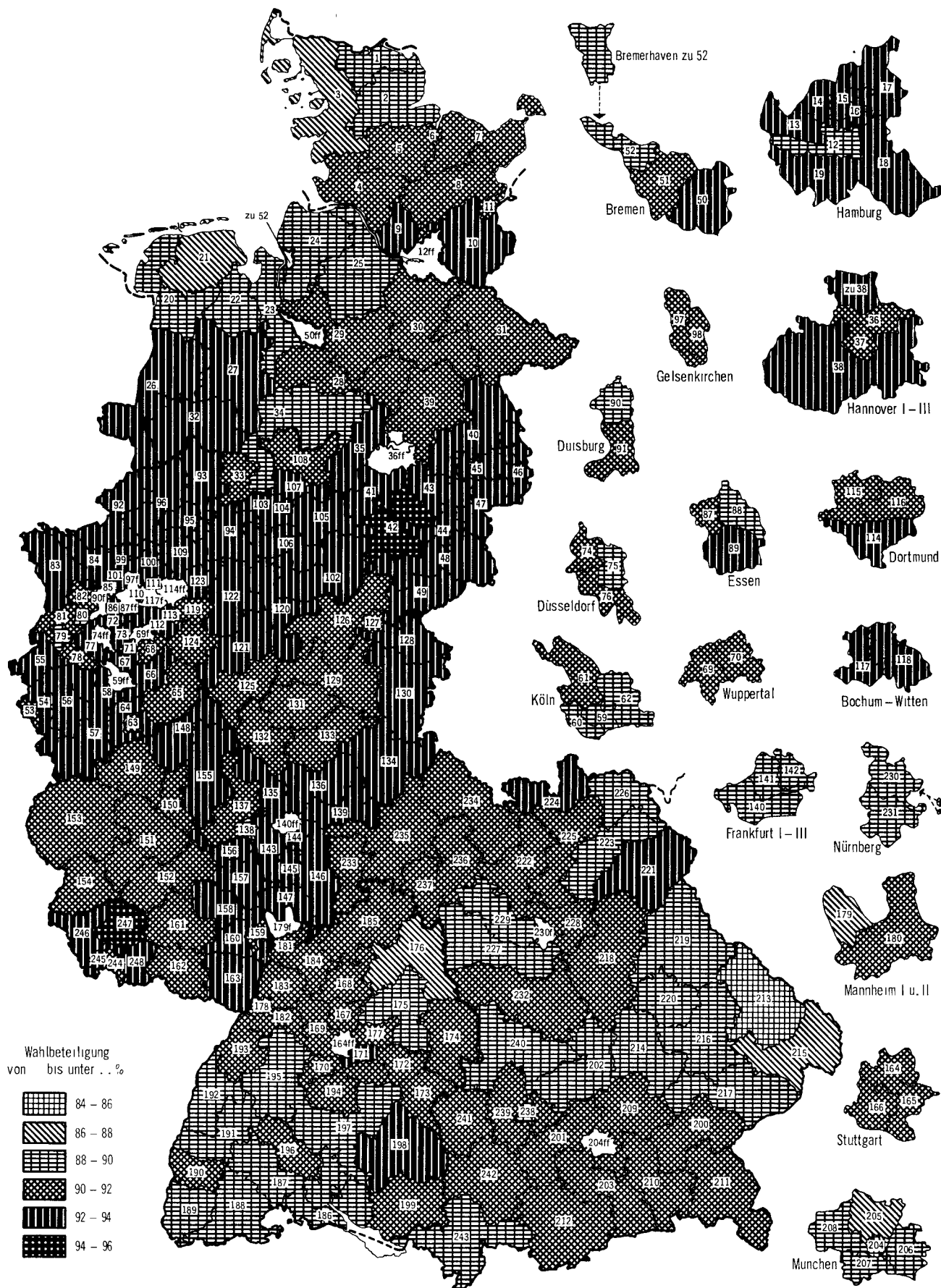
Die Wahlbeteiligung der Wahlscheininhaber liegt aus naheliegenden Gründen erheblich über derjenigen der übrigen Wahlberechtigten. Im

spät eingetroffen oder aus formalen Gründen zurückgewiesen werden mußten. Die rd. 90 000 Absender solcher Wahlbriefe galten nicht als Wähler. Hätten diese Personen als Wähler mit ungültiger Stimme angesehen werden können, würden nur noch etwa 3 % der Wahlscheininhaber ihren Wahlschein nicht ausgenutzt haben. Dieser geringe Prozentsatz von Nichtwählern unter den Personen, die ihren Wahlwillen mit der Beantragung des Wahlscheines bekundet haben, ist schon eher erklärlich. Zum Beispiel können die Briefwahlunter-

18. Wahlbeteiligung der Wahlscheinwähler

Wahljahr	Von 100 Wahlberechtigten		
	insgesamt	ohne	mit
		Wahlschein	
		haben gewählt	
1957	87,8	87,5	91,9
1961	87,7	87,4	93,8
1965	86,8	86,2	93,7
1969	86,7	86,1	93,9
1972	91,1	90,8	95,0

WAHLBETEILIGUNG IN DEN WAHLKREISEN BEI DER BUNDESTAGSWAHL 1972



19. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen

Alter von etwa . . . bis unter . . . Jahren	Wahlberechtigte 1)		Wähler 1)						
	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1965	1961	1957
	Anzahl				von 100 Wahlberechtigten				
Männer									
unter 21	1 030 100	—	875 200	—	85,0	—	—	—	—
21 — 25	1 375 500	1 116 200	1 153 400	851 700	83,9	76,3	76,1	78,9	80,9
25 — 30	1 524 600	1 854 900	1 334 900	1 490 900	87,6	80,4	81,6	84,5	85,3
30 — 35	2 114 000	2 090 500	1 910 900	1 802 300	90,4	86,2	86,6	90,1	89,6
35 — 40	1 947 300	1 698 400	1 800 200	1 502 800	92,4	88,5	89,2		
40 — 45	1 748 200	1 666 600	1 633 000	1 506 100	93,4	90,4	90,3	91,6	91,8
45 — 50	1 509 400	1 419 000	1 425 700	1 295 500	94,5	91,3	90,8		
50 — 60	2 300 900	2 302 700	2 189 700	2 109 500	95,2	91,6	91,3	92,0	92,4
60 — 70	2 569 000	2 565 500	2 426 900	2 338 300	94,5	91,1	91,2	91,8	92,9
70 und mehr . . .	1 605 100	1 525 100	1 447 300	1 309 500	90,2	85,9	86,4	87,1	88,3
Zusammen . . .	17 724 200	16 238 800	16 197 200	14 206 700	91,4	87,5	87,5	88,9	89,6
Frauen									
unter 21	1 017 000	—	857 200	—	84,3	—	—	—	—
21 — 25	1 317 800	1 093 200	1 119 500	841 700	85,0	77,0	77,5	80,0	80,3
25 — 30	1 483 000	1 837 100	1 316 700	1 515 600	88,8	82,5	81,7	83,7	84,0
30 — 35	2 058 100	2 082 500	1 878 500	1 790 000	91,3	86,0	85,7	88,5	87,6
35 — 40	1 902 000	1 686 500	1 756 200	1 467 900	92,3	87,0	87,3		
40 — 45	1 704 300	1 812 800	1 581 000	1 604 600	92,8	88,5	88,0	89,5	89,4
45 — 50	1 857 700	2 027 700	1 737 300	1 794 000	93,5	88,5	87,4		
50 — 60	3 261 700	3 247 600	3 042 400	2 863 000	93,5	88,2	88,1	89,2	89,4
60 — 70	3 523 900	3 426 500	3 250 600	2 972 300	92,2	86,7	86,4	87,3	87,4
70 und mehr . . .	2 645 300	2 577 500	2 203 800	1 951 800	83,3	75,7	74,8	75,8	75,3
Zusammen . . .	20 770 700	19 791 500	18 743 200	16 800 900	90,2	84,9	84,6	86,2	86,3
Insgesamt									
unter 21	2 047 100	—	1 732 300	—	84,6	—	—	—	—
21 — 25	2 693 300	2 209 400	2 272 900	1 693 400	84,4	76,6	76,8	79,5	80,6
25 — 30	3 007 600	3 691 900	2 651 700	3 006 500	88,2	81,4	81,7	84,1	84,6
30 — 35	4 172 100	4 173 000	3 789 400	3 592 300	90,8	86,1	86,2	89,2	88,5
35 — 40	3 849 300	3 384 900	3 556 400	2 970 800	92,3	87,8	88,2		
40 — 45	3 452 500	3 479 400	3 214 100	3 110 700	93,1	89,4	89,0	90,4	90,5
45 — 50	3 367 100	3 446 700	3 163 100	3 089 400	93,9	89,6	88,8		
50 — 60	5 562 600	5 550 300	5 232 100	4 972 500	94,1	89,6	89,4	90,5	90,8
60 — 70	6 092 900	5 992 000	5 677 400	5 310 600	93,2	88,6	88,5	89,3	89,7
70 und mehr . . .	4 250 400	4 102 600	3 651 100	3 261 300	85,9	79,5	79,3	80,5	81,1
Insgesamt . . .	38 494 800	36 030 300	34 940 400	31 007 500	90,8	86,1	85,9	87,4	87,8

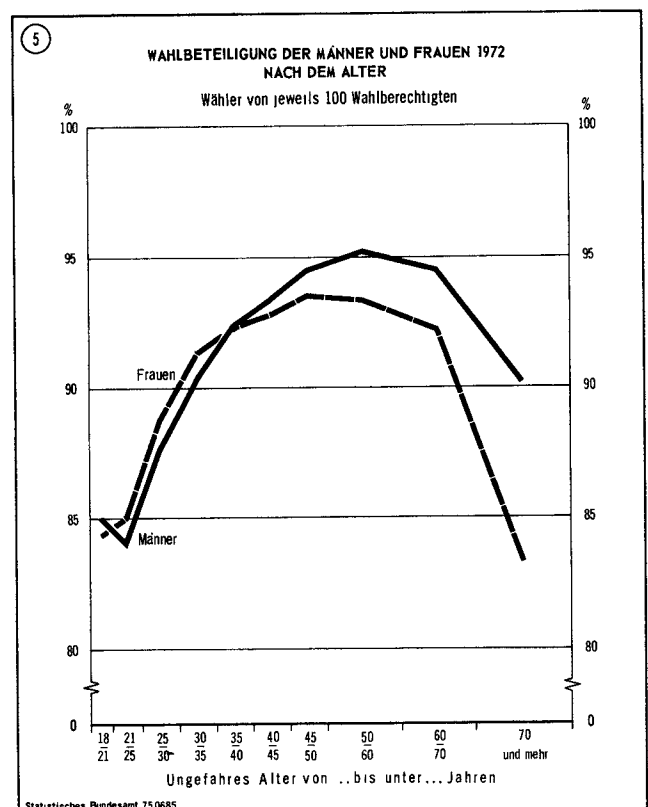
1) Ohne Personen mit Wahlschein.

lagen, die ja erst ausgegeben und versandt werden, wenn die Stimmzettel zur Verfügung stehen, so verspätet beim Wahlberechtigten (z. B. in Übersee) eintreffen, daß er es als zwecklos ansieht, sie noch zurückzusenden. Weiterhin können die Unterlagen verloren gehen, die Stimmzettel verschrieben, das Ausfüllen oder Absenden vergessen werden. Bei den Inhabern einfacher Wahlscheine kann es vorkommen, daß sie wider Erwarten nicht in der Lage sind, ein Wahllokal ihres Heimatkreises aufzusuchen.

Weitere Aufschlüsse über die Wahlbeteiligung gibt die repräsentative Wahlstatistik. Da in dieser Statistik die Wahlberechtigten mit Wahlscheinen aus eingangs genannten Gründen nicht berücksichtigt werden können, beträgt sie hier nur 90,8 %. Das ist zugleich die Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten ohne Wahlschein nach der Totalstatistik.

Die Frauen unter den Wahlberechtigten haben ihr zahlenmäßiges Übergewicht von 3 Mill. am Wahltag nicht voll genutzt, denn die Männer beteiligten sich zu 91,4 %, die Frauen aber nur zu 90,2 % an der Wahl. Früher war dieser Unterschied aber noch größer. Im Jahre 1957 betrug er 3,3 und bei der vorangegangenen Bundestagswahl 1969 auch noch 2,6 Prozentpunkte. Damals gingen rd. 515 000 Frauenstimmen dadurch verloren, daß die weiblichen Wähler nicht im gleichen Umfang zum Wahllokal gingen, wie die Männer, 1972 aber nur noch rd. 240 000. Das Interesse der Frauen am demokratischen Staatsleben steht danach dem der Männer kaum noch nach.

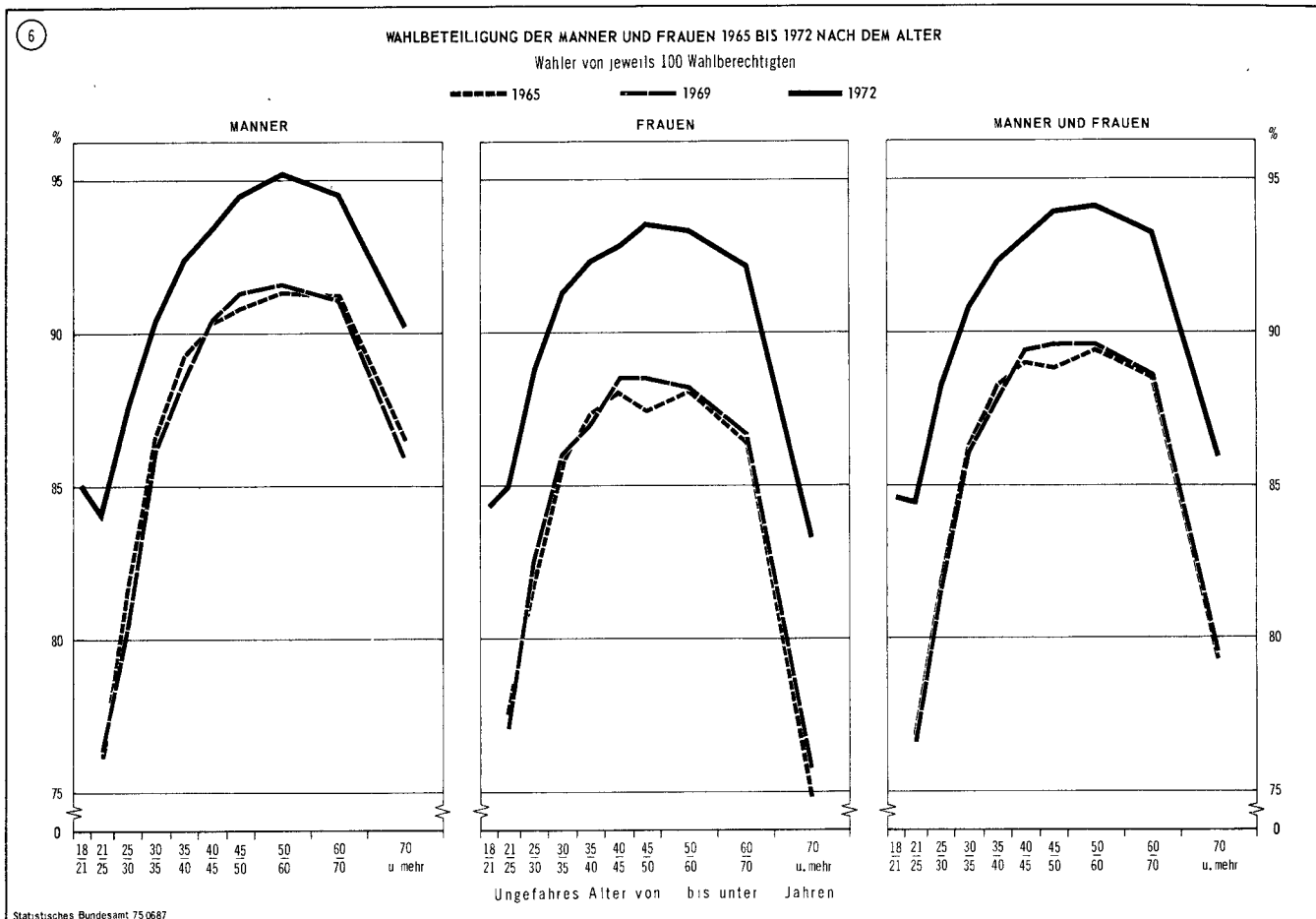
Die Feststellungen über die Wahlbeteiligung nach dem Alter wurden von zunächst sieben (1957 und 1961) über neun (1965 und 1969) auf nunmehr zehn Altersgruppen erweitert, so daß einmal auch für die 30- bis 50jährigen eine Unterscheidung nach fünfjährigen Altersgruppen möglich ist, zum andern die Wahlbeteiligung der Jüngsten besonders beobachtet werden kann. Aber nicht sie, die 18- bis 20jährigen, die 1972 zum erstenmal wählen durften, sondern



20. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen in den Ländern

Alter von etwa . . . bis unter . . . Jahren	Wähler von 100 Wahlberechtigten ¹⁾									
	Schleswig - Holstein		Hamburg		Nieder- sachsen		Bremen		Nordrhein - Westfalen	
	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969
Männer										
unter 21	83,0	—	86,6	—	84,4	—	85,0	—	85,4	—
21 — 25	81,5	72,2	85,3	76,3	82,6	76,9	85,0	76,1	84,8	78,6
25 — 30	85,0	76,0	86,6	78,8	87,0	80,7	86,9	75,9	88,4	80,9
30 — 35	88,6	84,4	89,4	83,5	90,1	86,4	89,9	83,8	90,1	85,9
35 — 40	91,6	87,1	90,5	86,7	92,1	89,2	92,5	86,7	92,2	88,2
40 — 45	93,0	90,4	92,8	89,1	93,8	91,3	93,6	88,6	93,4	89,7
45 — 50	93,7	90,5	92,8	88,2	94,8	91,9	96,2	90,7	94,3	91,7
50 — 60	95,0	91,7	93,3	90,3	94,9	92,1	95,9	91,1	95,6	92,0
60 — 70	94,5	90,9	94,1	91,1	94,9	92,1	94,8	91,7	94,8	91,9
70 und mehr	90,9	87,0	92,6	88,2	90,3	86,6	93,7	90,3	91,4	86,8
Zusammen	90,4	85,9	91,0	86,5	91,2	88,0	92,1	86,5	91,7	87,9
Frauen										
unter 21	83,2	—	88,0	—	84,2	—	83,8	—	85,2	—
21 — 25	81,6	74,8	86,6	76,1	84,5	78,6	87,4	78,0	85,6	79,1
25 — 30	88,4	81,0	88,4	81,2	89,1	83,0	90,0	80,7	89,6	83,4
30 — 35	91,9	85,7	90,5	85,9	91,3	86,3	92,3	85,9	91,5	86,2
35 — 40	91,4	86,5	92,8	85,5	92,5	88,5	93,3	86,3	92,4	87,0
40 — 45	92,8	88,6	93,2	87,6	93,0	89,8	93,8	88,4	93,6	88,8
45 — 50	93,3	90,2	93,8	89,1	93,6	89,2	95,2	88,9	94,2	89,4
50 — 60	93,0	87,9	93,9	89,4	93,6	89,5	94,5	91,2	93,4	89,0
60 — 70	93,1	87,1	94,2	90,0	92,6	88,1	93,7	90,8	93,0	86,9
70 und mehr	85,0	77,5	88,8	83,5	83,8	76,0	87,8	81,4	85,5	77,0
Zusammen	90,1	84,6	91,5	86,3	90,4	85,7	91,9	86,4	91,0	85,7
Insgesamt										
unter 21	83,1	—	87,3	—	84,3	—	84,4	—	85,3	—
21 — 25	81,5	73,5	86,0	76,2	83,5	77,7	86,2	77,0	85,2	78,8
25 — 30	86,6	78,4	87,5	80,0	88,0	81,8	88,5	78,2	89,0	82,2
30 — 35	90,2	85,0	89,9	84,7	90,7	86,4	91,1	84,9	90,8	86,0
35 — 40	91,5	86,8	91,6	86,1	92,3	88,8	92,9	86,5	92,3	87,6
40 — 45	92,9	89,5	93,0	88,3	93,4	90,5	93,7	88,5	93,5	89,2
45 — 50	93,5	90,4	93,4	88,7	94,1	90,3	95,6	89,6	94,2	90,4
50 — 60	93,8	89,5	93,7	89,7	94,2	90,6	95,1	91,1	94,4	90,2
60 — 70	93,7	88,8	94,2	90,5	93,6	89,8	94,2	91,2	93,7	89,0
70 und mehr	87,4	81,1	90,1	85,1	86,3	80,1	89,9	84,5	87,7	80,6
Insgesamt	90,2	85,2	91,3	86,4	90,7	86,8	92,0	86,4	91,4	86,7
Alter von etwa . . . bis unter . . . Jahren	Wähler von 100 Wahlberechtigten ¹⁾									
	Hessen		Rheinland - Pfalz		Baden - Württemberg		Bayern		Saarland	
	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969
Männer										
unter 21	85,8	—	88,3	—	84,9	—	82,7	—	89,7	—
21 — 25	86,0	78,5	86,1	76,6	83,0	75,6	82,2	72,6	84,5	77,7
25 — 30	87,4	82,2	88,8	84,1	88,3	81,1	86,6	78,4	90,0	82,2
30 — 35	90,4	88,9	92,1	86,6	91,2	87,0	90,3	85,3	91,9	88,1
35 — 40	92,2	90,3	94,2	90,4	93,6	88,1	92,1	87,7	93,9	90,6
40 — 45	93,8	92,0	94,3	91,6	93,5	90,1	92,5	89,8	95,4	92,2
45 — 50	95,1	92,9	95,1	91,9	94,8	90,6	93,8	90,1	95,0	92,7
50 — 60	95,1	93,3	96,2	92,4	95,1	91,3	94,5	89,7	96,3	94,4
60 — 70	94,8	92,9	95,5	91,4	93,9	89,3	93,4	89,4	95,9	93,6
70 und mehr	89,9	88,1	91,2	85,0	88,2	82,9	88,1	83,4	93,6	90,1
Zusammen	91,7	89,4	92,7	88,6	91,4	86,9	90,4	85,8	93,1	89,8
Frauen										
unter 21	84,1	—	86,5	—	82,8	—	82,5	—	89,2	—
21 — 25	84,9	78,7	86,7	78,2	84,2	73,7	84,2	74,4	87,8	78,1
25 — 30	88,2	84,7	89,7	84,8	88,5	82,0	87,5	80,1	90,6	83,0
30 — 35	91,0	88,0	93,1	87,6	91,4	84,6	90,1	84,9	92,6	87,3
35 — 40	93,1	89,5	94,6	88,3	92,0	86,2	91,2	85,3	93,8	90,0
40 — 45	93,6	90,5	93,2	89,3	91,9	86,5	91,1	87,3	93,5	90,5
45 — 50	94,2	89,6	95,1	89,2	92,5	86,5	92,1	86,5	94,3	90,2
50 — 60	93,3	90,5	94,8	88,7	92,5	85,6	92,3	85,7	94,4	90,6
60 — 70	92,5	88,7	93,4	86,5	91,1	84,7	90,1	84,7	95,1	90,1
70 und mehr	82,2	76,4	85,0	75,5	79,6	70,7	79,5	73,5	90,3	82,5
Zusammen	90,3	86,7	91,7	85,8	89,2	82,8	88,5	82,8	92,7	87,9
Insgesamt										
unter 21	84,9	—	87,4	—	83,9	—	82,6	—	89,4	—
21 — 25	85,5	78,6	86,3	77,4	83,6	74,7	83,2	73,5	86,1	77,9
25 — 30	87,8	83,4	89,2	84,4	88,4	81,5	87,0	79,2	90,3	82,6
30 — 35	90,7	88,5	92,6	87,1	91,3	85,8	90,2	85,1	92,3	87,7
35 — 40	92,6	89,9	94,4	89,4	92,8	87,1	91,6	86,5	93,9	90,3
40 — 45	93,7	91,2	93,7	90,5	92,7	88,3	91,9	88,5	94,4	91,3
45 — 50	94,6	91,0	95,1	90,3	93,5	88,2	92,9	88,0	94,6	91,2
50 — 60	94,0	91,7	95,3	90,3	93,6	88,0	93,2	87,4	95,2	92,2
60 — 70	93,5	90,5	94,3	88,7	92,2	86,7	91,5	86,7	95,4	91,6
70 und mehr	85,2	80,9	87,4	79,2	82,9	75,3	82,7	77,1	91,7	85,7
Zusammen	91,0	88,0	92,2	87,1	90,2	84,6	89,4	84,2	92,9	88,8

1) Ohne Personen mit Wahlschein.

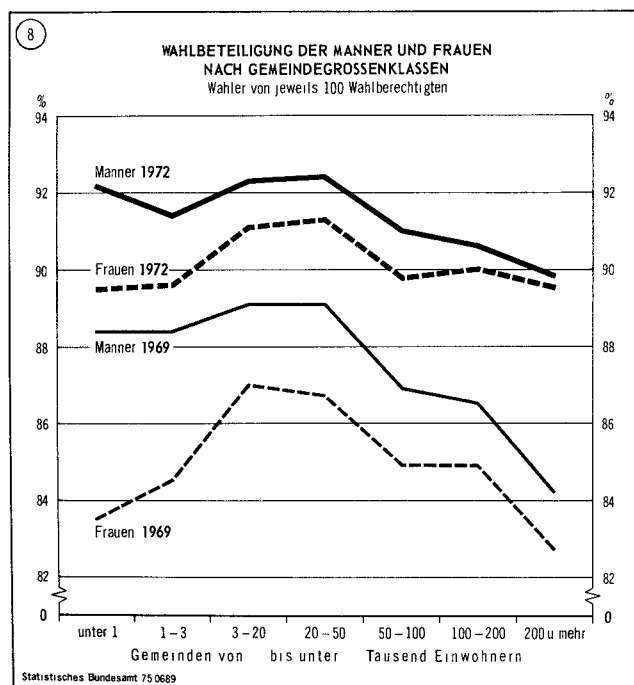
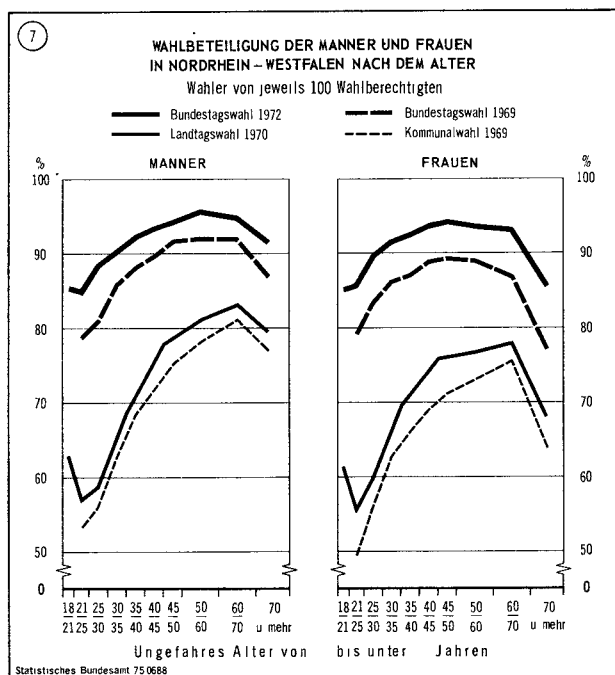


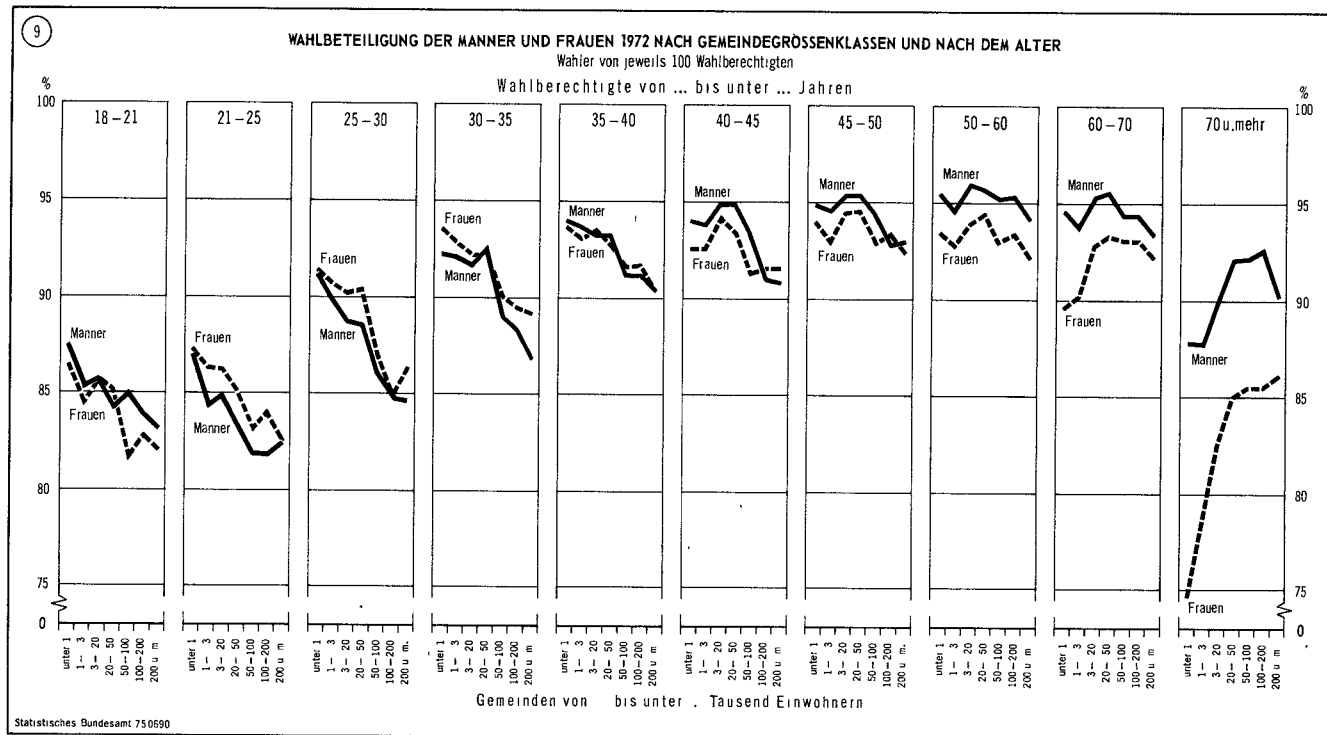
wiederum die 21- bis 24jährigen, bei denen es sich diesmal nur bei drei Vierteln auch um Erstwähler handelte, hatten die geringste Wahlbeteiligung. Jedoch blieben von ihnen 1972 nur 16 % gegenüber 20 bis 24 % bei früheren Wahlen der Wahl fern. Die Erstwähler sind zugleich die Altersgruppe, in der die Wahlbeteiligung bis 1969 am stärksten abgenommen hatte. Bei der Wahl 1957 betrug sie 80,6 % und bei der Wahl 1969 nur noch 76,6 %.

Die niedrige Wahlbeteiligung der jungen Wähler hängt möglicherweise damit zusammen, daß es eine gewisse Zeit dauert, bis bei ihnen ein tieferes Interesse an den politischen Fragen wach wird und

die nötige Sicherheit gewonnen worden ist, zwischen den politischen Parteien eine Entscheidung zu treffen.

Mit zunehmendem Alter wächst die Wahlbeteiligung. Auch Personen, die bei früheren Wahlen abseits gestanden haben, werden also allmählich Wähler. Den größten Wahleifer legten mit 95,2 % (1969: 91,6 %) die 50- bis 60jährigen Männer an den Tag. Eine so hohe Wahlbeteiligung ergab sich für die Frauen in keiner Altersgruppe. Bei ihnen sind es die 45- bis 60jährigen, für die mit 93,5 % die höchste Wahlbeteiligung festgestellt werden konnte. Nach dem 60. Lebens-





jahr sinkt die Wahlbeteiligung der Frauen schneller und tiefer als die der Männer. Von den über 70jährigen Frauen gingen 83,3 %, von den über 70jährigen Männern aber noch 90,2 % zum Wahllokal.

Von 1969 auf 1972 ist die Wahlbeteiligung in allen Altersgruppen der Männer und Frauen, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, gestiegen. Besonders stark war mit 7,8 Prozentpunkten die Zunahme bei den 21- bis 24jährigen. Unter dem Durchschnitt der Wahlbeteiligung der Männer von 91,4 % lag die Wahlbeteiligung der unter 35- und über 70jährigen. Bei den Frauen mit einem Durchschnitt von 90,2 % waren es die unter 30- sowie auch hier die über 70jährigen, die nicht so häufig zur Wahl gingen.

Im Schaubild 7 werden beispielhaft die Ergebnisse der Landtagswahl 1970, der Kommunalwahl 1969 sowie der Bundestagswahlen 1972

und 1969 in Nordrhein - Westfalen dargestellt. Bei der Landtagswahl 1970 wählten in Nordrhein - Westfalen um 56,7 % der 21- bis 25jährigen Männer und 55,3 % der Frauen dieses Alters, bei der Bundestagswahl 1972 aber 84,8 % bzw. 85,6 %. Auch die älteren Männer und Frauen sind am Ausgang von Bundestagswahlen stärker interessiert als am Ausgang von Landtags- oder Kommunalwahlen. Bei solchen Wahlen verzichten die älteren Wahlberechtigten jedoch nicht so häufig auf die Ausübung ihres Wahlrechts wie die jüngeren Personen.

In den Gemeinden zwischen 20 000 und 50 000 Einwohnern war die Wahlbeteiligung mit 91,8 % am größten. 1969 lagen die Gemeinden zwischen 3 000 und 20 000 Einwohnern an der Spitze. Am niedrigsten war sie in den Gemeinden mit mehr als 200 000 Einwohnern (1972: 89,6 %, 1969: 83,3 %).

21. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Gemeindegrößenklassen und Altersgruppen

Gemeinden mit bis unter Einwohnern			Wahler von 100 Wahlberechtigten 1)																					
			davon im Alter von etwa . . . bis unter . . . Jahren																					
			insgesamt		unter 21		21 – 25		25 – 30		30 – 35		35 – 40		40 – 45		45 – 50		50 – 60		60 – 70		70 u. mehr	
					1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969
Männer																								
unter 1 000	92,2	88,4	87,5		86,9	78,4	91,2	84,6	92,3	89,3	94,0	90,6	94,0	91,8	94,9	92,4	95,5	91,7	94,6	90,4	87,8	81,6		
1 000 – 3 000	91,4	88,4	85,2		84,2	77,0	89,9	83,0	92,1	88,7	93,7	90,7	93,8	92,3	94,6	91,9	94,4	92,4	93,6	91,0	87,7	83,3		
3 000 – 20 000	92,3	89,1	85,8		85,0	77,9	88,7	82,4	91,7	88,1	93,2	90,3	94,9	92,0	95,4	93,0	96,0	93,5	95,3	92,6	89,9	87,3		
20 000 – 50 000	92,4	89,1	84,1		83,5	77,8	88,5	82,2	92,7	87,9	93,2	89,9	94,9	91,6	95,4	93,0	95,7	92,5	95,6	92,8	92,1	88,7		
50 000 – 100 000	91,0	86,9	85,1		81,9	74,2	86,1	77,9	89,0	85,2	91,2	86,7	93,3	90,3	94,4	91,0	95,2	91,5	94,4	91,6	92,2	87,2		
100 000 – 200 000	90,6	86,5	83,9		81,8	74,9	84,7	78,9	88,3	83,8	91,2	85,7	91,0	88,3	92,8	90,6	95,3	90,5	94,4	91,3	92,7	87,2		
200 000 und mehr	89,8	84,2	83,1		82,4	73,1	84,6	74,6	86,8	80,5	90,4	83,7	90,8	86,3	93,0	87,8	94,2	89,1	93,4	89,1	90,2	86,0		
Zusammen	91,4	87,5	85,0		83,9	76,3	87,6	80,4	90,4	86,2	92,4	88,5	93,4	90,4	94,5	91,3	95,2	91,6	94,5	91,1	90,2	85,9		
Frauen																								
unter 1 000	89,5	83,5	86,5		87,3	80,4	91,4	86,4	93,6	88,5	93,7	88,7	92,6	88,9	94,0	88,0	93,5	86,8	89,6	83,4	74,6	65,0		
1 000 – 3 000	89,6	84,5	84,3		86,3	78,3	90,7	85,5	92,8	87,7	93,1	88,0	92,6	89,3	92,8	88,5	92,8	87,9	90,2	84,9	78,6	69,3		
3 000 – 20 000	91,1	87,0	85,8		86,2	79,0	90,2	85,0	92,2	88,3	93,5	89,2	94,3	91,0	94,5	90,4	93,9	90,0	92,8	88,6	82,5	76,8		
20 000 – 50 000	91,3	86,7	85,1		85,1	78,4	90,5	83,9	92,2	87,5	92,7	87,8	93,4	89,9	94,6	89,5	94,5	90,3	93,3	89,0	85,0	78,5		
50 000 – 100 000	89,8	84,9	81,5		83,0	76,0	86,9	81,1	90,1	83,5	91,6	86,4	91,3	87,4	92,8	88,9	93,0	87,9	93,1	87,5	85,5	79,0		
100 000 – 200 000	90,0	84,9	82,9		84,1	75,3	84,7	80,3	89,5	83,4	91,7	85,9	91,6	87,6	93,4	88,1	93,4	87,7	93,1	88,3	85,5	79,5		
200 000 und mehr	89,5	82,7	82,0		82,5	72,8	86,4	77,1	89,1	81,8	90,3	83,3	91,6	85,1	92,4	86,3	92,2	86,2	92,2	85,5	86,1	78,8		
Zusammen	90,2	84,9	84,3		85,0	77,0	88,8	82,5	91,3	86,0	92,3	87,0	92,8	88,5	93,5	88,5	93,3	88,2	92,2	86,7	83,3	75,7		
Insgesamt																								
unter 1 000	90,8	85,8	87,0		87,1	79,3	91,3	85,5	92,9	88,9	93,9	89,7	93,3	90,3	94,4	89,9	94,4	88,9	91,8	86,6	80,2	71,9		
1 000 – 3 000	90,5	86,3	84,7		85,2	77,6	90,3	84,2	92,5	88,2	93,4	89,4	93,2	90,7	93,6	89,9	93,5	89,8	91,7	87,6	82,4	74,9		
3 000 – 20 000	91,6	88,0	85,8		85,6	78,4	89,5	83,7	91,9	88,2	93,4	89,7	94,6	91,5	94,9	91,5	94,8	91,5	93,9	90,3	85,4	80,8		
20 000 – 50 000	91,8	87,8	84,6		84,3	78,1	89,4	83,0	92,4	87,7	92,9	88,9	94,1	90,7	95,0	90,9	95,0	91,2	94,3	90,6	87,7	82,3		
50 000 – 100 000	90,3	85,8	83,3		82,4	75,1	86,5	79,5	89,6	84,4	91,4	86,6	92,3	88,7	93,5	89,7	93,9	89,4	93,6	89,2	87,9	82,0		
100 000 – 200 000	90,3	85,6	83,4		85,9	75,1	84,7	79,6	88,9	83,6	91,5	85,8	91,3	87,9	93,1	89,1	94,2	88,9	93,6	89,5	88,1	82,3		
200 000 und mehr	89,6	83,3	82,6		82,4	72,9	85,5	75,9	88,0	81,2	90,4	83,5	91,2	85,7	92,7	86,9	93,0	87,4	92,7	87,0	87,5	81,2		
Insgesamt	90,8	86,1	84,6		84,4	76,6	88,2	81,4	90,8	86,1	92,3	87,8	93,1	89,4	93,9	89,6	94,1	89,6	93,2	88,6	85,9	79,5		

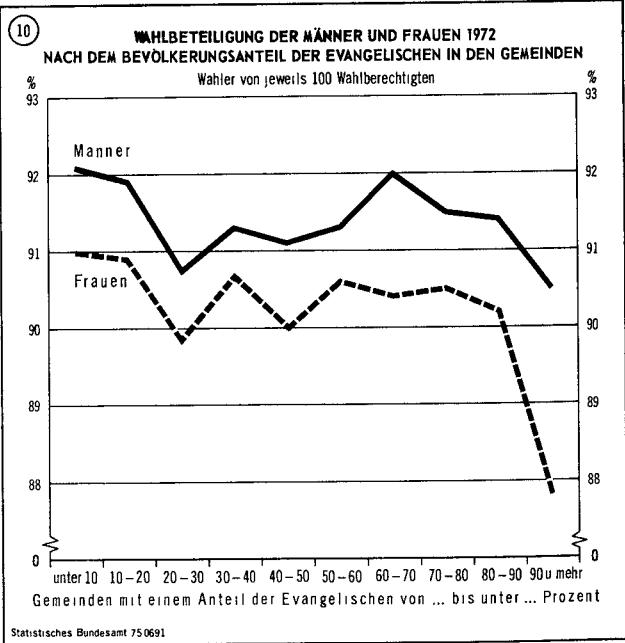
1) Ohne Personen mit Wahlschein.

Die Frauen gingen in den Gemeinden jeder Größenklasse **seitener** zur Wahl als die Männer. Hervorzuheben ist die relativ geringe Wahlbeteiligung der Frauen in den kleineren Gemeinden. In den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern erreichte sie bei einer Wahlbeteiligung der Männer von 92,9 nur 89,5 %. In den Gemeinden mit mehr als 200 000 Einwohnern war die Wahlbeteiligung der Frauen auch nicht größer als in den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern, kam aber der Wahlbeteiligung der Männer in diesen Gemeinden von 89,8 % recht nahe.

In keiner Gemeindegrößenklasse wurde 1972 die Wahlbeteiligung von 1969 unterschritten. In erster Linie hat die großstädtische Bevölkerung in größerem Umfang als bei der vorangegangenen Wahl ihre Stimme abgegeben.

Eine weitere Differenzierung der Wahlbeteiligung in Stadt und Land ergibt sich bei der Unterscheidung nach dem Alter der Wahlberechtigten. Die hierüber vorliegenden Zahlen lassen zunächst erkennen, daß die etwa 30- bis 70jährigen sowohl in den kleineren als auch in den mittleren und großen Gemeinden häufiger zur Wahl gingen als die jüngeren und älteren Wahlberechtigten. Insofern besteht in Stadt und Land eine schon früher beobachtete große Übereinstimmung der Wahlbeteiligung. Falsch wäre jedoch, die für den Durchschnitt der Wahlberechtigten aller Altersgruppen festgestellte hohe Wahlbeteiligung in den Gemeinden mittlerer Größe auch für die jüngeren Wahlberechtigten in diesen Gemeinden anzunehmen. Die unter 40jährigen in den kleinen Gemeinden haben weit häufiger von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht als die unter 40jährigen in den mittleren und großen Gemeinden. Andererseits haben sich die über 60jährigen in den kleinen Gemeinden weit häufiger als in den großen Gemeinden der Stimme enthalten. Die überhaupt schwächste Wahlbeteiligung wurde mit 74,6 % für die über 70 Jahre alten Frauen in den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern und für die 21- bis 24jährigen Männer mit 81,8 % in den Gemeinden mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern festgestellt.

Die noch nicht 30 Jahre alten Frauen machten in fast allen Gemeindegrößenklassen eher in einem etwas größeren Umfang als



die Männer von ihrem Wahlrecht Gebrauch, aber schon die 35- bis 40jährigen, vor allem in den kleineren Gemeinden, weit weniger. Ein noch größerer Abstand besteht zwischen der Wahlbeteiligung der über 50jährigen Männer und Frauen. In den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern gingen nur 86,6 % dieser Frauen, aber 93,0 % gleichaltriger Männer zur Wahlurne. Auch in den übrigen Gemeinden wählten weit weniger ältere Frauen als ältere Männer.

Die schwache Wahlbeteiligung der älteren Mitbürger auf dem Lande dürfte u. a. auch mit den besonders für Frauen oft langen und

22. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen 1972 nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen in den Gemeinden

Gemeinden mit einem Anteil der Evangelischen von ... bis unter ... %	Wähler von 100 Wahlberechtigten ¹⁾										
	insgesamt	davon im Alter von etwa ... bis unter ... Jahren									
		unter 21	21 – 25	25 – 30	30 – 35	35 – 40	40 – 45	45 – 50	50 – 60	60 – 70	70 u. mehr
Männer											
unter 10	92,1	86,2	84,8	89,7	92,7	93,9	94,4	95,5	94,7	94,4	90,3
10 – 20	91,9	85,6	84,1	88,0	91,6	93,3	93,3	94,4	95,9	95,0	91,2
20 – 30	90,7	83,5	82,9	85,9	89,8	91,7	93,1	93,6	95,0	93,9	90,1
30 – 40	91,3	84,2	83,2	85,2	89,5	91,9	93,2	94,4	95,8	93,5	90,6
40 – 50	91,1	85,2	82,4	86,3	89,1	92,1	92,8	93,7	95,2	94,6	91,4
50 – 60	91,3	83,7	84,3	87,3	89,4	92,2	92,4	94,6	95,2	94,5	91,2
60 – 70	92,0	86,4	83,8	89,0	90,7	92,4	92,7	95,6	95,5	95,2	91,4
70 – 80	91,5	85,7	83,9	88,0	90,3	92,0	94,4	94,3	94,8	94,3	91,0
80 – 90	91,4	85,3	84,6	87,6	90,4	92,5	94,0	94,2	95,2	94,6	88,9
90 und mehr	90,5	83,6	84,4	88,6	90,2	92,6	93,4	94,6	94,5	93,0	85,4
Zusammen	91,4	85,0	83,9	87,6	90,4	92,4	93,4	94,5	95,2	94,5	90,2
Frauen											
unter 10	91,0	85,4	87,8	90,8	94,1	93,4	93,0	94,2	94,0	92,2	81,8
10 – 20	90,9	85,7	85,3	89,7	91,9	92,7	93,3	93,9	93,4	92,4	84,8
20 – 30	89,8	81,3	83,0	87,9	90,6	91,3	92,2	93,1	92,7	92,2	85,2
30 – 40	90,7	84,6	84,7	87,1	90,4	92,0	92,5	94,3	93,6	93,1	85,8
40 – 50	90,0	82,7	83,5	87,8	89,6	91,7	92,3	92,4	92,7	92,5	85,7
50 – 60	90,6	84,9	84,9	87,8	90,9	92,5	92,6	93,5	93,9	93,1	84,3
60 – 70	90,4	83,5	84,4	88,7	91,4	91,8	92,9	93,5	94,1	92,7	84,1
70 – 80	90,5	84,9	85,9	88,6	91,2	92,4	93,4	93,9	93,3	92,6	84,4
80 – 90	90,2	85,9	85,2	90,6	91,5	93,4	93,0	93,5	93,5	91,8	82,1
90 und mehr	87,8	84,2	85,6	88,7	91,3	92,3	92,4	93,2	91,4	88,8	72,2
Zusammen	90,2	84,3	85,0	88,8	91,3	92,3	92,8	93,5	93,3	92,2	83,3
Insgesamt											
unter 10	91,5	85,8	86,1	90,3	93,4	93,7	93,7	94,8	94,3	93,1	85,4
10 – 20	91,3	85,6	84,7	88,8	91,8	93,0	93,3	94,2	94,5	93,5	87,3
20 – 30	90,2	82,4	82,9	86,9	90,2	91,5	92,7	93,3	93,6	92,9	86,9
30 – 40	91,0	84,4	83,9	86,2	90,0	91,9	92,9	94,3	94,5	94,0	87,5
40 – 50	90,5	83,9	82,9	87,0	89,3	91,9	92,6	93,0	93,7	93,4	87,7
50 – 60	90,9	84,3	84,6	87,5	90,2	92,4	92,5	94,0	94,4	93,6	86,9
60 – 70	91,1	84,9	84,1	88,9	91,1	92,1	92,8	94,5	94,7	93,8	86,7
70 – 80	91,0	85,3	84,9	88,3	90,7	92,2	93,9	94,1	94,0	93,3	86,8
80 – 90	90,8	85,6	84,9	89,1	90,9	92,9	93,5	93,8	94,2	93,0	84,6
90 und mehr	89,1	83,9	85,9	88,7	90,7	92,5	92,9	93,9	92,7	90,7	77,7
Insgesamt	90,8	84,6	84,4	88,2	90,8	92,4	93,1	93,9	94,1	93,2	85,9

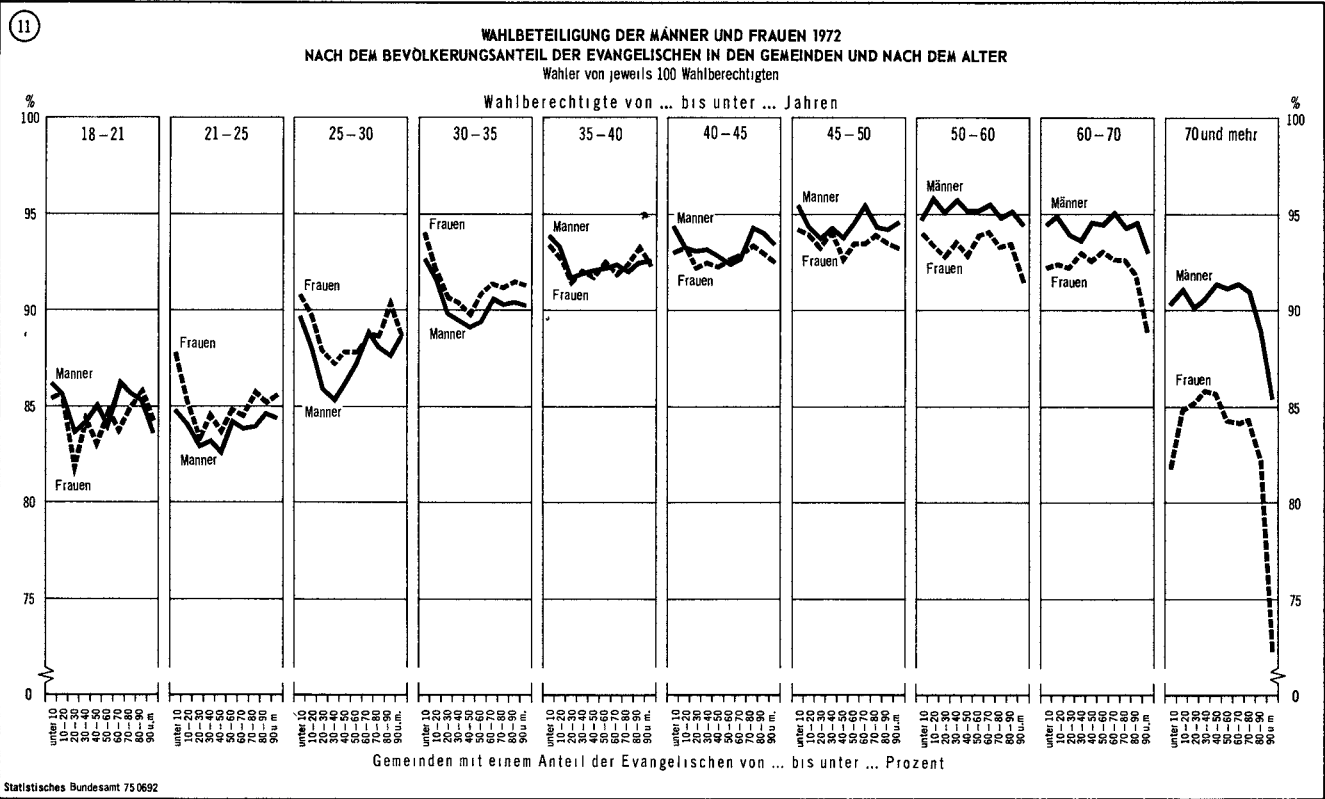
1) Ohne Personen mit Wahlschein.

beschwerlichen Wegen zum Wahllokal zusammenhängen, die der Wahlberechtigte in den größeren Gemeinden nicht hat. Ganz andere Gründe muß jedoch der geringe Wahleifer der jüngeren Wahlberechtigten beiderlei Geschlechts in den Großstädten haben. Es mag zum Teil daher kommen, daß die Mitglieder der Wahlvorstände die Wahlberechtigten hier kaum mehr persönlich kennen und der Nichtwähler daher nicht Gefahr läuft, aufzufallen. Der in der Stadt weniger eifrige Gottesdienstbesuch, der häufig mit dem Gang zum Wahllokal verbunden wird, könnte für die niedrigere Wahlbeteiligung der städtischen Jungwähler ebenfalls eine Rolle spielen. Auch Bequemlichkeit und auf dem Lande nicht vorhandene Ablenkungen mögen viele Jungwähler in den Städten von der Stimmabgabe abhalten.

Ordnet man die Gemeinden nach dem Anteil der evangelischen Bevölkerung, so zeigt sich, daß mit geringen Abweichungen nur die Wahlbeteiligung der Frauen in den Gemeinden mit einem Bevölkerungsanteil von 90 % und mehr Evangelischen, oder umgekehrt

ausgedrückt, mit einem Bevölkerungsanteil von weniger als 10 % Katholiken, mit 87,8 % stärker von derjenigen der Männer mit 90,5 % als in den übrigen Gemeinden abweicht.

Unterscheidet man auch noch nach dem Alter, so sind die etwa 30- bis 70jährigen sowohl in den evangelischen als auch in den katholischen und konfessionell gemischten Gemeinden häufiger zur Wahl gegangen als die jüngeren und älteren Wahlberechtigten. Indirekt läßt sich aus den Ergebnissen in Tabelle 22 auch schließen, daß die jüngeren Katholiken häufiger zur Wahl gingen als die jüngeren Evangelischen. Dagegen spielt für die Wahlbeteiligung der 30- bis unter 50jährigen die Religionszugehörigkeit offenbar kaum eine Rolle. Auffallend ist jedoch die schwache Wahlbeteiligung der ältesten Wahlberechtigten in den rein evangelischen Gemeinden. Die überhaupt geringste Wahlbeteiligung wurde mit 72,2 % für die über 70 Jahre alten Frauen in den Gemeinden mit von 90 und mehr Prozent Evangelischen registriert. Bei den Männern betrug sie hier 85,4 %.



B. Ungültige Stimmen

Ungültig sind die Stimmen, die den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen sowie die Stimmen, die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten. Ist nur die Erst- oder nur die Zweitstimme ungültig, gilt die andere Stimme ¹⁾. Wie Tabelle 24 zeigt handelt es sich in der Praxis fast nur um folgende Fälle, die auch gleichzeitig vorkommen können:

- a) der Stimmzettel ist auf beiden Seiten oder nur auf der Erst- oder Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen;
- b) es sind auf beiden Seiten oder nur auf der Erst- oder Zweitstimmenseite mehrere Wahlvorschläge angekreuzt.

In dem zuerst genannten Fall hat der Wähler absichtlich oder aus Unachtsamkeit darauf verzichtet, sich für einen Wahlkreisvorschlag oder eine Landesliste oder für beides zu entscheiden; im zweiten Falle kann vom Wahlvorstand nicht darüber befunden werden, welches Kreuz gelten soll.

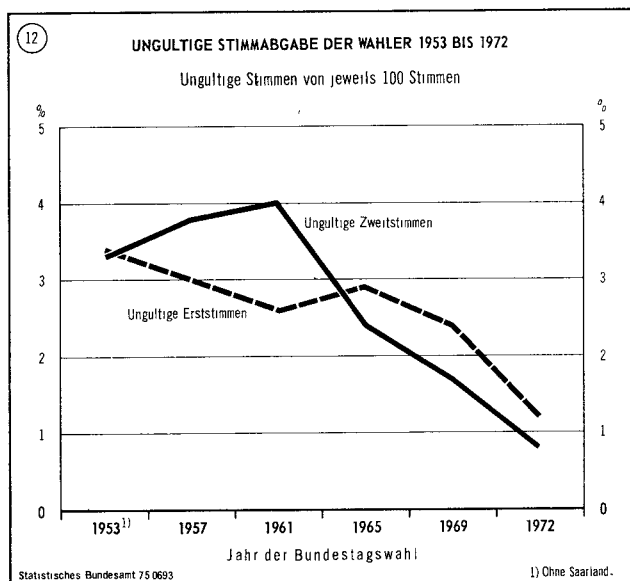
1) Wegen der Besonderheit der Abgabe von zwei Stimmen auf einem Stimmzettel ist der Vergleich der ungültigen Stimmen bei Bundestagswahlen mit den ungültigen Stimmen bei anderen politischen Wahlen, bei denen nur eine Stimme abzugeben ist, nicht ohne weiteres möglich.

Verfolgt man die Entwicklung seit der Bundestagswahl 1953, bei der es zum ersten Mal zwei Stimmen gab, ist der Anteil der ungültigen Erststimmen an allen Erststimmen bis 1961 von 3,4 auf 2,6 % gesunken. Gleichzeitig hat sich der Anteil der ungültigen Zweitstimmen an allen Zweitstimmen bis 1961 von 3,3 auf 4 % ständig erhöht. Bei der Bundestagswahl 1965 stieg der Anteil der ungültigen Erststimmen auf 2,9 %, fiel dann aber bis 1972 auf 1,2 %. Der

23. Ungültige Stimmabgabe der Wähler insgesamt

Wahljahr	Ungültige			
	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
1953 ¹⁾	959 790	3,4	928 278	3,3
1957	916 680	3,0	1 167 466	3,8
1961	845 158	2,6	1 298 723	4,0
1965	979 158	2,9	795 765	2,4
1969	809 548	2,4	557 040	1,7
1972	457 810	1,2	301 839	0,8

1) Ohne Saarland.



Anteil der ungültigen Zweitstimmen hatte sich schon 1965 auf 2,4 % vermindert und betrug 1972 nur noch 0,8 %.

Weitere Einsichten vermitteln Sonderauszählungen über die ungültigen Stimmen auf repräsentativer Basis.

Die Ergebnisse von 1965 zeigen zunächst, daß die Zahl der Personen, die beide Stimmen ungültig abgegeben haben, gegenüber 1961 mit rund 340 000 unverändert geblieben ist. 1969 verminderte sich diese Zahl auf 281 000 und 1972 betrug sie 353 000. Von diesen 353 000 Wählern haben 186 000 den Stimmzettel ganz leer gelassen oder durchgestrichen und damit offenbar gar nicht ernstlich die Absicht gehabt, sich für einen Wahlvorschlag zu entscheiden. Anders kann es sich jedoch bei den Wählern verhalten haben, die auf einer Seite des Stimmzettels mehrere Kreuze hatten und die andere Seite leergelassen oder durchgestrichen haben sowie bei den Wählern mit mehreren Kreuzen auf beiden Seiten (Ziffern 2, 3 und 4 der Tabelle 24). Ein Teil der zuerst genannten Wähler wird angenommen haben, die beiden Stimmen könnten entweder nur als Erststimmen oder nur als Zweitstimmen abgegeben werden, und ein Teil der letzteren, es könnten auf beiden Seiten des Stimmzettels je zwei Wahlvorschläge angekreuzt werden.

Der prozentuale Anteil der Wähler, die beide Stimmen ungültig hatten, betrug 1972 0,9 und 1969 0,8 %. Dieser Prozentsatz ist am

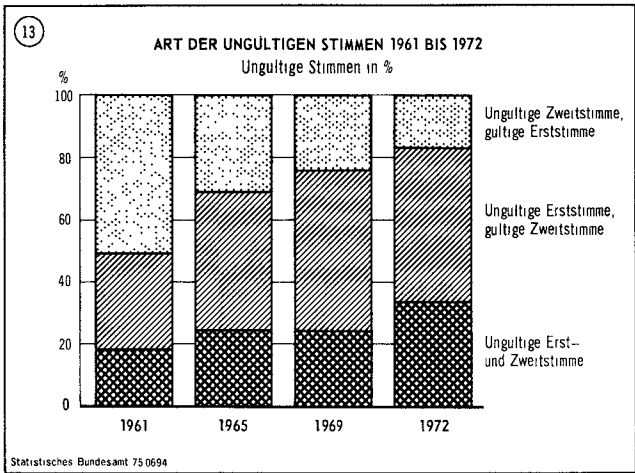
24. Art der ungültigen Stimmen

Wähler 1) mit	Jahr	Männer	Frauen	Insgesamt	
		1 000			%
Ungültiger Erst- und Zweitstimme					
Erst- und Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen	1972	85	101	186	17,8
	1969	78	91	169	14,4
Erststimmenseite leer oder durchgestrichen, Zweitstimmenseite mehrere Kreuze	1972	31	58	89	8,5
	1969	22	32	54	4,6
Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen, Erststimmenseite mehrere Kreuze	1972	13	19	32	3,0
	1969	15	17	33	2,8
Beide Seiten mehrere Kreuze	1972	15	18	34	3,2
	1969	9	10	20	1,7
Eine Seite leer oder durchgestrichen, auf der anderen Seite sonstige Ursachen	1972	1	1	2	0,2
	1969	1	1	3	0,2
Beide Seiten sonstige Ursachen	1972	7	3	10	0,9
	1969	2	1	3	0,3
Zusammen	1972	152	201	353	33,6
	1969	128	153	281	23,9
	1965	149	192	341	24,2
	1961	154	184	339	18,0
Ungültiger Erst- und gültiger Zweitstimme					
Erststimmenseite leer oder durchgestrichen	1972	168	333	501	47,7
	1969	185	365	550	46,8
Erststimmenseite mehrere Kreuze	1972	6	9	16	1,5
	1969	16	36	52	4,4
Sonstige Ursachen	1972	2	2	3	0,3
	1969	2	3	5	0,5
Zusammen	1972	176	344	520	49,6
	1969	203	404	607	51,6
	1965	193	434	627	44,5
	1961	208	376	584	31,0
Ungültiger Zweit- und gültiger Erststimme					
Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen	1972	57	100	158	15,1
	1969	95	173	268	22,8
Zweitstimmenseite mehrere Kreuze	1972	7	10	17	1,6
	1969	8	11	18	1,6
Sonstige Ursachen	1972	1	1	1	0,1
	1969	1	1	1	0,1
Zusammen	1972	65	111	176	16,8
	1969	103	185	288	24,5
	1965	154	285	439	31,2
	1961	339	620	959	51,0
Insgesamt	1972	392	656	1 049	100
	1969	434	742	1 176	100
	1965	497	911	1 408	100
	1961	701	1 180	1 882	100

1) Ohne Briefwähler.

ehesten mit den ungültigen Stimmen bei früheren Reichstagswahlen oder bei den Landtagswahlen zu vergleichen, für die sich ähnliche Prozentsätze ergaben.

Die Zahl der Wähler mit ungültiger Erststimme und gültiger Zweitstimme hat sich von 607 000 bei der Wahl 1969 auf 520 000 bei der 7. Bundestagswahl verringert. Bei diesen Wählern könnte es sich in erster Linie um Anhänger von Parteien gehandelt haben, für die es zwar eine Landesliste, aber keinen Kreiswahlvorschlag gab oder um Personen, die dem Wahlkreisandidaten ihrer Partei keine Erfolgsaussichten einräumten. Dieser Vermutung steht jedoch entgegen, daß von 520 000 Personen mit ungültiger Erststimme sich mit ihrer Zweitstimme 250 000 für die SPD und 238 000 für die CDU bzw. CSU und nur rund 32 000 für eine andere Partei entschieden. Werden Unkenntnis und Nachlässigkeit außer Betracht gelassen, wird man infolgedessen annehmen müssen, daß die Personen, die ihre Zweitstimme gültig und ihre Erststimme ungültig abgaben, vor allem solche Wähler waren, denen keiner der Kreiswahlvorschläge zusagte.



Im Gegensatz zu der wenig veränderten Zahl von Wählern, die beide Stimmen oder nur die Erststimme ungültig abgaben, hat sich die Zahl der Wähler mit gültiger Erststimme und ungültiger Zweitstimme von 288 000 auf 176 000 weiter vermindert. 1965 waren es 439 000 und 1961 sogar 959 000. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Personen, welche die für die Abgabe der Zweitstimme vorgesehene Seite des Stimmzettels leer gelassen oder durchgestrichen haben. Von diesen Personen entschieden sich mit der Erststimme 90 000 für den Wahlkreisbewerber der SPD und 70 000 für den Wahlkreisbewerber der CDU bzw. CSU. In welchem Umfang hier Unkenntnis und Nachlässigkeit eine Rolle spielen, läßt sich ebenfalls nicht exakt schätzen. Sicherlich wird es aber unter den 176 000 Personen viele gegeben haben, die sich zwar für die Person eines Wahlkreisbewerbers, aber für keine Landesliste entscheiden mochten.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Verminderung der Zahl der Wähler mit gültiger Erststimme und ungültiger Zweitstimme um 783 000 seit 1961 in so großem Umfang auf einen „Abbau“ von Vorbehalten gegenüber den Landeslisten der Parteien beruht. Richtiger wird sein, daß der Anteil der Wähler, die annahmen, mit der Abgabe der Erststimme alle Möglichkeiten erschöpft zu haben, inzwischen sehr klein geworden ist. Die Aufklärung der Öffentlichkeit über das Zweistimmensystem wird zu dem hierdurch hervorgerufenen Rückgang der Zahl der ungültigen Zweitstimmen von 4,0 bei der Wahl 1961 auf 0,8 %, oder um vier Fünftel, ebenso beigetragen haben wie die Neugestaltung des Stimmzettels seit der Wahl 1965.

Von den Briefwählern wurden bisher immer weniger ungültige Erst- und Zweitstimmen abgegeben als von den übrigen Wählern. Bei den Briefwählern war 1972 sowohl der Anteil der ungültigen Erststimmen von 0,7 % als auch der Anteil der ungültigen Zweitstimmen von 0,5 % nur rd. halb so groß wie bei den übrigen Wählern, bei denen diese Anteile 1,3 bzw. 0,8 % ausmachten. Der Grund mag an dem größeren politischen Interesse der Briefwähler liegen, das schon an dem Umstand zu erkennen ist, daß sie sich die Unterlagen für die Briefwahl überhaupt besorgten. Die Briefwähler können außerdem den Stimmzettel länger studieren und sich von Familienangehörigen und Bekannten über die Technik der Stimmabgabe beraten lassen.

25. Ungültige Stimmabgabe der Briefwähler

Wahljahr	Von 100 der		
	Briefwähler	übrigen Wähler	Wähler insgesamt
	haben ungültig gewählt		
Erststimme			
1957	1,6	3,0	3,0
1961	0,8	2,7	2,6
1965	0,9	3,1	2,9
1969	0,9	2,5	2,4
1972	0,7	1,3	1,2
Zweitstimme			
1957	1,7	3,9	3,8
1961	1,3	4,1	4,0
1965	0,7	2,5	2,4
1969	0,6	1,7	1,7
1972	0,5	0,8	0,8

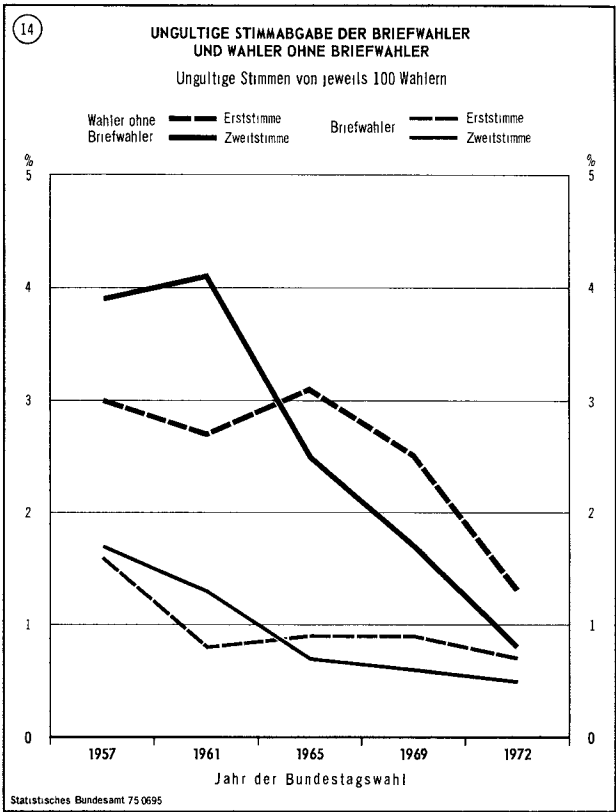
Auch sie müssen jedoch den Stimmzettel unbeobachtet ausfüllen und die persönliche Stimmabgabe sogar eidesstattlich bestätigen.

Von den Briefwählern sind — ebenso wie von den übrigen Wählern — seit 1965 mehr ungültige Erststimmen als ungültige Zweitstimmen abgegeben worden; früher war es umgekehrt.

Die ungültigen Stimmen sind vor allem Frauenstimmen. Bei der Bundestagswahl 1972 gab es 656 000 Frauen aber nur 392 000 Männer, die eine oder beide Stimmen ungültig abgaben. Dabei sind die Fälle, in denen nur die Zweitstimme ungültig war, bei den Männern in etwa dem gleichen Umfang wie bei den Frauen stark zurückgegangen.

Von 100 Erststimmen der Männer waren 1,1 und von 100 Erststimmen der Frauen 1,4, von 100 Zweitstimmen der Männer 0,7 und von 100 Zweitstimmen der Frauen 0,9 ungültig. Unterscheidet man nach dem Alter, wählten die über 60jährigen mit 2,0 % der Erststimmen und 1,3 % der Zweitstimmen häufiger ungültig.

Da die Abgabe von nur einer ungültigen Stimme häufig auf der Ablehnung entweder aller Kreiswahlvorschläge oder aller Landes-



26. Ungültige Erst- und Zweitstimmen der Männer und Frauen nach dem Alter

Alter von etwa . . . bis unter . . . Jahren	Von jeweils 100 Wählern ¹⁾ wählen mit der					
	Erst- stimme un- gültig	und zwar		Zweit- stimme un- gültig	und zwar	
		auch mit der Zweit- stimme	nur mit der Erst- stimme		auch mit der Erst- stimme	nur mit der Zweit- stimme
19. 11. 1972						
Männer						
18 - 25 . . .	0,9	0,3	0,5	0,6	0,3	0,2
25 - 35 . . .	0,8	0,3	0,5	0,5	0,3	0,2
35 - 45 . . .	1,1	0,5	0,6	0,7	0,5	0,3
45 - 60 . . .	0,9	0,5	0,5	0,7	0,5	0,2
60 und mehr .	1,6	0,8	0,8	1,1	0,8	0,3
Zusammen .	1,1	0,5	0,6	0,7	0,5	0,2
Frauen						
18 - 25 . . .	1,1	0,4	0,7	0,6	0,4	0,2
25 - 35 . . .	0,9	0,3	0,6	0,6	0,3	0,2
35 - 45 . . .	1,1	0,4	0,6	0,7	0,4	0,3
45 - 60 . . .	1,2	0,5	0,7	0,9	0,5	0,3
60 und mehr .	2,3	0,8	1,5	1,4	0,8	0,6
Zusammen .	1,4	0,5	0,9	0,9	0,5	0,4
Insgesamt						
18 - 25 . . .	1,0	0,4	0,6	0,6	0,4	0,2
25 - 35 . . .	0,8	0,3	0,5	0,5	0,3	0,2
35 - 45 . . .	1,1	0,4	0,6	0,7	0,4	0,3
45 - 60 . . .	1,1	0,5	0,6	0,8	0,5	0,3
60 und mehr .	2,0	0,8	1,2	1,3	0,8	0,5
Insgesamt . .	1,3	0,5	0,7	0,8	0,5	0,3

Alter von etwa . . . bis unter . . . Jahren	Von jeweils 100 Wählern 1) wählen mit der					
	Erst- stimme un- gültig	und zwar		Zweit- stimme un- gültig	und zwar	
		auch mit der Zweit- stimme	nur mit der Erst- stimme		auch mit der Erst- stimme	nur mit der Zweit- stimme
28. 9. 1969						
Männer						
21 — 30 . . .	1,4	0,4	1,0	0,9	0,4	0,5
30 — 45 . . .	1,8	0,7	1,1	1,3	0,7	0,6
45 — 60 . . .	2,1	0,9	1,2	1,5	0,9	0,6
60 und mehr .	3,1	1,2	1,9	2,2	1,2	1,0
Zusammen .	2,1	0,8	1,3	1,5	0,8	0,7
Frauen						
21 — 30 . . .	1,9	0,5	1,4	1,1	0,5	0,6
30 — 45 . . .	2,2	0,7	1,5	1,5	0,7	0,8
45 — 60 . . .	2,9	0,9	2,0	1,9	0,9	1,0
60 und mehr .	4,4	1,1	3,3	2,6	1,1	1,5
Zusammen .	3,0	0,9	2,1	1,9	0,9	1,0
Insgesamt						
21 — 30 . . .	1,6	0,4	1,2	1,0	0,4	0,6
30 — 45 . . .	2,0	0,7	1,3	1,4	0,7	0,7
45 — 60 . . .	2,5	0,9	1,6	1,8	0,9	0,9
60 und mehr .	3,8	1,2	2,6	2,5	1,2	1,3
Insgesamt . .	2,6	0,9	1,7	1,7	0,9	0,8

1) Ohne Briefwähler.

listen und nicht nur auf Mißverständnissen und Fehlern beruhen wird, könnte man versuchen, die ungültigen Stimmen der älteren Wähler hieraus zu erklären. Man würde dabei unterstellen, daß die älteren Wähler, die etwa doppelt so häufig wie die jüngsten Wähler nur eine Stimme gültig abgegeben haben, besonders kritisch sind.

Etwa doppelt so häufig wie die unter 35jährigen haben die über 60jährigen aber auch mit beiden Stimmen ungültig gewählt. Man wird daher eher folgen müssen, daß es für die älteren Wähler schwieriger ist, den Stimmzettel auszufüllen. Dasselbe gilt für Frauen im Vergleich zu den Männern.

C. Gültige Erststimmen

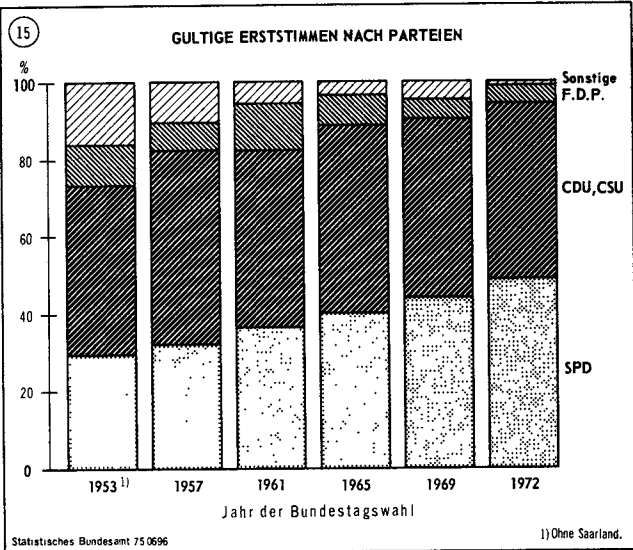
Bei der Bundestagswahl 1972 gab es 37 303 779 gültige Erststimmen, die darüber entschieden, welche Wahlkreisabgeordneten in den Bundestag einzogen. Wie Tabelle 27 zeigt, war die Zahl der gültigen Erststimmen bei der Bundestagswahl 1953 – bei der zum ersten Mal mit zwei Stimmen gewählt wurde – um fast 10 Millionen kleiner.

Die Zunahme der gültigen Erststimmen war von Wahl zu Wahl sehr unterschiedlich. Von 1953 bis 1957 betrug sie 9,6 %, dann 6,1, 1,4, 0,9 und von 1969 bis 1972 14,0 %. Während bis 1969 die Zunahme fast ausschließlich auf das Nachrücken der geburtenstärkeren Jahrgänge in das Wahlalter zurückzuführen ist, ist die starke Zunahme von 1969 bis 1972 neben der höheren Wahlbeteiligung auch in der grundgesetzlichen Ausdehnung des Wahlalters auf die 18 bis 20jährigen zu suchen.

Betrachtet man die Entwicklung nach Parteien, so ist bei der SPD festzustellen, daß sie kontinuierlich ihren Anteil an den gültigen Erststimmen von 29,5 % bei der Wahl 1953 um 2,5, 4,5, 3,6, 3,9 und zuletzt sogar um 4,9 Prozentpunkte auf 48,9 % erhöhen konnte.

Die Entwicklung der Erststimmenanteile der CDU und CSU nahm dagegen einen wechselhaften Verlauf. 1953 betrug ihr Anteil 43,7 %, danach 50,3, 46,0, 48,8, 46,6 und 1972 nur noch 45,4 %. Auch die F.D.P. hatte von 1953 bis 1965 einen wechselnden Erststimmenanteil. 1969 und 1972 lag er jeweils bei 4,8 %. Die sonstigen Parteien, die 1953 noch 16 % an gültigen Erststimmen hatte, konnten bei der Wahl 1972 gerade noch 1 % der gültigen Erststimmen für sich verbuchen.

Seit der Bundestagswahl 1961 hatten nur die Wahlkreisandidaten der SPD und der CDU und CSU Aussichten, Wahlkreismandate zu erringen. Viele Anhänger der übrigen Parteien haben daher ihre Erststimme nicht den Wahlkreisandidaten ihrer Partei sondern den wirklich aussichtsreichen Wahlkreisbewerbern gegeben. Hierzu



27. Gültige Erststimmen nach Parteien

Wahljahr Veränderung von ... bis ...	Maß- einheit	Gültige Erststimmen				
		insgesamt	davon für			
			SPD	CDU, CSU 1)	F.D.P.	Sonstige
1953	Anzahl	27 519 760	8 131 257	12 027 945	2 967 566	4 392 992
	%	100	29,5	43,7	10,8	16,0
Veränderung 1953/57 ...	Anzahl	+ 2 636 454	+ 1 520 412	+ 3 133 605	— 691 332	— 1 326 231
	%	+ 9,6	+ 18,7	+ 26,1	— 23,3	— 30,2
1957	Anzahl	30 156 214	9 651 669	15 161 550	2 276 234	3 066 761
	%	100	32,0	50,3	7,5	10,2
Veränderung 1957/61 ...	Anzahl	+ 1 848 252	+ 2 020 388	— 433 813	+ 1 590 035	— 1 328 358
	%	+ 6,1	+ 20,9	— 2,9	+ 69,9	— 43,3
1961	Anzahl	32 004 466	11 672 057	14 727 737	3 866 269	1 738 403
	%	100	36,5	46,0	12,1	5,4
Veränderung 1961/65 ...	Anzahl	+ 432 583	+ 1 326 417	+ 1 108 230	— 1 303 975	— 698 089
	%	+ 1,4	+ 11,4	+ 7,5	— 33,7	— 40,2
1965	Anzahl	32 437 049	12 998 474	15 835 967	2 562 294	1 040 314
	%	100	40,1	48,8	7,9	3,2
Veränderung 1965/69 ...	Anzahl	+ 276 467	+ 1 403 900	— 604 643	— 1 007 643	+ 484 853
	%	+ 0,9	+ 10,8	— 3,8	— 39,3	+ 46,6
1969	Anzahl	32 713 516	14 402 374	15 231 324	1 554 651	1 525 167
	%	100	44,0	46,6	4,8	4,7
Veränderung 1969/72 ...	Anzahl	+ 4 590 263	+ 3 825 865	+ 1 694 114	+ 235 862	— 1 165 578
	%	+ 14,0	+ 26,6	+ 11,1	+ 15,2	— 76,4
1972	Anzahl	37 303 779	18 228 239	16 925 438	1 790 513	359 589
	%	100	48,9	45,4	4,8	1,0

1) CSU nur in Bayern, 1957 auch im Saarland.

28. Differenzen Erst- zu Zweitstimmen nach Parteien

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Differenz Erst- zu Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Prozentpunkte
6. 9. 1953						
SPD	8 131 257	29,5	7 944 943	28,8	+ 186 314	+ 0,7
CDU, CSU 1)	12 027 945	43,7	12 443 981	45,2	— 416 036	— 1,5
F.D.P.	2 967 566	10,8	2 629 163	9,5	+ 338 403	+ 1,3
Sonstige	4 392 992	16,0	4 533 185	16,5	— 140 193	— 0,5
Zusammen	27 519 760	100	27 551 272	100	— 31 512	X
15. 9. 1957						
SPD	9 651 669	32,0	9 495 571	31,8	+ 156 098	+ 0,2
CDU, CSU 2)	15 161 550	50,3	15 008 399	50,2	+ 153 151	+ 0,1
F.D.P.	2 276 234	7,5	2 307 135	7,7	— 30 901	— 0,2
Sonstige	3 066 761	10,2	3 094 323	10,3	— 27 562	— 0,1
Zusammen	30 156 214	100	29 905 428	100	+ 250 786	X
17. 9. 1961						
SPD	11 672 057	36,5	11 427 355	36,2	+ 244 702	+ 0,3
CDU, CSU 1)	14 727 737	46,0	14 298 372	45,3	+ 429 365	+ 0,7
F.D.P.	3 866 269	12,1	4 028 766	12,8	— 162 497	— 0,7
Sonstige	1 738 403	5,4	1 796 408	5,7	— 58 005	— 0,3
Zusammen	32 004 466	100	31 550 901	100	+ 453 565	X
19. 9. 1965						
SPD	12 998 474	40,1	12 813 186	39,3	+ 185 288	+ 0,8
CDU, CSU 1)	15 835 967	48,8	15 524 068	47,6	+ 311 899	+ 1,2
F.D.P.	2 562 294	7,9	3 096 739	9,5	— 534 445	— 1,6
Sonstige	1 040 314	3,2	1 186 449	3,6	— 146 135	— 0,4
Zusammen	32 437 049	100	32 620 442	100	— 183 393	X
28. 9. 1969						
SPD	14 402 374	44,0	14 065 716	42,7	+ 336 658	+ 1,3
CDU, CSU 1)	15 231 324	46,6	15 195 187	46,1	+ 36 137	+ 0,5
F.D.P.	1 554 651	4,8	1 903 422	5,8	— 348 771	— 1,0
Sonstige	1 525 167	4,7	1 801 699	5,5	— 276 532	— 0,8
Zusammen	32 713 516	100	32 966 024	100	— 252 508	X
19. 11. 1972						
SPD	18 228 239	48,9	17 175 169	45,8	+ 1 053 070	+ 3,1
CDU, CSU 1)	16 925 438	45,4	16 806 020	44,9	+ 119 418	+ 0,5
F.D.P.	1 790 513	4,8	3 129 982	8,4	— 1 339 469	— 3,6
Sonstige	359 589	1,0	348 579	0,9	+ 11 010	+ 0,1
Zusammen	37 303 779	100	37 459 750	100	— 155 971	X

1) CSU nur in Bayern. — 2) CSU nur in Bayern und im Saarland.

wurden sie von ihrer Partei vielerorts sogar ausdrücklich aufgefordert. Hieraus erklärt es sich, daß die SPD seit 1953 sowie die CDU und CSU — mit Ausnahme von 1953 — jeweils mehr Erst- als Zweitstimmen erhalten haben.

Die SPD hat 1972 über 1 Million Erststimmen mehr als Zweitstimmen erhalten. Ihr Erststimmenanteil von 48,9 % liegt infolgedessen um 3,1 Prozentpunkte über ihrem Zweitstimmenanteil. CDU und CSU zusammen erhielten nur rd. 120 000 mehr Erst- als Zweitstimmen. Ihr Erststimmenanteil von 45,4 % liegt daher nur um 0,5 Prozentpunkte über ihrem Zweitstimmenanteil. Vergleicht man die Differenzen der Erst- und Zweitstimmen der übrigen Parteien, ergeben sich schon daraus Anhaltspunkte für die Annahme, daß vor allem sehr viele Wähler, welche der F.D.P. die Zweitstimme gaben, mit ihrer Erststimme Kandidaten der SPD unterstützt haben. Offenbar waren aber nur sehr wenige Zweitstimmenwähler der NPD trotz Aussichtslosigkeit ihrer Wahlkreisbewerber bereit, Kandidaten anderer Parteien zu unterstützen. Dies gilt noch mehr für die Zweitstimmenwähler der DKP. Bei dieser Partei liegt die Zahl der Erststimmen sogar über derjenigen der Zweitstimmen.

Im Abschnitt „E. Kombination der Erst- und Zweitstimmen“ wird hierauf noch einmal eingegangen.

29. Wahlkreissitze nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten

Wahljahr	Wahlkreissitze					
	insgesamt	davon Parteizugehörigkeit der Gewählten				
		SPD	CDU	CSU	F.D.P.	Sonstige
1949 ..	242	96	91	24	12	19 1)
1953 ..	242	45	130	42	14	11 2)
1957 ..	247	46	147	47	1	6 3)
1961 ..	247	91	114	42	—	—
1965 ..	248	94	118	36	—	—
1969 ..	248	127	87	34	—	—
1972 ..	248	152	65	31	—	—

1) Davon BP: 11, DP: 5, Wählergruppen: 3. — 2) Davon DP: 10, Zentrum: 1. — 3) DP.

In den Wahlkreisen war der Kandidat gewählt, der mehr Erststimmen als jeder andere Bewerber erhielt. Auch dieses Mal gelang es nur Bewerbern der SPD, CDU und CSU sich durchzusetzen; alle übrigen Parteien erhielten, wie schon seit 1961, keine Wahlkreissitze. Die 7 unabhängigen Wahlkreisbewerber bei der Bundestagswahl 1972 bekamen zusammen nur 9 497 Erststimmen. 1969 konnten die 19 unabhängigen Wahlkreisbewerber 38 561 Erststimmen auf sich vereinigen.

Der SPD sind zum ersten Mal bei der Bundestagswahl 1969 mehr als die Hälfte der Wahlkreissitze zugefallen. 34 Wahlkreissitze gingen damals von der CDU und CSU an die SPD über, nur einer von der SPD an die CDU. Dadurch erhöhte sich bei der SPD die Zahl der Wahlkreissieger von 94 auf 127, während die CDU und CSU nur noch 121 Wahlkreisabgeordnete stellte. Weitere 25 Wahlkreissitze — legt man dem Ergebnis 1969 die Abgrenzung der Wahlkreise von 1972 zugrunde sind es sogar 26 Wahlkreissitze — gewann die SPD von der CDU und CSU bei der Wahl 1972 hinzu. Hierdurch ist die SPD im 7. Bundestag mit 152 Wahlkreisabgeordneten, die CDU und CSU aber nur noch mit 96 vertreten.

Alle Wahlkreissitze besetzte die SPD in Hamburg mit 8 und in Bremen mit 3 Wahlkreisen, 20 von 22 in Hessen, 9 von 11 in Schleswig - Holstein, 52 von 73 in Nordrhein - Westfalen, 23 von 30 in Niedersachsen, 9 von 16 in Rheinland - Pfalz und 3 von 5 im Saarland. Nur in Baden - Württemberg, wo von den 36 Wahlkreissitzen 24 der CDU und in Bayern, wo von den 44 Wahlkreissitzen 31 der CSU zufließen, stellte die SPD weniger Wahlkreissieger als die CDU bzw. CSU. Von den 25 Wahlkreisen, die von der CDU bzw. CSU überwechselten, liegen je 5 in Schleswig - Holstein, Niedersachsen und Nordrhein - Westfalen, je 3 in Rheinland - Pfalz, Baden - Württemberg und Bayern, einer im Saarland.

Wie aus dem Schaubild 16 ersehen werden kann, stellt die SPD jetzt in fast dem gesamten norddeutschen und westdeutschen Raum sowie in fast ganz Hessen und großen Teilen von Rheinland - Pfalz die Wahlkreisabgeordneten. Lediglich einige wegen ihrer dünnen Besiedlung flächengroße ländliche Wahlkreise sowie ganz überwiegend katholische Wahlkreise bilden Ausnahmen. Im süddeutschen Raum dagegen dominiert immer noch die CDU bzw. CSU. Große „SPD - Inseln“ bilden dort aber die Wahlkreise in den Ballungsgebieten am unteren Neckar, am mittleren Neckar, in Mittelfranken und in Oberbayern sowie der oberfränkische Raum.

Die SPD bekam von ihren 152 Wahlkreissitzen 130 mit absoluten Mehrheiten. Im Wahlkreis 90 Duisburg I erreichte sie mit 70 % ihren höchsten Anteil. Nur 22 ihrer Wahlkreissieger hatten weniger als die Hälfte der Wähler hinter sich. Mit 45,2 % der gültigen Erststimmen konnte ihr Kandidat noch im Wahlkreis 177 Waiblingen Sieger werden.

Die CDU hat von ihren 65 Wahlkreissitzen 45 mit absoluten Mehrheiten gewonnen. In zwei Wahlkreisen erhielt sie noch mehr als 70 % der Erststimmen. Es sind dies — wie auch 1969 — die Wahlkreise 198 Biberach (72,1 %) und 27 Cloppenburg (70,8 %). 20 Wahlkreissieger benötigten weniger als die Hälfte der gültigen Erststimmen des Wahlkreises. Im Wahlkreis 74 Düsseldorf I reichten dazu 43,9 % Erststimmen.

Im Gegensatz zur CDU gewann die CSU alle ihre 31 Wahlkreissitze mit absoluten Mehrheiten. Den Wahlkreis 217 Pfarrkirchen gewann sie mit 71,5 % (1969: 69,0 %) der gültigen Erststimmen.

Mit weniger als 40 % der Erststimmen konnten 1949 noch 154 Wahlkreissiege errungen werden. 1953 waren es noch 46, danach 19, 1965 noch 2 und 1969 nur noch einer. Dabei handelt es sich um den Wahlkreis 63 Bonn, in dem die CDU mit 37,9 % zu ihrem Wahlsieg kam.

Für den Übergang des Wahlkreissitzes an eine andere Partei genügen oft nur wenige Stimmen, da es zahlreiche Wahlkreise gibt, in denen das Stimmenverhältnis zwischen SPD und CDU bzw. CSU ziemlich ausgeglichen ist. In 11 Fällen war bei der Bundestagswahl 1972 die Zahl der Erststimmen für Wahlkreissieger der SPD um weniger als 2 % größer als die Zahl der Erststimmen für die unterlegenen Kandidaten der CDU und CSU und in weiteren 9 Fällen die Zahl der Erststimmen für Wahlkreissieger der CDU und CSU um weniger als 2 % größer als die Zahl der Erststimmen für die unterlegenen Kandidaten der SPD. Bis zu 5 % machte der Vorsprung von 19 Wahlkreissiegern der SPD und von 19 Wahlkreissiegern der CDU und CSU, bis zu 10 % der Vorsprung von 43 Wahlkreissiegern der SPD und von 31 Wahlkreissiegern der CDU und CSU aus. Geht man von den zuletzt genannten Zahlen aus, so würde in den 43 Wahlkreisen mit einem Stimmenvorsprung der SPD um weniger als 10 % eine Abwanderung von bereits 5 % der SPD - Wähler zur CDU bzw. CSU genügen, damit die SPD 43 Wahlkreise verliert und die CDU und CSU 43 Wahlkreise gewinnt, was dazu führen würde, daß die CDU und CSU wieder mehr als die Hälfte aller Wahlkreisabgeordneten stellt. Ein entsprechender Stimmenumschwung in den 31 Wahlkreisen mit einem Vorsprung der CDU bzw. CSU von weniger als 10 % würde dagegen für die CDU und CSU eine Reduzierung ihrer Wahlkreissitze von 96 auf 65 zur Folge haben. Je nachdem, von welcher Entwicklung man ausgeht, sind also sehr unterschiedliche Ergebnisse zu erwarten. Selbst im ungünstigsten Falle könnte die SPD jedoch nicht allzuvielen Wahlkreissitze verlieren, weil sie von den insgesamt 152 Wahlkreissitzen 109 oder über zwei Drittel mit einem Vorsprung von 10 und mehr % errungen hat. Von den 96 Wahlkreissiegern der CDU und CSU hatten 65 einen solchen Vorsprung vor den Kandidaten der SPD.

Die Zahl der Erststimmen für einen Wahlkreisbewerber hängt von seiner Parteizugehörigkeit, von der Wirkung seiner Persönlichkeit und von Wahlabsprachen ab. Soweit es sich um die beiden letzten dieser drei Faktoren handelt, läßt sich ihre Wirkung daran ablesen, ob die Wahlkreisandidaten erheblich mehr Erststimmen erhalten haben als ihre Partei Zweitstimmen. In 129 Wahlkreisen überstieg die Zahl der Erststimmen für einen Kandidaten die Zahl der Zweitstimmen für die Landesliste seiner Partei um mehr als 3 000. Dabei handelt es sich um 126 Kandidaten der SPD und drei der

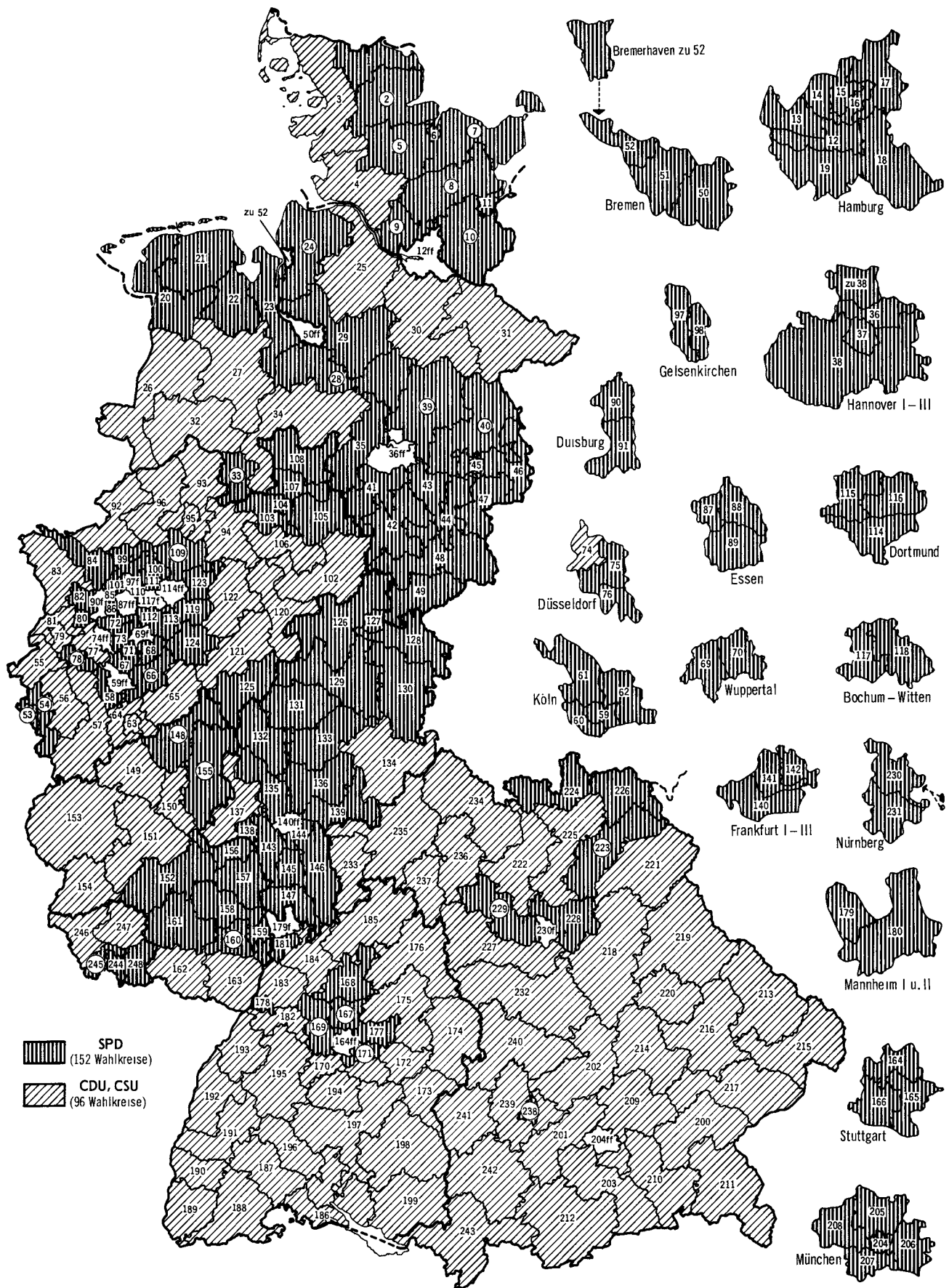
30. Wahlkreise, in denen die Mehrheit der Erststimmen von 1965 bzw. 1969 bis 1972 von der CDU und CSU an die SPD übergegangen ist *)

		Prozent					
Wahlkreis		Anteil der Erststimmen					
Nr.	Name	1965		1969		1972	
		CDU, CSU 1)	SPD	CDU, CSU 1)	SPD	CDU, CSU 1)	SPD
1	Flensburg	49,0	39,8	44,6	46,7		
2	Schleswig - Eckernförde	54,3	36,4	52,8	40,1	43,9	51,4
5	Rendsburg - Neumünster	53,1	37,9	49,0	43,4	44,2	51,2
7	Plön	50,4	40,2	46,7	45,4	43,8	52,6
8	Segeberg - Eutin	53,6	34,7	49,0	41,9	45,3	49,2
9	Pinneberg	50,0	40,8	45,8	46,3		
				46,5	45,5	43,1	51,3
10	Stormarn - Herzogtum Lauenburg	50,8	38,3	48,0	43,6	44,3	50,7
11	Lübeck	47,7	43,3	43,4	49,9		
21	Wilhelmshaven	44,5	41,8	41,1	48,3		
22	Oldenburg	38,2	34,6	39,6	42,9		
23	Delmenhorst - Wesermarsch	42,6	42,3	40,9	47,9		
24	Cuxhaven	51,5	38,6	48,6	42,1	44,7	50,9
28	Hoya	46,4	33,8	46,2	35,6	47,1	47,3
29	Verden	51,8	39,9	43,9	46,8		
33	Osnabrück	50,0	39,6	49,0	43,4	46,7	48,7
39	Celle	49,3	38,5	48,3	42,1	46,8	47,6
40	Gifhorn	48,1	41,0	48,6	43,4	45,3	50,4
43	Hildesheim	46,5	45,0	44,9	48,2		
46	Helmstedt - Wolfsburg	49,7	40,9	45,6	47,1		
47	Goslar - Wolfenbüttel	48,0	43,6	44,4	49,4		
49	Göttingen	47,0	40,8	44,2	47,8		
53	Aachen - Stadt	53,8	36,9	50,8	41,2	47,0	47,3
54	Aachen - Land	53,2	40,2	50,7	42,2	44,4	51,5
58	Köln - Land	51,9	39,2	43,7	48,8		
60	Köln II	50,0	39,2	40,5	50,9		
61	Köln III	48,4	43,6	39,4	53,3		
66	Rheinisch - Bergischer Kreis	56,6	33,3	48,3	42,3	45,5	48,4
68	Remscheid	44,8	42,9	43,7	46,1		
72	Düsseldorf - Mettmann I	46,4	44,5	44,1	48,0		
73	Düsseldorf - Mettmann II	48,6	43,7	44,0	47,9		
76	Düsseldorf III	47,0	42,5	42,3	49,3		
78	Rheydt - Grevenbroich II	54,2	36,3	51,1	41,3	45,8	47,6
80	Krefeld	48,0	41,8	46,1	46,7		
84	Dinslaken	46,8	45,6	41,4	50,7		
89	Essen III	48,6	41,8	42,7	49,8		
109	Lüdinghausen	54,1	40,3	51,9	42,7	46,3	50,6
119	Iserlohn	47,5	43,9	44,2	48,5		
125	Siegen - Wittgenstein	46,2	44,6	42,7	49,7		
131	Marburg	44,9	44,5	40,8	49,2		
135	Obertaunuskreis (Hochtaunuskreis)	48,1	43,6	45,0	47,0		
147	Bergstraße	46,9	43,2	46,0	46,1		
148	Neuwied	54,3	35,6	51,9	39,4	46,5	46,9
155	Montabaur	51,2	37,0	49,8	40,8	45,8	48,0
156	Mainz	44,5	42,1	43,9	46,4		
160	Neustadt - Speyer	48,1	38,9	48,0	41,4	46,2	47,8
166	Stuttgart III	40,0	39,2	39,6	49,8		
167	Ludwigsburg	38,9	42,1	43,3	41,0	43,2	48,1
169	Leonberg - Vaihingen	45,4	38,2	47,2	42,3	46,2	46,2
171	Esslingen	48,8	38,4	46,6	46,1	46,1	49,1
177	Waiblingen	42,8	37,5	42,7	47,2		
178	Karlsruhe	46,1	39,3	44,1	45,3		
181	Heidelberg - Stadt	47,3	39,2	43,7	45,8		
204	München - Mitte	45,2	41,7	38,7	48,4		
223	Bayreuth	48,0	42,1	46,3	44,5	47,4	48,6
228	Erlangen	47,2	38,8	42,7	45,5		
229	Fürth	52,5	36,4	48,9	38,8	46,9	47,4
238	Augsburg	46,3	44,9	48,0	43,4	46,7	48,6
245	Saarbrücken - Land	47,4	41,0	46,5	41,3	42,5	52,0
248	St. Ingbert	44,5	43,5	44,0	44,3		

*) 1965 nach der Abgrenzung der Wahlkreise 1969 und 1969 nach der Abgrenzung der Wahlkreise 1972; Bezeichnung der Wahlkreise nach dem Stand 1972.

1) CSU nur in Bayern.

WAHLKREISE NACH DER PARTEIZUGEHÖRIGKEIT DER WAHLKREISSIEGER BEI DER BUNDESTAGSWAHL 1972



○ Wahlkreissitze, die im Vergleich zu 1969 von der CDU, CSU an die SPD übergegangen sind.

CDU und CSU. Mehr als 10 000 machte der Unterschied bei 13 SPD - Kandidaten aus. Es sind dies – in der Ordnung nach der Abweichung der Erst- von Zweitstimmen im Wahlkreis – die Kandidaten:

Dr. Peter Corterier, Wkr. 178 (+ 13 307)
Dr. Hans Apel, Wkr. 15 (+ 12 405)
Alfons Pawelczyk, Wkr. 17 (+ 12 178)
Hugo Brandt, Wkr. 156 (+ 11 904)
Günther Metzger, Wkr. 145 (+ 11 600)
Dr. Dietrich Sperling, Wkr. 135 (+ 11 447)
Dr. Erhard Eppler, Wkr. 168 (+ 11 304)

Dr. Hermann Schmitt - Vockenhausen, Wkr. 143 (+ 11 192)
Dr. Wilhelm Nölling, Wkr. 14 (+ 11 168)
Dr. Volker Hauff, Wkr. 171 (+ 10 944)
Dr. Dieter Haack, Wkr. 228 (+ 10 181)
Gunter Huonker, Wkr. 167 (+ 10 111)
Karl Wilhelm Berkhan, Wkr. 13 (10 022).

Weniger Erst- als ihre Partei Zweitstimmen erhielten insgesamt 27 Kandidaten. Dabei handelt es sich um 25 Kandidaten der CDU und CSU und um zwei der SPD. Bis auf einen Fall liegen diese Abweichungen unter 3 000 Stimmen.

31. Wahlkreisabgeordnete des Deutschen Bundestages nach Ländern und Parteien

Land	Abgeordnete insgesamt		Davon der					
			SPD		CDU		CSU	
	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969
Schleswig - Holstein	11		9	4	2	7	—	—
Hamburg	8		8	8	—	—	—	—
Niedersachsen	30		23	18	7	12	—	—
Bremen	3		3	3	—	—	—	—
Nordrhein - Westfalen	73		52	47	21	26	—	—
Hessen	22		20	20	2	2	—	—
Rheinland - Pfalz	16		9	6	7	10	—	—
Baden - Württemberg	36		12	9	24	27	—	—
Bayern	44		13	10	—	—	31	34
Saarland	5		3	2	2	3	—	—
Wahlgebiet ohne Berlin	248		152	127	65	87	31	34

32. Von den Wahlkreissiegern gewonnene Stimmenmehrheiten

Partei	Jahr 1)	Zahl der Wahlkreissieger						
		insgesamt	mit einem Anteil der gültigen Erststimmen von . . . bis unter . . . %					
			20 – 30	30 – 40	40 – 50	50 – 60	60 – 70	70 und mehr
SPD	1949	96	11	64	20	1	—	—
	1953	45	2	19	23	1	—	—
	1957	46	—	10	31	5	—	—
	1961	91	—	6	74	11	—	—
	1965	94	—	1	56	35	2	—
	1969	127	—	—	52	64	11	—
	1972	152	—	—	22	102	27	1
CDU	1949	91	4	32	29	17	6	3
	1953	130	1	16	37	39	27	10
	1957	147	—	12	45	51	27	12
	1961	114	—	13	50	28	16	7
	1965	118	—	1	41	54	16	6
	1969	87	—	1	28	38	18	2
	1972	65	—	—	20	33	10	2
CSU	1949	24	3	15	5	1	—	—
	1953	42	—	1	13	21	7	—
	1957	47	—	—	10	12	21	4
	1961	42	—	—	7	14	18	3
	1965	36	—	—	4	11	19	2
	1969	34	—	—	4	15	15	—
	1972	31	—	—	—	12	18	1
Sonstige und Parteilose	1949	31	7	18	6	—	—	—
	1953	25	2	5	8	10	—	—
	1957	7	—	4	3	—	—	—
Insgesamt	1949	242	25	129	60	19	6	3
	1953	242	5	41	81	71	34	10
	1957	247	—	26	89	68	48	16
	1961	247	—	19	131	53	34	10
	1965	248	—	2	101	100	37	8
	1969	248	—	1	84	117	44	2
	1972	248	—	—	42	147	55	4

1) 1949 und 1953 ohne Saarland.

33. Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den gewählten Wahlkreisbewerber

Wahlkreis		Partei- zugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erst- stimmen	Wahlkreis		Partei- zugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erst- stimmen
Nr.	Name			Nr.	Name		

19. 11. 1972

28. 9. 1969

70 bis unter 80%

198	Biberach	CDU	72,1	27	Cloppenburg	CDU	73,9
217	Pfarrkirchen	CSU	71,5	198	Biberach	CDU	73,0
27	Cloppenburg	CDU	70,8				
90	Duisburg I	SPD	70,0				

60 bis unter 70%

88	Essen II	SPD	69,7	232	Weißenburg	CSU	69,6
115	Dortmund II	SPD	69,4	217	Pfarrkirchen	CSU	69,0
110	Wanne - Eickel - Wattenscheid	SPD	67,3	153	Bitburg	CDU	68,5
82	Moers	SPD	67,2	234	Bad Kissingen	CSU	68,2
234	Bad Kissingen	CSU	67,1	102	Hoxter	CDU	67,5
102	Hoxter	CDU	67,0	240	Donauwörth	CSU	67,3
118	Bochum - Witten	SPD	66,8	106	Paderborn - Wiedenbruck	CDU	66,8
153	Brburg	CDU	66,6	218	Amberg - Neumarkt i. d. OPf.	CSU	66,6
51	Bremen - West	SPD	66,6	216	Straubing	CSU	66,6
215	Passau	CSU	66,4	92	Ahaus - Bocholt	CDU	66,6
98	Gelsenkirchen II	SPD	66,4	26	Emsland	CDU	66,5
97	Gelsenkirchen I	SPD	66,2	199	Ravensburg	CDU	66,2
111	Herne - Castrop - Rauxel	SPD	66,0	215	Passau	CSU	66,1
200	Altötting	CSU	65,9	200	Altötting	CSU	65,6
242	Kaufbeuren	CSU	65,7	219	Burglengenfeld	CSU	65,1
240	Donauwörth	CSU	65,4	32	Bersenbruck	CDU	64,7
222	Bamberg	CSU	65,2	222	Bamberg	CSU	64,5
218	Amberg - Neumarkt	CSU	65,2	121	Olpe - Meschede	CDU	64,3
232	Weißenburg	CSU	65,0	235	Karlstadt	CSU	64,1
213	Deggendorf	CSU	65,0	242	Kaufbeuren	CSU	64,0
116	Dortmund III	SPD	64,8	96	Steinfurt - Coesfeld	CDU	63,6
219	Burglengenfeld	CSU	64,7	83	Kleve	CDU	63,5
216	Straubing	CSU	64,7	197	Balingen	CDU	63,0
101	Bottrop - Gladbeck	SPD	64,7	115	Dortmund II	SPD	63,0
235	Karlstadt	CSU	64,6	188	Waldshut	CDU	62,6
12	Hamburg - Mitte	SPD	64,6	88	Essen II	SPD	62,3
199	Ravensburg	CDU	64,3	202	Ingolstadt	CSU	62,1
128	Eschwege	SPD	64,1	212	Weilheim	CSU	62,0
123	Unna	SPD	64,1	149	Ahrweiler	CDU	62,0
117	Bochum	SPD	64,0	118	Bochum - Witten	SPD	61,7
92	Ahaus - Bocholt	CDU	64,0	220	Regensburg	CSU	61,6
19	Harburg	SPD	64,0	90	Duisburg I	SPD	61,3
18	Bergedorf	SPD	64,0	18	Bergedorf	SPD	61,1
106	Paderborn - Wiedenbruck	CDU	63,9	193	Rastatt	CDU	61,0
87	Essen I	SPD	63,8	55	Geilenkirchen - Heinsberg	CDU	60,9
211	Traunstein	CSU	63,6	128	Eschwege	SPD	60,8
121	Olpe - Meschede	CDU	63,1	185	Tauberbischofsheim	CDU	60,7
86	Mulheim	SPD	63,0	12	Hamburg - Mitte	SPD	60,7
239	Augsburg - Land	CSU	62,8	110	Wanne - Eickel - Wattenscheid	SPD	60,6
91	Duisburg II	SPD	62,6	94	Beckum - Warendorf	CDU	60,5
52	Bremerhaven - Bremen - Nord	SPD	62,6	114	Dortmund I	SPD	60,2
202	Ingolstadt	CSU	62,5	98	Gelsenkirchen II	SPD	60,0
212	Weilheim	CSU	62,3	56	Duren	CDU	60,0
85	Oberhausen	SPD	62,3	19	Harburg	SPD	60,0
16	Hamburg - Nord II	SPD	62,3				
197	Balingen	CDU	62,1				
26	Emsland	CDU	62,1				
185	Tauberbischofsheim	CDU	61,5				
32	Bersenbruck	CDU	61,2				
20	Emden - Leer	SPD	61,2				
214	Landshut	CSU	61,1				
220	Regensburg	CSU	60,8				
114	Dortmund I	SPD	60,2				
62	Köln IV	SPD	60,2				
127	Kassel	SPD	60,1				

50 bis unter 60%

55	Heinsberg	CDU	59,9	239	Augsburg - Land	CSU	59,9
112	Ennepe - Ruhr - Kreis	SPD	59,8	241	Neu - Ulm	CSU	59,8
37	Hannover II	SPD	59,8	116	Dortmund III	SPD	59,7
100	Recklinghausen - Stadt	SPD	59,7	16	Hamburg - Nord II	SPD	59,5
84	Dinslaken	SPD	59,6	82	Moers	SPD	59,3
6	Kiel	SPD	59,4	236	Schweinfurt	CSU	59,2
179	Mannheim I	SPD	59,3	211	Traunstein	CSU	59,2
241	Neu - Ulm	CSU	59,1	117	Bochum	SPD	59,1
61	Köln III	SPD	59,1	97	Gelsenkirchen I	SPD	58,9
96	Steinfurt - Coesfeld	CDU	59,0	213	Deggendorf	CSU	58,8
44	Salzgitter	SPD	59,0	214	Landshut	CSU	58,6
159	Ludwigshafen	SPD	58,9	243	Kempten	CSU	58,2
11	Lubeck	SPD	58,8	151	Cöchem	CDU	58,0
83	Kleve	CDU	58,7	120	Lippstadt	CDU	57,9
14	Eimsbüttel	SPD	58,7	111	Herne - Castrop - Rauxel	SPD	57,7
243	Kempten	CSU	58,6	87	Essen I	SPD	57,7
45	Braunschweig	SPD	58,6	86	Mulheim	SPD	57,5
59	Köln I	SPD	58,5	123	Unna	SPD	57,4
36	Hannover I	SPD	58,5	187	Donauwörthingen	CDU	57,3
99	Recklinghausen - Land	SPD	58,3	154	Trier	CDU	57,3
236	Schweinfurt	CSU	58,2	221	Tirschenreuth	CSU	57,2

33. Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den gewählten Wahlkreisbewerber

Wahlkreis			Partei- zugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erst- stimmen	Wahlkreis			Partei- zugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erst- stimmen
Nr.	Name				Nr.	Name			
19. 11. 1972					28. 9. 1969				
50 bis unter 60 %									
193	Rastatt	CDU	58,2	101	Bottrop - Gladbeck	SPD	57,2		
151	Cochern	CDU	58,1	37	Hannover II	SPD	57,2		
231	Nürnberg - Süd	SPD	58,0	51	Bremen - West	SPD	57,1		
210	Rosenheim	CSU	57,9	93	Tecklenburg	CDU	57,0		
196	Rottweil	CDU	57,8	192	Offenburg	CDU	56,9		
149	Ahrweiler	CDU	57,8	127	Kassel	SPD	56,9		
23	Delmenhorst - Wesermarsch	SPD	57,7	174	Aalen - Heidenheim	CDU	56,7		
15	Hamburg - Nord I	SPD	57,7	134	Fulda	CDU	56,6		
75	Düsseldorf II	SPD	57,6	17	Wandsbek	SPD	56,1		
42	Holzminde	SPD	57,5	191	Emmendingen - Wolfach	CDU	56,0		
107	Herford	SPD	57,3	112	Ennepe - Ruhr - Kreis	SPD	56,0		
67	Leverkusen - Opladen	SPD	57,3	91	Duisburg II	SPD	56,0		
13	Altona	SPD	57,3	233	Aschaffenburg	CSU	55,9		
50	Bremen - Ost	SPD	57,2	179	Mannheim I	SPD	55,9		
21	Wilhelmshaven	SPD	57,2	15	Hamburg - Nord I	SPD	55,9		
158	Frankenthal	SPD	57,1	14	Eimsbüttel	SPD	55,9		
48	Northheim	SPD	56,9	36	Hannover I	SPD	55,8		
35	Schaumburg	SPD	56,8	210	Rosenheim	CSU	55,6		
143	Groß - Gerau	SPD	56,7	183	Bruchsal - Karlsruhe - Land II	CDU	55,5		
145	Darmstadt	SPD	56,4	79	Mönchengladbach	CDU	55,5		
225	Kulmbach	CSU	56,3	196	Rottweil	CDU	55,4		
221	Tirschenreuth	CSU	56,1	62	Köln IV	SPD	55,4		
191	Emmendingen - Wolfach	CDU	55,9	140	Frankfurt I	SPD	55,3		
134	Fulda	CDU	55,9	13	Altona	SPD	55,3		
120	Lippstadt - Brilon	CDU	55,8	81	Kempen - Krefeld	CDU	55,1		
1	Flensburg	SPD	55,8	225	Kulmbach	CSU	55,0		
188	Waldshut	CDU	55,7	159	Ludwigshafen	SPD	54,9		
161	Kaiserslautern	SPD	55,7	144	Offenbach	SPD	54,8		
147	Goslar - Wolfenbüttel	SPD	55,7	64	Siegbach - Bonn - Land	CDU	54,8		
38	Hannover III	SPD	55,7	6	Kiel	SPD	54,6		
187	Donaueschingen	CDU	55,3	231	Nürnberg - Süd	SPD	54,5		
130	Hersfeld	SPD	55,2	176	Craillshiem	CDU	54,5		
132	Wetzlar	SPD	55,0	52	Bremerhaven - Bremen - Nord	SPD	54,3		
17	Wandsbek	SPD	55,0	145	Darmstadt	SPD	54,2		
244	Saarbrücken - Stadt	SPD	54,9	122	Arnsberg - Soest	CDU	54,2		
124	Ludenscheid	SPD	54,9	59	Köln I	SPD	54,1		
209	München - Land	CSU	54,8	45	Braunschweig	SPD	54,1		
203	Miesbach	CSU	54,8	85	Oberhausen	SPD	54,0		
157	Worms	SPD	54,8	100	Recklinghausen - Stadt	SPD	53,5		
140	Frankfurt I	SPD	54,8	75	Düsseldorf II	SPD	53,5		
70	Wuppertal II	SPD	54,8	246	Saarlouis	CDU	53,4		
233	Aschaffenburg	CSU	54,7	143	Groß - Gerau	SPD	53,4		
60	Köln II	SPD	54,7	67	Leverkusen - Opladen	SPD	53,3		
164	Stuttgart I	SPD	54,6	61	Köln III	SPD	53,3		
144	Offenbach	SPD	54,5	3	Husum	CDU	53,2		
205	München - Nord	SPD	54,3	207	München - Süd	SPD	53,1		
43	Hildesheim	SPD	54,3	173	Ulm	CDU	53,1		
195	Calw	CDU	54,1	172	Göppingen	CDU	53,1		
142	Frankfurt III	SPD	54,0	142	Frankfurt III	SPD	53,1		
139	Hanau	SPD	54,0	195	Calw	CDU	53,0		
129	Fritzlar - Homberg	SPD	54,0	2	Schleswig - Eckernforde	CDU	52,7		
125	Siegen - Wittgenstein	SPD	54,0	107	Herford	SPD	52,5		
183	Bruchsal - Karlsruhe - Land II	CDU	53,9	44	Salzgitter	SPD	52,5		
105	Detmold - Lippe	SPD	53,9	184	Heidelberg - Land - Sinsheim	CDU	52,4		
201	Furstenfeldbruck	CSU	53,8	35	Schaumburg	SPD	52,4		
136	Friedberg	SPD	53,8	227	Ansbach	CSU	52,3		
176	Craillsheim	CDU	53,7	77	Neuss - Grevenbroich I	CDU	52,3		
126	Waldeck	SPD	53,6	48	Northheim	SPD	52,3		
119	Iserlohn	SPD	53,6	42	Holzminde	SPD	52,3		
41	Hameln - Springe	SPD	53,6	237	Wurzburg	CSU	52,2		
73	Düsseldorf - Mettmann II	SPD	53,5	113	Hagen	SPD	52,2		
72	Düsseldorf - Mettmann I	SPD	53,5	104	Bielefeld - Stadt	SPD	52,2		
131	Marburg	SPD	53,4	150	Koblenz	CDU	52,1		
104	Bielefeld - Stadt	SPD	53,4	141	Frankfurt II	SPD	52,1		
94	Beckum - Warendorf	CDU	53,4	163	Landau	CDU	52,0		
224	Coburg	SPD	53,3	148	Neuwied	CDU	52,0		
192	Offenburg	CDU	53,3	109	Lüdinghausen	CDU	51,9		
133	Gießen	SPD	53,3	38	Hannover III	SPD	51,9		
58	Köln - Land	SPD	53,2	247	Ottweiler	CDU	51,7		
174	Aalen - Heidenheim	CDU	53,1	139	Hanau	SPD	51,6		
89	Essen III	SPD	53,1	70	Wuppertal II	SPD	51,6		
29	Verden	SPD	53,1	130	Hersfeld	SPD	51,5		
146	Dieburg	SPD	53,0	164	Stuttgart I	SPD	51,4		
46	Helmstedt - Wolfsburg	SPD	53,0	170	Nürtingen - Boblingen	CDU	51,3		
76	Düsseldorf III	SPD	52,9	136	Friedberg	SPD	51,3		
22	Oldenburg	SPD	52,9	25	Stade	CDU	51,3		
237	Wurzburg	CSU	52,8	8	Segeberg - Eutin	CDU	51,3		
154	Trier	CDU	52,8	205	München - Nord	SPD	51,2		
108	Minden	SPD	52,8	99	Recklinghausen - Land	SPD	51,2		
64	Rhein - Sieg - Kreis I	CDU	52,6	201	Furstenfeldbruck	CSU	51,1		
7	Plön	SPD	52,6	186	Konstanz	CDU	51,1		
152	Kreuznach	SPD	52,5	78	Rheydt - Grevenbroich II	CDU	51,1		
49	Göttingen	SPD	52,5	152	Kreuznach	SPD	51,0		
248	St. Ingbert	SPD	52,4	60	Köln II	SPD	50,9		
138	Wiesbaden	SPD	52,4	20	Emden - Leer	SPD	50,8		
103	Bielefeld - Land	SPD	52,4	4	Steinburg - Suderdithmarschen	CDU	50,8		
156	Mainz	SPD	52,3	84	Dinslaken	SPD	50,7		
71	Solingen	SPD	52,3	182	Pforzheim - Karlsruhe - Land I	CDU	50,5		

33. Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den gewählten Wahlkreisbewerber

Wahlkreis			Partei- zugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erst- stimmen	Wahlkreis			Partei- zugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erst- stimmen
Nr.	Name				Nr.	Name			
19. 11. 1972					28. 9. 1969				

50 bis unter 60 %

245	Saarbrücken - Land	SPD	52,0	146	Dieburg	SPD	50,5
226	Hof	SPD	52,0	138	Wiesbaden	SPD	50,5
186	Konstanz	CDU	52,0	30	Soltau - Harburg	CDU	50,5
230	Nürnberg - Nord	SPD	51,9	69	Wuppertal I	SPD	50,4
228	Erlangen	SPD	51,9	209	München - Land	CSU	50,1
180	Mannheim II	SPD	51,9	137	Limburg	CDU	50,1
80	Krefeld	SPD	51,9	126	Waldeck	SPD	50,1
68	Remscheid	SPD	51,9	105	Detmold - Lippe	SPD	50,0
227	Ansbach	CSU	51,8				
141	Frankfurt II	SPD	51,8				
63	Bonn	CDU	51,8				
175	Schwabisch Gmund - Backnang	CDU	51,7				
147	Bergstraße	SPD	51,6				
54	Aachen - Land	SPD	51,5				
184	Heidelberg - Land - Sinsheim	CDU	51,4				
122	Arnsberg - Soest	CDU	51,4				
81	Kempfen - Krefeld	CDU	51,4				
2	Schleswig - Eckernförde	SPD	51,4				
9	Pinneberg	SPD	51,3				
165	Stuttgart II	SPD	51,2				
56	Düren	CDU	51,2				
5	Rendsburg - Neumünster	SPD	51,2				
79	Mönchengladbach	CDU	51,1				
173	Ulm	CDU	51,0				
206	München - Ost	SPD	50,9				
24	Cuxhaven	SPD	50,9				
170	Nürtingen - Boblingen	CDU	50,8				
10	Stormarn - Herzogtum Lauenburg	SPD	50,7				
137	Limburg	CDU	50,6				
109	Ludwigshafen	SPD	50,6				
168	Heilbronn	SPD	50,5				
40	Gifhorn	SPD	50,4				
207	München - Süd	SPD	50,3				
178	Karlsruhe	SPD	50,3				
113	Hagen	SPD	50,3				
93	Tecklenburg	CDU	50,2				
69	Wuppertal I	SPD	50,2				
194	Reutlingen	CDU	50,1				

40 bis unter 50 %

204	München - Mitte	SPD	49,9	158	Frankenthal	SPD	49,9
181	Heidelberg - Stadt	SPD	49,6	132	Wetzlar	SPD	49,9
166	Stuttgart III	SPD	49,4	11	Lübeck	SPD	49,9
150	Koblenz	CDU	49,4	166	Stuttgart III	SPD	49,8
163	Landau	CDU	49,3	155	Montabaur	CDU	49,8
8	Segeberg - Eutin	SPD	49,2	133	Gießen	SPD	49,8
171	Esslingen	SPD	49,1	103	Bielefeld - Land	SPD	49,8
25	Stade	CDU	49,0	89	Essen III	SPD	49,8
4	Steinburg - Süderdithmarschen - Süd	CDU	48,9	54	Aachen - Land	CDU	49,8
208	München - West	SPD	48,8	125	Siegen - Wittgenstein	SPD	49,7
57	Bergheim	CDU	48,8	31	Lüneburg - Luchow - Dannenberg	CDU	49,7
33	Osnabrück	SPD	48,7	206	München - Ost	SPD	49,6
30	Soltau - Harburg	CDU	48,7	53	Aachen - Stadt	CDU	49,6
246	Saarlouis	CDU	48,6	95	Münster	CDU	49,5
238	Augsburg	SPD	48,6	50	Bremen - Ost	SPD	49,5
223	Bayreuth	SPD	48,6	41	Hamel - Springe	SPD	49,5
182	Pforzheim - Karlsruhe - Land I	CDU	48,4	161	Kaiserslautern	SPD	49,4
95	Münster	CDU	48,4	47	Goslar - Wolfenbüttel	SPD	49,4
66	Rheinisch - Bergischer Kreis	SPD	48,4	5	Rendsburg - Neumünster	CDU	49,4
77	Neuss - Grevenbroich I	CDU	48,3	190	Freiburg	CDU	49,3
247	Ottweiler	CDU	48,2	76	Düsseldorf III	SPD	49,3
228	Göppingen	SPD	48,1	71	Solingen	SPD	49,3
167	Ludwigsburg	CDU	48,0	203	Miesbach	CSU	49,2
155	Montabaur	SPD	47,8	131	Marburg	SPD	49,2
160	Neustadt - Speyer	SPD	47,7	124	Altens - Ludenscheid	SPD	49,2
135	Ober-Taunuskreis (Hochtaunuskreis)	SPD	47,7	224	Coburg	SPD	49,0
65	Oberbergischer Kreis - Rhein - Sieg - Kreis II	CDU	47,7	33	Osnabrück	CDU	49,0
78	Rheydt - Grevenbroich II	SPD	47,6	208	München - West	SPD	48,9
39	Celle	SPD	47,6	129	Fritzlar - Homberg	SPD	48,9
229	Fürth	SPD	47,4	58	Köln - Land	SPD	48,8
31	Lüneburg - Luchow - Dannenberg	CDU	47,4	229	Fürth	CDU	48,6
53	Aachen - Stadt	SPD	47,3	189	Lörrach - Mühlheim	CDU	48,6
28	Hoya	SPD	47,3	175	Schwabisch Gmund - Backnang	CDU	48,6
162	Pirmasens	CDU	47,2	40	Gifhorn	CDU	48,6
190	Freiburg	CDU	47,1	24	Cuxhaven	CDU	48,6
148	Neuwied	SPD	46,9	119	Iserlohn	SPD	48,5
189	Lörrach - Mühlheim	CDU	46,6	57	Bergheim	CDU	48,5
3	Nordfriesland - Dithmarschen - Nord	CDU	46,5	204	München - Mitte	SPD	48,4
169	Leonberg - Vaihingen	SPD	46,2	165	Stuttgart II	SPD	48,4
34	Nienburg	CDU	45,5	108	Minden	SPD	48,3
177	Waiblingen	SPD	45,2	66	Rheinisch - Bergischer Kreis	CDU	48,3
74	Düsseldorf I	CDU	43,9	39	Celle	CDU	48,3
				21	Wilhelmshaven	SPD	48,3
				43	Hildesheim	SPD	48,2
				160	Neustadt - Speyer	CDU	48,0
				72	Düsseldorf - Mettmann I	SPD	48,0
				194	Reutlingen	CDU	47,9
				73	Düsseldorf - Mettmann II	SPD	47,9
				23	Delmenhorst - Wesermarsch	SPD	47,9
				157	Worms	SPD	47,8

33. Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den gewählten Wahlkreisbewerber

Wahlkreis		Partei- zugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erst- stimmen	Wahlkreis		Partei- zugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erst- stimmen
Nr.	Name			Nr.	Name		
19. 11 1972				28. 9 1969			

40 bis unter 50 %

<div></div>	49	Göttingen	SPD	47,8
	238	Augsburg	CSU	47,6
	10	Stormarn - Herzogtum Lauenburg	CDU	47,4
	180	Mannheim II	SPD	47,2
	177	Waiblingen	SPD	47,2
	169	Leonberg - Vaihingen	CDU	47,2
	230	Nürnberg - Nord	SPD	47,1
	162	Pirmasens	CDU	47,1
	46	Helmstedt - Wolfsburg	SPD	47,1
	244	Saarbrücken - Stadt	SPD	47,0
	135	Obertaunuskreis	SPD	47,0
	168	Heilbronn	SPD	46,9
	29	Verden	SPD	46,8
	80	Krefeld	SPD	46,7
	1	Flensburg	SPD	46,7
	171	Esslingen	CDU	46,6
	7	Plön	CDU	46,6
	245	Saarbrücken - Land	CDU	46,5
	223	Bayreuth	CSU	46,4
	156	Mainz	SPD	46,4
	34	Nienburg	CDU	46,4
	9	Pinneberg	SPD	46,3
	65	Oberbergischer Kreis - Siegbach II	CDU	46,2
	28	Hoya	CDU	46,2
	68	Remscheid	SPD	46,1
	147	Bergstraße	SPD	46,0
	226	Hof	SPD	45,8
	181	Heidelberg - Stadt	SPD	45,8
	228	Erlangen	SPD	45,5
	74	Düsseldorf I	CDU	45,4
	178	Karlsruhe	SPD	45,3
	248	St. Ingbert	SPD	44,3
	167	Ludwigsburg	CDU	43,2
	22	Oldenburg	SPD	42,9

unter 40 %

<div></div>	63	Bonn	CDU	37,9
-------------	----	----------------	-----	------

34. Abstände zwischen den Erststimmen für die Wahlkreissieger und die Erstunterlegenen

Abstände	Jahr 1)	Zahl der Wahlkreise												
		ins- gesamt	mit einem Abstand der gültigen Erststimmen von . . . bis unter . . . % 2)											
			unter 1	1 – 2	2 – 5	5 – 10	10 – 15	15 – 20	20 – 30	30 – 40	40 – 50	50 – 60	60 – 70	70 u. mehr
Insgesamt	1949	242	14	4	33	61	50	30	30	9	8	—	2	1
	1953	242	13	5	23	34	25	21	49	30	25	13	3	1
	1957	247	10	12	22	34	27	25	37	27	31	18	4	—
	1961	247	12	13	25	48	37	19 3)	40	23	19	8	2	1
	1965	248	7	12	21	43	46	32	46	18	18	4	1	—
	1969	248	5	7	21	47	48	32	51	25	10	2	—	—
	1972	248	11	9	18	36	46	35	49	37	7	—	—	—
dar. zwischen SPD – CDU, CSU	1949	57	1	2	8	14	21	5	5	—	1	—	—	—
	1953	34	5	1	6	14	4	2	2	—	—	—	—	—
	1957	44	5	5	10	12	4	6	2	—	—	—	—	—
	1961	91	4	8	11	28	23	10	6	1	—	—	—	—
	1965	94	4	5	9	27	26	14	9	—	—	—	—	—
	1969	127	4	4	14	26	30	18	26	5	—	—	—	—
	1972	152	6	5	8	24	33	25	28	19	4	—	—	—
CDU, CSU – SPD	1949	83	3	—	8	20	10	11	16	8	5	—	2	—
	1953	159	5	3	9	11	16	14	37	25	24	12	2	1
	1957	185	4	6	9	19	21	18	32	26	29	17	4	—
	1961	156	8	5	14	20	14	9 3)	34	22	19	8	2	1
	1965	154	3	7	12	16	20	18	37	18	18	4	1	—
	1969	121	1	3	7	21	18	14	25	20	10	2	—	—
	1972	96	5	4	10	12	13	10	21	18	3	—	—	—

1) 1949 und 1953 ohne Saarland — 2) Absolute Differenz der prozentualen Stimmenanteile. — 3) Darunter nur noch ein Wahlkreis, in dem die F.D.P. und nicht die SPD nach der CDU mit einem Abstand von 15,1 % Erstunterlegener war (Wahlkreis 173 Crailsheim).

35. Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wahlkreis		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Wahlkreis		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten	
Nr.	Name	Ge-wählten	Erstunter-legenen	Anzahl	%	Nr.	Name	Ge-wählten	Erstunter-legenen	Anzahl	%
19. 11. 1972						28. 9. 1969					

Abstand von unter 1 000 Stimmen

169	Leonberg - Vaihingen	SPD	CDU	115	0,1	147	Bergstraße	SPD	CDU	16	0,0
28	Hoya	SPD	CDU	229	0,2	248	St. Ingbert	SPD	CDU	353	0,3
53	Aachen - Stadt	SPD	CDU	355	0,2	171	Esslingen	CDU	SPD	652	0,5
3	Nordfriesland - Dithmarschen - Nord	CDU	SPD	598	0,4	9	Pinneberg	SPD	CDU	703	0,5
148	Neuwied	SPD	CDU	698	0,4	80	Krefeld	SPD	CDU	750	0,6
162	Pirmasens	CDU	SPD	751	0,6						
229	Fürth	SPD	CSU	759	0,5						
34	Nienburg	CDU	SPD	848	0,5						

Abstand von 1 000 bis unter 2 000 Stimmen

189	Lörrach - Müllheim	CDU	SPD	1 123	0,9	7	Plön	CDU	SPD	1 320	1,1
247	Ottweiler	CDU	SPD	1 496	1,0	178	Karlsruhe	SPD	CDU	1 713	1,2
74	Düsseldorf I	CDU	SPD	1 537	1,2	226	Hof	SPD	CSU	1 819	1,4
39	Celle	SPD	CDU	1 602	0,9	1	Flensburg	SPD	CDU	1 892	2,1
223	Bayreuth	SPD	CSU	1 723	1,2						
31	Lüneburg - Luchow - Dannenberg	CDU	SPD	1 841	1,2						

Abstand von 2 000 bis unter 5 000 Stimmen

190	Freiburg	CDU	SPD	2 126	1,4	74	Düsseldorf I	CDU	SPD	2 484	2,0
78	Rheydt - Grevenbroich II	SPD	CDU	2 153	1,8	223	Bayreuth	CSU	SPD	2 485	1,9
180	Neustadt - Speyer	SPD	CDU	2 278	1,6	181	Heidelberg-Stadt	SPD	CDU	2 488	2,1
4	Steinburg - Dithmarschen - Süd	CDU	SPD	2 893	2,2	46	Helmstedt - Wolfsburg	SPD	CDU	2 547	1,5
238	Augsburg	SPD	CSU	3 045	1,9	68	Remscheid	SPD	CDU	2 814	2,4
246	Saarlouis	CDU	SPD	3 459	2,3	135	Obertaunuskreis	SPD	CDU	3 278	1,9
65	Oberbergischer Kreis - Rhein-Sieg-Kreis II	CDU	SPD	3 473	1,9	167	Ludwigsburg	CDU	SPD	3 319	2,2
33	Osnabrück	SPD	CDU	3 673	2,0	29	Verden	SPD	CDU	3 598	2,8
177	Waiblingen	SPD	CDU	3 779	2,6	156	Mainz	SPD	CDU	3 824	2,5
172	Göppingen	CDU	SPD	4 053	2,9	72	Düsseldorf - Mettmann I	SPD	CDU	4 152	4,0
77	Neuss - Grevenbroich I	CDU	SPD	4 119	2,3	43	Hildesheim	SPD	CDU	4 166	3,3
155	Montabaur	SPD	CDU	4 129	2,2	73	Düsseldorf - Mettmann II	SPD	CDU	4 281	3,9
171	Esslingen	SPD	CDU	4 365	3,0	228	Erlangen	SPD	CSU	4 299	2,8
135	Obertaunuskreis (Hochtaunuskreis)	SPD	CDU	4 587	2,3	180	Mannheim II	SPD	CDU	4 484	3,6
25	Stade	CDU	SPD	4 681	3,4	238	Augsburg	CSU	SPD	4 505	3,7
						22	Oldenburg	SPD	CDU	4 612	3,2
						65	Oberbergischer Kreis - Siegkreis II	CDU	SPD	4 864	3,1
						49	Göttingen	SPD	CDU	4 952	3,6

Abstand von 5 000 bis unter 10 000 Stimmen

66	Rheinisch - Bergischer Kreis	SPD	CDU	5 182	3,0	63	Bonn	CDU	SPD	5 052	3,4
95	Münster	CDU	SPD	5 746	4,1	177	Waiblingen	SPD	CDU	5 532	4,5
30	Sozial - Harburg	CDU	SPD	5 815	3,3	57	Bergheim	CDU	SPD	5 615	4,2
182	Pforzheim - Karlsruhe - Land I	CDU	SPD	5 901	3,6	10	Stornarn - Herzogtum Lauenburg	CDU	SPD	6 243	3,3
150	Koblenz	CDU	SPD	6 085	3,9	47	Goslar - Wolfenbüttel	SPD	CDU	6 375	5,0
57	Bergheim	CDU	SPD	6 109	3,0	119	Iserlohn	SPD	CDU	6 468	4,3
8	Segeberg - Eutin	SPD	CDU	6 855	3,9	245	Saarbrücken - Land	CDU	SPD	6 573	5,2
181	Heidelberg - Stadt	SPD	CDU	6 887	5,1	53	Aachen - Stadt	CDU	SPD	6 683	7,0
24	Cuxhaven	SPD	CDU	7 465	6,2	24	Cuxhaven	CDU	SPD	6 727	6,5
204	München - Mitte	SPD	CSU	7 546	8,1	169	Leonberg - Vaihingen	CDU	SPD	6 812	4,8
93	Tecklenburg	CDU	SPD	7 705	5,4	58	Köln - Land	SPD	CDU	7 071	5,1
173	Ulm	CDU	SPD	7 711	6,7	224	Coburg	SPD	CSU	7 376	6,0
208	München - West	SPD	CSU	7 903	5,6	40	Gifhorn	CDU	SPD	7 619	5,2
109	Lüdinghausen	SPD	CDU	8 460	4,3	180	Neustadt - Speyer	CDU	SPD	8 000	6,5
81	Kempen - Krefeld	CDU	SPD	8 552	7,8	23	Delmenhorst - Wesermarsch	SPD	CDU	8 270	7,0
40	Gifhorn	SPD	CDU	8 554	5,1	41	Hameln - Springe	SPD	CDU	8 659	6,9
137	Limburg	CDU	SPD	8 737	5,9	162	Pirmasens	CDU	SPD	8 691	7,8
167	Ludwigsburg	SPD	CDU	8 759	4,9	194	Reutlingen	CDU	SPD	8 752	5,8
178	Karlsruhe	SPD	CDU	8 991	5,6	66	Rheinisch - Bergischer Kreis	CDU	SPD	8 798	6,0
163	Landau	CDU	SPD	9 033	6,3	204	München - Mitte	SPD	CSU	8 972	9,7
2	Schleswig - Eckernförde	SPD	CDU	9 137	7,5	5	Rendsburg - Neumünster	CDU	SPD	9 035	6,5
166	Stuttgart III	SPD	CDU	9 658	7,9	33	Osnabrück	CDU	SPD	9 230	5,6
56	Düren	CDU	SPD	9 663	6,6	189	Lörrach - Müllheim	CDU	SPD	9 262	8,8

35. Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wahlkreis		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Wahlkreis		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten	
Nr.	Name	Ge-wählten	Erstunter-legenen	Anzahl	%	Nr.	Name	Ge-wählten	Erstunter-legenen	Anzahl	%
19. 11. 1972						28. 9. 1969					

Abstand von 5 000 bis unter 10 000 Stimmen

						95	Münster	CDU	SPD	9 401	7,6
						76	Düsseldorf III	SPD	CDU	9 447	7,0
						11	Lübeck	SPD	CDU	9 666	6,5
						131	Marburg	SPD	CDU	9 943	8,4
						39	Celle	CDU	SPD	9 977	6,2

Abstand von 10 000 bis unter 15 000 Stimmen

226	Hof	SPD	CSU	10 078	7,2	165	Stuttgart II	SPD	CDU	10 045	9,4
147	Bergstraße	SPD	CDU	10 499	7,1	89	Essen III	SPD	CDU	10 078	7,0
79	Mönchenbladbach	CDU	SPD	10 629	7,4	71	Solingen	SPD	CDU	10 200	10,0
7	Plön	SPD	CDU	10 856	8,8	190	Freiburg	CDU	SPD	10 249	8,0
5	Rendsburg - Neumunster	SPD	CDU	11 244	7,0	168	Heilbronn	SPD	CDU	10 341	6,7
194	Reutlingen	CDU	SPD	11 996	6,7	230	Nürnberg - Nord	SPD	CSU	10 389	7,7
68	Remscheid	SPD	CDU	12 838	10,0	78	Rheydt - Grevenbroich II	CDU	SPD	10 495	9,9
54	Aachen - Land	SPD	CDU	13 012	7,1	21	Wilhelmshaven	SPD	CDU	10 543	7,2
10	Stormarn - Herzogtum Lauenburg	SPD	CDU	13 083	6,4	125	Siegen - Wittgenstein	SPD	CDU	10 859	7,0
224	Coburg	SPD	CSU	13 200	9,7	137	Limburg	CDU	SPD	10 987	8,6
9	Pinneberg	SPD	CDU	13 309	8,3	208	München - West	SPD	CSU	11 136	8,8
165	Stuttgart II	SPD	CDU	13 480	11,6	28	Hoya	CDU	SPD	11 197	10,6
80	Krefeld	SPD	CDU	13 537	9,4	54	Aachen - Land	CDU	SPD	11 243	7,1
180	Mannheim II	SPD	CDU	13 715	9,5	60	Köln II	SPD	CDU	11 256	10,5
248	Saarbrücken - Land	SPD	CDU	13 769	9,5	244	Saarbrücken - Stadt	SPD	CDU	11 690	9,8
154	Trier	CDU	SPD	13 847	9,8	99	Recklinghausen - Land	SPD	CDU	11 740	8,3
29	Verden	SPD	CDU	14 414	9,8	166	Stuttgart III	SPD	CDU	11 963	10,2
168	Heilbronn	SPD	CDU	14 892	8,4	124	Altena - Ludenscheid	SPD	CDU	12 558	9,4
122	Arnsberg - Soest	CDU	SPD	14 966	8,9	69	Wuppertal I	SPD	CDU	12 676	10,4
						34	Nienburg	CDU	SPD	12 678	9,1
						229	Furth	CSU	SPD	12 745	9,4
						84	Dinslaken	SPD	CDU	12 919	9,3
						152	Kreuznach	SPD	CDU	12 994	10,0
						20	Emden - Leer	SPD	CDU	13 193	9,3
						158	Frankenthal	SPD	CDU	13 404	13,2
						2	Schleswig - Eckernförde	CDU	SPD	13 548	12,5
						4	Steinburg - Süderdithmarschen	CDU	SPD	13 630	11,7
						157	Worms	SPD	CDU	13 834	11,6
						203	Miesbach	CSU	SPD	14 129	11,8
						44	Salzgitter	SPD	CDU	14 169	11,2
						8	Segeberg - Eutin	CDU	SPD	14 291	12,0
						155	Montabaur	CDU	SPD	14 375	9,0
						108	Minden	SPD	CDU	14 716	8,8

Abstand von 15 000 bis unter 20 000

184	Heidelberg - Land - Sinsheim	CDU	SPD	15 040	9,5	104	Bielefeld - Stadt	SPD	CDU	15 001	14,2
248	St. Ingbert	SPD	CDU	15 048	10,3	130	Hersfeld	SPD	CDU	15 007	11,5
228	Erlangen	SPD	CSU	15 053	8,8	173	Ulm	CDU	SPD	15 352	15,4
49	Göttingen	SPD	CDU	15 261	9,7	206	München - Ost	SPD	CSU	15 358	11,6
72	Düsseldorf - Mettmann I	SPD	CDU	15 285	12,3	103	Bielefeld - Land	SPD	CDU	15 372	9,7
170	Nürtingen - Boblingen	CDU	SPD	15 450	8,5	182	Pforzheim - Karlsruhe - Land I	CDU	SPD	15 408	11,1
131	Marburg	SPD	CDU	15 682	11,4	70	Wuppertal II	SPD	CDU	15 538	12,5
206	München - Ost	SPD	CSU	15 694	10,2	31	Lüneburg - Luchow - Dannenberg	CDU	SPD	15 738	12,3
227	Ansbach	CSU	SPD	15 750	10,5	146	Dieburg	SPD	CDU	15 853	9,5
152	Kreuznach	SPD	CDU	15 884	10,0	109	Lüdinghausen	CDU	SPD	15 863	9,2
71	Solingen	SPD	CDU	15 960	14,2	150	Koblenz	CDU	SPD	16 121	11,7
73	Düsseldorf - Mettmann II	SPD	CDU	16 131	12,1	201	Furstenfeldbruck	CSU	SPD	16 154	11,8
207	München - Süd	SPD	CSU	16 231	9,2	129	Fritzlar - Homberg	SPD	CDU	16 170	14,8
237	Würzburg	CSU	SPD	16 479	10,9	25	Stade	CDU	SPD	16 319	13,8
104	Bielefeld - Stadt	SPD	CDU	16 627	14,9	132	Wetzlar	SPD	CDU	16 526	11,5
64	Rhein - Sieg - Kreis I	CDU	SPD	17 087	10,3	77	Neuss - Grevenbroich I	CDU	SPD	16 763	12,6
41	Hamel - Springe	SPD	CDU	17 245	12,3	42	Holz Minden	SPD	CDU	16 776	12,9
1	Flensburg	SPD	CDU	17 610	16,6	133	Gießen	SPD	CDU	16 787	12,2
60	Köln II	SPD	CDU	17 750	15,4	126	Waldeck	SPD	CDU	16 883	15,1
94	Beckum - Warendorf	CDU	SPD	17 875	12,1	61	Köln III	SPD	CDU	17 014	13,9

35. Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wahlkreis		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Wahlkreis		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten	
Nr.	Name	Ge-wählten	Erstunter-legenen	Anzahl	%	Nr.	Name	Ge-wählten	Erstunter-legenen	Anzahl	%

19. 11. 1972

28. 9. 1969

Abstand von 15 000 bis unter 20 000 Stimmen

69	Wuppertal I	SPD	CDU	17 906	13,4	30	Soltau - Harburg	CDU	SPD	17 510	11,9
230	Nürnberg - Nord	SPD	CSU	17 909	11,5	164	Stuttgart I	SPD	CDU	17 510	14,9
126	Waldeck	SPD	CDU	17 910	14,2	48	Northheim	SPD	CDU	17 760	13,0
43	Hildesheim	SPD	CDU	18 064	12,7	247	Ottweiler	CDU	SPD	17 768	13,6
120	Lippstadt - Brilon	CDU	SPD	18 204	15,9	113	Hagen	SPD	CDU	17 924	15,2
191	Emmendingen - Wolfach	CDU	SPD	18 434	17,5	161	Kaiserslautern	SPD	CDU	17 956	12,2
186	Konstanz	CDU	SPD	18 487	12,0	100	Recklinghausen - Stadt	SPD	CDU	18 128	13,5
175	Schwabisch Gmund - Backnang	CDU	SPD	18 555	11,1	237	Würzburg	CSU	SPD	18 408	13,8
113	Hagen	SPD	CDU	18 621	14,4	79	Mönchengladbach	CDU	SPD	18 706	17,6
188	Waldshut	CDU	SPD	18 831	16,8	59	Köln I	SPD	CDU	18 717	16,6
129	Fritzlar - Homberg	SPD	CDU	18 931	15,3	138	Wiesbaden	SPD	CDU	18 777	12,5
156	Mainz	SPD	CDU	18 965	10,4	172	Göppingen	CDU	SPD	18 851	15,6
76	Düsseldorf III	SPD	CDU	18 978	13,0	3	Husum	CDU	SPD	18 858	16,3
183	Bruchsal - Karlsruhe - Land II	CDU	SPD	19 467	12,9	107	Herford	SPD	CDU	18 874	13,5
138	Wiesbaden	SPD	CDU	19 506	12,0	75	Düsseldorf II	SPD	CDU	19 461	15,5
141	Frankfurt II	SPD	CDU	19 678	13,6	191	Emmendingen - Wolfach	CDU	SPD	19 477	22,6
89	Essen III	SPD	CDU	19 744	12,0	85	Oberhausen	SPD	CDU	19 588	14,0
119	Iserlohn	SPD	CDU	19 765	11,8	148	Neuwied	CDU	SPD	19 668	12,6
174	Aalen - Heidenheim	CDU	SPD	19 985	11,5	170	Nürtingen - Boblingen	CDU	SPD	19 796	13,3
133	Gießen	SPD	CDU	19 989	12,8	209	München - Land	CSU	SPD	19 847	12,1

Abstand von 20 000 bis unter 30 000 Stimmen

46	Helmstedt - Wolfsburg	SPD	CDU	20 074	10,4	35	Schaumburg	SPD	CDU	20 679	12,5
142	Frankfurt III	SPD	CDU	20 330	16,4	38	Hannover III	SPD	CDU	20 889	11,7
47	Goslar - Wolfenbüttel	SPD	CDU	20 538	14,8	246	Saarouis	CDU	SPD	21 015	16,4
233	Aschaffenburg	CSU	SPD	20 592	13,4	67	Leverkusen - Opladen	SPD	CDU	21 199	14,2
58	Köln - Land	SPD	CDU	20 667	12,3	205	München - Nord	SPD	CSU	21 339	14,9
221	Tirschenreuth	CSU	SPD	21 069	15,2	142	Frankfurt III	SPD	CDU	21 364	18,3
130	Hersfeld	SPD	CDU	21 549	14,9	175	Schwabisch Gmund - Backnang	CDU	SPD	21 392	14,8
146	Dieburg	SPD	CDU	21 563	11,0	139	Hanau	SPD	CDU	21 770	13,6
201	Furstenfeldbruck	CSU	SPD	21 721	12,4	136	Friedberg	SPD	CDU	21 825	14,1
176	Crailsheim	CDU	SPD	21 818	19,1	101	Bottrop - Gladbeck	SPD	CDU	22 091	19,8
164	Stuttgart I	SPD	CDU	21 899	16,6	62	Köln IV	SPD	CDU	22 188	18,6
140	Frankfurt I	SPD	CDU	21 922	16,4	120	Lippstadt - Brilon	CDU	SPD	22 326	22,4
103	Bielefeld - Land	SPD	CDU	22 545	11,2	163	Landau	CDU	SPD	22 331	17,8
63	Bonn	CDU	SPD	22 602	12,0	50	Bremen - Ost	SPD	CDU	22 473	14,1
192	Offenburg	CDU	SPD	22 608	14,6	184	Heidelberg - Land - Sinsheim	CDU	SPD	22 621	16,9
244	Saarbrücken - Stadt	SPD	CDU	23 248	16,9	45	Braunschweig	SPD	CDU	22 789	16,0
195	Calw	CDU	SPD	23 340	15,4	122	Arnsberg - Soest	CDU	SPD	22 840	15,9
136	Friedberg	SPD	CDU	23 439	13,4	81	Kempfen - Krefeld	CDU	SPD	22 960	17,3
158	Frankenthal	SPD	CDU	23 521	20,5	159	Ludwigshafen	SPD	CDU	23 322	18,3
157	Worms	SPD	CDU	23 757	16,9	179	Mannheim I	SPD	CDU	23 670	21,4
225	Kulmbach	CSU	SPD	23 982	16,4	195	Calw	CDU	SPD	23 712	19,1
70	Wuppertal II	SPD	CDU	24 075	17,9	105	Detmold - Lippe	SPD	CDU	23 941	13,1
205	München - Nord	SPD	CSU	24 778	15,3	233	Aschaffenburg	CSU	SPD	24 206	18,4
22	Oldenburg	SPD	CDU	25 353	15,2	111	Herne - Castrop - Rauxel	SPD	CDU	24 461	21,5
124	Ludenscheid	SPD	CDU	25 415	16,8	97	Gelsenkirchen I	SPD	CDU	24 513	24,5
196	Rottweil	CDU	SPD	25 864	21,9	6	Kiel	SPD	CDU	24 526	16,8
125	Siegen - Wittgenstein	SPD	CDU	26 327	14,7	225	Kulmbach	CSU	SPD	24 579	19,3
149	Ahrweiler	CDU	SPD	26 357	19,0	141	Frankfurt II	SPD	CDU	24 626	17,7
139	Hanau	SPD	CDU	26 386	14,0	64	Siegburg I - Bonn - Land	CDU	SPD	24 930	16,2
134	Fulda	CDU	SPD	26 529	16,5	93	Tecklenburg	CDU	SPD	25 071	20,8
151	Cöchem	CDU	SPD	26 583	23,4	196	Rottweil	CDU	SPD	25 226	20,7
187	Donaueschingen	CDU	SPD	26 664	17,8	140	Frankfurt I	SPD	CDU	25 351	20,5
108	Minden	SPD	CDU	26 966	14,1	91	Duisburg II	SPD	CDU	25 891	18,8
48	Northheim	SPD	CDU	27 786	18,2	227	Ansbach	CSU	SPD	25 961	18,7
132	Wetzlar	SPD	CDU	27 943	17,2	86	Mülheim	SPD	CDU	26 294	23,0
59	Köln I	SPD	CDU	28 112	23,7	183	Bruchsal - Karlsruhe - Land II	CDU	SPD	26 401	20,9
42	Holzminde	SPD	CDU	28 136	19,9	98	Gelsenkirchen II	SPD	CDU	26 779	26,4
209	München - Land	CSU	SPD	28 212	14,7	213	Deggendorf	CSU	SPD	26 924	25,5
144	Offenbach	SPD	CDU	28 492	16,2	231	Nürnberg - Süd	SPD	CSU	27 039	20,5
236	Schweinfurt	CSU	SPD	29 130	20,5	221	Tirschenreuth	CSU	SPD	27 250	21,8

35. Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wahlkreis		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Wahlkreis		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten	
Nr.	Name	Gewählten	Erstunterlegenen	Anzahl	%	Nr.	Name	Gewählten	Erstunterlegenen	Anzahl	%
19. 11. 1972						28. 9. 1969					

Abstand von 20 000 bis unter 30 000 Stimmen

75	Düsseldorff II	SPD	CDU	29 810	22,2	176	Crailsheim	CDU	SPD	27 370	27,9
23	Delmenhorst - Wesermarsch	SPD	CDU	29 959	21,8	214	Landshut	CSU	SPD	27 686	26,2
						207	München - Süd	SPD	CSU	27 837	17,9
						13	Altona	SPD	CDU	27 959	19,0
						154	Trier	CDU	SPD	28 280	22,8
						15	Hamburg - Nord I	SPD	CDU	28 423	20,3
						186	Konstanz	CDU	SPD	28 539	22,4
						16	Hamburg - Nord II	SPD	CDU	28 711	27,2
						143	Groß - Gerau	SPD	CDU	28 827	16,4
						87	Essen I	SPD	CDU	29 011	21,3
						110	Wanne - Eickel - Wattenscheid	SPD	CDU	29 070	27,3
						36	Hannover I	SPD	CDU	29 231	20,0
						187	Donaueschingen	CDU	SPD	29 265	26,6
						145	Darmstadt	SPD	CDU	29 398	19,5
						144	Offenbach	SPD	CDU	29 658	18,8
						151	Cochem	CDU	SPD	29 844	29,8
						123	Unna	SPD	CDU	29 980	23,0
						210	Rosenheim	CSU	SPD	29 995	22,1

Abstand von 30 000 bis unter 40 000 Stimmen

44	Salzgitter	SPD	CDU	30 236	21,6	52	Bremerhaven - Bremen - Nord	SPD	CDU	30 422	20,8
179	Mannheim I	SPD	CDU	30 428	24,9	134	Fulda	CDU	SPD	31 182	22,0
105	Detmold - Lippe	SPD	CDU	30 790	15,4	117	Bochum	SPD	CDU	31 989	24,7
55	Heinsberg	SPD	CDU	30 967	23,6	37	Hannover II	SPD	CDU	32 321	22,2
32	Bersenbruck	CDU	SPD	31 415	25,8	188	Waldshut	CDU	SPD	32 990	34,2
161	Kaiserslautern	SPD	CDU	31 432	17,5	192	Offenburg	CDU	SPD	33 227	25,7
15	Hamburg - Nord I	SPD	CDU	31 531	22,0	174	Aalen - Heidenheim	CDU	SPD	33 682	22,4
159	Ludwigshafen	SPD	CDU	32 289	22,8	241	Neu - Ulm	CSU	SPD	34 083	27,0
83	Kleve	CDU	SPD	32 531	21,1	90	Duisburg I	SPD	CDU	34 177	28,5
214	Landshut	CSU	SPD	32 600	26,5	116	Dortmund III	SPD	CDU	34 309	26,6
99	Recklinghausen - Land	SPD	CDU	32 867	20,0	94	Beckum - Warendorf	CDU	SPD	34 425	26,3
241	Neu - Ulm	CSU	SPD	32 873	22,5	112	Ennepe - Ruhr - Kreis	SPD	CDU	34 476	20,9
17	Wandsbek	SPD	CDU	32 891	17,8	236	Schweinfurt	CSU	SPD	34 508	27,5
13	Altona	SPD	CDU	33 112	20,9	121	Olpe - Meschede	CDU	SPD	34 824	33,5
21	Wilhelmshaven	SPD	CDU	33 431	19,4	14	Eimsbüttel	SPD	CDU	35 013	20,9
107	Herford	SPD	CDU	33 434	20,3	12	Hamburg - Mitte	SPD	CDU	35 294	30,0
61	Köln III	SPD	CDU	33 862	24,4	128	Eschwege	SPD	CDU	35 348	30,8
145	Darmstadt	SPD	CDU	33 990	19,9	19	Harburg	SPD	CDU	35 873	28,1
35	Schaumburg	SPD	CDU	34 313	18,0	211	Traunstein	CSU	SPD	36 507	30,2
45	Braunschweig	SPD	CDU	34 351	22,5	115	Dortmund II	SPD	CDU	36 730	32,2
210	Rosenheim	CSU	SPD	34 374	21,1	32	Bersenbruck	CDU	SPD	37 293	35,3
121	Olpe - Meschede	CDU	SPD	34 583	29,1	149	Ahrweiler	CDU	SPD	37 724	29,7
67	Leverkusen - Opladen	SPD	CDU	34 888	19,9	220	Regensburg	CSU	SPD	37 968	30,3
203	Miesbach	CSU	SPD	34 936	21,6	212	Weilheim	CSU	SPD	38 058	31,6
11	Lubeck	SPD	CDU	35 052	21,8	114	Dortmund I	SPD	CDU	38 118	26,9
220	Regensburg	CSU	SPD	35 684	25,1	56	Düren	CDU	SPD	38 247	26,8
38	Hannover III	SPD	CDU	35 701	17,5	127	Kassel	SPD	CDU	38 668	25,3
62	Köln IV	SPD	CDU	35 791	26,4	51	Bremen - West	SPD	CDU	38 694	28,5
96	Sternfurt - Coesfeld	CDU	SPD	36 010	20,8	185	Tauberbischofsheim	CDU	SPD	39 142	33,6
100	Recklinghausen - Stadt	SPD	CDU	36 038	23,7	239	Augsburg - Land	CSU	SPD	39 162	27,6
193	Rastatt	CDU	SPD	36 074	21,6	88	Essen II	SPD	CDU	39 310	30,7
36	Hannover I	SPD	CDU	37 485	24,1						
231	Nürnberg - Süd	SPD	CSU	37 488	22,0						
185	Tauberbischofsheim	CDU	SPD	37 745	27,6						
37	Hannover II	SPD	CDU	38 356	26,0						
6	Kiel	SPD	CDU	38 460	23,7						
26	Emsland	CDU	SPD	38 553	28,4						
84	Dinslaken	SPD	CDU	39 021	23,8						
143	Groß - Gerau	SPD	CDU	39 128	18,9						

35. Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wahlkreis		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Wahlkreis		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten	
Nr.	Name	Ge-wählten	Erstunter-legenen	Anzahl	%	Nr	Name	Ge-wählten	Erstunter-legenen	Anzahl	%
19. 11. 1972						28. 9. 1969					

Abstand von 40 000 bis unter 50 000 Stimmen

216	Straubing	CSU	SPD	40 231	32,4	82	Moers	SPD	CDU	40 926	25,6
213	Deggendorf	CSU	SPD	40 388	32,4	243	Kempten	CSU	SPD	41 421	27,1
212	Weilheim	CSU	SPD	40 696	29,3	202	Ingolstadt	CSU	SPD	42 613	31,0
97	Gelsenkirchen I	SPD	CDU	40 945	36,8	118	Bochum - Witten	SPD	CDU	42 779	30,3
86	Mülheim	SPD	CDU	41 196	31,6	17	Wandsbek	SPD	CDU	42 987	20,9
239	Augsburg - Land	CSU	SPD	41 223	29,6	193	Rastatt	CDU	SPD	43 573	30,8
12	Hamburg - Mitte	SPD	CDU	41 511	35,4	83	Kleve	CDU	SPD	43 731	32,5
114	Dortmund I	SPD	CDU	41 767	26,5	18	Bergedorf	SPD	CDU	44 508	29,7
98	Gelsenkirchen II	SPD	CDU	41 978	37,6	215	Passau	CSU	SPD	44 534	39,4
14	Eimsbüttel	SPD	CDU	42 310	24,1	216	Straubing	CSU	SPD	44 654	40,8
101	Bottrop - Gladbeck	SPD	CDU	42 387	33,6	26	Emsland	CDU	SPD	45 432	39,3
50	Bremen - Ost	SPD	CDU	42 526	23,6	102	Höxter	CDU	SPD	45 899	41,2
128	Eschwege	SPD	CDU	43 283	33,3	55	Geilenkirchen - Heinsberg	CDU	SPD	46 240	27,4
20	Emden - Leer	SPD	CDU	43 335	25,9	200	Altötting	CSU	SPD	47 023	40,7
111	Herne - Castrop - Rauxel	SPD	CDU	43 620	35,3	217	Pfarrkirchen	CSU	SPD	47 180	47,7
211	Traunstein	CSU	SPD	44 968	31,6	235	Karlstadt	CSU	SPD	47 519	36,4
110	Wanne - Eickel - Wattenscheid	SPD	CDU	45 274	38,3	153	Bitburg	CDU	SPD	47 624	46,4
112	Ennepe - Ruhr - Kreis	SPD	CDU	45 624	25,7	96	Steinfurt - Coesfeld	CDU	SPD	48 385	32,2
243	Kempten	CSU	SPD	45 635	26,0	222	Bamberg	CSU	SPD	48 876	36,6
215	Passau	CSU	SPD	45 698	34,7	219	Burglengenfeld	CSU	SPD	49 341	37,5
202	Ingolstadt	CSU	SPD	45 828	28,6						
127	Kassel	SPD	CDU	45 858	27,3						
91	Duisburg II	SPD	CDU	46 089	30,0						
19	Harburg	SPD	CDU	46 423	34,0						
85	Oberhausen	SPD	CDU	46 509	29,5						
106	Paderborn - Wiedenbrück	CDU	SPD	47 445	32,5						
153	Bitburg	CDU	SPD	47 566	37,7						
16	Hamburg - Nord II	SPD	CDU	47 592	31,6						
117	Bochum	SPD	CDU	47 766	32,8						
102	Höxter	CDU	SPD	47 936	36,9						
200	Altötting	CSU	SPD	47 954	36,1						
92	Ahaus - Bocholt	CDU	SPD	48 527	30,5						
116	Dortmund III	SPD	CDU	49 378	34,4						
197	Balingen	CDU	SPD	49 446	29,3						
240	Donauwörth	CSU	SPD	49 488	34,6						
87	Essen I	SPD	CDU	49 665	32,4						
219	Burglengenfeld	CSU	SPD	49 673	33,0						
123	Unna	SPD	CDU	49 831	33,1						

Abstand von 50 000 bis unter 60 000 Stimmen

222	Bamberg	CSU	SPD	50 662	33,8	197	Balingen	CDU	SPD	50 734	34,5
235	Karlstadt	CSU	SPD	51 453	34,1	240	Donauwörth	CSU	SPD	51 527	41,2
217	Pfarrkirchen	CSU	SPD	52 379	45,5	92	Ahaus - Bocholt	CDU	SPD	51 743	37,4
52	Bremerhaven - Bremen - Nord	SPD	CDU	53 754	32,8	242	Kaufbeuren	CSU	SPD	53 975	38,1
232	Weißenburg	CSU	SPD	53 798	35,9	234	Bad Kissingen	CSU	SPD	55 172	44,3
115	Dortmund II	SPD	CDU	54 581	42,9	106	Paderborn - Wiedenbrück	CDU	SPD	56 483	39,4
218	Amberg - Neumarkt	CSU	SPD	55 133	34,3	218	Amberg - Neumarkt i. d. OPf.	CSU	SPD	57 829	41,0
18	Bergedorf	SPD	CDU	55 753	33,2						
234	Bad Kissingen	CSU	SPD	56 230	39,7						
118	Bochum - Witten	SPD	CDU	58 626	38,3						
90	Duisburg I	SPD	CDU	58 823	44,3						
199	Ravensburg	CDU	SPD	59 017	33,3						
51	Bremen - West	SPD	CDU	59 492	41,3						

Abstand von 60 000 und mehr Stimmen

27	Cloppenburg	CDU	SPD	60 420	45,5	199	Ravensburg	CDU	SPD	60 366	40,1
242	Kaufbeuren	CSU	SPD	60 943	38,0	27	Cloppenburg	CDU	SPD	60 941	53,5
88	Essen II	SPD	CDU	63 200	43,3	198	Biberach	CDU	SPD	62 677	52,6
198	Biberach	CDU	SPD	68 309	48,4	232	Weißenburg	CSU	SPD	62 718	47,2
82	Moers	SPD	CDU	72 109	38,9						

D. Gültige Zweitstimmen

1. Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in Bund und Ländern

EFP 24 057 oder 0,1 %,
FSU 3 166 oder 0,0 %.

Die Verteilung der Erststimmen auf die Wahlkreiskandidaten ist für den Wahlausgang in den Wahlkreisen und für die personelle Zusammensetzung der Hälfte des Bundestages maßgebend. Die Gesamtzahl der Abgeordneten einer Partei im Bundestag richtet sich nach den Zweitstimmen. Auch die politische Einstellung der Bevölkerung, die sich im Wahlergebnis durch Bevorzugung der einen oder anderen Partei niederschlägt, findet vor allem in den Zweitstimmen ihren Ausdruck. Auf die Zweitstimmen wird daher näher als auf die Erststimmen eingegangen werden.

Bei der Bundestagswahl 1972 wurden 37 459 750 gültige Zweitstimmen abgegeben. Davon erhielten die

SPD 17 175 169 oder 45,8 %,
CDU 13 190 837 oder 35,2 %,
CSU 3 615 183 oder 9,7 %,
F.D.P. 3 129 982 oder 8,4 %.

Die restlichen 348 579 Zweitstimmen verteilten sich auf folgende Parteien:

NPD 207 465 oder 0,6 %,
DKP 113 891 oder 0,3 %,

Der Zweitstimmenanteil der SPD stieg von 42,7 % bei der Bundestagswahl 1969 auf 45,8 %. Seit der Wahl 1953, bei der die SPD erst 28,8 % Zweitstimmen erhielt, hat sich ihr Stimmenanteil ununterbrochen vergrößert. Der abermalige Gewinn von 3,1 Prozentpunkten entspricht fast der Zunahme ihres Stimmenanteils von 1965 auf 1969 um 3,4 Prozentpunkte.

Die SPD hat damit bei der Wahl 1972 zum ersten Mal ein besseres Ergebnis erzielt als CDU und CSU zusammen.

CDU und CSU haben ebenfalls mehr Zweitstimmen als 1969 erhalten, das aber nur weil es insgesamt mehr Wahlberechtigte, Wähler und gültige Stimmen gab. Der Stimmenanteil der CDU hat sich von 36,6 % auf 35,2 % vermindert. Besser dagegen schnitt die CSU ab, deren Stimmenanteil sich geringfügig von 9,5 auf 9,7 % vergrößerte. Für beide Parteien zusammen beträgt der Zweitstimmenanteil 1972 44,9 % verglichen mit 46,1 % bei der Wahl 1969. Die Unionsparteien erzielten zusammen auch ein schlechteres Ergebnis als bei den davor liegenden Bundestagswahlen.

Die F.D.P. hat ihren Stimmenverlust von 9,5 % im Jahre 1965 auf 5,8 % im Jahre 1969 nicht ganz gutgemacht, erzielte aber mit 8,4 %

36. Stimmabgabe der Briefwähler, der übrigen Wähler und der Wähler insgesamt in den Ländern

Wahljahr	Gegenstand der Nachweisung	Abgegebene Zweitstimmen				Von den abgegebenen Zweitstimmen entfielen auf							
		insgesamt		ungültig	gültig	SPD		CDU, CSU 1)		F.D.P.		Sonstige	
		Anzahl	%			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Schleswig - Holstein													
1957	Briefwähler	65 682	2 042	3,1	63 640	13 382	21,0	36 571	57,5	4 991	7,8	8 696	13,7
	übrige Wähler	1 301 543	53 138	4,1	1 248 405	391 213	31,3	594 576	47,6	68 665	5,5	193 951	15,5
	Wähler insgesamt . . .	1 367 225	55 180	4,0	1 312 045	404 595	30,8	631 147	48,1	73 656	5,6	202 647	15,4
1961	Briefwähler	83 221	1 641	2,0	81 580	22 221	27,2	38 403	47,1	14 493	17,8	6 463	7,9
	übrige Wähler	1 348 483	66 697	4,9	1 281 786	473 507	36,9	530 813	41,4	174 126	13,6	103 340	8,1
	Wähler insgesamt . . .	1 431 704	68 338	4,8	1 363 366	495 728	36,4	569 216	41,8	188 619	13,8	109 803	8,1
1965	Briefwähler	102 851	702	0,7	102 149	32 994	32,3	53 582	52,5	11 092	10,9	4 481	4,4
	übrige Wähler	1 346 143	31 550	2,3	1 314 593	516 907	39,3	629 044	47,9	121 669	9,3	46 973	3,6
	Wähler insgesamt . . .	1 448 994	32 252	2,2	1 416 742	549 901	38,8	682 626	48,2	132 761	9,4	51 454	3,6
1969	Briefwähler	103 266	686	0,7	102 580	41 043	40,0	48 284	47,1	8 145	7,9	5 108	5,0
	übrige Wähler	1 368 634	16 374	1,2	1 352 260	592 494	43,8	623 538	46,1	67 726	5,0	68 502	5,1
	Wähler insgesamt . . .	1 471 900	17 060	1,2	1 454 840	633 537	43,5	671 822	46,2	75 871	5,2	73 610	5,1
1972	Briefwähler	117 678	614	0,5	117 064	50 874	43,5	50 807	43,4	14 270	12,2	1 113	1,0
	übrige Wähler	1 547 342	10 250	0,7	1 537 092	753 572	49,0	644 333	41,9	127 227	8,3	11 960	0,8
	Wähler insgesamt . . .	1 665 020	10 864	0,7	1 654 156	804 446	48,6	695 140	42,0	141 497	8,6	13 073	0,8
Hamburg													
1957	Briefwähler	73 800	992	1,3	72 808	22 359	30,7	36 193	49,7	8 566	11,8	5 690	7,8
	übrige Wähler	1 111 378	29 927	2,7	1 081 451	506 286	46,8	396 069	36,6	99 885	9,2	79 211	7,3
	Wähler insgesamt . . .	1 185 178	30 919	2,6	1 154 259	528 645	45,8	432 262	37,4	108 451	9,4	84 901	7,4
1961	Briefwähler	90 810	1 291	1,4	89 519	31 382	35,1	35 311	39,4	19 050	21,3	3 776	4,2
	übrige Wähler	1 136 977	32 759	2,9	1 104 218	528 656	47,9	345 302	31,3	168 205	15,2	62 055	5,6
	Wähler insgesamt . . .	1 227 787	34 050	2,8	1 193 737	560 038	46,9	380 613	31,9	187 255	15,7	65 831	5,5
1965	Briefwähler	111 455	661	0,6	110 794	43 939	39,7	49 221	44,4	12 514	11,3	5 120	4,6
	übrige Wähler	1 091 479	15 194	1,4	1 076 285	528 920	49,1	396 912	36,9	99 533	9,2	50 920	4,7
	Wähler insgesamt . . .	1 202 934	15 855	1,3	1 187 079	572 859	48,3	446 133	37,6	112 047	9,4	56 040	4,7
1969	Briefwähler	105 958	563	0,5	105 395	48 996	46,5	41 900	39,8	8 971	8,5	5 528	5,2
	übrige Wähler	1 069 023	7 609	0,7	1 061 414	588 055	55,4	355 346	33,5	64 235	6,1	53 778	5,1
	Wähler insgesamt . . .	1 174 981	8 172	0,7	1 166 809	637 051	54,6	397 246	34,0	73 206	6,3	59 306	5,1
1972	Briefwähler	88 774	346	0,4	88 428	40 380	45,7	34 413	38,9	12 658	14,3	977	1,1
	übrige Wähler	1 154 058	5 421	0,5	1 148 637	633 137	55,1	377 561	32,9	125 949	11,0	11 990	1,0
	Wähler insgesamt . . .	1 242 832	5 767	0,5	1 237 065	673 517	54,4	411 974	33,3	138 607	11,2	12 967	1,0
Niedersachsen													
1957	Briefwähler	186 242	2 145	1,2	184 097	41 509	22,5	90 205	49,0	15 665	8,5	36 718	19,9
	übrige Wähler	3 764 006	121 690	3,2	3 642 316	1 213 695	33,3	1 405 138	38,6	210 798	5,8	812 685	22,3
	Wähler insgesamt . . .	3 950 248	123 835	3,1	3 826 413	1 255 204	32,8	1 495 343	39,1	226 463	5,9	849 403	22,2
1961	Briefwähler	200 526	2 543	1,3	197 983	59 061	29,8	89 486	45,2	34 994	17,7	14 442	7,3
	übrige Wähler	3 882 964	137 992	3,6	3 744 972	1 467 763	39,2	1 447 470	38,7	484 145	12,9	345 594	9,2
	Wähler insgesamt . . .	4 083 490	140 535	3,4	3 942 955	1 526 824	38,7	1 536 956	39,0	519 139	13,2	360 036	9,1
1965	Briefwähler	260 434	1 889	0,7	258 545	86 603	33,5	126 258	48,8	34 815	13,5	10 869	4,2
	übrige Wähler	3 885 415	91 219	2,3	3 794 196	1 527 937	40,3	1 728 866	45,6	406 045	10,7	131 348	3,5
	Wähler insgesamt . . .	4 145 849	93 108	2,2	4 052 741	1 614 540	39,8	1 855 124	45,8	440 860	10,9	142 217	3,5
1969	Briefwähler	300 724	2 015	0,7	298 709	122 880	41,1	134 955	45,2	26 094	8,7	14 780	4,9
	übrige Wähler	3 863 966	57 045	1,5	3 806 921	1 674 496	44,0	1 719 559	45,2	204 377	5,4	208 489	5,5
	Wähler insgesamt . . .	4 164 690	59 060	1,4	4 105 630	1 797 376	43,8	1 854 514	45,2	230 471	5,6	223 269	5,4
1972	Briefwähler	334 164	1 768	0,5	332 396	146 254	44,0	142 474	42,9	40 619	12,2	3 049	0,9
	übrige Wähler	4 350 734	30 656	0,7	4 320 078	2 089 657	48,4	1 846 246	42,7	352 663	8,2	31 512	0,7
	Wähler insgesamt . . .	4 684 898	32 424	0,7	4 652 474	2 235 911	48,1	1 988 720	42,7	393 282	8,5	34 561	0,7

¹⁾ CSU nur in Bayern

**36. Stimmabgabe der Briefwähler, der übrigen Wähler und der Wähler insgesamt
in den Ländern**

Wahljahr	Gegenstand der Nachweisung	Abgegebene Zweitstimmen				Von den abgegebenen Zweitstimmen entfielen auf							
		insgesamt	ungültig		gültig	SPD		CDU, CSU 1)		F.D.P.		Sonstige	
		Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Bremen													
1957	Briefwähler	21 331	540	2,5	20 791	5 936	28,6	8 751	42,1	2 056	9,9	4 048	19,5
	übrige Wähler	393 167	15 358	3,9	377 809	178 067	47,1	112 513	29,8	21 255	5,6	65 974	17,5
	Wähler insgesamt . . .	414 498	15 898	3,8	398 600	184 003	46,2	121 264	30,4	23 311	5,8	70 022	17,6
1961	Briefwähler	23 605	470	2,0	23 135	7 703	33,3	8 366	36,2	5 220	22,6	1 846	8,0
	übrige Wähler	424 331	19 225	4,5	405 106	205 031	50,6	107 127	26,4	59 735	14,7	33 213	8,2
	Wähler insgesamt . . .	447 936	19 695	4,4	428 241	212 734	49,7	115 493	27,0	64 955	15,2	35 059	8,2
1965	Briefwähler	32 927	218	0,7	32 709	11 904	36,4	13 844	42,3	5 181	15,8	1 780	5,4
	übrige Wähler	419 872	8 364	2,0	411 508	203 583	49,5	137 045	33,3	46 713	11,4	24 167	5,9
	Wähler insgesamt . . .	452 799	8 582	1,9	444 217	215 487	48,5	150 889	34,0	51 894	11,7	25 947	5,8
1969	Briefwähler	32 081	129	0,4	31 952	13 669	42,8	11 896	37,2	4 358	13,6	2 029	6,4
	übrige Wähler	420 292	4 884	1,2	415 408	219 110	52,7	132 526	31,9	37 196	9,0	26 576	6,4
	Wähler insgesamt . . .	452 373	5 013	1,1	447 360	232 779	52,0	144 422	32,3	41 554	9,3	28 605	6,4
1972	Briefwähler	36 058	284	0,8	35 774	17 665	49,4	12 110	33,9	5 516	15,4	483	1,4
	übrige Wähler	456 373	3 262	0,7	453 111	266 363	58,8	132 361	29,2	48 912	10,8	5 475	1,2
	Wähler insgesamt . . .	492 431	3 546	0,7	488 885	284 028	58,1	144 471	29,6	54 428	11,1	5 958	1,2
Nordrhein - Westfalen													
1957	Briefwähler	482 508	9 469	2,0	473 039	93 142	19,7	316 470	66,9	38 558	8,2	24 869	5,3
	übrige Wähler	8 676 420	294 188	3,4	8 382 232	2 872 474	34,3	4 497 526	53,7	516 223	6,2	496 009	5,9
	Wähler insgesamt . . .	9 158 928	303 657	3,3	8 855 271	2 965 616	33,5	4 813 996	54,4	554 781	6,3	520 878	5,9
1961	Briefwähler	617 279	6 513	1,1	610 766	158 200	25,9	344 769	56,4	92 004	15,1	15 793	2,6
	übrige Wähler	9 182 150	274 670	3,0	8 907 480	3 391 159	38,1	4 185 784	47,0	1 026 456	11,5	304 081	3,4
	Wähler insgesamt . . .	9 799 429	281 183	2,9	9 518 246	3 549 359	37,3	4 530 553	47,6	1 118 460	11,8	319 874	3,4
1965	Briefwähler	830 288	4 762	0,6	825 526	267 205	32,4	458 039	55,5	76 492	9,3	23 790	2,9
	übrige Wähler	9 089 780	164 074	1,8	8 925 706	3 882 705	43,5	4 135 242	46,3	663 462	7,4	244 297	2,7
	Wähler insgesamt . . .	9 920 068	168 836	1,7	9 751 232	4 149 910	42,6	4 593 281	47,1	739 954	7,6	268 087	2,7
1969	Briefwähler	702 736	4 119	0,6	698 617	270 694	38,7	347 973	49,8	51 794	7,4	28 156	4,0
	übrige Wähler	9 125 175	136 679	1,5	8 988 496	4 263 777	47,4	3 874 941	43,1	475 067	5,3	374 711	4,2
	Wähler insgesamt . . .	9 827 911	140 798	1,4	9 687 113	4 534 471	46,8	4 222 914	43,6	526 861	5,4	402 867	4,2
1972	Briefwähler	786 093	3 550	0,5	782 543	323 119	41,3	373 137	47,7	79 573	10,2	6 714	0,9
	übrige Wähler	10 219 714	67 619	0,7	10 152 095	5 186 767	51,1	4 111 520	40,5	777 390	7,7	76 418	0,8
	Wähler insgesamt . . .	11 005 807	71 169	0,6	10 934 638	5 509 886	50,4	4 484 657	41,0	856 963	7,8	83 132	0,8
Hessen													
1957	Briefwähler	148 233	2 369	1,6	145 864	39 916	27,4	76 289	52,3	15 034	10,3	14 625	10,0
	übrige Wähler	2 714 859	133 460	4,9	2 581 399	997 250	38,6	1 040 205	40,3	217 838	8,4	326 106	12,6
	Wähler insgesamt . . .	2 863 092	135 829	4,7	2 727 263	1 037 166	38,0	1 116 494	40,9	232 872	8,5	340 731	12,5
1961	Briefwähler	171 856	2 992	1,7	168 864	56 799	33,6	72 677	43,0	30 301	17,9	9 087	5,4
	übrige Wähler	2 856 385	146 560	5,1	2 709 825	1 176 513	43,4	930 602	34,3	408 425	15,1	194 285	7,2
	Wähler insgesamt . . .	3 028 241	149 552	4,9	2 878 689	1 233 312	42,8	1 003 279	34,9	438 726	15,2	203 372	7,1
1965	Briefwähler	201 735	2 442	1,2	199 293	74 537	37,4	88 831	44,6	27 158	13,6	8 767	4,4
	übrige Wähler	2 871 302	82 143	2,9	2 789 159	1 291 473	46,3	1 042 040	37,4	332 261	11,9	123 385	4,4
	Wähler insgesamt . . .	3 073 037	84 585	2,8	2 988 452	1 366 010	45,7	1 130 871	37,8	359 419	12,0	132 152	4,4
1969	Briefwähler	185 587	1 174	0,6	184 413	79 919	43,3	77 106	41,8	17 162	9,3	10 226	5,5
	übrige Wähler	2 966 281	52 661	1,8	2 913 620	1 412 997	48,5	1 113 536	38,2	191 163	6,6	195 924	6,7
	Wähler insgesamt . . .	3 151 868	53 835	1,7	3 098 033	1 492 916	48,2	1 190 642	38,4	208 325	6,7	206 150	6,7
1972	Briefwähler	225 468	943	0,4	224 525	98 285	43,8	95 055	42,3	28 878	12,9	2 307	1,0
	übrige Wähler	3 297 015	22 704	0,7	3 274 311	1 599 037	48,8	1 314 716	40,2	326 680	10,0	33 878	1,0
	Wähler insgesamt . . .	3 522 483	23 647	0,7	3 498 836	1 697 322	48,5	1 409 771	40,3	355 558	10,2	36 185	1,0
Rheinland - Pfalz													
1957	Briefwähler	91 174	1 885	2,1	89 289	18 826	21,1	57 172	64,0	8 975	10,1	4 316	4,8
	übrige Wähler	1 885 051	75 335	4,0	1 809 716	559 377	30,9	962 537	53,2	176 313	9,7	111 489	6,2
	Wähler insgesamt . . .	1 976 225	77 220	3,9	1 899 005	578 203	30,4	1 019 709	53,7	185 288	9,8	115 805	6,1
1961	Briefwähler	118 188	1 761	1,5	116 427	29 866	25,7	65 678	56,4	17 325	14,9	3 558	3,1
	übrige Wähler	1 951 739	98 233	5,0	1 853 506	629 964	34,0	898 592	48,5	242 253	13,1	82 697	4,5
	Wähler insgesamt . . .	2 069 927	99 994	4,8	1 969 933	659 830	33,5	964 270	48,9	259 578	13,2	86 255	4,4
1965	Briefwähler	148 684	1 135	0,8	147 549	44 700	30,3	81 523	55,3	16 253	11,0	5 073	3,4
	übrige Wähler	1 965 627	57 446	2,9	1 908 181	709 475	37,2	932 050	48,8	192 775	10,1	73 881	3,9
	Wähler insgesamt . . .	2 114 311	58 581	2,8	2 055 730	754 175	36,7	1 013 573	49,3	209 028	10,2	78 954	3,8
1969	Briefwähler	150 595	1 042	0,7	149 553	53 907	36,0	78 149	52,3	11 406	7,6	6 091	4,1
	übrige Wähler	1 946 713	40 166	2,1	1 906 547	771 472	40,5	904 491	47,4	117 244	6,1	113 340	5,9
	Wähler insgesamt . . .	2 097 308	41 208	2,0	2 056 100	825 379	40,1	982 640	47,8	128 650	6,3	119 431	5,8
1972	Briefwähler	169 741	941	0,6	168 800	67 850	40,2	83 276	49,3	16 173	9,6	1 501	0,9
	übrige Wähler	2 234 266	25 205	1,1	2 209 061	1 000 103	45,3	1 007 063	45,6	177 326	8,0	24 569	1,1
	Wähler insgesamt . . .	2 404 007	26 146	1,1	2 377 861	1 067 953	44,9	1 090 339	45,9	193 499	8,1	26 070	1,1

1) CSU nur in Bayern.

**36. Stimmabgabe der Briefwähler, der übrigen Wähler und der Wähler insgesamt
in den Ländern**

Wahljahr	Gegenstand der Nachweisung	Abgegebene Zweitstimmen				Von den abgegebenen Zweitstimmen entfielen auf							
		insgesamt	ungültig		gültig	SPD		CDU, CSU 1)		F.D.P.		Sonstige	
			Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Baden - Württemberg													
1957	Briefwähler	191 571	2 362	1,2	189 209	32 443	17,1	116 498	61,6	29 582	15,6	10 686	5,6
	übrige Wähler	3 906 004	187 373	4,8	3 718 631	976 576	26,3	1 945 203	52,3	531 956	14,3	264 896	7,1
	Wähler insgesamt . . .	4 097 575	189 735	4,6	3 907 840	1 009 019	25,8	2 061 701	52,8	561 538	14,4	275 582	7,1
1961	Briefwähler	234 000	3 128	1,3	230 872	57 214	24,8	117 763	51,0	43 940	19,0	11 955	5,2
	übrige Wähler	4 185 748	227 457	5,4	3 958 291	1 285 671	32,5	1 781 503	45,0	653 371	16,5	237 746	6,0
	Wähler insgesamt . . .	4 419 748	230 585	5,2	4 189 163	1 342 885	32,1	1 899 266	45,3	697 311	16,6	249 701	6,0
1965	Briefwähler	297 583	2 022	0,7	295 561	84 147	28,5	153 184	51,8	44 836	15,2	13 394	4,5
	übrige Wähler	4 301 132	144 466	3,4	4 156 666	1 385 893	33,3	2 066 624	49,7	538 077	12,9	166 072	4,0
	Wähler insgesamt . . .	4 598 715	146 488	3,2	4 452 227	1 470 040	33,0	2 219 808	49,9	582 913	13,1	179 466	4,0
1969	Briefwähler	329 784	1 967	0,6	327 817	116 751	35,6	160 757	49,0	34 877	10,6	15 432	4,7
	übrige Wähler	4 360 643	103 694	2,4	4 256 949	1 558 951	36,6	2 161 592	50,8	308 473	7,2	227 933	5,4
	Wähler insgesamt . . .	4 690 427	105 661	2,3	4 584 766	1 675 702	36,5	2 322 349	50,7	343 350	7,5	243 365	5,3
1972	Briefwähler	362 791	1 726	0,5	361 065	127 364	35,3	177 643	49,2	52 130	14,4	3 928	1,1
	übrige Wähler	5 014 194	53 126	1,1	4 961 068	1 941 805	39,1	2 471 167	49,8	492 702	9,9	55 394	1,1
	Wähler insgesamt . . .	5 376 985	54 852	1,0	5 322 133	2 069 169	38,9	2 648 810	49,8	544 832	10,2	59 322	1,1
Bayern													
1957	Briefwähler	256 958	3 202	1,2	253 756	46 751	18,4	162 035	63,9	18 392	7,2	26 578	10,5
	übrige Wähler	5 213 389	193 504	3,7	5 019 885	1 348 060	26,9	2 853 857	56,9	222 303	4,4	595 665	11,9
	Wähler insgesamt . . .	5 470 347	196 706	3,6	5 273 641	1 394 811	26,4	3 015 892	57,2	240 695	4,6	622 243	11,8
1961	Briefwähler	322 997	3 749	1,2	319 248	76 099	23,8	182 540	57,2	41 141	12,9	19 468	6,1
	übrige Wähler	5 391 548	223 834	4,2	5 167 714	1 576 543	30,5	2 831 931	54,8	438 689	8,5	320 551	6,2
	Wähler insgesamt . . .	5 714 545	227 583	4,0	5 486 962	1 652 642	30,1	3 014 471	54,9	479 830	8,7	340 019	6,2
1965	Briefwähler	408 320	2 940	0,7	405 380	114 730	28,3	225 761	55,7	44 868	11,1	20 021	4,9
	übrige Wähler	5 394 684	158 573	2,9	5 236 111	1 754 737	33,5	2 910 745	55,6	368 876	7,0	201 753	3,9
	Wähler insgesamt . . .	5 803 004	161 513	2,8	5 641 491	1 869 467	33,1	3 136 506	55,6	413 744	7,3	221 774	3,9
1969	Briefwähler	420 565	2 258	0,5	418 307	138 871	33,2	224 385	53,6	28 585	6,8	26 466	6,3
	übrige Wähler	5 417 159	104 978	1,9	5 312 181	1 844 149	34,7	2 891 267	54,4	204 295	3,8	372 470	7,0
	Wähler insgesamt . . .	5 837 724	107 236	1,8	5 730 488	1 983 020	34,6	3 115 652	54,4	232 880	4,1	398 936	7,0
1972	Briefwähler	548 801	1 975	0,4	546 826	180 391	33,0	315 220	57,6	46 372	8,5	4 843	0,9
	übrige Wähler	6 077 415	60 451	1,0	6 016 964	2 302 745	38,3	3 299 963	54,8	353 182	5,9	61 074	1,0
	Wähler insgesamt . . .	6 626 216	62 426	0,9	6 563 790	2 483 136	37,8	3 615 183	55,1	399 554	6,1	65 917	1,0
Saarland													
1957	Briefwähler	19 595	495	2,5	19 100	3 073	16,1	11 480	60,1	4 209	22,0	338	1,8
	übrige Wähler	569 983	37 992	6,7	531 991	135 236	25,4	289 111	54,3	95 871	18,0	11 773	2,2
	Wähler insgesamt . . .	589 578	38 487	6,5	551 091	138 309	25,1	300 591	54,5	100 080	18,2	12 111	2,2
1961	Briefwähler	29 122	646	2,2	28 476	6 677	23,4	16 430	57,7	4 542	16,0	827	2,9
	übrige Wähler	597 695	46 562	7,3	551 133	187 326	34,0	267 825	48,6	70 351	12,8	25 631	4,7
	Wähler insgesamt . . .	626 817	47 208	7,5	579 609	194 003	33,5	284 255	49,0	74 893	12,9	26 458	4,6
1965	Briefwähler	49 658	716	1,4	48 942	16 031	32,8	26 073	53,3	4 954	10,1	1 884	3,8
	übrige Wähler	606 838	25 249	4,2	581 589	234 766	40,4	269 184	46,3	49 165	8,5	28 474	4,9
	Wähler insgesamt . . .	656 496	25 965	4,0	630 531	250 797	39,8	295 257	46,8	54 119	8,6	30 358	4,8
1969	Briefwähler	50 564	635	1,3	49 929	17 627	35,3	25 334	50,7	4 337	8,7	2 631	5,3
	übrige Wähler	603 318	18 362	3,0	584 956	235 858	40,3	267 652	45,8	37 917	6,5	43 529	7,4
	Wähler insgesamt . . .	653 882	18 997	2,9	634 885	253 485	39,9	292 986	46,1	42 254	6,7	46 160	7,3
1972	Briefwähler	52 856	395	0,7	52 461	21 670	41,3	25 624	48,8	4 527	8,6	640	1,2
	übrige Wähler	688 054	10 603	1,5	677 451	328 131	48,4	291 331	43,0	47 235	7,0	10 754	1,6
	Wähler insgesamt . . .	740 910	10 998	1,5	729 912	349 801	47,9	316 955	43,4	51 762	7,1	11 394	1,6
Bundesgebiet ohne Berlin													
1957	Briefwähler	1 537 094	25 501	1,7	1 511 593	317 337	21,0	911 664	60,3	146 028	9,7	136 564	9,0
	übrige Wähler	29 535 800	1 141 965	3,9	28 393 835	9 178 234	32,3	14 096 735	49,6	2 161 107	7,6	2 957 759	10,4
	Wähler insgesamt . . .	31 072 894	1 167 466	3,8	29 905 428	9 495 571	31,8	15 008 399	50,2	2 307 135	7,7	3 094 323	10,3
1961	Briefwähler	1 891 604	24 734	1,3	1 866 870	505 222	27,1	971 423	52,0	303 010	16,2	87 215	4,7
	übrige Wähler	30 958 020	1 273 989	4,1	29 684 031	10 922 133	36,8	13 326 949	44,9	3 725 756	12,6	1 709 193	5,8
	Wähler insgesamt . . .	32 849 624	1 298 723	4,0	31 550 901	11 427 355	36,2	14 298 372	45,3	4 028 766	12,8	1 796 408	5,7
1965	Briefwähler	2 443 935	17 487	0,7	2 426 448	776 790	32,0	1 276 316	52,6	278 163	11,5	95 179	3,9
	übrige Wähler	30 972 272	778 278	2,5	30 193 994	12 036 396	39,9	14 247 752	47,2	2 818 576	9,3	1 091 270	3,6
	Wähler insgesamt . . .	33 416 207	795 765	2,4	32 620 442	12 813 186	39,3	15 524 068	47,6	3 096 739	9,5	1 186 449	3,6
1969	Briefwähler	2 381 860	14 588	0,6	2 367 272	904 357	38,2	1 150 739	48,6	195 729	8,3	116 447	4,9
	übrige Wähler	31 141 204	542 452	1,7	30 598 752	13 161 359	43,0	14 044 448	45,9	1 707 693	5,6	1 685 252	5,5
	Wähler insgesamt . . .	33 523 064	557 040	1,7	32 966 024	14 065 716	42,7	15 195 187	46,1	1 903 422	5,8	1 801 699	5,5
1972	Briefwähler	2 722 424	12 542	0,5	2 709 882	1 073 852	39,6	1 309 759	48,3	300 716	11,1	25 555	0,9
	übrige Wähler	35 039 165	289 297	0,8	34 749 868	16 101 317	46,3	15 496 261	44,6	2 829 266	8,1	323 024	0,9
	Wähler insgesamt . . .	37 761 589	301 839	0,8	37 459 750	17 175 169	45,8	16 806 020	44,9	3 129 982	8,4	348 579	0,9

1) CSU nur in Bayern.

1972 ein Ergebnis, das dem von 1965 und 1953 wieder nahekommt und über den 7,7 % des Jahres 1957 liegt.

SPD, CDU, CSU, und F.D.P. zusammen bekamen 99,1 % aller gültigen Zweitstimmen. Damit hat sich die Konzentration der Stimmen auf die seit 1961 im Bundestag allein vertretenen Parteien verstärkt fortgesetzt. Der Zweitstimmenanteil der übrigen Parteien ist nahezu bedeutungslos geworden. Auf rund ein Siebtel sind die Zweitstimmen der NPD zusammengeschmolzen, die 1969 4,3 % auf sich vereinigen konnte, 1972 aber nur noch 0,6 %. Die bei der Bundestagswahl 1972 zum ersten Mal aufgetretene DKP erhielt lediglich rd. 114 000 oder 0,3 % Zweitstimmen. Noch viel kleiner war die Zahl der Wähler, die ihre Zweitstimme der EFP bzw. FSU gaben.

Die SPD hat ihren Stimmenanteil in fast allen Ländern verbessert; lediglich in Hamburg ging er mit 54,4 % gegenüber 54,6 % im Jahre 1969 leicht zurück. In den übrigen Ländern stieg ihr Stimmenanteil um folgende Prozentpunkte:

Saarland	+ 8,0
Bremen	+ 6,1
Schleswig - Holstein	+ 5,1
Rheinland - Pfalz	+ 4,8
Niedersachsen	+ 4,3
Nordrhein - Westfalen	+ 3,6
Bayern	+ 3,2
Baden - Württemberg	+ 2,4
Hessen	+ 0,3

In Nordrhein - Westfalen schlägt der Stimmengewinn der SPD für das Bundesgebiet besonders stark durch, weil dort fast ein Drittel der SPD-Wähler wohnt. Beachtlich ist der hohe Stimmenzuwachs der SPD in Schleswig - Holstein, Niedersachsen und im Saarland, wo bisher die CDU dominierte; ebenso beachtlich ist aber auch, daß die SPD beträchtliche Stimmengewinne in Bremen und Nordrhein - Westfalen erzielte, wo sie schon 1969 mehr Stimmen als die CDU bekam.

Der Stimmenanteil der CDU vergrößerte sich nur in Hessen von 38,4 auf 40,3 %; in Bayern nahm der Stimmenanteil der CSU von 54,4 auf 55,1 % zu. In den übrigen Ländern mußte die CDU in Prozentpunkten folgende Stimmenverluste hinnehmen:

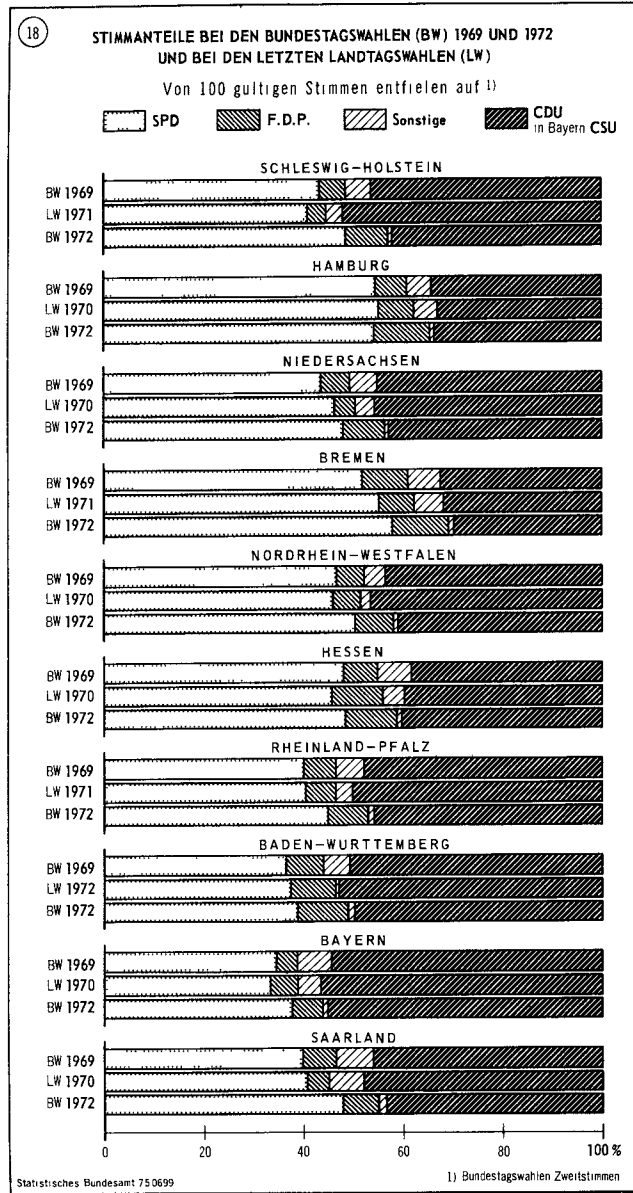
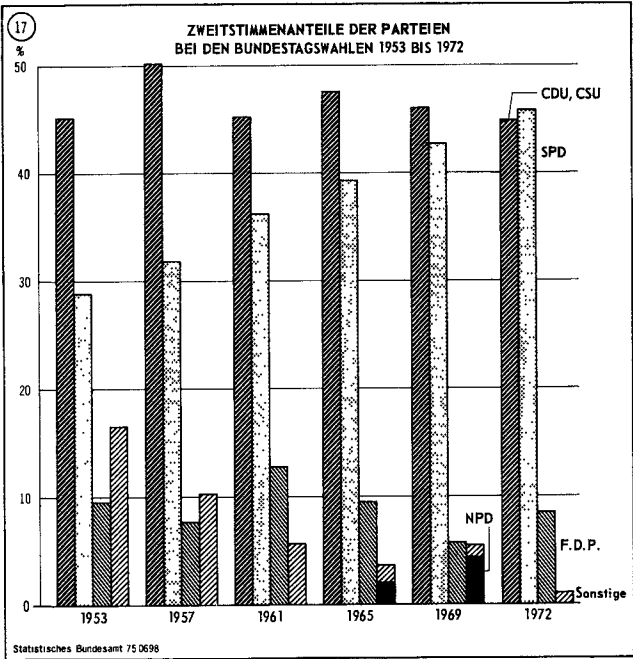
Schleswig - Holstein	- 4,2
Bremen	- 2,7
Saarland	- 2,7
Nordrhein - Westfalen	- 2,6
Niedersachsen	- 2,5
Rheinland - Pfalz	- 1,9
Baden - Württemberg	- 0,9
Hamburg	- 0,7

Den Stimmengewinnen der SPD stehen keine entsprechenden Stimmenverluste der CDU gegenüber; diese sind vielmehr durchweg kleiner. Das liegt daran, daß sie in erster Linie von dem weiteren Stimmenrückgang der Parteien profitiert hat, die schon 1969 nicht in die Sitzverteilung kamen. Auf Grund ihrer Stimmenverluste und wegen der Stimmengewinne der SPD ist die CDU jetzt nur noch in Rheinland - Pfalz und Baden - Württemberg, die CSU in Bayern stärkste Partei. In allen anderen Ländern liegt die SPD an der Spitze, und zwar mit mehr als die Hälfte der Zweitstimmen in Bremen (58,1 %), Hamburg (54,4 %) und Nordrhein - Westfalen (50,4 %). Einen sehr hohen Stimmenanteil von 55,1 % erreichte auch die CSU in Bayern. Knapp unter 50 % blieb die CDU in Baden - Württemberg.

Für die F.D.P. sind in allen Bundesländern Stimmengewinne zu verzeichnen. Überdurchschnittlich war ihr Stimmenzuwachs in Hamburg (+ 4,9), Hessen (+ 3,5), Schleswig - Holstein (+ 3,4), Niedersachsen (+ 2,9) und Baden - Württemberg (+ 2,7), besonders klein ihre Gewinne in Bremen, Rheinland - Pfalz und im Saarland. Auf über 10 % Zweitstimmen kam sie in Hamburg (11,2 %), Bremen (11,1 %), Hessen und Baden - Württemberg (je 10,2 %).

Alle übrigen Parteien kamen nirgends auf wenigstens 1 %.

Die NPD, die 1969 im Bundesgebiet 4,3 % der Zweitstimmen erhielt, konnte nur noch einen Stimmenanteil von 0,6 % erreichen. Am stärksten waren ihre Verluste im Saarland (- 4,9), in Bayern



37. Stimmabgabe bei den Bundestags- und Landtagswahlen seit 1969

Prozent

Land	Bundestags- wahl . . . 1) (BW . . .) Landtags- wahl . . . (LW . . .)	Anteil der Stimmen für die					
		SPD	CDU, CSU 2)	F.D.P.	Sonstige	darunter	
						NPD	DKP
Schleswig - Holstein . .	BW 69	43,5	46,2	5,2	5,1	4,3	—
	LW 71	41,0	51,9	3,8	3,3	1,3	0,4
	BW 72	48,6	42,0	8,6	0,8	0,5	0,2
	LW 75	40,1	50,4	7,1	2,4	0,5	0,4
Hamburg	BW 69	54,6	34,0	6,3	5,1	3,5	—
	LW 70	55,3	32,8	7,1	4,8	2,7	1,7
	BW 72	54,4	33,3	11,2	1,0	0,4	0,6
	LW 74	44,9	40,6	10,9	3,6	0,8	2,2
Niedersachsen	BW 69	43,8	45,2	5,6	5,4	4,6	—
	LW 70	46,3	45,7	4,4	3,7	3,2	0,4
	BW 72	48,1	42,7	8,5	0,7	0,5	0,2
	LW 74	43,1	48,8	7,0	1,0	0,6	0,4
Bremen	BW 69	52,0	32,3	9,3	6,4	4,4	—
	LW 71	55,3	31,6	7,1	6,0	2,8	3,1
	BW 72	58,1	29,6	11,1	1,2	0,5	0,7
Nordrhein - Westfalen .	BW 69	46,8	43,6	5,4	4,2	3,1	—
	LW 70	46,1	46,3	5,5	2,1	1,1	0,9
	BW 72	50,4	41,0	7,8	0,8	0,3	0,3
	LW 75	45,1	47,1	6,7	1,1	0,4	0,5
Hessen	BW 69	48,2	38,4	6,7	6,7	5,1	—
	LW 70	45,9	39,7	10,1	4,3	3,0	1,2
	BW 72	48,5	40,3	10,2	1,0	0,6	0,4
	LW 74	43,2	47,3	7,4	2,1	1,0	0,9
Rheinland - Pfalz	BW 69	40,1	47,8	6,3	5,8	5,2	—
	LW 71	40,5	50,0	5,9	3,5	2,7	0,9
	BW 72	44,9	45,9	8,1	1,1	0,8	0,3
	LW 75	38,5	53,9	5,6	1,9	1,1	0,5
Baden - Württemberg . .	BW 69	36,5	50,7	7,5	5,3	4,5	—
	LW 72	37,6	52,9	8,9	0,6	—	0,5
	BW 72	38,9	49,8	10,2	1,1	0,8	0,2
Bayern	BW 69	34,6	54,4	4,1	7,0	5,3	—
	LW 70	33,3	56,4	5,6	4,7	2,9	0,4
	BW 72	37,8	55,1	6,1	1,0	0,7	0,2
	LW 74	30,2	62,1	5,2	2,5	1,1	0,4
Saarland	BW 69	39,9	46,1	6,7	7,3	5,7	—
	LW 70	40,8	47,8	4,4	7,0	3,4	2,7
	BW 72	47,9	43,4	7,1	1,6	0,8	0,7
	LW 75	41,8	49,1	7,4	1,6	0,7	1,0
Bundesgebiet ohne Berlin	BW 69	42,7	46,1 3)	5,8	5,5	4,3	—
	BW 72	45,8	44,9 4)	8,4	0,9	0,6	0,3

1) Zweitstimmen. — 2) CSU nur in Bayern. — 3) Davon: CDU 36,6 %, CSU 9,5 %. — 4) Davon: CDU 35,2 %, CSU 9,7 %.

(— 4,6), in Hessen (— 4,5) und in Rheinland - Pfalz (— 4,4); Länder in denen sie 1969 über 5 % der Zweitstimmen auf sich vereinigen konnte.

Die 1972 erstmals bei Bundestagswahlen auftretende DKP konnte mit 0,7 % ihren höchsten Stimmenanteil in Bremen und im Saarland erzielen. In Hamburg waren es 0,6 und in Hessen 0,4 %. In allen übrigen Ländern lag ihr Anteil bei 0,3 bzw. 0,2 %.

Nicht mehr als 0,1 % der gültigen Zweitstimmen konnte die EFP - die in Rheinland - Pfalz nicht kandidierte, weil dort ihre Landesliste zurückgewiesen wurde - in den übrigen Ländern erreichen. Die FSU, für die nur in Hamburg und Nordrhein - Westfalen Landeslisten zugelassen waren, erhielt in diesen beiden Ländern insgesamt 3 166 Zweitstimmen (0,0 %).

2. Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in den Wahlkreisen

Die Zahl der Wahlkreise, in denen die SPD bisher schwach vertreten war, hat sich stark verringert. Geht man von den Grenzen der Bundestagswahlkreise 1972 aus, gab es nach dem Wahlergebnis 1969 58 Wahlkreise, in denen der Anteil der Zweitstimmen für die SPD weniger als 35 % betrug; bei der Bundestagswahl 1972 gab es dagegen nur noch 38 solcher Wahlkreise. Die Zahl der Wahlkreise, in denen mehr als 50 % der Zweitstimmen für die SPD abgegeben wurden hat sich von 54 auf 81 und die Zahl der Wahlkreise mit mehr als 60 % der Zweitstimmen für die SPD von 4 auf 19 erhöht. Die zehn Wahlkreise, in denen die SPD ihre meisten Stimmen erhielt, gehen aus der Tabelle 39 hervor. Es handelt sich mit Ausnahme des Wahlkreises 82 Moers um großstädtische Wahlkreise.

38. Wahlkreise nach dem Anteil der Zweitstimmen für die im Bundestag vertretenen Parteien

Anteil der Zweitstimmen von ... bis unter ... %	Zahl der Wahlkreise mit nebenstehendem Stimmenanteil der					
	SPD		CDU, CSU 1)		F.D.P.	
	1972	1969 2)	1972	1969 2)	1972	1969 2)
70 - 75	—	—	3	3	—	—
65 - 70	5	—	7	13	—	—
60 - 65	14	4	19	17	—	—
55 - 60	19	21	17	22	—	—
50 - 55	43	29	24	27	—	—
45 - 50	59	63	38	40	—	—
40 - 45	39	35	47	39	—	—
35 - 40	31	38	57	61	—	—
30 - 35	28	27	24	25	—	—
25 - 30	8	22	12	1	—	—
20 - 25	2	8	—	—	—	—
15 - 20	—	1	—	—	2	—
10 - 15	—	—	—	—	67	8
5 - 10	—	—	—	—	149	155
unter 5	—	—	—	—	30	85
Insgesamt	248	248	248	248	248	248

1) CSU nur in Bayern. — 2) Nach den Grenzen der Wahlkreise 1972.

Die Zahl der Wahlkreise mit weniger als 35 % Zweitstimmen für CDU und CSU hat sich von 26 auf 36 erhöht. Es gibt auch nur noch 70 Wahlkreise, in denen die CDU oder CSU über die Hälfte der Zweitstimmen bekommen hat. Bei der Bundestagswahl 1969 waren es 82, 1965 sogar noch 97. Die Zahl der Wahlkreise mit mehr als 60 % Zweitstimmen für die CDU oder CSU hat sich von 33 auf 29 vermindert. Bei den zehn Wahlkreisen, in denen die CDU oder CSU ihre meisten Zweitstimmen erhielt, handelt es sich durchweg um ländliche Wahlkreise mit einem hohen Anteil katholischer Bevölkerung.

Mehr als 10 % Zweitstimmen erhielt die F.D.P. 1969 noch in 8 Wahlkreisen, 1972 aber in 69. In 179 oder in mehr als zwei Dritteln aller Wahlkreise belief sich ihr Stimmenanteil auf weniger als 10 %. Die Wahlkreise mit besonders vielen Stimmen für die F.D.P. liegen vor allem in Baden-Württemberg und in Hessen. Die meisten Stimmen erhielt die F.D.P. im Wahlkreis 166 Stuttgart III.

Von den Splitterparteien erzielte nur die NPD in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern in je 5 Wahlkreisen 1 % und mehr Stimmen. Den höchsten Anteil erzielte sie mit je 1,7 % in den Wahlkreisen 161 Kaiserslautern und 176 Crailsheim.

Gegenüber 1969 hat die SPD in 219 von 248 Wahlkreisen Zweitstimmengewinne erzielt und zwar in 143 Wahlkreisen bis unter 5 Prozentpunkte und in 76 Wahlkreisen 5 und mehr. Die höchste Zunahme erzielte sie im Saarland in den Wahlkreisen 247 Ottweiler mit +9,5 und 245 Saarbrücken-Land mit +9,4 Prozentpunkten. Nur in 26 Wahlkreisen mußte sie Stimmenverluste hinnehmen. Hier handelt es sich vor allem um großstädtische Wahlkreise, z. B. in Hamburg, Hannover, Köln, Bonn, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Wiesbaden, Stuttgart und München. Den höchsten Stimmenverlust erfuhr sie mit -3,5 Prozentpunkten im Wahlkreis 63 Bonn. In 3 Wahlkreisen blieb ihr Stimmenanteil unverändert.

Die CDU und CSU haben in 183 Wahlkreisen Stimmenverluste hinnehmen müssen: In den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen in allen Wahlkreisen sowie in fast allen Wahlkreisen von Nordrhein-Westfalen (in 69 von 73), des Saarlandes (in 4 von 5), in Rheinland-Pfalz (in 13 von 16), ferner in etwa zwei Dritteln der Wahlkreise von Hamburg und Baden-Württemberg, aber in Hessen nur in einem (147 Bergstraße) von 22 Wahlkreisen. Die CSU hat in 20 der 44 bayerischen Wahlkreise Stimmenverluste erfahren. Den größten Stimmenverlust erlitt die CDU mit 7,0 Prozentpunkten im Wahlkreis 90 Duisburg I und die CSU mit 3,6 Prozentpunkten im Wahlkreis 232 Weißenburg.

Stimmengewinne konnten die CDU und CSU in insgesamt 62 Wahlkreisen verbuchen. Den höchsten Zuwachs an Prozentpunkten erzielte die CSU mit 5,7 im Wahlkreis 203 Miesbach und die CDU mit 4,4 im Wahlkreis 126 Waldeck. Auch bei der CDU und CSU blieben der Stimmenanteil in 3 Wahlkreisen unverändert.

Die F.D.P. hat nur in den Wahlkreisen 28 Hoya und 153 Bitburg einen geringeren Stimmenanteil als 1969 erreicht. In weiteren 2 Wahlkreisen blieb er unverändert.

39. Wahlkreise mit den meisten Zweitstimmen für die SPD, CDU bzw. CSU und F.D.P.

Wahlkreis		Zweitstimmen in %	
Nr.	Name	1972	1969

Die 10 Wahlkreise, in denen 1972 die SPD ihre meisten Zweitstimmen erhielt

90	Duisburg I	68,7	60,1
115	Dortmund II	67,8	61,9
88	Essen II	67,7	61,3
98	Gelsenkirchen II	65,6	59,3
97	Gelsenkirchen I	65,3	57,8
110	Wanne-Eickel-Wattenscheid	64,6	59,2
118	Bochum-Witten	64,1	60,6
111	Herne-Castrop-Rauxel	63,8	57,2
82	Moers	63,7	57,4
101	Bottrop-Gladbeck	63,3	55,7

Die 10 Wahlkreise, in denen 1972 die CDU bzw. CSU 1) ihre meisten Zweitstimmen erhielt

217	Pfarrkirchen	71,2	70,4
198	Biberach	71,1	72,8
27	Cloppenburg	70,1	73,1
215	Passau	67,3	69,2
200	Altötting	66,8	66,4
102	Höxter	66,4	66,9
234	Bad Kissingen	66,2	66,5
242	Kaufbeuren	65,5	63,6
216	Straubing	65,4	67,7
153	Bitburg	65,4	68,8

Die 10 Wahlkreise, in denen 1972 die F.D.P. ihre meisten Zweitstimmen erhielt

166	Stuttgart III	16,7	10,9
165	Stuttgart II	16,4	10,8
190	Freiburg	14,9	7,9
141	Frankfurt II	13,9	9,6
177	Waiblingen	13,7	10,8
17	Wandsbek	13,7	7,6
50	Bremen-Ost	13,5	11,3
60	Köln II	13,3	8,6
167	Ludwigsburg	13,3	9,8
142	Frankfurt III	13,2	9,0

1) Nur Wahlkreise 200 bis 243.

40. Gültige Stimmabgabe der Briefwähler nach Parteien

Partei	Wahl-jahr	Von 100 Zweitstimmen			
		die auf neben- stehende Parteien entfielen, wurden mit Wahl- brief abgegeben	der		
			Brief- wähler	übrigen Wähler	Wähler insgesamt
SPD . . .	1957	3,3	21,0	32,3	31,8
	1961	4,4	27,1	36,8	36,2
	1965	6,1	32,0	39,9	39,3
	1969	6,4	38,2	43,0	42,7
	1972	6,3	39,6	46,3	45,8
CDU . . .	1957	6,3	49,3	39,2	39,7
	1961	7,0	42,3	35,4	35,8
	1965	8,5	43,3	37,5	38,0
	1969	7,7	39,1	36,4	36,6
	1972	7,5	36,7	35,1	35,2
CSU . . .	1957	5,3	11,0	10,4	10,5
	1961	6,1	9,8	9,5	9,6
	1965	7,2	9,3	9,6	9,6
	1969	7,2	9,5	9,4	9,5
	1972	8,7	11,6	9,5	9,7
F.D.P. . .	1957	6,3	9,7	7,6	7,7
	1961	7,5	16,2	12,6	12,8
	1965	9,0	11,5	9,3	9,5
	1969	10,3	8,3	5,6	5,8
	1972	9,6	11,1	8,1	8,4
Sonstige .	1957	4,4	9,0	10,4	10,3
	1961	7,4	4,7	5,8	5,7
	1965	8,0	3,9	3,6	3,6
	1969	6,5	4,9	5,5	5,5
	1972	7,3	0,9	0,9	0,9

3. Stimmabgabe der Briefwähler

Während im Durchschnitt 1972 und auch 1969 7,2 % der gültigen Zweitstimmen von Briefwählern kamen, waren es 1972 bei der F.D.P. 9,6, bei der CSU 8,7, bei der CDU 7,5, bei der SPD aber nur 6,3, gegenüber ihrem höchsten Anteil 1969 mit 6,4 %. Die F.D.P. erreichte 1969 mit 10,3 %, die CDU 1965 mit 8,5 % und die CSU 1972 mit 8,7 % ihren höchsten Anteil von Briefwählern. Nur die

CSU hat, mit Ausnahme von 1969, wo ihr Anteil gegenüber 1965 unverändert geblieben ist, eine stete Zunahme zu verzeichnen, während der Anteil an Briefwählern bei den übrigen Parteien zumindest 1972 zurückgegangen ist.

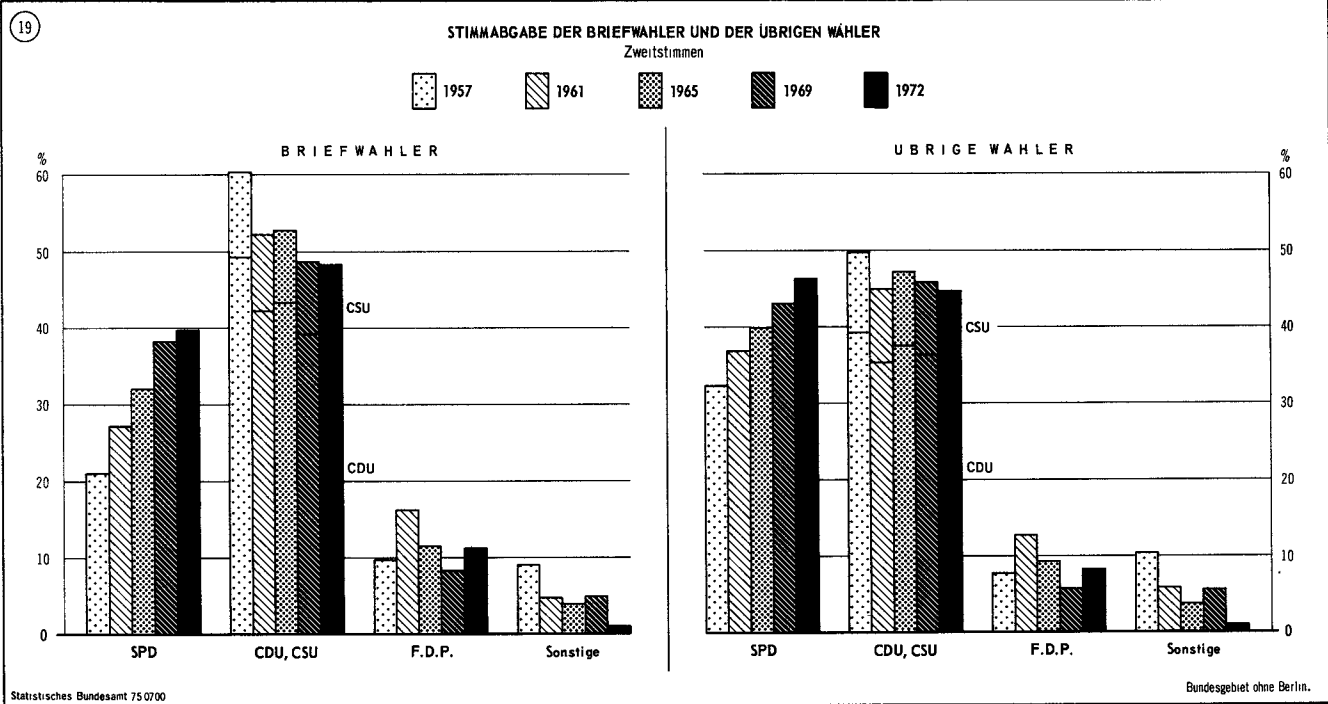
Infolge dieser Entwicklung haben sich die Unterschiede zwischen den Stimmenanteilen der Briefwähler und der übrigen Wähler von 1969 auf 1972 bei den für die SPD abgegebenen Zweitstimmen von 4,8 auf 6,7, bei den Stimmen für die CSU von 0,1 auf 2,1 und bei den Stimmen für die F.D.P. von 2,7 auf 3,0 Prozentpunkte erhöht, bei der CDU dagegen von 2,7 auf 1,6 Prozentpunkte vermindert.

Vergleicht man die von den Briefwählern für die einzelnen Parteien abgegebenen Zweitstimmen, betrug 1957 der Abstand zwischen SPD und CDU mit CSU 39,3, 1969 aber nur noch 10,4 und 1972 nur noch 8,7 Prozentpunkte zu gunsten der CDU/CSU.

4. Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter

Die gültigen Zweitstimmen ohne Briefwahlstimmen wurden zu 46 % von Männern und 54 % von Frauen abgegeben. Würden die Frauen bei der Bundestagswahl 1972 die gleichen politischen Entscheidungen getroffen haben wie die Männer, müßte diese Relation bei der Wählerschaft jeder Partei wiederkehren. Tatsächlich setzt sich die Wählerschaft der einzelnen Parteien jedoch noch immer sehr unterschiedlich zusammen. Die Frauen sind zwar unter den Wählern aller vier im Bundestag vertretenen Parteien in der Mehrzahl, bei der SPD und der F.D.P. liegt ihr Anteil aber noch immer unter und bei der CDU und CSU über dem Durchschnitt. Besonders groß war der Anteil der männlichen Wähler bei der DKP mit 68 % und bei der NPD mit 66 %. Bei der SPD haben sich die Anteile der Männerstimmen von 51,7 % bei der Bundestagswahl 1957 von Wahl zu Wahl bis auf 47,1 % bei der Wahl 1972 verringert während umgekehrt in gleichem Maße die Anteile der Frauen von 48,3 bis 52,9 % bei der Wahl 1972 angestiegen sind. Schon bei der Bundestagswahl 1969 erhielt auch die SPD - wie die CDU und CSU von jeher - mehr Frauen- als Männerstimmen. Der Unterschied zwischen den männlichen und weiblichen Wählern beträgt bei der SPD jetzt 5,8 gegenüber 2,0 im Jahre 1969 und bei der CDU und CSU nur noch 10,6 gegen 18,8 Prozentpunkte bei der Wahl 1969.

Am besten schnitt die SPD mit 45,8 % bei der Bundestagswahl 1972 ab. Demgegenüber verzeichneten die CDU und CSU mit Ausnahme bei der 1. Bundestagswahl - wo sie 31 % der gültigen Stimmen gewannen - im Wahljahr 1972 ihr zweitschlechtestes Ergebnis. Die F.D.P. konnte ihren Wahlerfolg von 1961 nicht wiederholen, erhielt aber mit 8,4 % der gültigen Zweitstimmen 1972 um 2,6 Prozentpunkte mehr Stimmenanteile als bei der Bundestagswahl 1969.



41. Anteil der Männer- und Frauenstimmen an den Zweitstimmen der Parteien *)

Partei	Von 100 Zweitstimmen für nebenstehende Parteien entfielen auf									
	Männerstimmen					Frauenstimmen				
	1957 1)	1961	1965	1969	1972	1957 1)	1961	1965	1969	1972
SPD	51,7	51,3	51,2	49,0	47,1	48,3	48,7	48,8	51,0	52,9
CDU, CSU 2)	42,2	41,6	41,3	40,6	44,7	57,8	58,4	58,7	59,4	55,3
F.D.P.	50,3	49,4	47,7	49,4	49,6	49,7	50,6	52,3	50,6	50,4
Sonstige	49,6	51,2	57,2	63,8	66,2	50,4	48,8	42,8	36,2	33,8
dar.: NPD	—	—	59,6	65,7	66,0	—	—	40,4	34,3	34,0
DKP	—	—	—	—	68,0	—	—	—	—	32,0

*) Ohne Stimmen der Briefwähler.
1) Ohne Saarland. — 2) CSU nur in Bayern.

Nicht ganz in der gleichen Richtung bewegten sich die Stimmenanteile der Männer und Frauen.

Hinsichtlich des Wahlverhaltens der Männer und Frauen wurde auch 1972 die unterschiedliche Stimmenverteilung auf die beiden großen Parteien bestätigt: eine knappe Mehrheit der Frauen stimmte für die CDU bzw. CSU, die Mehrheit der Männer für die SPD. Nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik ergab sich schon 1969 eine deutliche Verschiebung der Stimmanteile der Männer und Frauen zugunsten der SPD. Der Anteil der Männer, die ihre Zweitstimme der SPD gaben war erstmals 1965 größer gewesen als der Prozentsatz derer, die CDU bzw. CSU gewählt hatten. 1969 lag bei den Männern der Zweitstimmenanteil der SPD um rd. 12 % über dem der CDU und CSU. 1972 haben trotz weiter gestiegenen SPD-Anteils erneute Stimmengewinne von CDU und CSU bei den männlichen Wählern diesen Vorsprung wieder auf 9 % zurückgehen lassen. Die Frauen haben 1972 eindeutig seltener CDU bzw. CSU gewählt als 1969, als sie noch mit knapper absoluter Mehrheit sich für diese Partei entschieden. Damals war der Anteil der von den Frauen für die CDU bzw. CSU abgegebenen Stimmen noch um ein

Viertel größer als der Anteil der Frauenstimmen für die SPD. Ein weiterer Stimmengewinn der SPD bei den weiblichen Wählern hat nun dazu geführt, daß SPD und CDU/CSU mit 45,7 und 46,0 % der weiblichen Zweitstimmen annähernd gleich liegen. Der 1972 auf CDU und CSU entfallene Stimmenanteil der Frauen war der niedrigste aller bisherigen Bundestagswahlen. Der noch bestehende geringe Vorsprung der CDU und CSU gegenüber der SPD bei den Frauen beruht wesentlich auf ihrer besonderen Altersstruktur.

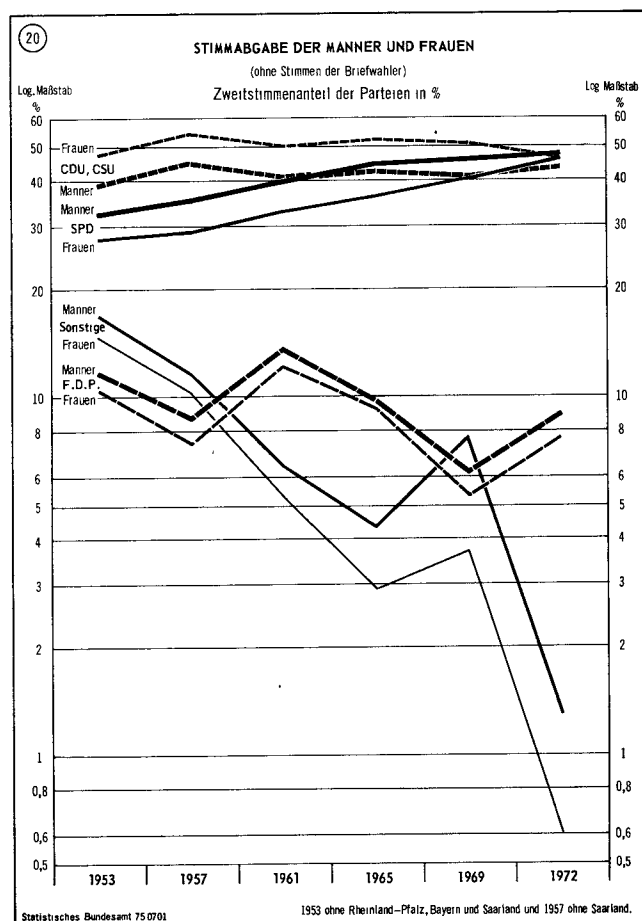
Die F.D.P. hat bisher immer höhere Stimmenanteile bei den Männern gewonnen als bei den Frauen. Die Stimmenverluste, die die Partei 1969 hinnehmen mußte, waren stärker durch die Frauen verursacht worden. Die damaligen Anteile von 6,1 % bei den Männern und 5,3 % bei den Frauen wurden bis 1972 wieder auf 8,8 bzw. 7,7 % ausgebaut, wobei der relative Gewinn bei den Frauen ein wenig größer war als bei den Männern.

Von den sonstigen Parteien erhielt die DKP 0,3 % aller Zweitstimmen. Die NPD, die 1969 im ganzen zwar unter der 5 %-Grenze blieb, jedoch damals 6,3 % der Zweitstimmen der Männer bekam, konnte 1972 nur 0,6 % aller Stimmen gewinnen. Im ganzen ist festzustellen, daß der Prozentsatz der Stimmen für nicht erfolgreiche Parteien

42. Stimmabgabe der Männer und Frauen

Partei	Jahr 1)	Von 100 gültigen Zweitstimmen der		
		Männer und Frauen	Männer	Frauen
		entfielen auf nebenstehende Parteien		
SPD	1953	29,9	32,5	27,6
	1957	31,9	35,3	28,9
	1961	36,1	39,7	32,9
	1965	39,8	44,0	36,2
	1969	42,8	45,6	40,4
	1972	46,3	46,9	45,7
CDU, CSU 2)	1953	43,3	38,9	47,2
	1957	49,3	44,6	53,5
	1961	45,3	40,3	49,6
	1965	47,2	42,0	51,7
	1969	46,0	40,6	50,6
	1972	44,6	43,0	46,0
F.D.P.	1953	11,0	11,7	10,4
	1957	8,0	8,6	7,4
	1961	12,9	13,6	12,2
	1965	9,4	9,7	9,2
	1969	5,6	6,1	5,3
	1972	8,2	8,8	7,7
Sonstige	1953	15,8	16,9	14,8
	1957	10,8	11,5	10,2
	1961	5,8	6,4	5,3
	1965	3,5	4,3	2,9
	1969	5,6	7,7	3,7
	1972	0,9	1,3	0,6
darunter:				
DKP	1972	0,3	0,4	0,2
NPD	1965	2,0	2,5	1,5
	1969	4,4	6,3	2,8
	1972	0,6	0,8	0,4

1) 1953 ohne Rheinland - Pfalz, Bayern und Saarland und 1957 ohne Saarland. — 2) CSU nur in Bayern.



43. Stimmabgabe der Männer und Frauen in den Ländern 1972

Land	Von 100 gültigen Zweitstimmen 1) entfielen auf					
	SPD	CDU, CSU 2)	F.D.P.	Sonstige	darunter	
					DKP	NPD
Männer						
Schleswig - Holstein	49,7	40,2	9,0	1,1	0,3	0,7
Hamburg	55,8	30,7	12,0	1,4	0,8	0,4
Niedersachsen	47,7	42,5	8,8	1,0	0,3	0,7
Bremen	56,2	30,6	11,8	1,4	0,7	0,6
Nordrhein - Westfalen	52,1	38,5	8,3	1,1	0,5	0,5
Hessen	49,5	38,9	10,2	1,5	0,5	0,8
Rheinland - Pfalz	46,4	43,5	8,4	1,7	0,5	1,1
Baden - Württemberg	39,6	48,1	10,7	1,6	0,3	1,1
Bayern	39,1	52,8	6,6	1,5	0,4	1,1
Saarland	51,0	38,8	7,9	2,3	1,0	1,2
Bundesgebiet ohne Berlin	46,9	43,0	8,8	1,3	0,4	0,8
Frauen						
Schleswig - Holstein	48,9	42,8	7,8	0,6	0,1	0,4
Hamburg	56,1	33,2	10,0	0,7	0,3	0,2
Niedersachsen	47,2	44,4	7,9	0,5	0,1	0,4
Bremen	56,5	31,8	10,9	0,8	0,4	0,3
Nordrhein - Westfalen	50,5	41,9	7,1	0,4	0,2	0,2
Hessen	49,1	40,9	9,2	0,7	0,2	0,4
Rheinland - Pfalz	44,3	47,6	7,3	0,7	0,2	0,5
Baden - Württemberg	38,3	51,4	9,4	0,8	0,1	0,5
Bayern	37,0	56,3	6,0	0,6	0,1	0,5
Saarland	48,2	43,7	7,2	0,9	0,4	0,5
Bundesgebiet ohne Berlin	45,7	46,0	7,7	0,6	0,2	0,4
Insgesamt						
Schleswig - Holstein	49,2	41,6	8,3	0,9	0,2	0,6
Hamburg	56,0	32,1	10,9	1,0	0,5	0,3
Niedersachsen	47,5	43,5	8,3	0,7	0,2	0,5
Bremen	56,4	31,3	11,3	1,1	0,6	0,4
Nordrhein - Westfalen	51,3	40,4	7,6	0,7	0,3	0,3
Hessen	49,3	40,0	9,7	1,1	0,4	0,6
Rheinland - Pfalz	45,3	45,7	7,8	1,2	0,4	0,8
Baden - Württemberg	38,9	49,9	10,0	1,2	0,2	0,8
Bayern	38,0	54,7	6,3	1,0	0,2	0,7
Saarland	49,5	41,4	7,5	1,6	0,7	0,8
Bundesgebiet ohne Berlin	46,3	44,6	8,2	0,9	0,3	0,6

1) Ohne Stimmen der Briefwähler. — 2) CSU nur in Bayern.

außerordentlich niedrig blieb. Von den Männern haben nur 1,3 %, von den Frauen sogar nur 0,6 % ihre Stimme einer der nicht im Bundestag vertretenen Parteien gegeben.

Faßt man die Ergebnisse nach Parteien der Regierungskoalition und der Opposition zusammen, so zeigt sich, daß die Frauen zwar relativ in etwas geringerem Maße für die Koalitionsparteien gestimmt haben als die Männer (53,4 % gegenüber 55,7 %), daß aber trotzdem - wegen der erheblich größeren Zahl weiblicher Wähler - die Koalitionsparteien mit Mehrheit von den Frauen gewählt worden sind. Bei rd. 19 Mill. Wählern der SPD und der F.D.P. war die Zahl der Frauen, die einer dieser beiden Parteien ihre Zweitstimme gaben, um rd. eine Million größer als die der Männer.

Mit Ausnahme der Bundesländer Baden - Württemberg und Bayern hat die SPD in allen übrigen Ländern mehr Stimmen von Männern erhalten als die CDU bzw. CSU. Über 50 % der Zweitstimmen der Männer erhielt die SPD in Hamburg (55,8 %), in Bremen (56,2 %), in Nordrhein - Westfalen (52,1 %) und im Saarland (51,0 %). Die CDU hat in keinem Land, die CSU in Bayern von den Männern mehr als 50 % der Stimmen erhalten.

Die Frauen entschieden sich nur in Rheinland - Pfalz, Baden - Württemberg und Bayern häufiger für die CDU bzw. CSU als für die SPD. Mehr als 50 % der Frauenstimmen erhielt die CDU in Baden - Württemberg und die CSU in Bayern, während in Hamburg, Bremen und Nordrhein - Westfalen die SPD die absolute Mehrheit der Frauenstimmen auf sich vereinigen konnte.

Zur Feststellung der Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter wurden 1972 - bedingt durch die Herabsetzung des

Alters für das aktive Wahlrecht auf 18 Jahre - fünf statt seit 1965 vier Altersgruppen gebildet; vor 1965 waren es sogar nur drei Altersgruppen.

Im einzelnen handelt es sich 1972 um die folgenden Geburtsjahrs- bzw. Altersgruppen:

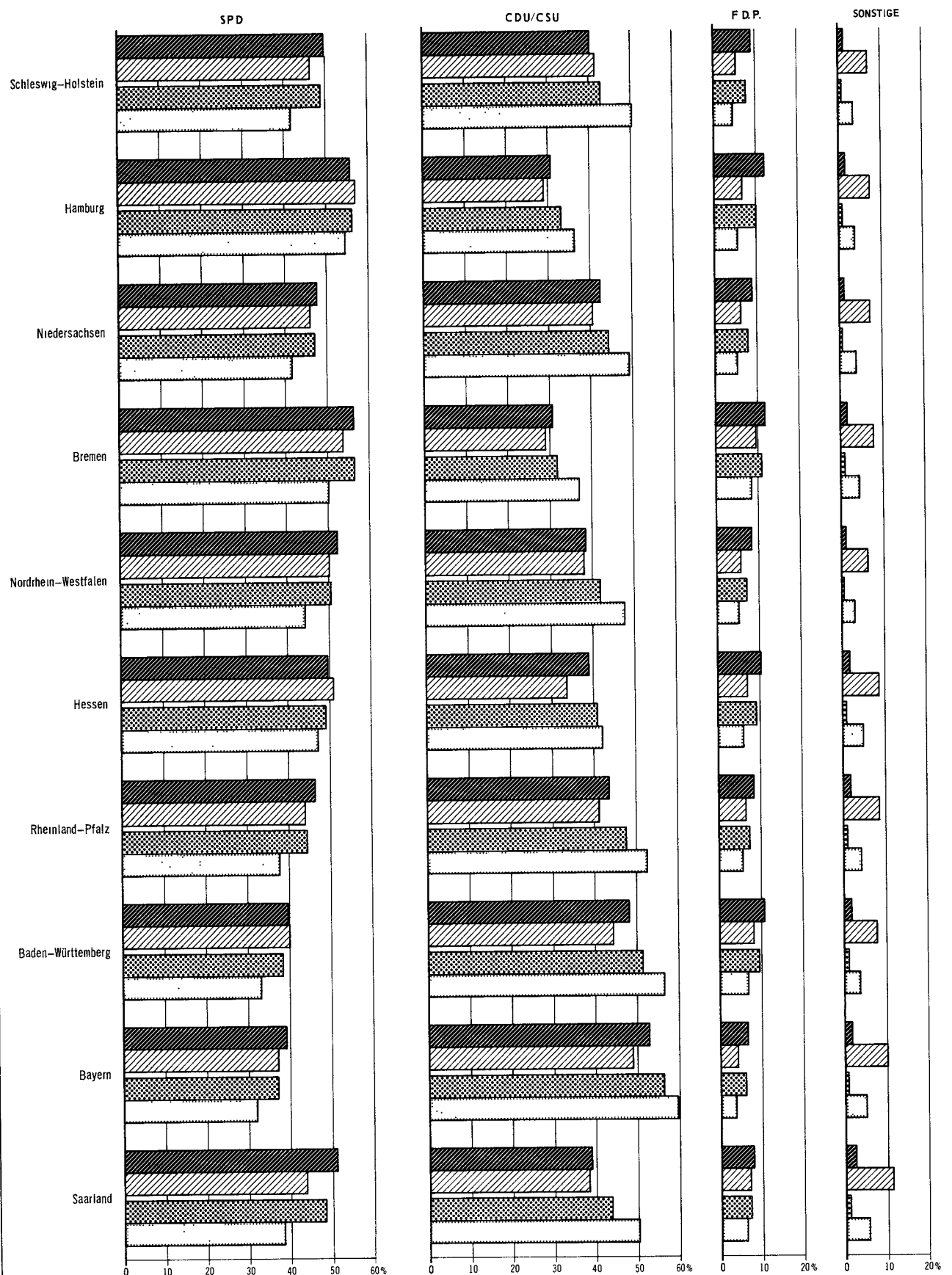
Geburtsjahr	entsprechend etwa	Alter
1948 bis 1954		unter 25 Jahre
1938 bis 1947		25 bis unter 35 Jahre
1928 bis 1937		35 bis unter 45 Jahre
1913 bis 1927		45 bis unter 60 Jahre
1912 und früher		60 Jahre und älter.

Zunächst sei für die Parteien festgestellt, wieviel Prozent ihrer Wähler sie in jeder Altersgruppe haben. Dabei ergibt sich, immer beginnend mit den Parteien mit den höchsten Prozentsätzen, folgende Reihenfolge der Parteien in den fünf Altersgruppen:

- 18- bis unter 25jährige: DKP — Sonstige — SPD — F.D.P. — CDU/CSU — NPD;
- 25- bis unter 35jährige: F.D.P. — SPD — CDU/CSU — Sonstige — DKP — NPD;
- 35- bis unter 45jährige: Sonstige — F.D.P. — SPD — NPD — CDU/CSU — DKP;
- 45- bis unter 60jährige: NPD — CDU/CSU — Sonstige — F.D.P. — DKP — SPD;
- über 60jährige: DKP — CDU/CSU — Sonstige — NPD — SPD — F.D.P.

STIMMABGABE DER MÄNNER UND FRAUEN IN DEN LÄNDERN 1972 UND 1969 Zweitstimmenanteil der Parteien in %

Männer 1972 1969 Frauen 1972 1969



44. Alter und Geschlecht der Wählerschaft der Parteien

a) Bei der Bundestagswahl 1972

Partei	Von 100 Zweitstimmenwählern ¹⁾ nebenstehender Partei waren etwa von ... bis unter ... Jahre alt														
	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 60	60 u.mehr	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 60	60 u.mehr	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 60	60 u.mehr
	Insgesamt					Männer					Frauen				
SPD	13,5	19,1	20,3	22,8	24,3	14,5	20,5	22,0	21,3	21,6	12,6	17,8	18,7	24,2	26,7
CDU, CSU 2)	9,1	17,1	18,7	24,9	30,3	10,1	18,9	20,6	23,0	27,4	8,2	15,6	17,2	26,4	32,6
F.D.P.	12,6	23,0	20,5	23,9	19,9	13,7	23,8	21,7	22,6	18,3	11,6	22,2	19,4	25,2	21,5
Sonstige	11,8	13,3	18,1	29,3	27,5	12,7	13,9	18,1	28,0	27,2	10,0	12,0	18,0	31,9	28,1
dar. DKP	18,0	13,5	13,6	23,4	31,5	18,9	13,7	13,1	22,1	32,2	16,1	12,9	14,7	26,2	30,1
NPD	8,1	13,1	20,1	33,0	25,6	9,0	14,1	20,5	31,7	24,8	6,4	11,3	19,5	35,5	27,4
Insgesamt	11,5	18,4	19,6	23,9	26,6	12,5	20,0	21,3	22,2	23,9	10,5	17,1	18,0	25,4	29,0

b) Bei der Bundestagswahl 1969

Partei	Von 100 Zweitstimmenwählern ¹⁾ nebenstehender Partei waren etwa von ... bis unter ... Jahre alt											
	21 - 30	30 - 45	45 - 60	60 u. mehr	21 - 30	30 - 45	45 - 60	60 u. mehr	21 - 30	30 - 45	45 - 60	60 u. mehr
	Insgesamt				Männer				Frauen			
SPD	16,6	33,6	24,9	24,8	17,6	36,2	23,0	23,2	15,7	31,2	26,7	26,4
CDU, CSU 2)	14,3	29,1	26,1	30,5	16,2	32,2	23,5	28,1	13,0	27,0	27,8	32,1
F.D.P.	17,5	32,6	26,2	23,6	19,1	33,7	24,3	22,9	16,0	31,6	28,1	24,3
Sonstige	10,8	29,5	32,6	27,1	11,6	29,9	31,5	27,0	9,5	28,6	34,7	27,2
dar. ADF	15,4	25,1	26,1	33,5	16,7	25,0	24,0	34,3	13,4	25,2	29,1	32,2
NPD	10,3	30,3	34,0	25,4	11,1	30,7	32,8	25,4	8,7	29,7	36,2	25,4
Insgesamt	15,3	31,3	25,9	27,5	16,6	33,9	23,9	25,5	14,1	29,0	27,6	29,2

1) Ohne Stimmen der Briefwähler. — 2) CSU nur in Bayern.

Gliedert man die Wähler, die mit ihrer Zweitstimme eine bestimmte Partei gewählt haben, nach dem Anteil der unter 45 Jahre alten Wähler (im Durchschnitt beider Geschlechter 49,5 %), ergibt sich folgende Skala:

F.D.P.:	56,1 %
SPD:	52,9 %
DKP:	45,1 %
CDU/CSU:	44,9 %
NPD:	41,3 %.

Für den Anteil der über 45jährigen lautet die Reihenfolge:

NPD:	58,7 %
CDU/CSU:	55,1 %
DKP:	54,9 %
SPD:	47,1 %
F.D.P.:	43,9 %.

45. Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter

Ungefähres Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Von 100 gültigen Zweitstimmen bei der Bundestagswahl					
	1965		1969		1972	
	entfielen auf					
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
	Wähler im Alter von . . . Jahren auf nachstehende Parteien					

SPD

18 - 25	54,3	55,0
21 - 30	43,0	36,6	48,1	44,8	.	.
25 - 35	48,1	47,5
30 - 45	47,9	39,5	48,6	43,5	.	.
35 - 45	48,4	47,3
45 - 60	43,0	36,0	43,8	39,0	45,0	43,6
60 und mehr	40,7	32,8	41,5	36,5	42,5	42,0

CDU, CSU 1)

18 - 25	34,7	35,9
21 - 30	46,1	52,7	39,6	46,7	.	.
25 - 35	40,5	42,0
30 - 45	38,9	48,0	38,6	47,1	.	.
35 - 45	41,5	43,8
45 - 60	40,7	51,0	39,8	50,9	44,4	47,9
60 und mehr	44,1	56,0	44,9	55,6	49,3	51,7

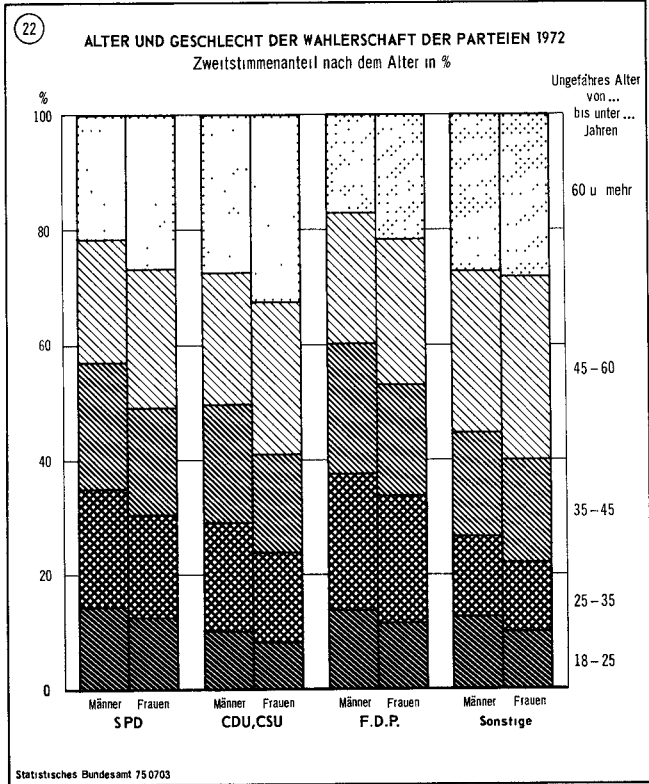
F.D.P.

18 - 25	9,6	8,5
21 - 30	7,9	8,4	6,9	6,0	.	.
25 - 35	10,5	10,1
30 - 45	9,3	9,6	6,0	5,8	.	.
35 - 45	8,9	8,3
45 - 60	10,9	9,8	6,2	5,4	8,9	7,7
60 und mehr	10,4	8,5	5,5	4,4	6,7	5,7

Sonstige

18 - 25	1,4	0,6
21 - 30	3,0	2,3	5,4	2,5	.	.
25 - 35	0,9	0,4
30 - 45	3,9	2,9	6,8	3,7	.	.
35 - 45	1,1	0,6
45 - 60	5,4	3,2	10,2	4,7	1,7	0,7
60 und mehr	4,8	2,7	8,2	3,5	1,5	0,6

1) CSU nur in Bayern.

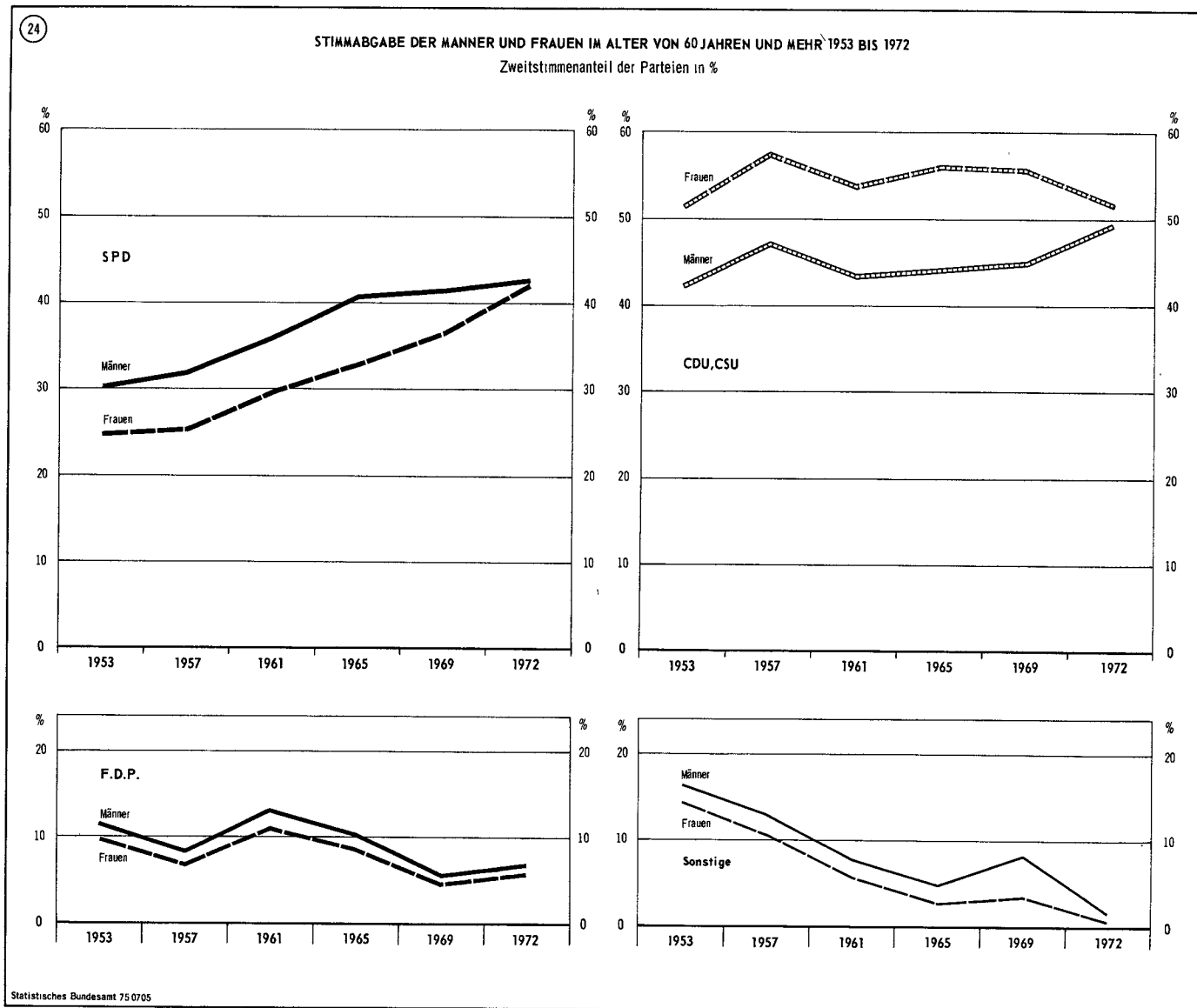
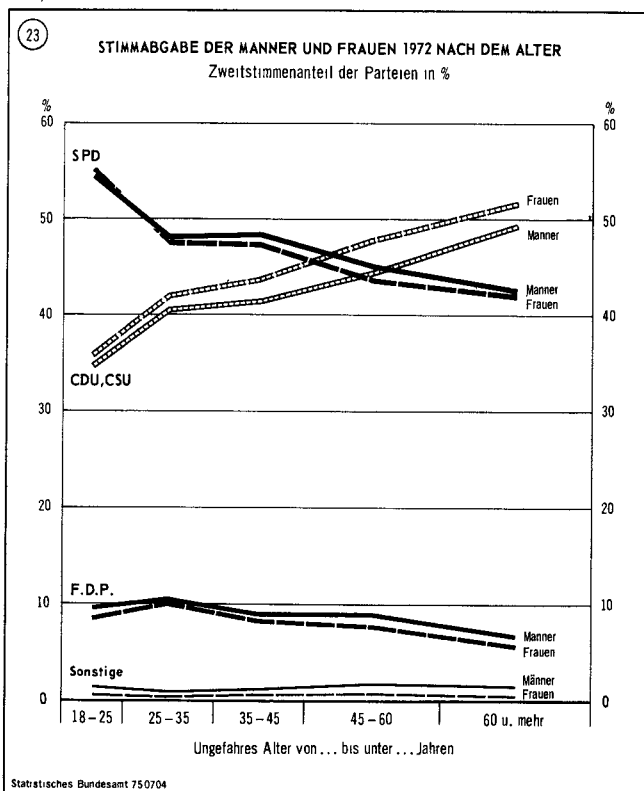


Die Wähler von F.D.P. und SPD waren somit zu mehr als der Hälfte unter 45 Jahre alt. Die relativ älteste Wählerschaft hat die NPD. 1969 hatte die SPD die meisten Wähler unter 45 Jahre, dicht gefolgt von der F.D.P. (50,2 bzw. 50,1 %). An dritter Stelle lagen damals CDU und CSU mit 43,4 %.

Bei Männern wie Frauen weisen F.D.P.- und SPD - Wähler besonders niedrige „Durchschnittsalter“ auf. Bemerkenswert ist, daß mehr als die Hälfte der F.D.P. - Wählerinnen (53,2 %) jünger als 45 Jahre ist, obwohl im Durchschnitt nur rd. 46 % aller Wählerinnen dieser Altersgruppe angehören.

Vergleicht man die Altersverteilung bei den Parteien mit dem Durchschnitt für Männer und Frauen, so findet man neben den Präferenzen für SPD und F.D.P. bei den unter 45 Jahren alten Wählern und für die CDU mit CSU bei den älteren Männern und Frauen einige auffällige Werte. Überdurchschnittlich viele 18- bis unter 25jährige Männer und Frauen haben DKP gewählt. Hohe Anteile hat die DKP auch unter den über 60jährigen. Ausgesprochen hohe Anteile von NPD - Wählern finden sich in der Gruppe der 35- bis unter 60jährigen.

Ergänzende Informationen lassen sich gewinnen, wenn man außerdem in den einzelnen Altersgruppen die Stimmenverteilung untersucht. Bei den Männern ist die SPD fast durchweg die stärkste Partei. Lediglich die über 60jährigen haben häufiger ihre Stimme der CDU und CSU gegeben. Mehr als die Hälfte der 18- bis unter 25jährigen haben SPD gewählt. Mit steigendem Alter gehen die Stimmenanteile der SPD zugunsten der CDU und CSU - Stimmen zurück. Für die F.D.P. findet man die höchsten Stimmenanteile bei den Männern wie auch bei den Frauen zwischen 25 und 35 Jahren. Der SPD - Anteil unter den 18- bis unter 25jährigen Frauen



46. Stimmabgabe der Männer und Frauen in den Ländern 1972 nach dem Alter

Land	Alter von etwa . . . bis unter . . . Jahren	Von 100 gültigen Zweitstimmen 1) der											
		Männer						Frauen					
		entfielen auf											
		SPD	CDU, CSU 2)	F.D.P.	Son- stige	darunter		SPD	CDU, CSU 2)	F.D.P.	Son- stige	darunter	
DKP	NPD					DKP	NPD						
Schleswig - Holstein	18 - 25	61,0	26,7	10,9	1,4	0,8	0,5	63,0	27,2	9,2	0,6	0,2	0,3
	25 - 35	52,1	36,4	10,8	0,7	0,2	0,4	51,3	37,9	10,5	0,4	0,1	0,2
	35 - 45	51,4	38,2	9,3	1,1	0,2	0,8	50,7	39,7	9,0	0,5	0,1	0,4
	45 - 60	45,9	43,7	9,1	1,3	0,2	1,0	45,8	45,9	7,5	0,7	0,2	0,5
	60 u. mehr	44,1	48,1	6,4	1,4	0,4	0,8	44,4	49,6	5,3	0,7	0,1	0,5
Hamburg	18 - 25	65,7	16,4	16,1	1,7	1,5	0,2	66,0	18,3	14,8	0,9	0,7	—
	25 - 35	56,7	25,7	16,8	0,7	0,5	0,2	56,2	28,0	15,3	0,5	0,1	0,3
	35 - 45	57,5	27,8	13,6	1,0	0,5	0,4	57,1	30,7	11,5	0,7	0,4	0,2
	45 - 60	52,8	35,7	9,9	1,5	0,7	0,6	51,3	38,3	9,6	0,8	0,3	0,3
	60 u. mehr	52,3	38,9	6,9	2,0	1,1	0,6	56,3	37,6	5,5	0,6	0,3	0,2
Niedersachsen	18 - 25	57,8	31,7	9,5	1,0	0,5	0,4	58,2	32,5	8,8	0,5	0,2	0,3
	25 - 35	50,3	39,0	10,1	0,6	0,2	0,4	48,8	40,8	10,0	0,4	0,1	0,3
	35 - 45	48,8	41,3	9,1	0,8	0,2	0,6	49,0	42,1	8,5	0,5	0,1	0,4
	45 - 60	44,8	44,9	9,1	1,2	0,3	0,8	45,1	46,5	7,8	0,6	0,1	0,4
	60 u. mehr	42,4	49,5	6,8	1,4	0,4	0,9	43,2	50,3	5,9	0,5	0,1	0,4
Bremen	18 - 25	66,0	19,0	13,1	1,9	1,5	0,1	69,7	16,5	12,9	0,9	0,8	0,1
	25 - 35	59,9	25,7	13,7	0,7	0,5	0,2	58,7	27,1	13,6	0,5	0,2	0,3
	35 - 45	59,1	25,6	13,9	1,3	0,7	0,6	59,1	28,3	11,5	1,1	0,6	0,3
	45 - 60	50,6	35,6	12,2	1,6	0,5	1,1	52,3	35,2	11,7	0,8	0,4	0,3
	60 u. mehr	51,7	39,1	7,8	1,5	0,8	0,6	53,5	38,0	7,8	0,7	0,4	0,3
Nordrhein - Westfalen	18 - 25	59,5	29,3	9,9	1,3	0,8	0,4	60,7	30,4	8,5	0,5	0,3	0,1
	25 - 35	52,2	37,3	9,8	0,7	0,3	0,3	51,6	38,9	9,3	0,2	0,1	0,1
	35 - 45	54,0	36,6	8,5	0,8	0,3	0,4	52,1	39,7	7,8	0,4	0,1	0,2
	45 - 60	50,3	39,8	8,5	1,4	0,5	0,8	48,7	43,5	7,2	0,6	0,2	0,3
	60 u. mehr	48,0	45,1	5,7	1,2	0,6	0,5	46,8	47,9	4,8	0,4	0,2	0,2
Hessen	18 - 25	58,2	28,5	11,6	1,7	1,0	0,6	58,3	30,5	10,4	0,7	0,4	0,2
	25 - 35	51,8	35,2	12,0	1,0	0,4	0,6	52,2	35,2	12,0	0,6	0,3	0,3
	35 - 45	51,5	36,8	10,6	1,1	0,3	0,7	50,6	38,6	10,2	0,6	0,2	0,4
	45 - 60	46,2	41,5	10,5	1,8	0,5	1,2	46,3	44,1	8,9	0,8	0,2	0,5
	60 u. mehr	44,6	46,2	7,5	1,7	0,6	0,9	45,8	46,4	7,0	0,8	0,2	0,5
Rheinland - Pfalz	18 - 25	52,3	38,1	8,1	1,5	0,9	0,6	52,8	38,6	8,0	0,5	0,3	0,3
	25 - 35	48,7	41,4	8,8	1,1	0,3	0,8	46,7	44,3	8,4	0,6	0,2	0,4
	35 - 45	47,6	42,6	8,3	1,5	0,4	1,1	46,3	45,7	7,3	0,7	0,1	0,6
	45 - 60	44,0	44,9	9,0	2,1	0,5	1,6	42,8	48,7	7,6	0,9	0,2	0,7
	60 u. mehr	42,3	47,8	7,9	2,0	0,7	1,3	39,9	53,1	6,3	0,8	0,2	0,5
Baden - Württemberg	18 - 25	47,5	40,1	11,1	1,3	0,4	0,7	48,1	41,2	10,0	0,7	0,2	0,3
	25 - 35	41,0	45,4	12,5	1,0	0,3	0,6	41,1	46,7	11,8	0,4	0,1	0,2
	35 - 45	39,9	47,6	10,8	1,7	0,3	1,3	39,9	49,5	9,7	1,0	0,1	0,8
	45 - 60	38,4	48,7	10,6	2,3	0,3	1,8	36,8	52,9	9,3	1,0	0,1	0,8
	60 u. mehr	34,8	54,6	8,9	1,7	0,5	1,1	33,0	58,6	7,7	0,6	0,2	0,4
Bayern	18 - 25	43,2	49,5	6,0	1,3	0,2	1,0	42,9	51,7	5,1	0,4	0,0	0,3
	25 - 35	39,7	50,8	8,1	1,4	0,3	1,0	39,0	52,3	8,2	0,5	0,1	0,4
	35 - 45	41,2	51,1	6,4	1,2	0,2	1,0	39,1	53,7	6,6	0,6	0,1	0,4
	45 - 60	38,2	53,0	6,9	1,9	0,4	1,3	35,7	57,4	6,1	0,8	0,1	0,6
	60 u. mehr	34,9	57,7	5,7	1,6	0,6	1,0	33,4	61,4	4,6	0,6	0,2	0,4
Saarland	18 - 25	58,4	31,3	8,2	2,1	1,0	0,9	56,6	33,6	8,8	0,9	0,5	0,3
	25 - 35	52,7	35,2	9,7	2,4	1,0	1,3	52,3	38,5	8,4	0,8	0,4	0,4
	35 - 45	54,2	36,8	6,8	2,2	1,1	1,1	51,6	40,7	6,9	0,8	0,3	0,5
	45 - 60	49,2	39,6	8,2	3,0	1,1	1,8	45,2	46,3	7,3	1,2	0,6	0,6
	60 u. mehr	43,7	47,7	6,7	1,9	0,9	1,0	42,4	51,0	5,8	0,8	0,3	0,5
Bundesgebiet ohne Berlin	18 - 25	54,3	34,7	9,6	1,4	0,7	0,6	55,0	35,9	8,5	0,6	0,2	0,2
	25 - 35	48,1	40,5	10,5	0,9	0,3	0,6	47,5	42,0	10,1	0,4	0,1	0,2
	35 - 45	48,4	41,5	8,9	1,1	0,3	0,8	47,3	43,8	8,3	0,6	0,1	0,4
	45 - 60	45,0	44,4	8,9	1,7	0,4	1,2	43,6	47,9	7,7	0,7	0,2	0,5
	60 u. mehr	42,5	49,3	6,7	1,5	0,6	0,8	42,0	51,7	5,7	0,6	0,2	0,3

1) Ohne Stimmen der Briefwähler. — 2) CSU nur in Bayern.

übertrifft um 0,7 Prozentpunkte den der Männer. Die CDU und CSU - Stimmen übersteigen die der SPD bei den über 45 Jahre alten Frauen; bei den über 60jährigen sogar um fast 10 Prozentpunkte.

Der geringe prozentuale Stimmenvorsprung der CDU/CSU gegenüber der SPD bei den weiblichen Wählern stützt sich nur auf die Altersgruppe der über 45jährigen. Die F.D.P. - Stimmenanteile der Frauen liegen generell unter den Anteilen der Männer.

Die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen von 1969 und früher ist wegen unterschiedlicher Abgrenzung der Altersgruppen unter 45 Jahren nicht ganz einfach, doch zeigen die vorliegenden Daten, daß der Stimmenzuwachs der SPD bei Männern wie Frauen entscheidend in den jüngeren Jahrgängen erzielt wurde. Hingewiesen sei außerdem auf die im Vergleich zur Entwicklung bei den Männern außerordentlich hohen Stimmengewinne der SPD bei den Frauen über 60 Jahren. Korrespondierend dazu stehen Rückgänge der CDU/CSU in der gleichen Altersgruppe. Beachtenswert ist demgegenüber der im Vergleich zu 1969 um 4,4 Prozentpunkte höher liegende Stimmenanteil der CDU/CSU bei den über 60jährigen Männern. Die SPD hat bei diesen Männern kaum Stimmengewinne erzielt.

Von den unter 25jährigen Männern erhielt die SPD in Bremen mit 66 %, gefolgt von Hamburg (65,7 %), Schleswig - Holstein (61,0 %), Nordrhein - Westfalen (59,5 %), dem Saarland (58,4 %), Hessen (58,2 %) und Niedersachsen (57,8 %) über dem Bundesdurchschnitt (54,3 %) liegende Zweitstimmenanteile. Unter dem Bundesdurchschnitt liegen diese Anteile in Bayern (43,2 %), Baden - Württemberg (47,5 %) und Rheinland - Pfalz (52,3 %). Das gleiche Bild ergibt sich bei den gleichaltrigen Frauen, von den die SPD (bei einem Bundesdurchschnitt von 55 % - wie bei den Männern -) in Bremen mit 69,7 % die meisten und in Bayern mit 42,9 % die wenigsten erhielt.

In der gleichen Altersgruppe kamen CDU/CSU (mit einem Bundesdurchschnitt von 34,7 Männer- und 35,9 % Frauenstimmen) in Bayern (CSU) bei den Männern auf 49,5 und bei den Frauen auf 51,7 % Zweitstimmen, gefolgt von der CDU in Baden - Württemberg mit 40,1 bzw. 41,2 %. Extrem niedrig war dagegen der Stimmenanteil der CDU mit 16,4 % bei den Männern in Hamburg und 16,5 % bei den Frauen in Bremen.

Die F.D.P. hat mit 16,1 bei den Männern und 14,8 % bei den Frauen in Hamburg bei den jüngsten Wählern ihre höchsten und mit 6,0 bzw. 5,1 % in Bayern ihre niedrigsten Anteile erzielt.

In den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen erhielt die SPD bei den über 60jährigen Männern und Frauen noch Stimmenanteile über 50 %, gefolgt von Nordrhein - Westfalen mit 48,0 bzw. 46,8 %. Über dem Bundesdurchschnitt von 42,5 bei den Männern und 42,0 % bei den Frauen lag dieser Anteil noch in Hessen (44,6 bzw. 45,8 %), Schleswig - Holstein (44,1 bzw. 44,4 %) und im Saarland (43,7 bzw. 42,4 %). Während in Niedersachsen die Männer mit über 60 etwa dem Bundesdurchschnitt entsprechend für die SPD votierten, haben die über 60jährigen Frauen in diesem Land überdurchschnittlich für die SPD gestimmt.

Der Stimmenanteil von CDU und CSU bei den über 60jährigen betrug 49,3 % bei den Männern und 51,7 % bei den Frauen. Weit darüber lag er für die CSU in Bayern mit 57,7 bzw. 61,4 % und für die CDU in Baden - Württemberg mit 54,6 und 58,6 %. Die wenigsten Stimmen von den Wählern dieses Alters erhielt die CDU von den Männern und Frauen in Hamburg und Bremen.

Die F.D.P. erreichte ein besonders gutes Ergebnis bei den über 60jährigen Männern in Baden - Württemberg mit 8,9 % (Bundesdurchschnitt 6,7 %) und bei den über 60jährigen Frauen in Bremen mit 7,8 % (Bundesdurchschnitt 5,7 %). Von den über 60jährigen Männern in Nordrhein - Westfalen und Bayern gaben jedoch nur 5,7 % und von den über 60jährigen Frauen in Bayern nur 4,6 % dieser Partei die Zweitstimme.

5. Stimmabgabe in Stadt und Land

Im Gegensatz zu den früheren Wahlen, bei denen die Zahlen über die Stimmabgabe in Stadt und Land, auch nach Geschlecht und Alter, auf einer Gliederung der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik nach den Einwohnerzahlen der Gemeinden mit Auswahlbezirken beruhten, handelt es sich 1972 um Ergebnisse einer Totalzählung der Gemeindeergebnisse. Diese Totalauszählung - ohne Geschlecht

47. Stimmabgabe in Stadt und Land

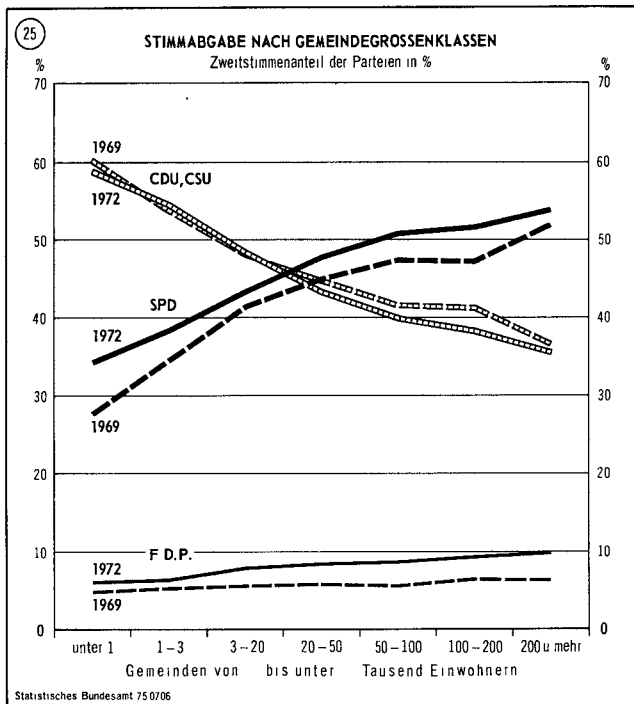
Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Jahr	Von 100 gültigen Zweitstimmen 1) in nebenstehenden Gemeinden entfielen auf			
		SPD	CDU, CSU 2)	F.D.P.	Sonstige
unter 1 000 . .	1961	25,9	54,8	12,3	7,0
	1965	29,7	57,6	10,0	2,8
	1969	27,6	60,6	4,8	7,4
	1972	34,3	58,8	6,0	1,0
1 000 - 3 000 . .	1961	32,3	48,8	12,4	6,5
	1965	33,5	54,4	9,0	3,0
	1969	34,5	53,8	5,2	6,4
	1972	38,4	54,5	6,2	0,9
3 000 - 10 000 . .	1961	35,7	47,2	11,6	5,5
	1965	37,0	50,3	9,7	3,1
3 000 - 20 000 . .	1969	41,3	48,0	5,5	5,1
	1972	43,1	48,4	7,7	0,9
10 000 - 50 000 . .	1961	37,3	42,7	14,2	5,8
	1965	40,1	46,4	10,0	3,5
20 000 - 50 000 . .	1969	44,9	44,8	5,6	4,7
	1972	47,6	43,3	8,3	0,9
50 000 - 100 000 . .	1969	47,4	41,5	5,5	5,6
	1972	50,7	39,9	8,4	0,9
50 000 - 200 000 . .	1961	38,0	43,1	13,6	5,2
	1965	44,9	42,5	8,6	3,9
	1969	48,0	40,9	5,8	5,2
	1972	51,1	39,2	8,8	1,0
100 000 - 200 000 . .	1969	47,3	41,1	6,4	5,3
	1972	51,5	38,3	3,2	1,0
200 000 und mehr . . .	1961	43,2	38,5	13,0	5,2
	1965	47,9	38,6	9,1	4,4
	1969	51,9	36,5	6,3	5,3
	1972	53,8	35,5	9,8	1,0
Insgesamt	1961	36,1	45,3	12,9	5,8
	1965	39,8	47,2	9,4	3,5
	1969	42,8	46,0	5,6	5,6
	1972	46,3	44,6	8,2	0,9

1) Ohne Stimmen der Briefwähler. - 2) CSU nur in Bayern.

und Alter - wurde möglich, weil für eine in Aussicht genommene Neuauswahl der Stichprobenbezirke für die Bundestagswahl 1976 sämtliche Wahlbezirksergebnisse der Bundestagswahl 1972 mit zusätzlichen Angaben über Gemeindegrößenklassen und Konfessionsstruktur in der Gemeinde auf Lochkarten genommen worden sind.

Mehr Stimmen als die SPD erhielt die CDU und CSU bei der Bundestagswahl 1972 im Durchschnitt der Gemeinden von weniger als 20 000 Einwohnern. In den Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern konnte sie sogar mehr als 50 % der gültigen Zweitstimmen auf sich vereinigen. In den Gemeinden über 200 000 Einwohner betrug ihr Stimmenanteil jedoch nur noch 35,5 %, verglichen mit 58,8 % in den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern. Umgekehrt verhält es sich bei der SPD, für die sich in diesen Gemeinden nur 34,3 % der Wähler, in den Gemeinden mit mehr als 200 000 Einwohnern aber 53,8 % entschieden haben. Während sich die Stimmenanteile der CDU und CSU von den kleinsten zu den größten Gemeinden um etwas über 23 Prozentpunkte vermindern, steigen sie bei der SPD um knapp 20 Prozentpunkte an. Die SPD erhielt schon im Durchschnitt der Gemeinden von 50 000 und mehr Einwohnern über 50 % der gültigen Zweitstimmen. Der Anteil der Zweitstimmen für die F.D.P. betrug bei einem Bundesdurchschnitt von 8,2 % in den kleinsten Gemeinden 6,0 und in den Gemeinden über 200 000 Einwohnern 9,8 %. Bei den sonstigen Parteien war der Anteil der Zweitstimmen in allen Gemeindegrößen nahezu gleich.

Stimmengewinne erzielten die CDU/CSU 1972 im Durchschnitt der Gemeinden zwischen 1 000 und 20 000 Einwohnern. Im Durchschnitt der anderen Gemeinden hat sie gegenüber 1969 überall Einbußen erlitten, die mit nahezu 3 Prozentpunkten in den Großstädten unter 200 000 Einwohnern am höchsten waren. Die



SPD dagegen hat im Durchschnitt in allen Gemeindegrößenklassen Gewinne erzielt. In den Gemeinden unter 1 000 Einwohnern stieg ihr Stimmenanteil von 27,6 auf 34,3 %, gefolgt von den Gemeinden zwischen 1 000 und 3 000 Einwohnern, wo im Durchschnitt noch eine Zunahme von rd. 4 Prozentpunkten zu verzeichnen ist. Am geringsten war die Zunahme mit knapp 2 Prozentpunkten in den Gemeinden über 200 000 Einwohner.

6. Stimmabgabe der evangelischen und katholischen Wähler

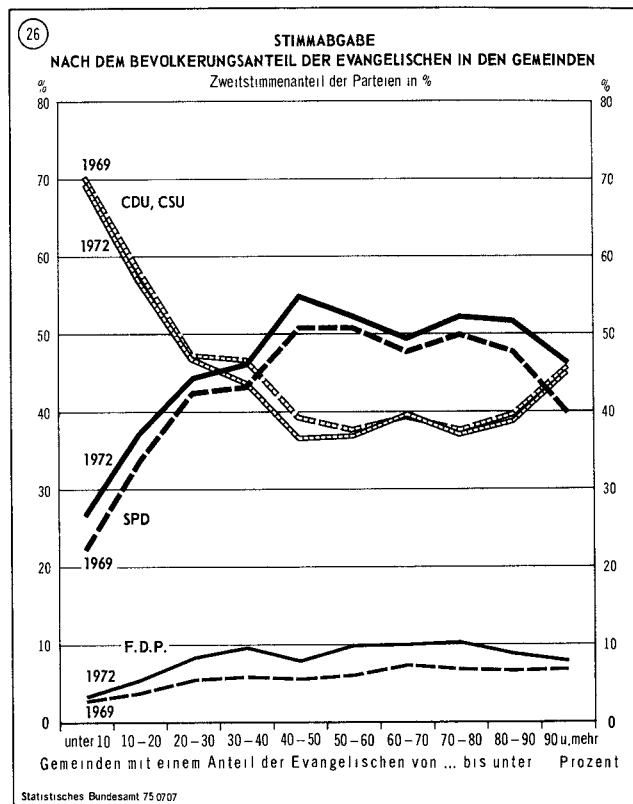
In derselben Weise wie die Stimmabgabe nach Stadt und Land ist der Zusammenhang zwischen Stimmabgabe und Religionszugehörigkeit untersucht worden. Dazu wurden die auf Lochkarten genommenen Ergebnisse über die Stimmabgabe 1972 um den Anteil der evangelischen Bevölkerung der Gemeinde bei der Volkszählung 1970 – umgerechnet auf den Gebietsstand der Gemeinde am Tag der Bundestagswahl – ergänzt und für die Aufbereitung 10 Anteilgruppen gebildet. Den zum Vergleich herangezogenen Ergebnissen vor 1972 liegt der Anteil der evangelischen Bevölkerung in den Gemeinden bei der Volkszählung 1961 zugrunde. Auf die Berücksichtigung des Anteils der Katholiken konnte verzichtet werden, weil die Bevölkerung, die nicht evangelisch oder katholisch ist, nur rd. 8 % ausmacht. Es kann daher davon ausgegangen werden, daß bei einem Bevölkerungsanteil der Evangelischen von beispielsweise 20 bis 30 % der Anteil der Katholiken ungefähr 70 bis 80 % beträgt.

In noch stärkerem Umfang als von der Größe der Gemeinden wurde das Wahlergebnis durch die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung bestimmt. In den fast rein katholischen Gemeinden (Anteil der Evangelischen unter 10 %) entfielen auf die CDU und CSU 69,3 %, in den fast rein evangelischen Gemeinden (Anteil der Evangelischen über 90 %) jedoch nur noch 45 % der Zweitstimmen.

Noch niedriger war ihr Stimmanteil mit weit weniger als 40 % in den Gemeinden mit stark gemischter Bevölkerung. Wie die Ergebnisse 1972 zeigen, bei denen das Merkmal Religionszugehörigkeit auch mit der Gemeindegrößenklasse kombiniert wurde, ist der Grund hierfür darin zu suchen, daß es sich bei diesen Gemeinden häufig um Großstädte handelt, in denen aus anderen Ursachen als der Konfession die CDU und CSU nicht so stark sind. Die SPD erhielt in den rein katholischen Gemeinden nur 26,7 %, in den konfessionell stark gemischten Gemeinden aus genannten Gründen aber über 50 % und in den rein evangelischen Gemeinden 46,3 % der Zweitstimmen. Auch für die F.D.P. wurden in den Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung weit weniger Stimmen gezählt als in den Gemeinden, in denen die Evangelischen vorherrschen.

Die SPD konnte ihr Wahlergebnis im Durchschnitt in allen Gemeinden verbessern: In den überwiegend katholischen Gemeinden gegenüber 1969 um über 4 Prozentpunkte und in den überwiegend evangelischen Gemeinden sogar um über 6. Die CDU und CSU dagegen konnte nur in den Gemeinden mit einem Anteil der Evangelischen von 60 bis unter 70 % einen geringen (0,3 Prozentpunkte) Stimmengewinn verbuchen; die größten Einbußen erlitten sie mit rd. 3 Prozentpunkten in den konfessionell gemischten Gemeinden.

Wie Tabelle 49 zeigt, in der die Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen mit dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden kombiniert dargestellt ist, konnte die SPD im Durchschnitt mit



48. Stimmabgabe nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden

Anteil der evangelischen Bevölkerung ¹⁾ von ... bis unter ... %	Von 100 gültigen Zweitstimmen ²⁾ in nebenstehenden Gemeinden entfielen auf															
	SPD				CDU und CSU ³⁾				F.D.P.				Sonstige			
	1961	1965	1969	1972	1961	1965	1969	1972	1961	1965	1969	1972	1961	1965	1969	1972
unter 10	16,5	21,6	22,3	26,7	74,2	72,1	70,2	69,3	5,7	4,5	2,6	3,2	3,7	1,8	4,9	0,8
10 – 20	27,8	32,0	33,5	37,2	59,8	58,6	58,1	56,8	8,4	6,9	3,8	5,3	3,9	2,5	4,6	0,8
20 – 30	33,9	36,6	42,4	44,3	49,3	51,4	47,1	46,7	11,2	8,5	5,4	8,2	5,6	3,6	5,1	0,8
30 – 40	30,6	38,2	43,1	46,0	52,9	51,7	46,6	43,6	12,7	7,6	5,8	9,5	4,0	2,5	4,6	0,9
40 – 50	38,0	46,0	50,8	54,7	46,1	42,2	39,1	36,5	11,8	8,3	5,5	7,8	4,2	3,5	4,6	0,9
50 – 60	43,7	48,7	50,8	52,2	37,7	38,2	37,6	36,9	13,1	8,7	6,0	9,8	5,7	4,4	5,6	1,1
60 – 70	42,0	43,0	47,8	49,4	36,1	40,3	39,3	39,6	16,1	12,5	7,1	9,9	5,9	4,1	5,7	1,1
70 – 80	45,3	44,8	50,0	52,0	32,3	39,2	37,6	37,0	15,9	11,3	6,6	10,1	6,5	4,6	5,8	1,0
80 – 90	42,3	44,1	47,6	51,5	33,4	40,4	39,8	38,7	16,5	11,4	6,5	8,8	7,9	4,1	6,1	0,9
90 und mehr	37,3	40,2	40,0	46,3	34,3	42,9	45,7	45,0	18,1	13,9	6,6	7,7	10,4	3,1	7,6	1,0
Insgesamt	36,1	39,8	43,0	46,3	45,3	47,2	45,9	44,6	12,9	9,4	5,6	8,1	5,8	3,5	5,5	0,9

1) 1961 bis 1969 aufgrund der evangelischen Bevölkerung in den Gemeinden bei der Volkszählung 1961, 1972 bei der Volkszählung 1970 – 2) Ohne Stimmen der Briefwähler – 3) CSU nur in Bayern.

49. Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Anteil
der Evangelischen in den Gemeinden 1972

Partei	Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Anteil der evangelischen Bevölkerung von ... bis unter ... %									
		unter 10	10 — 20	20 — 30	30 — 40	40 — 50	50 — 60	60 — 70	70 — 80	80 — 90	90 und mehr
		in % der gültigen Zweitstimmen nebenstehender Parteien									
SPD	unter 1 000 ...	20,4	28,0	31,7	32,2	37,5	43,0	46,6	46,4	47,8	42,4
	1 000 — 3 000 ...	27,0	33,3	34,7	36,7	42,9	45,8	45,9	48,0	49,4	47,5
	3 000 — 20 000 ...	30,7	36,3	39,6	42,1	45,1	46,8	47,0	49,2	50,7	50,3
	20 000 — 50 000 ...	42,2	39,4	43,5	46,2	52,0	48,9	51,0	51,8	51,8	53,3
	50 000 — 100 000 ...	—	44,7	43,6	47,3	57,3	53,1	50,5	50,3	52,4	—
	100 000 — 200 000 ...	—	42,0	44,0	51,4	55,8	53,8	50,8	52,2	59,8	—
	200 000 und mehr ...	—	45,4	50,1	46,4	58,3	54,7	52,7	55,2	57,4	—
CDU, CSU 1)	unter 1 000 ...	76,0	66,4	61,4	59,7	53,5	46,2	42,2	42,2	42,4	48,8
	1 000 — 3 000 ...	68,9	60,9	58,0	54,8	47,7	44,0	42,9	41,4	41,4	44,3
	3 000 — 20 000 ...	65,2	57,8	52,0	48,0	45,2	41,8	41,7	40,2	39,9	40,6
	20 000 — 50 000 ...	52,7	54,8	48,5	44,6	38,5	39,2	38,6	37,9	38,4	37,5
	50 000 — 100 000 ...	—	48,5	48,7	42,4	34,9	36,5	38,9	39,2	38,0	—
	100 000 — 200 000 ...	—	51,3	47,7	37,6	34,3	36,1	37,9	36,0	29,9	—
	200 000 und mehr ...	—	45,4	38,9	42,1	33,5	34,4	36,2	33,2	31,3	—
F.D.P.	unter 1 000 ...	2,8	4,7	6,1	6,8	7,8	9,5	9,8	10,0	8,6	7,7
	1 000 — 3 000 ...	3,2	5,0	6,5	7,4	8,3	8,8	10,0	9,4	8,2	7,3
	3 000 — 20 000 ...	3,4	5,2	7,6	9,0	8,7	10,4	10,2	9,5	8,6	8,2
	20 000 — 50 000 ...	4,4	5,1	7,1	8,4	8,5	10,7	9,5	9,4	8,9	8,5
	50 000 — 100 000 ...	—	5,9	6,9	9,3	6,9	9,4	9,5	9,6	8,8	—
	100 000 — 200 000 ...	—	5,7	7,6	10,0	8,8	9,0	10,2	11,1	9,3	—
	200 000 und mehr ...	—	8,5	10,1	10,6	7,3	9,8	10,3	10,7	10,2	—

1) CSU nur in Bayern.

59,8 % ihren höchsten Stimmenanteil in den Großstädten unter 200 000 Einwohnern und einem Anteil der evangelischen Bevölkerung von 80 bis unter 90 % erreichen. Ihren geringsten Stimmenanteil erhielt sie mit 20,4 % in den katholischen Dörfern. Genau

umgekehrt verhält es sich bei der CDU und CSU. Ähnlich wie bei der SPD, nur auf sehr viel tieferem Niveau, beeinflussten Siedlungs- und Konfessionsstruktur die Neigung der Wähler, sich mit ihrer Zweitstimme für die F.D.P. zu entscheiden.

E. Kombination der Erst- und Zweitstimmen

Maßgebend für die Sitzverteilung im Bundestag sind die Zweitstimmen. Die Erststimmen wirken sich über die Wahl der Wahlkreisabgeordneten nur auf die personelle Zusammensetzung der Hälfte der Mitglieder des Bundestages aus. Verwirklicht wird dieses System einer teilweisen personifizierten Verhältniswahl, indem aufgrund der Zweitstimmen zunächst die Sitze festgestellt werden, die einer jeden Partei in Bund und Ländern im ganzen zustehen. In einem weiteren Schritt werden von diesen Ergebnissen die von den Parteien mit den Erststimmen errungenen Wahlkreissitze abgezogen. Die restlichen Sitze werden sodann aus den Landeslisten der Parteien in der Reihenfolge der Bewerber besetzt ¹⁾. Damit wird erreicht, daß der Anhänger einer Partei, der bereit ist, dieser Partei seine Zweitstimme zu geben, mit seiner Erststimme auch den Kandidaten einer anderen Partei wählen kann, ohne auf diese Weise die Zahl der Sitze seiner Partei im Bundestag zu schmälern. Wählen viele Anhänger einer Partei A, der sie die Zweitstimme geben, wegen des besonderen Ansehens oder der besseren Siegesaussichten mit ihrer Erststimme den Wahlkreisbewerber einer Partei B, vermindern sie zwar die Zahl der Wahlkreissitze der Partei A, nicht aber die Gesamtzahl ihrer Sitze, weil von der Partei A entsprechend mehr Landeslistenbewerber in den Bundestag einziehen.

Von der Möglichkeit des „Stimmensplittings“ machen gewöhnlich nur wenige Wähler Gebrauch. Wie 1969 gaben von den Wählern,

deren Zweitstimme gültig war, 90,5 % beide Stimmen für dieselbe Partei ab; nur 8,8 % wählten mit der Erststimme Kandidaten einer anderen Partei. Bei 0,8 % der Wähler mit gültiger Zweitstimme war die Erststimme ungültig.

Im Vergleich zu früheren Wahlen war 1969 wie 1972 der Anteil der gleichlautenden Erst- und Zweitstimmen relativ klein. 1965 hatten noch 91,4 %, 1961 sogar 93,7 % der Wähler ihre Erst- und Zweitstimme derselben Partei gegeben.

Da der Anteil der Wähler mit gültiger Zweitstimme aber ungültiger Erststimme 1972 sehr klein war, darf angenommen werden, daß das System der zwei Stimmen inzwischen gut verstanden wird und das Splitting, auch wenn es „nur“ bei 8,8 % der Zweitstimmenwähler vorkam, doch bewußt genutzt wird. Die stärkste Koppelung zwischen Erst- und Zweitstimme ist verständlicherweise bei den beiden großen Parteien SPD und CDU mit CSU vorhanden, die in der Regel die Chance haben, ein Wahlkreismandat zu gewinnen. Ihre Wähler haben daher auch selten Veranlassung, mit ihrer Erststimme dem Kandidaten einer anderen Partei zum Erfolg zu verhelfen. Am häufigsten (96,8 %) haben die Wähler von CDU und CSU Erst- und Zweitstimme gekoppelt. Bei der SPD beträgt der Anteil der gleichlautenden Stimmen 94,1 %. Gegenüber 1969 hat sich bei beiden Parteien der Anteil der Wähler mit gleicher Erst- und

1) Näheres siehe Abschnitt F.

50. Gültige Zweitstimmen in Kombination mit den abgegebenen Erststimmen

Jahr	Von 1 000 Wählern mit gültiger Zweitstimme war die Erststimme								
	für dieselbe Partei			für eine andere Partei			ungültig		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
1957 1)	915	917	916	69	60	64	16	24	20
1961	937	937	937	48	39	43	15	24	20
1965	918	911	914	69	62	65	14	27	21
1969	902	907	905	85	71	78	13	22	18
1972	900	909	905	94	82	88	7	9	8

1) Ohne Saarland.

51. Kombination der Erst- und Zweitstimmen 1972

Partei	Geschlecht	Von 100 Wählern ¹⁾ , die mit der Erststimme bzw. Zweitstimme nebenstehende Partei oder ungültig wählten, wählten mit der anderen Stimme						
		SPD	CDU, CSU 2)	F.D.P.	Sonstige	darunter		ungültig
						DKP	NPD	
Erststimmen = 100								
SPD	männlich	88,4	1,4	9,8	0,2	0,1	0,1	0,2
	weiblich	90,0	1,4	8,2	0,1	0,1	0,0	0,4
	insgesamt	89,2	1,4	8,9	0,2	0,1	0,1	0,3
CDU, CSU 2) . .	männlich	1,9	95,8	1,6	0,4	0,0	0,4	0,2
	weiblich	1,8	96,4	1,3	0,2	0,0	0,1	0,4
	insgesamt	1,8	96,1	1,5	0,3	0,0	0,2	0,3
F.D.P.	männlich	26,1	6,1	66,8	0,8	0,2	0,3	0,2
	weiblich	29,9	7,1	62,2	0,5	0,1	0,2	0,3
	insgesamt	28,2	6,6	64,3	0,6	0,1	0,3	0,3
Sonstige	männlich	14,4	12,0	3,1	69,9	24,9	42,9	0,6
	weiblich	16,1	14,2	4,2	64,5	22,8	40,0	1,1
	insgesamt	15,0	12,7	3,5	68,0	24,5	42,2	0,8
dar.: DKP	männlich	28,0	4,7	3,9	63,1	60,8	1,1	0,3
	weiblich	29,7	5,2	4,3	59,6	57,8	1,3	1,2
	insgesamt	28,6	4,9	4,0	61,9	59,8	1,2	0,6
NPD	männlich	4,4	16,5	2,0	76,5	0,7	75,0	0,5
	weiblich	6,3	18,4	3,0	71,5	0,3	70,9	0,8
	insgesamt	5,0	17,2	2,4	74,8	0,6	73,6	0,6
Ungültig	männlich	27,0	21,6	3,7	2,9	0,7	1,4	44,8
	weiblich	32,8	24,7	3,6	1,0	0,2	0,5	38,0
	insgesamt	30,5	23,5	3,6	1,8	0,4	0,8	40,7
Zweitstimmen = 100								
SPD	männlich	94,6	1,8	2,6	0,4	0,3	0,1	0,6
	weiblich	93,6	1,8	3,3	0,2	0,2	0,0	1,0
	insgesamt	94,1	1,8	3,0	0,3	0,2	0,1	0,8
CDU, CSU 2) . .	männlich	1,6	96,8	0,7	0,4	0,1	0,3	0,5
	weiblich	1,4	96,8	0,8	0,2	0,0	0,1	0,8
	insgesamt	1,5	96,8	0,7	0,3	0,0	0,2	0,7
F.D.P.	männlich	55,7	7,9	35,4	0,5	0,2	0,2	0,5
	weiblich	50,1	7,9	41,0	0,3	1,8	0,0	0,7
	insgesamt	52,9	7,9	38,2	0,4	0,2	0,2	0,6
Sonstige	männlich	9,0	13,8	2,7	72,2	26,2	44,7	2,4
	weiblich	10,2	13,7	4,1	69,6	24,1	43,5	2,4
	insgesamt	9,4	13,8	3,1	71,3	25,2	44,1	2,4
dar.: DKP	männlich	14,3	3,4	2,2	78,4	77,0	1,3	1,7
	weiblich	14,2	1,8	2,2	79,9	79,2	0,6	1,9
	insgesamt	14,2	2,9	2,2	78,9	77,7	1,1	1,7
NPD	männlich	5,0	18,7	1,7	72,7	0,8	71,8	1,8
	weiblich	5,0	18,2	3,1	70,8	0,9	69,7	2,0
	insgesamt	5,3	18,6	2,2	72,0	0,8	71,1	1,9
Ungültig	männlich	16,8	14,6	1,3	1,1	0,3	0,6	66,2
	weiblich	19,0	19,1	1,6	0,7	0,3	0,3	59,6
	insgesamt	18,1	17,2	1,5	0,9	0,3	0,4	62,3

1) Ohne Briefwähler. — 2) CSU nur in Bayern.

52. Ausgewählte Stimmenkombination bei den Bundestagswahlen seit 1957

Von 1 000 abgegebenen Zweitstimmen						
für die	entfielen auf Erststimmen					
	für die	1957 ¹⁾	1961	1965	1969	1972
SPD	SPD	950	955	947	934	941
	CDU, CSU 2)	13	15	22	31	18
	F.D.P.	5	6	6	14	30
CDU, CSU 2)	SPD	10	10	23	31	15
	CDU, CSU 2)	934	956	939	934	968
	F.D.P.	9	11	14	11	7
F.D.P.	SPD	38	31	67	248	529
	CDU, CSU 2)	75	81	209	106	79
	F.D.P.	850	865	703	620	382

1) Ohne Saarland. — 2) CSU nur in Bayern.

Zweitstimme vergrößert. Am stärksten war dies bei der CDU/CSU der Fall.

Die stärkste Stimmenaufsplitterung ergab sich für die F.D.P. Von den Zweitstimmenwählern dieser Partei haben nur 38,2 % auch die Erststimme für einen Wahlkreiskandidaten der F.D.P. abgegeben; 52,9 % hingegen haben einen Kandidaten der SPD und nur 7,9 % einen Kandidaten der CDU/CSU gewählt. Bemerkenswert ist, daß sich der Anteil mit SPD - Erststimmen gekoppelten F.D.P. - Zweitstimmen gegenüber 1969 (24,8 %) mehr als verdoppelt und gegenüber 1965 (6,7 %) fast verachtfacht hat. Die Erststimmenabgabe für CDU/CSU, die 1965 noch 20,9 und 1969 10,6 % betrug, erreichte, wie gesagt, 1972 nur noch 7,9 %.

Bei den sonstigen Parteien, deren Wähler ebenfalls relativ oft (77,7 % bei der DKP, 71,1 % bei der NPD) Erst- und Zweitstimmen koppelten, fällt auf, daß die Zweitstimmenwähler der DKP eher einen Wahlkreiskandidaten der SPD, die Zweitstimmenwähler der NPD eher einen Kandidaten der CDU bzw. CSU als Kreiswahlvorschläge anderer Parteien unterstützten.

F. Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen

1. Sitzverteilungsverfahren

Maßgebend für die Sitze, die jeder Partei zustehen, sind die für ihre Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen. Es werden jedoch nur die Zweitstimmen derjenigen Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 % der gültigen Zweitstimmen erhalten oder mindestens drei Wahlkreissitze errungen haben („Sperrklausel“).

Die SPD, CDU und CSU erfüllten beide Bedingungen, die F.D.P. die erste. Alle übrigen Parteien erhielten weder 5 % der Zweitstimmen noch Wahlkreissitze. Damit kamen für die Sitzverteilung wiederum nur die Parteien in Betracht, die schon im 6. Bundestag vertreten waren, nämlich die SPD, CDU, CSU und F.D.P. mit zusammen rund 37,1 Mill. Stimmen. Die 349 000 Stimmen für die übrigen Parteien waren für die Sitzverteilung ohne Bedeutung.

Das Bundeswahlgesetz geht — föderalistischen Prinzipien folgend — von Landeslisten der Parteien und von einer der Verteilung der Zweitstimmen auf diese Landeslisten entsprechenden Sitzverteilung aus. Dabei findet das d'Hondt'sche¹⁾ Verfahren Anwendung. Hierzu ein einfaches Beispiel, bei dem angenommen wird, daß insgesamt 10 Sitze auf die Partei A mit 1 190, die Partei B mit 600 und die Partei C mit 210 Stimmen zu verteilen sind.

Es werden zunächst die Parteistimmen A, B und C mit 1, 2, 3 usw. dividiert, was zu folgenden Ergebnissen führt:

Teiler	Stimmen für		
	A = 1 190	B = 600	C = 210
1	1 190	600	210
2	595	300	105
3	396	200	70
4	297	150	52
5	238	120	42
6	198	100	35

Auf diese insgesamt 18 Quotienten, im folgenden Höchstzahlen genannt, werden nun in der Reihenfolge ihrer Größe solange Sitze verteilt, bis ihre Zahl erschöpft ist. Es erhält also den

1. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 1 190,
2. Sitz die Partei B mit der Höchstzahl 600,
3. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 595,
4. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 396,
5. Sitz die Partei B mit der Höchstzahl 300,
6. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 297,
7. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 238,
8. Sitz die Partei C mit der Höchstzahl 210,
9. Sitz die Partei B mit der Höchstzahl 200,
10. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 198.

1) V. d'Hondt: Systeme Pratique et Raisonnee de Representation Proportionnelle, Brüssel 1882.

Insgesamt erhalten somit

- die Partei A: 6 Sitze,
- die Partei B: 3 Sitze,
- die Partei C: 1 Sitz.

Diese Verteilung entspricht fast genau dem Verhältnis der Stimmen und hätte sich auch bei streng proportionaler Verteilung z. B. dann ergeben, wenn zunächst die Stimmenanteile für die Parteien A = 0,595, B = 0,300 und C = 0,105 festgestellt und diese Anteile sodann mit zehn multipliziert worden wären. Anders verhält es sich jedoch — weil nur ganze Sitze vergeben werden können —, wenn größere Reste verbleiben. Das ist z. B. bei der Verteilung von nur sieben Sitzen auf dieselben Stimmenanteile der Parteien A, B und C der Fall.

Verteilt man die sieben Sitze nach den drei Stimmenanteilen, ergeben sich für die Partei

- A: $7 \times 0,595 = 4,165$ Sitze,
- B: $7 \times 0,300 = 2,100$ Sitze,
- C: $7 \times 0,105 = 0,735$ Sitze.

Es läge nun nahe, 4 Sitze der Partei A, 2 Sitze der Partei B und einen Sitz der Partei C zuzuweisen, weil die Partei C den größten Stimmenrest (Wert der Dezimalen) hat.

Nach d'Hondt erhält die Partei A jedoch 5 Sitze, die Partei B 2 Sitze und die kleinste Partei C keinen Sitz. Bei Reststimmen, auf die kein voller Sitz entfällt, kann es somit vorkommen, daß die kleinen Parteien schlechter gestellt werden, als ihrem Stimmenanteil entspricht. Damit kann man allerdings noch nicht behaupten, das d'Hondt'sche Verfahren sei schlechterdings ungerecht. Bei streng proportionaler Verteilung der Sitze unter Beachtung der Rundungsregeln würde die Partei C für ihren einen Sitz nur 210 Stimmen benötigen, die Parteien A und B je Sitz im Durchschnitt aber $600 : 2 = 300$ bzw. $1 190 : 4 = 297$, oder anders ausgedrückt: Verlangt man auch für die Parteien A und B je Sitz nicht mehr Stimmen als für die Partei C, bleiben $1 190 - (4 \times 210) = 350$ Stimmen der Partei A und $600 - (2 \times 210) = 180$ Stimmen der Partei B ohne Sitz.

Sinn des d'Hondt'schen Verfahrens ist es, die Zahl zu finden, durch die man die Stimmen der Parteien dividieren muß, damit die vollen (ungerundeten) Sitzzahlen einer jeden Partei zusammen genau der vorgegebenen Gesamtzahl entsprechen. Das bedeutet in dem Beispiel der Verteilung von sieben Sitzen auf die Parteien A, B und C, daß der Teiler höher als 210, aber nicht höher als 238 anzusetzen ist, weil schon beim Teiler 239 nur noch 6 Sitze (4 für die Partei A und 2 für die Partei B) verteilt werden könnten und bei einem Teiler von weniger als 211 mehr als sieben Sitze zur Verfügung stehen müßten. Die Partei C geht unter Zugrundelegung von 211 bis 238 Stimmen für einen Sitz allerdings leer aus.

Die Sitzverteilung bei Bundestagswahlen kann in einem einstufigen und in einem zweistufigen Verfahren geschehen. Wäre bei der

Bundestagswahl 1972 das einstufige Verfahren angewendet worden, hätten die Zweitstimmen für die zehn Landeslisten der SPD und der F.D.P. sowie die Zweitstimmen für neun Landeslisten der CDU und der Landesliste der CSU in Bayern, also insgesamt 30 Zahlen, statt nur drei, wie in dem Beispiel, jeweils durch 1, 2, 3 usw. geteilt werden müssen, um auf die dabei anfallenden Höchstzahlen in der Reihenfolge ihrer Größe 496 Sitze zu vergeben.

Dabei wäre folgende Sitzverteilung herausgekommen:

SPD: 232 statt tatsächlich 230,
CDU: 178 statt tatsächlich 177,
CSU: 50 statt tatsächlich 48,
F.D.P.: 36 statt tatsächlich 41.

Dieses Ergebnis, nach dem die F.D.P. fünf Sitze weniger, die SPD und CSU je zwei und die CDU einen Sitz mehr erhalten hätten, hängt damit zusammen, daß die ohnehin schon relativ wenigen Stimmen der F.D.P. beim einstufigen Sitzverteilungsverfahren nicht als ganzes in die Waagschale gefallen wären, sondern aufgesplittert in zehn Teile. Die beim d'Hondt'schen Verfahren mögliche Schlechterstellung der kleineren Parteien, oder in diesem Falle der Landeslisten mit wenig Stimmen, würde sich also für die F.D.P. sehr negativ ausgewirkt haben, nicht jedoch für die etwas stärkere CSU mit einer Konzentration aller Stimmen in Bayern.

Um solche Auswirkungen des d'Hondt'schen Verfahrens weitgehend zu neutralisieren, läßt es das Bundeswahlgesetz seit 1957 zu, daß die Parteien ihre Landeslisten für die Sitzverteilung miteinander verbinden. Das bedeutet keine Aufstellung von Kandidaten für eine Bundesliste, hat aber zur Folge, daß nach d'Hondt zunächst die Sitze zu berechnen sind, die einer Partei aufgrund ihrer Zweitstimmen im ganzen Bundesgebiet zustehen. In einem zweiten Schritt werden die Sitze einer Partei im Bund sodann – wieder nach d'Hondt – auf die Länder nach Maßgabe der Zweitstimmen für ihre einzelnen Landeslisten verteilt. Rechnerisch geschieht dies in der ersten Stufe durch eine Teilung der Zweitstimmen einer jeden Partei im Bund und in der zweiten Stufe durch eine Teilung der Zweitstimmen einer jeden Partei in den Ländern durch 1, 2, 3, 4 usw. und anschließende Verteilung der Sitze in der Reihenfolge der dabei anfallenden Höchstzahlen.

Bei der Bundestagswahl 1972 haben von der Möglichkeit der Listenverbindung ebenso wie bei den Wahlen davor alle Parteien Gebrauch gemacht. Die Folge davon war, daß die vier im Bundestag vertretenen Parteien ihre Sitze mit folgenden durchschnittlichen Stimmenzahlen erhielten:

Partei	Tatsächlich	dagegen bei Verzicht auf die Listenverbindung
SPD	74 674	74 030
CDU	74 524	74 105
CSU	75 316	72 303
F.D.P.	76 341	86 943.

Die tatsächlichen Stimmenzahlen der Parteien je Abgeordneten liegen infolge der Listenverbindungen dicht beieinander. Die Listenverbindungen haben also dafür gesorgt, daß jede der vier Parteien etwa soviel Sitze erhielt, wie ihrem Stimmenanteil im Bund entspricht. Bei Verzicht auf die Listenverbindungen hätte die F.D.P. dagegen fast 87 000 Zweitstimmen für einen Abgeordneten benötigt und wäre infolgedessen gegenüber der CSU, für die schon etwas über 72 000 und der SPD und CDU für die rd. 74 000 Stimmen genügt hätten, stark benachteiligt gewesen.

Über die ersten Höchstzahlen und die letzten, auf die bei der Verteilung der Sitze auf die Listenverbindungen gerade noch Sitze vergeben werden konnten, unterrichtet Tabelle 53. Die Höchstzahlen mit dem Teiler 1 sind identisch mit der Gesamtzahl der Zweitstimmen jeder Partei im Bundesgebiet. Diese Gesamtzahlen waren nun sukzessive durch 1, 2, 3 usw. zu teilen. Auf die so entstandenen Ergebnisse wurden dann in der Reihenfolge ihrer Größe (der „Höchstzahlen“) so lange Sitze vergeben, bis die vorbestimmte Zahl von 496 verteilt war. Entsprechend den Höchstzahlen fiel so der erste Sitz an die SPD, der zweite Sitz an die CDU, der dritte Sitz wieder an die SPD, der vierte Sitz wieder an die CDU usw. Erst der achte Sitz ging an die CSU und sogar erst der 11. an die F.D.P. Die SPD erhielt mit der Sitzfolge Nr. 495 ihren 230ten und letzten Sitz auf die Höchstzahl 74 674, die CDU mit der Sitzfolge 496 ihren 177ten und letzten Sitz auf die Höchstzahl 74 524, die CSU mit der Sitzfolge 492 ihren 48ten und letzten Sitz auf die Höchstzahl 75 316 und die F.D.P. mit der Sitzfolge Nr. 484 ihren 41ten und letzten Sitz auf die Höchstzahl 76 341. Wären noch weitere Sitze zu verteilen gewesen, würde (entsprechend den Höchstzahlen unter dem Strich in Tabelle 53) zunächst die F.D.P. mit der Höchstzahl 74 523, dann die SPD und schließlich die CDU zu einem weiteren Sitz gekommen sein.

In der geschilderten Weise erhielten die

SPD: 230 Sitze,
CDU: 177 Sitze,
CSU: 48 Sitze,
F.D.P.: 41 Sitze.

Diese Verteilung entspricht nicht ganz dem Verhältnis der Zweitstimmen dieser vier Parteien. Nach diesem Verhältnis wären nämlich der CDU nur 176, der F.D.P. aber 42 Sitze zugefallen. Die Eigenschaft des d'Hondt'schen Verfahrens, die kleineren Parteien etwas schlechter zu stellen hat sich also diesmal schon bei der Verteilung der Sitze auf Bundesebene ausgewirkt.

Der nächste Schritt war – wieder nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren – die Verteilung der Sitze jeder Partei auf die Länder, entsprechend dem Verhältnis der Verteilung aller Zweitstimmen einer jeden Partei auf ihre Landeslisten. Ein Beispiel für die Weiterverteilung der Sitze einer Partei auf die Länder enthält Tabelle 54 für die SPD. Die Gesamtzahlen der Zweitstimmen für die einzelnen Landeslisten der SPD stehen rechts neben dem Teiler 1 und darunter in einer Auswahl die Höchstzahlen bei der Teilung dieser Gesamtzahlen durch 2, 3 usw. Für die Zweitstimmen der SPD in Nordrhein - Westfalen ergab sich auch noch beim Teiler 2 eine größere Höchstzahl als für die Zweitstimmen der SPD in den anderen Ländern beim Teiler 1, so daß die beiden ersten Sitze der SPD diesem Lande zuzuweisen waren; erst der dritte SPD - Sitz kam nach Bayern. Am Schluß stehen die Höchstzahlen auf die für eine Landesliste gerade noch ein Sitz vergeben werden konnte. Der 230te und letzte Sitz kam mit der niedrigsten Höchstzahl 73 131 nach Schleswig - Holstein, der 229te und vorletzte mit der zweitniedrigsten Höchstzahl 73 465 nach Nordrhein - Westfalen. Wäre noch ein weiterer Sitz zu verteilen gewesen, hätte ihn die SPD in Bayern bekommen.

Entsprechend wurde bei der Weiterverteilung der 177 Sitze der CDU und der 41 Sitze der F.D.P. verfahren.

Von den so ermittelten Sitzen der Parteien in den Ländern waren nunmehr die Sitze abzuziehen, die sie bereits durch die Erststimmen in den Wahlkreisen errungen hatten. In Nordrhein - Westfalen waren das z. B. 52 Wahlkreissitze der SPD. Als Rest blieben hier 23 Sitze, die aus der Landesliste der SPD zu besetzen waren.

53. Berechnung der auf die Landeslistenverbindungen entfallenden Sitze

SPD			CDU			CSU			F.D.P.		
Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge
1	17 175 169	1	1	13 190 837	2	1	3 615 183	8	1	3 129 982	11
2	8 587 584	3	2	6 595 418	4	2	1 807 591	19	2	1 564 991	22
.
.
229	75 000	493	176	74 947	494	47	76 918	481	40	78 249	473
230	74 674	495	177	74 524	496	48	75 316	492	41	76 341	484
(231)	(74 351)	(498)	(178)	(74 105)	(499)	(49)	(42)	(74 523)	(497)

Unter dem Strich die 3 weiteren Höchstzahlen, die nicht mehr herangezogen wurden, weil schon 496 Sitze vergeben waren.

54. Berechnung der Verteilung der 230 Sitze der
SPD auf ihre Landeslisten

Landesliste	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge
Schleswig - Holstein . .	1	804 446	17
	2	402 223	38
	.	.	.
Hamburg	11	73 131	230
	1	673 517	22
	2	336 758	48
Niedersachsen
	9	74 835	224
	1	2 235 911	4
Bremen	2	1 117 955	10
	.	.	.
	30	74 530	225
Nordrhein - Westfalen .	(31)	(72 126)	(232)
	1	284 028	55
	2	142 014	115
Hessen	3	94 676	177
	.	.	.
	75	73 465	229
Rheinland - Pfalz . . .	1	1 697 322	7
	2	848 661	15
	.	.	.
Baden - Württemberg .	23	73 796	228
	1	1 067 953	12
	2	533 976	28
Bayern
	14	76 282	221
	1	2 069 169	5
Saarland	2	1 034 584	13
	.	.	.
	28	73 898	227
Schleswig - Holstein . .	(29)	(71 350)	(233)
	1	2 483 136	3
	2	1 241 568	9
Niedersachsen
	33	75 246	223
	(34)	(73 033)	(231)
Hamburg	1	349 801	44
	2	174 900	93
	.	.	.
Schleswig - Holstein . .	4	87 450	193
	.	.	.
	.	.	.

Unter den Abschlußstrichen die Höchstzahlen für drei weitere, nicht mehr zu verteilende Sitze.

Um die Namen der gewählten Landeslistenbewerber festzustellen, wurden auf den Landeslisten zunächst die Bewerber gestrichen, die zugleich im Wahlkreis kandidiert hatten und dort Wahlkreissieger wurden, weil das durch Persönlichkeitswahl gewonnene Wahlkreissmandat Vorrang hat. Auf die nicht gestrichenen Bewerber wurden sodann in der Reihenfolge ihrer Plätze so lange Sitze verteilt, bis z. B. in Nordrhein - Westfalen aus der Landesliste der SPD 23 Sitze vergeben waren. Die übrigen Landeslistenbewerber gingen leer aus. Sie haben aber noch die Chance, im Laufe der Legislaturperiode Bundestagsabgeordneter zu werden. Scheidet nämlich ein Abgeordneter aus dem Bundestag aus, so rückt — gleich ob es sich um einen Wahlkreisabgeordneten oder um einen Abgeordneten aus der Landesliste handelt — derjenige noch zur Partei gehörende Landeslistenbewerber in der Reihenfolge der Plätze nach, der bei der Wahl keinen Sitz mehr erhalten konnte.

Wie ausgeführt, werden die von einer Partei gewonnenen Wahlkreissitze mit den Sitzen verrechnet, die ihr in jedem Land aufgrund der Zweitstimmen zustehen. Dabei kann es vorkommen, daß eine Partei in einem Lande mehr Wahlkreissitze hat, als aufgrund der Zweitstimmen Sitze insgesamt berechnet wurden. Das war z. B. 1961 bei der CDU in Schleswig - Holstein und im Saarland der Fall. In Schleswig - Holstein standen ihr aufgrund der Zweitstimmen nur neun Sitze und im Saarland nur vier Sitze zu. Mit den Erststimmen hatte sie jedoch in Schleswig - Holstein 13 und im Saarland fünf Wahl-

kreissiege errungen. Auf diese Weise bekam die CDU in Schleswig - Holstein vier und im Saarland ein „Überhangmandat“, da ihr die Wahlkreissitze nicht genommen werden konnten. Seit der Bundestagswahl 1965 hat es solche Überhangmandate nicht mehr gegeben.

Die Sitzverteilung, für die rund 1 000 Höchstzahlen zu berechnen waren, wurde vom Bundeswahlleiter mittels einer Datenverarbeitungsanlage vorgenommen, die von den den Parteien nach den Zweitstimmen zustehenden Sitze auch die Wahlkreissitze abzog und so die Zahlen der aus den Landeslisten zu besetzenden Sitze errechnete. Ebenfalls vollmaschinell wurde eine Namensliste der in den Wahlkreisen und auf den Landeslisten Gewählten niedergeschrieben, nachdem vorher alle Wahlbewerber, getrennt nach Parteien, Wahlkreis- und Landeslistenbewerbern in der Anlage „gespeichert“ worden waren.

2. Ergebnis der Sitzverteilung 1972 und früher

Die vorläufigen Wahlergebnisse am Abend nach der Wahl und die etwa 14 Tage später vorliegenden endgültigen Ergebnisse weichen im allgemeinen nicht erheblich voneinander ab. Infolgedessen steht die Sitzverteilung schon in der „Wahlnacht“ so gut wie fest.

Bei der Bundestagswahl 1972 war dies anders. In einem Wahlkreis sind bei der Zusammenstellung der Schnellmeldungen Übertragungsfehler vorgekommen und in einem anderen Wahlkreis bei einer Gemeinde die Ergebnisse für drei Wahlbezirke vergessen worden. Das und andere kleinere Richtigstellungen führten zu folgenden Abweichungen zwischen endgültigem und vorläufigem Ergebnis:

	Erststimmen	Zweitstimmen
Wahlberechtigte		+ 46 105
Wähler		+ 18 567
Ungültige Stimmen	— 3 058	— 2 630
Gültige Stimmen	+ 21 625	+ 21 197
davon für:		
SPD	+ 9 039	+ 8 217
CDU	+ 7 027	+ 6 820
CSU	+ 4 779	+ 4 793
F.D.P.	+ 541	+ 1 161
Sonstige	+ 239	+ 206

Die Wahlkreissmandate wurden durch diese Abweichungen nicht berührt. Bei der Sitzberechnung aufgrund des endgültigen Zweitstimmen-Ergebnisses änderte sich jedoch die Sitzverteilung. Die F.D.P. erhielt statt 42 nur noch 41, die Zahl der Sitze der CDU erhöhte sich von 176 auf 177. Von dem Sitzeverlust war die F.D.P. in Bayern und von dem Sitzegewinn die CDU in Rheinland — Pfalz betroffen.

Das Ergebnis der Sitzverteilung bei der Bundestagswahl 1972 enthält die Tabelle 55. In den Zeilen „insgesamt“ stehen für jede Partei die Sitze, die ihnen in den Ländern aufgrund der Zweitstimmen zustanden. Zieht man davon die Wahlkreissitze in der ersten Zeile für jedes Land ab, ergeben sich die Sitze, die für jede Partei aus den Landeslisten zu besetzen waren. Zählt man die Sitze aus allen Ländern zusammen, so ergaben sich für die SPD außer den 152 Wahlkreissitzen 78 Landeslistensitze, für die CDU außer den 65 Wahlkreissitzen 112 Landeslistensitze, für die CSU außer den 31 Wahlkreissitzen 17 Landeslistensitze und für die F.D.P. 41 Landeslistensitze. Von den Landeslistenbewerbern der SPD und CSU kamen demnach recht wenige zum Zug. Die Abgeordneten dieser Parteien kommen zu rd. zwei Dritteln aus den Wahlkreisen. Fast umgekehrt ist dagegen das Verhältnis bei der CDU.

Von den 496 Abgeordneten im Wahlgebiet ohne Berlin entfielen auf die

SPD:	230 Abgeordnete,
CDU:	177 Abgeordnete,
CSU:	48 Abgeordnete,
F.D.P.:	41 Abgeordnete.

Dazu kommen die 22 Abgeordneten aus dem Lande Berlin, von denen die SPD 12, die CDU 9 und die F.D.P. einen stellten.

Die Zahl der Abgeordneten der SPD vergrößerte sich dadurch auf 242, die der CDU auf 186 und die der F.D.P. auf 42. Läßt man die vom Berliner Abgeordnetenhaus hinzugewählten Bundestagsabgeordneten außer Betracht, so hat sich die Zahl der Sitze der SPD seit dem Bestehen der Bundesrepublik — jeweils nach dem Stand bei der

55. Sitzverteilung nach Ländern

Partei	Wahl- jahr	Wkr. LL. 1)	Schles- wig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Bundes- gebiet ohne Berlin	Berlin (West) 2)	Bundes- gebiet
SPD	1972	Wkr.	9	8	23	3	52	20	9	12	13	3	152	X	X
		LL.	2	1	7	—	23	3	5	16	20	1	78	X	X
	1969	Insges.	11	9	30	3	75	23	14	28	33	4	230	12	242
		Insges.	10	10	29	3	73	24	13	27	31	4	224	13	237
CDU	1972	Wkr.	2	—	7	—	21	2	7	24	—	2	65	X	X
		LL.	7	5	20	1	40	17	8	12	—	2	112	X	X
	1969	Insges.	9	5	27	1	61	19	15	36	—	4	177	9	186
		Insges.	10	6	30	2	69	19	16	37	—	4	193	8	201
CSU	1972	Wkr.	—	—	—	—	—	—	—	—	31	—	31	X	X
		LL.	—	—	—	—	—	—	—	—	17	—	17	X	X
	1969	Insges.	—	—	—	—	—	—	—	—	48	—	48	—	48
		Insges.	—	—	—	—	—	—	—	—	49	—	49	—	49
F.D.P.	1972	Wkr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	X	X
		LL.	2	2	5	—	12	5	2	8	5	—	41	X	X
	1969	Insges.	2	2	5	—	12	5	2	8	5	—	41	1	42
		Insges.	1	1	4	—	9	3	2	6	4	—	30	1	31
Insgesamt .	1972	Wkr.	11	8	30	3	73	22	16	36	44	5	248	X	X
		LL.	11	8	32	1	75	25	15	36	42	3	248	X	X
	1969	Insges.	22	16	62	4	148	47	31	72	86	8	496	22	518
		Insges.	21	17	63	5	151	46	31	70	84	8	496	22	518

1) Wkr. = Wahlkreis, LL. = Landesliste. — 2) Vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählt.

Wahl — von 131 im Jahre 1949 von Wahl zu Wahl um 20, 18, 21, 12, 22 und zuletzt um 6 auf 230 bei der Wahl 1972 stetig erhöht.

56. Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen
1949 bis 1972

(ohne die Abgeordneten aus dem Lande Berlin)

Partei	1949 1)	1953	1957	1961	1965	1969	1972
SPD	131	151	169	190	202	224	230
CDU	115	191	215	192	196	193	177
CSU	24	52	55	50	49	49	48
F.D.P.	52	48	41	67	49	30	41
Sonstige	80	45	17	—	—	—	—
Insgesamt .	402	487 2)	497 2)	499 3)	496	496	496

1) Ohne Saarland. — 2) Einschl. 3 Überhangmandate. — 3) Einschl. 5 Überhangmandate.

Die Zahl der Sitze von CDU und CSU war dagegen in diesem Zeitraum schwankend. 1949 erhielten diese beiden Parteien 139 Sitze, acht mehr als die SPD, 1953 haben sie weitere 104 und 1957 noch weitere 27 Sitze hinzugewonnen. Sie erhielten somit bei der Bundestagswahl 1957 weit über die Hälfte aller Sitze. Diese Mehrheit ging dann im Jahr 1961, in dem beide Parteien nur noch 242 Sitze erringen konnten, wieder verloren. 1965 haben CDU und CSU wieder 3 Sitze hinzugewinnen können, die sie bei der Wahl 1969 aber wieder einbüßten. Bei der Wahl 1972 verschlechterten sie ihr Ergebnis gegenüber 1969 um weitere 17 Sitze. Beide Parteien zusammen haben somit weniger Sitze (5) als die SPD.

Für die letzte im 7. Bundestag vertretene Partei, die F.D.P., ergaben sich 41 Sitze, insgesamt 11 mehr als 1969.

Von Wahl zu Wahl waren im Bundestag weniger Parteien vertreten. In dem im Jahre 1949 gewählten ersten Bundestag mit 402 Abgeordneten - ohne die Abgeordneten aus dem Lande Berlin - gab es neben den Sitzen der SPD, CDU, CSU und F.D.P. noch

- 17 Sitze der Bayernpartei,
- 17 Sitze der Deutschen Partei,
- 15 Sitze der Kommunistischen Partei Deutschlands,
- 12 Sitze der Wirtschaftlichen Aufbauvereinigung,
- 10 Sitze der Deutschen Zentrumspartei,
- 5 Sitze der Deutschen Rechtspartei,
- 1 Sitz des Südschleswigschen Wählerverbandes sowie
- 3 Sitze von Parteilosen und Wählergruppen.

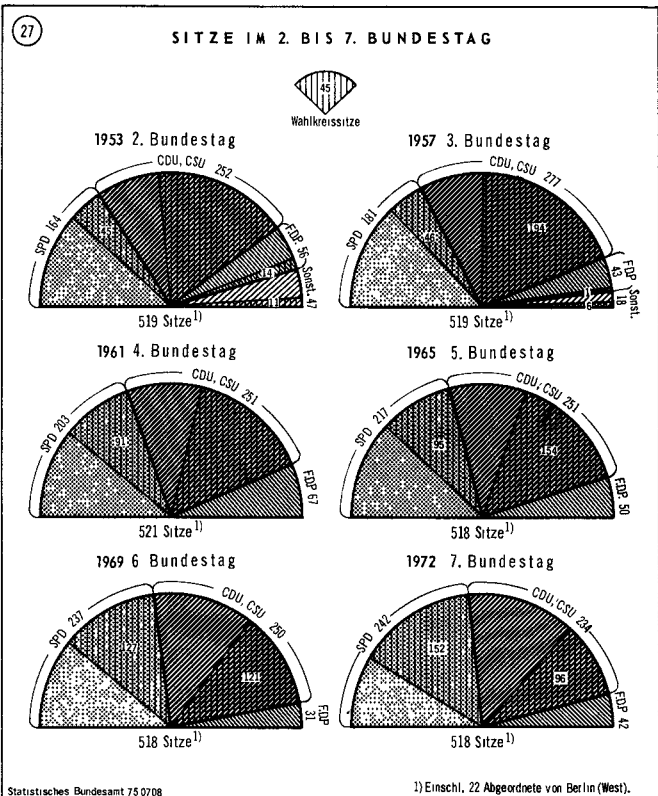
Im 2. Bundestag gab es dagegen neben den auch heute noch im Bundestag vertretenen Parteien nur noch

- 27 Sitze des Gesamtdeutschen Blocks/BHE,
- 15 Sitze der Deutschen Partei und
- 3 Sitze des Zentrums.

Bei der 3. Bundestagswahl 1957 blieben davon neben den Sitzen der SPD, CDU, CSU und F.D.P. nur noch die 17 Sitze der Deutschen Partei übrig, die dann 1961 nach vorangegangener Auflösung dieser Partei verschwunden sind.

Parteilose Bewerber kamen nur 1949 in drei Wahlkreisen zum Sieg. Die Zahl der im Bundestag vertretenen Parteien, die 1949 noch 10 betrug, hat sich im Jahre 1953 auf 6 und im Jahre 1957 auf 5 vermindert. Seit 1961 sind nur noch vier Parteien mit Abgeordneten im Bundestag vertreten.

Wie sich bei einer Bundestagswahl die Sitze einer Partei auf Wahlkreissitze und Landeslistensitze verteilen werden, ist nur schwer vorauszusagen. Das hängt vor allem damit zusammen, daß eine Zunahme der Stimmen und damit auch der Gesamtzahl der Sitze nicht unbedingt mit einer Zunahme der Wahlkreissitze verbunden zu sein braucht. Wegen der Verrechnung der Wahlkreissitze mit den Sitzen, die den Parteien aufgrund der Zweitstimmen insgesamt zustehen, kann es also vorkommen, daß bei einer Verringerung der Wahlkreissitze Landeslistenbewerber in den Bundestag kommen, mit denen nicht gerechnet worden ist. Umgekehrt ist es aber auch möglich, daß



Landeslistenbewerber, deren Plätze als durchaus aussichtsreich angesehen werden konnten, nicht mehr zum Zuge kommen, weil nach Abzug der Wahlkreissitze von den insgesamt zustehenden Sitzen ein zu kleiner oder gar kein Rest verbleibt. Die Parteien stehen infolgedessen vor jeder Bundestagswahl bei der Aufstellung der Kandidaten vor einer schwierigen Entscheidung. Nach der Wahl stellt sich häufig heraus, daß ein unerwarteter Wahlkreissieg der eigenen Partei die Aussichten eines Landeslistenbewerbers zunichte gemacht hat.

Die SPD hat in Nordrhein - Westfalen und Bayern je zwei, in Schleswig - Holstein, Niedersachsen, Rheinland - Pfalz und Baden - Württemberg je einen Sitz hinzugewonnen, dagegen in Hamburg und Hessen je einen Sitz verloren; in Bremen und im Saarland hat sie ihren Besitzstand gewahrt.

Die CDU konnte 1972 nur in Hessen und im Saarland so viele Sitze wie 1969 gewinnen, in allen übrigen Ländern hat sie wie die CSU Einbußen hinnehmen müssen. Die größten Verluste erlitt sie mit acht Sitzen in Nordrhein - Westfalen, gefolgt von Niedersachsen mit drei Sitzen. In den übrigen Ländern betrug die Einbuße jeweils einen Sitz.

Die F.D.P. konnte mit Ausnahme von Rheinland - Pfalz, wo sie ihren Besitzstand gewahrt hat, in allen anderen Ländern Sitze hinzugewinnen. Die größte Zunahme erzielte sie mit drei Sitzen in Nordrhein - Westfalen, gefolgt von Baden - Württemberg mit zwei Sitzen.

3. Erfolgswert der Stimmen

Bei der Bundestagswahl 1972 gab es 41 446 302 Wahlberechtigte, und 496 nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren gewählte Abgeordnete (ohne die 22 Abgeordnete aus dem Lande Berlin). Durchschnittlich kam somit auf 83 561 Wahlberechtigte ein Abgeordneter.

Der Wahl ferngeblieben sind 3 684 713 Wahlberechtigte, die bei 83 561 Wahlberechtigten je Sitz die Parteizugehörigkeit von 44 Abgeordneten hätten bestimmen können. Ferner sind von den für den Wahlausgang entscheidenden Zweitstimmen 301 839 ungültig abgegeben worden und damit ebenfalls nicht in die Waagschale gefallen. Diese Stimmen entsprechen drei Abgeordneten. Die Nichtwähler und die Wähler mit ungültiger Zweitstimme haben somit die Wahl von 47 Abgeordneten anderen überlassen. Bei der Wahl 1969 waren es 73 und 1965 sogar 75.

Aber auch von den 37 459 750 gültigen Zweitstimmen war ein Teil für die Zusammensetzung des Bundestages ohne Bedeutung. Es handelt sich dabei um die 348 579 Zweitstimmen für Parteien, die nicht in die Sitzverteilung kamen, weil sie weniger als 5 % der gültigen Zweitstimmen erhielten. Durch die Abgabe von 0,35 Millionen Stimmen für Splitterparteien ist somit auf die Wahl von weiteren vier Abgeordneten kein Einfluß genommen worden. Die Wahl der 496 Abgeordneten blieb vielmehr den 37 111 171 Wählern vorbehalten, die ihre Zweitstimme der SPD, CDU, CSU oder der F.D.P. gaben. Das sind aber nur 89,5 % der Wahlberechtigten und

99,1 % der Wähler mit gültiger Zweitstimme. Bei der Bundestagswahl 1969 war der Anteil der Personen, die Einfluß auf die Sitzverteilung genommen haben noch kleiner. Damals bestimmten nur 80,6 % der Wahlberechtigten und 94,5 % der Wähler mit gültigen Zweitstimmen die Sitzverteilung.

Der Anteil der Wähler, welche der Wahl ferngeblieben sind, ihre Zweitstimme ungültig abgaben oder für Parteien stimmten, die nicht in die Sitzverteilung kamen, weist von Land zu Land keine bedeutenden Unterschiede auf. Am größten war er - wegen der etwas geringeren Wahlbeteiligung - mit 11,9 % in Bayern und am kleinsten mit 9,2 % - wegen der relativ hohen Wahlbeteiligung und wegen der relativ kleinen Zahl ungültiger Zweitstimmen, die nicht in die Sitzverteilung kamen - in Hamburg. Im Saarland mit der höchsten Wahlbeteiligung haben 9,9 % der Wahlberechtigten keinen Einfluß auf die Sitzverteilung gehabt, weil hier der Anteil der ungültigen Zweitstimmen und der Zweitstimmen für Parteien, die nicht in die Sitzverteilung kamen, größer als in den anderen Ländern war.

Wie ausgeführt haben von den Wahlberechtigten in Bayern 11,9 %, d. h. 1,4 Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt, die Sitzverteilung nicht beeinflußt, während es im Saarland nur 9,9 % waren. Trotzdem sind in Bayern schon 85 757, im Saarland aber erst 99 700 durch einen in diesem Land gewählten Abgeordneten repräsentiert. Auch wenn man nur von den gültigen Zweitstimmen ausgeht, sind die Unterschiede beträchtlich, denn in Bayern beträgt die durchschnittliche Zahl der gültigen Zweitstimmen je Abgeordneten 76 323 und im Saarland 91 239. Beschränkt man sich schließlich auf die Zweitstimmen, die für die im Bundestag vertretenen Parteien abgegeben wurden, beträgt die durchschnittliche Stimmenzahl je Abgeordneten in Bayern 75 556 und im Saarland 89 814 bei einem Bundesdurchschnitt von 74 820.

Von den für die Abgeordneten einer jeden Partei im Bundesdurchschnitt tatsächlich benötigten Zweitstimmen, deren Zahl zwischen 74 524 bei der CDU und 76 341 bei der F.D.P. liegt, weichen die Durchschnittszahlen der Zweitstimmen für die Abgeordneten einer jeden Partei in den Ländern erheblich ab. Die SPD benötigte in Bremen für einen Abgeordneten 94 676 Stimmen, in Schleswig - Holstein genügten aber schon 73 131. Die F.D.P. benötigt für einen Abgeordneten in Rheinland - Pfalz noch mehr Stimmen (96 749) und für einen Abgeordneten in Baden - Württemberg nur 68 104. In Bremen mit 54 428 und im Saarland mit 51 762 Zweitstimmen für die F.D.P. erhielt diese Partei überhaupt keinen Sitz. Noch krasser sind die Unterschiede bei der CDU. Ihr einziger Abgeordneter in Bremen wurde mit 144 471 Stimmen gewählt, bei einem Bundesdurchschnitt für die CDU von 74 524. In Rheinland - Pfalz, wo die 15 CDU-Abgeordneten mit durchschnittlich 72 689 Zweitstimmen gewählt wurden, genügte dagegen bereits fast die Hälfte.

Man könnte die Verteilung der Sitze der einzelnen Parteien auf die Länder auch in der Weise vornehmen, daß man nicht das d'Hondt'sche Höchstzahlverfahren anwendet, sondern sich bei jeder Partei an den prozentualen Anteil der für die einzelnen Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen hält und dann beim Auftreten von

57. Wahlberechtigte ohne Einfluß auf die Sitzverteilung

Land	Wahlberechtigte (a)	Nichtwähler (b)		Wähler mit ungültiger Zweitstimme (c)		Wähler mit Zweitstimmen für Parteien ohne Sitze (d)		Summe der Zahlen b, c und d	
		Anzahl	% 1)	Anzahl	% 1)	Anzahl	% 1)	Anzahl	% 1)
Schleswig - Holstein	1 839 177	174 157	9,5	10 864	0,6	13 073	0,7	198 094	10,8
Hamburg	1 348 617	105 785	7,8	5 767	0,4	12 967	1,0	124 519	9,2
Niedersachsen	5 126 515	441 617	8,6	32 424	0,6	34 561	0,7	508 602	9,9
Bremen	540 928	48 497	9,0	3 546	0,7	5 958	1,1	58 001	10,7
Nordrhein - Westfalen	11 992 806	986 999	8,2	71 169	0,6	83 132	0,7	1 141 300	9,5
Hessen	3 841 104	318 621	8,3	23 647	0,6	36 185	0,9	378 453	9,9
Rheinland - Pfalz	2 623 690	219 683	8,4	26 146	1,0	26 070	1,0	271 899	10,4
Baden - Württemberg	5 960 714	583 729	9,8	54 852	0,9	59 322	1,0	697 903	11,7
Bayern	7 375 146	748 930	10,2	62 426	0,8	65 917	0,9	877 273	11,9
Saarland	797 605	56 695	7,1	10 998	1,4	11 394	1,4	79 087	9,9
Bundesgebiet ohne Berlin	41 446 302	3 684 713	8,9	301 839	0,7	348 579	0,8	4 335 131	10,5
dagegen: 1969	38 677 235	5 154 171	13,3	557 040	1,4	1 801 699	4,7	7 512 910	19,4
1965	38 510 395	5 094 188	13,2	795 765	2,1	1 186 449	3,1	7 076 402	18,4
1961	37 440 715	4 591 091	12,3	1 298 723	3,5	1 796 408	4,8	7 686 222	20,5

1) In % der Wahlberechtigten (a).

58. Durchschnittszahlen der Wahlberechtigten und Zweitstimmen je Abgeordneten

Land	Durchschnittliche Zahl der						
	Wahl- berechtigten	gültigen Zweitstimmen					
		insgesamt	für SPD, CDU, CSU und F.D.P. zusammen	und zwar für die			
				SPD	CDU	CSU	F.D.P.
je Abgeordneten							
Schleswig - Holstein	83 598	75 188	74 594	73 131	77 237	—	70 748
Hamburg	84 288	77 316	76 506	74 835	82 394	—	69 303
Niedersachsen	82 685	75 039	74 482	74 530	73 656	—	78 656
Bremen	135 232	122 221	120 731	94 676	144 471	—	—
Nordrhein - Westfalen	81 032	73 882	73 320	73 465	73 518	—	71 413
Hessen	81 725	74 443	73 673	73 796	74 198	—	71 111
Rheinland - Pfalz	84 635	76 705	75 864	76 282	72 689	—	96 749
Baden - Württemberg	82 787	73 918	73 094	73 898	73 578	—	68 104
Bayern	85 757	76 323	75 556	75 246	—	75 316	79 910
Saarland	99 700	91 239	89 814	87 450	79 238	—	—
Bundesgebiet ohne Berlin . .	83 561	75 523	74 820	74 674	74 524	75 316	76 341
dagegen: 1969	77 978	66 464	62 831	62 793	62 588	63 584	63 447
1965	77 642	65 767	63 375	63 431	63 201	64 010	63 198
1961 1)	75 791	63 868	60 232	60 144	60 342	60 289	60 131
	(75 031)	(63 228)	(59 628)		(58 770)		

1) Ohne Überhangmandate; mit Überhangmandaten in Klammern darunter.

Bruchteilen von Sitzen auf- und abrundet. Bei diesem Verfahren würde die SPD in Nordrhein - Westfalen einen Sitz verlieren und in Bremen einen hinzugewinnen. Die CDU würde in Nordrhein - Westfalen und Baden - Württemberg je einen Sitz verlieren und in Hamburg und Bremen je einen hinzugewinnen. Die F.D.P. schließlich würde - wie die CDU - auch in Nordrhein - Westfalen und Baden - Württemberg je einen Sitz verlieren und dafür in Bremen und im Saarland, wo sie ohne Sitz geblieben ist, auf je einen Sitz kommen.

Rechnet man die Sitze in den Ländern für alle Parteien zusammen, würden sich bei diesem Verfahren in Schleswig - Holstein, Niedersachsen, Hessen, Rheinland - Pfalz und Bayern nichts ändern. Die Zahl der Abgeordneten aus Nordrhein - Westfalen würde sich dagegen um drei und die Zahl der Abgeordneten aus Baden - Württemberg um zwei vermindern. Auf der anderen Seite würde sich die Zahl der Abgeordneten aus Hamburg und dem Saarland um je einen und die Zahl der Abgeordneten aus Bremen um drei erhöhen. Daraus würden sich die folgenden Durchschnittszahlen der für die SPD, CDU mit CSU und F.D.P. insgesamt abgegebenen Zweitstimmen je Land ergeben:

Saarland	79 835
Rheinland - Pfalz	75 864
Bayern	75 556
Baden - Württemberg	75 183
Nordrhein - Westfalen	74 837
Schleswig - Holstein	74 594
Niedersachsen	74 482

Hessen	73 673
Hamburg	72 005
Bremen	68 989

Die Abweichungen vom Bundesdurchschnitt (74 820) sind hier erheblich geringer.

Unter dem Gesichtspunkt der regionalen Gleichbehandlung der Wählerstimmen erweist sich das d'Hondt'sche Verfahren somit als nicht frei von Nachteilen. Dem stehen jedoch auch Vorteile gegenüber, und zwar insbesondere die Tatsache, daß das Rechenergebnis immer eindeutig ist, weil es keine Bruchteile von Abgeordneten mit dem Zwang zur Auf- oder Abrundung ergibt.

Bei den Bundestagswahlen 1949 und 1953 war die Zahl der zu wählenden Abgeordneten nicht nur für den Bund, sondern auch für die Länder festgelegt. Wahlbeteiligung, ungültige Stimmen und Anteil der gültigen Stimmen für die Parteien, die nicht in die Sitzverteilung kamen, spielten infolgedessen für die Zahl der Abgeordneten aus jedem Land keine Rolle. Alle diese Faktoren sind jedoch seit 1957 in der Weise wirksam, daß die Zahl der Abgeordneten aus einem Land um so größer wird, je höher die Wahlbeteiligung, je niedriger der Anteil der ungültigen Zweitstimmen und je niedriger der Anteil der Zweitstimmen für Parteien ist, die wegen der Sperrklauseln für die Sitzverteilung ausscheiden. Dazu kommen die Wirkungen des d'Hondt'schen Höchstzahlverfahrens, bei dem es möglich ist, daß bei der Verteilung der Gesamtzahl der Sitze einer Partei auf die Länder in den kleineren Ländern besonders viele unausgenutzte Reststimmen verbleiben.

59. Tatsächliche Sitzverteilung (a) und Sitzverteilung bei Zugrundelegung der genauen Anteile der Zweitstimmen für jede Landesliste an den Zweitstimmen für jede Partei (b) im Bundesgebiet

Land	Sitze insgesamt		Davon für					
			SPD		CDU u. CSU 1)		F.D.P.	
			a	b	a	b	a	b
Schleswig - Holstein	22	22	11	11	9	9	2	2
Hamburg	16	17	9	9	5	6	2	2
Niedersachsen	62	62	30	30	27	27	5	5
Bremen	4	7	3	4	1	2	—	1
Nordrhein - Westfalen	148	145	75	74	61	60	12	11
Hessen	47	47	23	23	19	19	5	5
Rheinland - Pfalz	31	31	14	14	15	15	2	2
Baden - Württemberg	72	70	28	28	36	35	8	7
Bayern	86	86	33	33	48	48	5	5
Saarland	8	9	4	4	4	4	—	1
Bundesgebiet ohne Berlin	496	496	230	230	225	225	41	41

1) CSU nur in Bayern.

G. Die Gewählten

Unter den bei der Bundestagswahl am 19. November 1972 Gewählten befinden sich 27 Frauen; dazu kommen noch drei vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählte. Die Zahl der weiblichen Abgeordneten hat sich demnach gegenüber 1969 um vier vermindert; gegenüber 1957 mit der höchsten Zahl an weiblichen Abgeordneten (43) sogar um 16 (einschl. Berlin um 18). Die SPD stellte zu Beginn der 7. Wahlperiode 12 Frauen, dazu eine aus dem Lande Berlin, die CDU 12, dazu zwei aus Berlin, die F.D.P. zwei Frauen und die CSU eine.

Im einzelnen sind dies - in der alphabetischen Ordnung innerhalb der Parteien - die folgenden Abgeordneten:

SPD

Franke, Egon ¹⁾, geb. 11. 4. 1913
Lange, Erwin, geb. 10. 5. 1914
Schmidt, Martin, geb. 16. 6. 1914
Wehner, Herbert, geb. 11. 7. 1906

60. Abgeordnete, ohne und einschließlich vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählte, nach dem Geschlecht

Tag der Wahl	Abgeordnete							
	ohne				einschließlich			
	vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählte							
	insgesamt	männlich	weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl		%		Anzahl		%	
14. 8. 1949	402	374	28	7,0	410	381	29	7,1
6. 9. 1953	487	447	40	8,2	509	464	45	8,8
15. 9. 1957	497	454	43	8,7	519	471	48	9,2
17. 9. 1961	499	459	40	8,0	521	478	43	8,3
19. 9. 1965	496	463	33	6,7	518	482	36	6,9
28. 9. 1969	496	465	31	6,3	518	484	34	6,6
19. 11. 1972	496	469	27	5,4	518	488	30	5,8

Bedenkt man, daß die Frauen mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten und Wähler ausmachen, sind die Frauen demnach im Bundestag nur schwach repräsentiert.

Ohne die inzwischen durch Verzicht oder Tod eingetretenen Veränderungen gehörten nach dem Stand bei der Wahl von den insgesamt 496 Gewählten 140 zum erstenmal dem Bundestag an. Bei der Bundestagswahl 1969 gab es sogar 150 „Neulinge“. Die meisten neuen Abgeordneten hat mit 62 die SPD, verglichen mit 74 im Jahre 1969. Bei der CDU verringerte sich die Zahl der zum erstenmal in den Bundestag gewählten Abgeordneten gegenüber 1969 um einen auf 53 und bei der CSU um zehn auf 6. Die Zahl der neuen Abgeordneten der F.D.P. ist von 6 im Jahre 1969 auf 19 oder mehr als das dreifache gestiegen.

Die Zahl der Abgeordneten, die seit der 1. Legislaturperiode ununterbrochen ein Bundestagsmandat inne haben, wird verständlicherweise immer kleiner, weil der weitaus größte Teil dieser Abgeordneten inzwischen verstorben ist oder ein zu hohes Alter erreicht hat. Die Zahl dieser Abgeordneten verminderte sich von 34 im Jahre 1969 auf 12, davon 4 Abgeordnete der SPD, fünf Abgeordnete der CDU und drei Abgeordnete der CSU. Die F.D.P. hat keinen Abgeordneten mehr, der seit 1949 dem Bundestag angehört.

CDU

Erhard, Ludwig, geb. 4. 2. 1897
Götz, Hermann, geb. 20. 5. 1914
Mende, Erich ²⁾, geb. 28. 10. 1916
Müller- Hermann, Ernst ³⁾, geb. 30. 9. 1915
Schröder, Gerhard, geb. 11. 9. 1910

CSU

Jaeger, Richard, geb. 16. 2. 1913
Strauss, Franz-Josef, geb. 6. 9. 1915
Stücklen, Richard, geb. 20. 8. 1916

Wenn auch zuweilen mit Unterbrechung, wurden zum zweitenmal ebenso viele wie zum erstenmal, nämlich 140, zum drittenmal 89, zum viertenmal 53, zum fünftenmal 42 und zum sechstenmal 20 Abgeordnete in den Bundestag berufen. Unter den zum erstenmal gewählten Abgeordneten befinden sich 129 Männer und elf Frauen.

Das Alter der Wählbarkeit begann bei der Wahl 1972 mit der Vollendung des 21. Lebensjahres. Abgeordnete unter 21 Jahren gibt

1) Ab 17. 5. 1951 als Nachfolger für den verstorbenen Abgeordneten Bruno Leddin, — 2) Vor 9. 10. 1970 F.D.P. — 3) Ab 1. 1. 1952 als Nachfolger für den ausgeschiedenen Abgeordneten Johannes Degener.

61. Alte und neue Abgeordnete im 7. Deutschen Bundestag *)

Von den Abgeordneten des 7. Deutschen Bundestages sind zum ... Mal Bundestagsabgeordnete	Abgeordnete														
	insgesamt	Männer	Frauen	SPD			CDU			CSU			F.D.P.		
				zu-sammen	Männer	Frauen	zu-sammen	Männer	Frauen	zu-sammen	Männer	Frauen	zu-sammen	Männer	Frauen
1. Mal	140	129	11	62	59	3	53	47	6	6	5	1	19	18	1
2. Mal	140	132	8	74	69	5	44	41	3	17	17	—	5	5	—
darunter mit Unterbrechung	3	2	1	—	—	—	2	1	1	1	1	—	—	—	—
3. Mal	89	87	2	40	39	1	38	37	1	7	7	—	4	4	—
darunter mit Unterbrechung	4	4	—	1	1	—	2	2	—	—	—	—	1	1	—
4. Mal	53	49	4	26	25	1	15	13	2	5	5	—	7	6	1
darunter mit Unterbrechung	7	7	—	2	2	—	4	4	—	—	—	—	1	1	—
5. Mal	42	41	1	16	15	1	16	16	—	5	5	—	5	5	—
darunter mit Unterbrechung	9	9	—	3	3	—	3	3	—	1	1	—	2	2	—
6. Mal	20	19	1	8	7	1	6	6	—	5	5	—	1	1	—
darunter mit Unterbrechung	2	2	—	1	1	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—
7. Mal	12	12	—	4	4	—	5	5	—	3	3	—	—	—	—
darunter mit Unterbrechung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Abgeordnete insgesamt	496	469	27	230	218	12	177	165	12	48	47	1	41	39	2
dagegen 1969 1. Mal	150	141	9	74	68	6	54	51	3	16	16	—	6	6	—
6. Mal	34	30	4	14	12	2	16	14	2	3	3	—	1	1	—

*) Ohne die 22 Abgeordneten von Berlin.

62. Abgeordnete im 7. Deutschen Bundestag nach Geschlecht und Alter *)

Geburtsjahrgänge	Alter Ende 1972 von . . . bis unter . . . Jahren	Abgeordnete																			
		insgesamt				SPD				CDU				CSU				F.D.P.			
		Man-ner	Frau-en	insgesamt		Man-ner	Frau-en	insgesamt		Man-ner	Frau-en	insgesamt		Man-ner	Frau-en	insgesamt		Man-ner	Frau-en	insgesamt	
		Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%	
1902 u. früher	70 u. mehr	2	—	2	0,4	—	—	—	2	—	2	1,1	—	—	—	—	—	—	—	—	
1903 — 1907	65 — 70	8	—	8	1,6	3	—	3	1,3	3	—	3	1,7	1	—	1	2,1	1	—	1	2,4
1908 — 1912	60 — 65	24	1	25	5,0	6	—	6	2,6	14	1	15	8,5	3	—	3	6,3	1	—	1	2,4
1913 — 1917	55 — 60	52	5	57	11,5	21	3	24	10,4	21	2	23	13,0	8	—	8	16,7	2	—	2	4,9
1918 — 1922	50 — 55	80	10	90	18,1	37	4	41	17,8	24	5	29	16,4	9	—	9	18,8	10	1	11	26,8
1923 — 1927	45 — 50	110	7	117	23,6	57	3	60	26,1	35	4	39	22,0	8	—	8	16,7	10	—	10	24,4
1928 — 1932	40 — 45	86	—	86	17,3	41	—	41	17,8	31	—	31	17,5	9	—	9	18,8	5	—	5	12,2
1933 — 1937	35 — 40	65	1	66	13,3	37	—	37	16,1	18	—	18	10,2	5	1	6	12,5	5	—	5	12,2
1938 — 1942	30 — 35	34	2	36	7,3	13	1	14	6,1	14	—	14	7,9	4	—	4	8,3	3	1	4	9,8
1943 — 1947	25 — 30	7	1	8	1,6	3	1	4	1,7	3	—	3	1,7	—	—	—	—	1	—	1	2,4
1948	24	1	—	1	0,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	2,4
Insgesamt		469	27	496	100	218	12	230	100	165	12	177	100	47	1	48	100	39	2	41	100

*) Stand bei der Wahl am 19. 11. 1972 ohne die 22 Abgeordneten von Berlin.

es daher überhaupt nicht. Im Alter zwischen 21 und 25 Jahren wurde ein Abgeordneter der F.D.P. (Andreas von Schoeler) festgestellt, im Alter von 25 bis unter 30 Jahren waren es acht, davon vier der SPD, drei der CDU und einer der F.D.P. Weitere 188 Abgeordnete waren Ende 1972 zwischen 30 und 45 Jahre alt. Die Zahl dieser Abgeordneten hat sich besonders stark erhöht; denn bei der Bundestagswahl 1969 gab es nur 164 Abgeordnete in diesem Alter. Von den 188 Abgeordneten gehören 92 zur SPD, 63 zur CDU, 19 zur CSU und 14 zur F.D.P. Die Zahl der Abgeordneten über 65 Jahre hat von 23 bei der Wahl 1969 auf 10 abgenommen. Von diesen Abgeordneten gehören 3 zur SPD, 5 zur CDU und je einer zur CSU und F.D.P. Die zwei über 70 Jahre alten Abgeordneten gehören der CDU an. Rechnet man zu den jüngeren Abgeordneten alle unter 50jährigen, so gehören dazu von den 230 Abgeordneten der SPD 156 oder 67,8%, von den 177 Abgeordneten der CDU 105 oder 59,3%, von den 48 Abgeordneten der CSU 27 oder 56,2% und von den 41 Abgeordneten der F.D.P. 26 oder 63,4%. Die SPD hat somit sowohl absolut wie relativ die meisten jüngeren Abgeordneten.

Die zehn ältesten Mitglieder des Bundestages - ohne die Berliner Abgeordneten - sind:

Erhard, Ludwig	CDU	4. 2. 1897
Burgbacher, Fritz	CDU	1. 9. 1900

Möller, Alex	SPD	26. 4. 1903
Kiesinger, Kurt Georg	CDU	6. 4. 1904
Kempfler, Friedrich	CSU	6. 12. 1904
Becker, Kurt	CDU	7. 8. 1905
Wehner, Herbert	SPD	11. 7. 1906
Scheu, Adolf	SPD	26. 4. 1907
Logemann, Fritz	F.D.P.	9. 6. 1907
Birrenbach, Kurt	CDU	2. 7. 1907

Damit gehören fünf der ältesten Abgeordneten zur CDU, drei zur SPD und je einer zur CSU und F.D.P.

Die zehn jüngsten Mitglieder des Bundestages sind:

Schoeler, Andreas von	F.D.P.	4. 7. 1948
Sauer, Helmut	CDU	24. 12. 1945
Möller, Jürgen W.	F.D.P.	15. 7. 1945
Holtz, Uwe	SPD	19. 3. 1944
Möller, Heiner	CDU	22. 11. 1943
Coppik, Manfred	SPD	1. 11. 1943
Däubler - Gmelin, Herta	SPD	12. 8. 1943
Büchner, Peter	SPD	5. 3. 1943
Carstens, Manfred	CDU	23. 2. 1943
Schreiber, Heinz	SPD	24. 11. 1942

63. Abgeordnete des 7. Deutschen Bundestages nach Parteizugehörigkeit und beruflicher Tätigkeit

Berufliche Tätigkeit	SPD	CDU	CSU	F.D.P.	Insgesamt	
	Anzahl				%	
Parlamentarier (ohne andere Berufsangabe)	—	1	—	—	1	0,2
Professoren, Dozenten, Lehrer aller Art (auch Studienassessoren, Studienreferendare und Historiker)	43	22	3	3	71	14,3
Andere Beamte des höheren Dienstes (ohne Staatsanwälte, Medizinalräte und Landwirtschaftsräte)	17	27	8	2	54	10,9
Andere Beamte des gehobenen, mittleren und einfachen Dienstes	12	3	1	1	17	3,4
Soldaten jeden Dienstgrades	2	1	—	1	4	0,8
Leitende Angestellte, Direktoren, Geschäftsführer	52	23	4	6	85	17,1
Andere Angestellte mit näheren Angaben (z. B. Gewerkschaftsangestellte, kaufmännische oder technische Angestellte)	26	10	1	2	39	7,9
Andere Angestellte ohne näheren Angaben	7	3	1	—	11	2,2
Arbeiter auch mit näheren Angaben (z. B. Bergmann, Maurer)	6	4	1	—	11	2,2
Rechtsanwälte und Notare, Richter und Staatsanwälte (auch Justizassessoren und Justizreferendare jeder Art)	26	22	13	9	70	14,1
Ärzte aller Art (auch Medizinalräte) und Apotheker	2	3	—	—	5	1,0
Fabrikbesitzer bzw. Fabrikanten, Unternehmer und -berater	1	4	1	2	8	1,6
Verleger, Publizisten, Redakteure, Journalisten	17	9	4	4	34	6,9
Landwirte bzw. Bauern, Winzer und Gärtner (einschl. Landwirtschaftsräte)	3	16	4	4	27	5,4
Kaufleute (auch mit Modifikation, z. B. Industriekaufmann)	5	16	2	2	25	5,0
Ingenieure	1	4	3	3	11	2,2
Werkmeister, Handwerksmeister	2	4	1	2	9	1,8
Pfarrer	4	—	1	—	5	1,0
Hausfrauen	4	5	—	—	9	1,8
Abgeordnete insgesamt	230	177	48	41	496	100

Von den jüngsten Abgeordneten stellt die SPD fünf, darunter eine Frau, die CDU drei und die F.D.P. zwei. Die drei jüngsten Abgeordneten der CSU gehören dem Geburtsjahrgang 1939 an.

Eine berufliche und soziale Gliederung der Abgeordneten nach der Berufssystematik der amtlichen Statistik ist nicht möglich. Es wurde stattdessen eine solche Gliederung durch die Auswahl bestimmter „beruflicher Tätigkeiten“ aus den oft wenig exakten Berufs- und Standesbezeichnungen in den Wahlvorschlägen versucht. In Zweifelsfällen wurden die Angaben im „Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages - 7. Wahlperiode“ mit herangezogen. Wegen der damit verbundenen Problematik kann die Tabelle 63 sicherlich nicht alle, aber wenigstens doch viele der häufiger gestellten Fragen in dieser Hinsicht beantworten.

Die stärkste Gruppe nach der beruflichen Tätigkeit bilden die leitenden Angestellten, zu denen auch diejenigen gerechnet werden, die Direktor oder Geschäftsführer angegeben haben. Mit 52 von 85 gehören die meisten zur SPD. Dieser Gruppe folgen mit nur geringem Abstand, nämlich 71 bzw. 70 (oder jeweils 14 %) die Lehrer aller Art (einschl. der Professoren, Dozenten aber auch der Studienassessoren und -referendare sowie Historiker) und die Rechtsanwälte und Notare, Richter und Staatsanwälte (auch Justizassessoren und -referendare jeder Art). Erstere spielen offensichtlich

in der SPD eine noch größere Rolle als in der CDU und CSU. Von der Gruppe der Rechtsanwälte usw. gehören 26 der SPD, 22 der CDU und 9 der F.D.P. an. Auch die Gruppe der „anderen Beamten des höheren Dienstes“ ist mit 54 Abgeordneten (oder 10,9 %) noch stark vertreten. Die CDU und CSU stellen hier mit 35 Abgeordneten mehr als doppelt so viel wie die SPD mit 17. Die Angestellten ohne leitende Funktion stellen noch 10,1 % der Gewählten insgesamt. Sie gehören ebenso in der Hauptsache den beiden großen Parteien und zwar zu zwei Dritteln der SPD an.

Handwerker und Arbeiter scheinen im Bundestag weiter an zahlenmäßiger Bedeutung zu verlieren, während die Gruppe der Verleger und Redakteure mit 34 Abgeordneten oder 6,9 % 1972 größer als 1969 ist. Die Landwirte und Bauern sind noch mit 5,4 und die Gruppe der Kaufleute mit 5 % der 496 Abgeordneten vertreten. Alle übrigen Gruppen liegen mit ihren Anteilen jeweils unter 5 %. Von den 4 Soldaten gehören 2 der SPD und je einer der CDU und F.D.P. an. Unter den Abgeordneten der CSU und der F.D.P. befinden sich nach den zur Auszählung zur Verfügung stehenden Unterlagen keine Ärzte und Hausfrauen. Von den 9 Hausfrauen sind 4 Mitglieder der SPD und 5 der CDU. Die übrigen direkt, d. h. im Bundesgebiet ohne Berlin im Wahlkreis oder auf Landesliste gewählten Frauen, kommen in der Hauptsache aus den Reihen der Lehrerschaft (3) sowie der leitenden (2) und übrigen Angestellten(5).

Anhang

1. Wahlrechtsgrundlagen

Auszüge aus

a) dem Grundgesetz (GG)

Artikel 38

(Wahl)

(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

(2) Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.

(3) Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.

Artikel 39

(Wahlperiode, Zusammentritt, Einberufung)

(1) Der Bundestag wird auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet vier Jahre nach dem ersten Zusammentritt oder mit seiner Auflösung. Die Neuwahl findet im letzten Vierteljahr der Wahlperiode statt, im Falle der Auflösung spätestens nach sechzig Tagen.

(2) Der Bundestag tritt spätestens am dreißigsten Tag nach der Wahl, jedoch nicht vor dem Ende der Wahlperiode des letzten Bundestages zusammen.

(3) Der Bundestag bestimmt den Schluß und den Wiederbeginn seiner Sitzungen. Der Präsident des Bundestages kann ihn früher einberufen. Er ist hierzu verpflichtet, wenn ein Drittel der Mitglieder, der Bundespräsident oder der Bundeskanzler es verlangen.

b) dem Bundeswahlgesetz (BWG) in der Fassung vom 7. Juli 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 1100, 1534)

Wahlsystem

§ 1

Zusammensetzung des Bundestages und Wahlrechtsgrundsätze

(1) Der Bundestag besteht vorbehaltlich der sich aus diesem Gesetz ergebenden Abweichungen aus 518 ¹⁾ Abgeordneten. Sie werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von den wahlberechtigten Deutschen nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt.

(2) Von den Abgeordneten werden 259 ¹⁾ nach Kreiswahlvorschlägen in den Wahlkreisen und die übrigen nach Landeswahlvorschlägen (Landeslisten) gewählt.

§ 3

Wahlkreiseinteilung

(1) Der Bundespräsident ernennt eine ständige Wahlkreiskommission. Sie besteht aus dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, einem Richter des Bundesverwaltungsgerichts und fünf weiteren Mitgliedern.

(2) Die Kommission hat die Aufgabe, die Veränderung der Bevölkerungszahlen im Wahlgebiet zu beobachten und im Laufe des ersten Jahres nach Zusammentritt des Bundestages der Bundesregierung einen Bericht mit Vorschlägen über Änderungen der Wahlkreiseinteilung zu erstatten. Bei Ermittlung der Bevölkerungszahlen bleiben Ausländer — § 1 Abs. 2 des Ausländergesetzes vom 28. April 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 353), zuletzt geändert durch das Kostenermächtigungsgesetz vom 23. Juni 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 805), — unberücksichtigt. Die Bundesregierung leitet den Bericht unverzüglich dem Bundestag zu und veröffentlicht ihn im Bundesanzeiger.

(3) Jeder Wahlkreis muß ein zusammenhängendes Ganzes bilden. Ländergrenzen müssen, Stadt- und Landkreisgrenzen sollen nach Möglichkeit bei der Einteilung der Wahlkreise eingehalten werden. Die Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der

¹⁾ Davon werden 22 Abgeordnete vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Dadurch vermindert sich die Zahl der unmittelbar zu wählenden Abgeordneten auf 496, von denen die Hälfte in den 248 Wahlkreisen gewählt werden, in die das Bundesgebiet (ohne Berlin) eingeteilt ist (§ 54). Bei der gesetzlichen Mitgliederzahl des Bundestages handelt es sich um eine Mindestzahl, die sich erhöhen kann, wenn sog. „Überhangmandate“ entstehen (vgl. § 6 Abs. 3).

Wahlkreise soll nicht mehr als 33 1/3 vom Hundert nach oben und unten betragen.

(4) Werden Landesgrenzen nach dem Gesetz über das Verfahren bei Änderungen des Gebietsbestandes der Länder nach Artikel 29 Abs. 7 des Grundgesetzes vom 16. März 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 65), geändert durch das Gesetz vom 9. August 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1241), geändert, so ändern sich entsprechend auch die Grenzen der betroffenen Wahlkreise. Werden im aufnehmenden Land zwei oder mehrere Wahlkreise berührt oder wird eine Exklave eines Landes gebildet, so bestimmt sich die Wahlkreiszugehörigkeit des neuen Landesteiles nach der Wahlkreiszugehörigkeit der Gemeinde, des Gemeindebezirks oder des gemeindefreien Gebietes, denen er zugeschlagen wird.

§ 4

Stimmen

Jeder Wähler hat zwei Stimmen, eine Erststimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten, eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste.

§ 5

Wahl in den Wahlkreisen

In jedem Wahlkreis wird ein Abgeordneter gewählt. Gewählt ist der Bewerber, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Kreiswahlleiter zu ziehende Los.

§ 6

Wahl nach Landeslisten

(1) Für die Verteilung der nach Landeslisten zu besetzenden Sitze werden die für jede Landesliste abgegebenen Stimmen zusammengezählt. Nicht berücksichtigt werden dabei die Zweitstimmen derjenigen Wähler, die ihre Erststimme für einen im Wahlkreis erfolgreichen Bewerber abgegeben haben, der gemäß § 21 Abs. 3 oder von einer Partei, für die in dem betreffenden Lande keine Landesliste zugelassen ist, vorgeschlagen ist. Von der Gesamtzahl der Abgeordneten (§ 1 Abs. 1) wird die Zahl der erfolgreichen Wahlkreisbewerber abgezogen, die in Satz 2 genannt oder von einer nach Absatz 4 nicht zu berücksichtigenden Partei vorgeschlagen sind. Die verbleibenden Sitze werden auf die Landeslisten im Verhältnis der Summen ihrer nach den Sätzen 1 und 2 zu berücksichtigenden Zweitstimmen im

Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt. Über die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei gleichen Höchstzahlen das vom Bundeswahlleiter zu ziehende Los.

(2) Von der für jede Landesliste so ermittelten Abgeordnetenzahl wird die Zahl der von der Partei in den Wahlkreisen des Landes errungenen Sitze abgerechnet. Die restlichen Sitze werden aus der Landesliste in der dort festgelegten Reihenfolge besetzt. Bewerber, die in einem Wahlkreis gewählt sind, bleiben auf der Landesliste unberücksichtigt. Entfallen auf eine Landesliste mehr Sitze als Bewerber benannt sind, so bleiben diese Sitze unbesetzt.

(3) In den Wahlkreisen errungene Sitze verbleiben einer Partei auch dann, wenn sie die nach Absatz 1 ermittelte Zahl übersteigen. In einem solchen Falle erhöht sich die Gesamtzahl der Sitze (§ 1 Abs. 1) um die Unterschiedszahl; eine erneute Berechnung nach Absatz 1 findet nicht statt.

(4) Bei Verteilung der Sitze auf die Landeslisten werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 vom Hundert der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens drei Wahlkreisen einen Sitz errungen haben. Satz 1 findet auf die von Parteien nationaler Minderheiten eingereichten Listen keine Anwendung.

§ 7

Listenverbindung

(1) Mehrere Landeslisten derselben Partei können miteinander verbunden werden.

(2) Verbundene Listen gelten bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Listen als eine Liste.

(3) Die auf eine Listenverbindung entfallenden Sitze werden auf die beteiligten Landeslisten im Verhältnis ihrer Zweitstimmen im Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt. § 6 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.

Wahlorgane

§ 8

Gliederung der Wahlorgane

(1) Wahlorgane sind

der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuß für das Wahlgebiet, ein Landeswahlleiter und ein Landeswahlausschuß für jedes Land, ein Kreiswahlleiter und ein Kreiswahlausschuß für jeden Wahlkreis, ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk und ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Briefwahlergebnisses.

(2) Für mehrere benachbarte Wahlkreise kann ein gemeinsamer Kreiswahlleiter bestellt und ein gemeinsamer Kreiswahlausschuß gebildet werden. Zur Feststellung des Briefwahlergebnisses können für einen Wahlkreis mehrere Wahlvorsteher und Wahlvorstände eingesetzt werden.

§ 9

Bildung der Wahlorgane

(1) Der Bundeswahlleiter und sein Stellvertreter werden vom Bundesminister des Innern, die Landeswahlleiter, Kreiswahlleiter und Wahlvorsteher sowie ihre Stellvertreter von der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle ernannt.

(2) Die Wahlausschüsse bestehen aus dem Wahlleiter als Vorsitzendem und sechs von ihm berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern. Die Wahlvorstände bestehen aus dem Wahlvorsteher als Vorsitzendem und drei bis acht von ihm berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern; die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle kann anordnen, daß die Gemeindebehörde die Beisitzer im Einvernehmen mit dem Wahlvorsteher beruft. Bei Berufung der Beisitzer sind die in dem jeweiligen Bezirk vertretenen Parteien nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

(3) Wahlbewerber und Vertrauensmänner für Wahlvorschläge dürfen nicht zu Mitgliedern eines Wahlorgans bestellt werden.

Wahlrecht und Wählbarkeit

§ 12

Wahlrecht

(1) Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag

1. das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben,
2. seit mindestens drei Monaten ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Wahlgebiet haben und
3. nicht nach § 13 vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

(2) Wahlberechtigt sind bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst, die auf Anordnung ihres Dienstherrn ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland genommen haben sowie die Angehörigen ihres Hausstandes.

§ 13

Ausschluß vom Wahlrecht

Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist,

1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht,
2. wer infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt.

§ 14

Ruhen des Wahlrechts

Das Wahlrecht ruht für Personen,

1. die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind,
2. die auf Grund Richterspruchs zum Vollzug einer mit Freiheitsentziehung verbundenen Maßregel der Sicherung und Besserung untergebracht sind.

§ 15

Ausübung des Wahlrechts

(1) Wählen kann nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat.

(2) Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis er geführt wird.

(3) Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl des Wahlkreises, in dem der Wahlschein ausgestellt ist,

- a) durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder
- b) durch Briefwahl teilnehmen.

(4) Jeder Wahlberechtigte kann sein Wahlrecht nur einmal und nur persönlich ausüben.

§ 16

Wählbarkeit

(1) Wählbar ist, wer am Wahltag

1. seit mindestens einem Jahr Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist und
2. das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.

(2) Nicht wählbar ist,

1. wer nach § 13 vom Wahlrecht ausgeschlossen ist,
2. wessen Wahlrecht nach § 14 ruht,
3. wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt oder
4. wer, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist und diese Rechtsstellung durch Ausschlagung der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 65) erlangt hat.

Vorbereitung der Wahl

§ 18

Wählerverzeichnis und Wahlschein

(1) Die Gemeindebehörden führen für jeden Wahlbezirk ein Verzeichnis der Wahlberechtigten. Das Wählerverzeichnis wird vom einundzwanzigsten bis vierzehnten Tage vor der Wahl zur allgemeinen Einsicht öffentlich ausgelegt.

(2) Ein Wahlberechtigter, der verhindert ist, in dem Wahlbezirk zu wählen, in dessen Wählerverzeichnis er eingetragen ist, oder der aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grunde in das Wählerverzeichnis nicht aufgenommen worden ist, erhält auf Antrag einen Wahlschein.

Wahlhandlung

§ 35

Stimmabgabe

(1) Gewählt wird mit amtlichen Stimmzetteln in amtlichen Umschlägen.

(2) Der Wähler gibt

1. seine Erststimme in der Weise ab, daß er durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welchem Bewerber sie gelten soll,
2. seine Zweitstimme in der Weise ab, daß er durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welcher Landesliste sie gelten soll.

(3) Der Bundesminister des Innern kann zulassen, daß an Stelle von Stimmzetteln amtlich zugelassene Stimmzählgeräte verwendet werden.

§ 36

Briefwahl

(1) Bei der Briefwahl hat der Wähler dem Kreiswahlleiter des Wahlkreises, in dem der Wahlschein ausgestellt worden ist, im verschlossenen Wahlbriefumschlag

- a) seinen Wahlschein,
- b) in einem besonderen verschlossenen Umschlag seinen Stimmzettel

so rechtzeitig zu übersenden, daß der Wahlbrief spätestens am Wahltag bis 18 Uhr eingeht.

(2) Auf dem Wahlschein hat der Wähler eidesstattlich zu versichern, daß er den Stimmzettel persönlich gekennzeichnet hat.

(3) Wahlbriefe werden von der Deutschen Bundespost gebührenfrei befördert, wenn sie ihr in amtlichen Wahlbriefumschlägen übergeben werden.

Feststellung des Wahlergebnisses

§ 39

Ungültige Stimmen, Auslegungsregeln

(1) Ungültig sind Stimmzettel,

1. die nicht in einem amtlichen Umschlag abgegeben worden sind,
2. die als nicht amtlich erkennbar sind.

(2) Ungültig sind Stimmen,

1. die den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen,
2. die einen Zusatz oder einen Vorbehalt enthalten.

(3) Ist der Umschlag leer, so gelten beide Stimmen als ungültig. Enthält der Stimmzettel keine oder nur eine Stimmabgabe, so gelten die nicht abgegebenen Stimmen als ungültig.

(4) Mehrere in einem Umschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst zählen sie als ungültiger Stimmzettel.

(5) Bei Briefwahl ist die Stimmabgabe außerdem ungültig, wenn

1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
2. dem Stimmzettel kein oder kein mit der vorgeschriebenen eidesstattlichen Versicherung versehener Wahlschein beigelegt ist.

Zu unterscheiden sind:

- ungültige Stimmzettel,
- ungültige Stimmen und
- ungültige Stimmabgabe.

Bei ungültigen Stimmzetteln sind immer beide Stimmen ungültig, bei ungültigen Stimmen kann die Erst- oder Zweitstimme gültig und die andere ungültig sein. Diejenigen Wahlberechtigten, deren Stimmabgabe nach Abs. 5 ungültig ist, sind Nichtwähler. Ihre Zahl vermindert die Wahlbeteiligung.

Neben den aufgezählten Ungültigkeitsgründen können andere vorkommen.

Schlußbestimmungen

§ 52

Wahlstatistik

(1) Das Ergebnis der Wahlen zum Deutschen Bundestag ist statistisch zu bearbeiten.

(2) In den vom Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Landesämtern zu bestimmenden Wahlbezirken sind auch Statistiken über Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler unter Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge zu erstellen. Die Trennung der Wahl nach Altersgruppen und Geschlechtern ist nur zulässig, wenn die Stimmabgabe der einzelnen Wähler dadurch nicht erkennbar wird.

c) der Bundeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. April 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 239, 373, geändert am 28. Juli 1972, Bundesgesetzbl. I S. 1353)

§ 16

Eintragung der im Ausland wohnenden Wahlberechtigten

(1) Wahlberechtigte nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes, die ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland in nächster Nähe der Bundesgrenze genommen haben, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes sind, wenn sie es bis zum Ablauf der Auslegungsfrist beantragen, in das Wählerverzeichnis einer benachbarten deutschen Gemeinde einzutragen. Für die Bediensteten der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Bundesrepublik und für die Angehörigen ihres Hausstandes gilt Absatz 2.

(2) Wahlberechtigte nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes, die nicht nach Absatz 1 in das Wählerverzeichnis einer benachbarten deutschen Gemeinde aufzunehmen sind, werden, wenn sie es bis zum Beginn der Auslegungsfrist beantragen, in ein besonderes Wählerverzeichnis der Gemeinde eingetragen, in der die für den Bediensteten zuständige oberste Dienstbehörde ihren Sitz hat. Der Antrag muß den Familiennamen, den Rufnamen, den Geburtstag und den Wohnort enthalten. Er ist über die oberste Dienstbehörde zu leiten; diese bestätigt, daß der Antragsteller nach § 12 des Gesetzes wahlberechtigt ist. Der Bedienstete kann den Antrag zugleich für die Angehörigen seines Hausstandes stellen. Sammelanträge sind zulässig.

§ 84

Wahlstatistische Auszählungen

(1) Wahlstatistische Auszählungen dürfen, soweit sie nicht nach § 52 des Gesetzes angeordnet sind, nur mit Zustimmung des Kreiswahlleiters durchgeführt werden. Die Wahlbezirke müssen so ausgewählt und die Auszählungen so durchgeführt werden, daß das Wahlgeheimnis gewahrt ist. Die Auszählungen können unter Verwendung von Stimmzetteln mit Unterscheidungsbezeichnungen oder unter Verwendung verschiedener Wahlurnen oder gemäß § 42 Abs. 2 Satz 1 durchgeführt werden. Durch die Auszählung darf die Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk nicht verzögert werden. Die

Stimmzettel des Wahlbezirks stehen den mit der Auszählung beauftragten Behörden und Personen nur an Amtsstelle und nur so lange zur Verfügung, als es die Aufbereitung erfordert; im übrigen sind die Stimmzettel nach den Vorschriften der §§ 69, 70 zu behandeln.

(2) Die Veröffentlichung von Ergebnissen der wahlstatistischen Auszählungen auf Grund des § 52 Abs. 2 des Gesetzes ist dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern vorbehalten. Diese Ergebnisse können den Gemeinden, die Auszählungen nach Absatz 1 durchführen, zu deren Ergänzung und zu zusammengefaßter Veröffentlichung überlassen werden. Die Ergebnisse für einzelne Wahlbezirke dürfen nicht bekanntgegeben werden.

**2. Alphabetisches Verzeichnis der bei den Bundestags- und Landtagswahlen
von 1946 bis 1972 aufgetretenen Parteien und Wählergemeinschaften**

Partei 1)		Aufgetreten bei														
		der Bundestagswahl am								Landtagswahlen						
										zwischen der						
		Name	Ab- kürzung	14. 8. 1949	6. 9. 1953	15. 9. 1957	17. 9. 1961	19. 9. 1965	28. 9. 1969	19. 11. 1972	vor der 1.	1. u. 2.	2. u. 3.	3. u. 4.	4. u. 5.	5. u. 6.
Bundestagswahl																
Aktion Demokratischer Fortschritt	ADF						X									
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher	AUD					X								X		X
Badische Christlich - Soziale Volkspartei	BCSV								X							
Badische Zentrumspariei	Zentrum									X						
Bayerischer Rechtsblock	BRbl										X					
Bayernpartei	BP	X	X				X			X	X	X	X	X	X	X
Block der Heimatvertriebenen										X						
Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten	BHE									X						
Block der Vaterländischen Einigung	BVE									X						
Bremer Demokratische Volkspartei	BDV	X							X							
Bund der Deutschen, Partei für Einheit,Frieden und Freiheit	BdD			X								X	X			
Christlich Demokratische Union Deutschlands	CDU	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Christliche Volkspartei	CVP					X			X	X	X					
Christlich Nationale Gemeinschaft	CNG											X				
Christlich - Sozialer Arbeiterbund	CSAB									X						
Christlich - Soziale Union in Bayern	CSU	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Christlich - Soziale Union - Saar	CSU			X							X					
Demokratische Linke	DL														X	
Demokratische Partei	DemP								X							
Demokratische Volkspartei	DVP									X						
Der Deutsche Block										X						
Deutsche Arbeiterpartei	DAP									X						
Deutsche Demokratische Union	DDU										X	X	X			
Deutsche Friedens - Union	DFU				X	X							X	X		X
Deutsche Gemeinschaft	DG			X	X					X	X	X	X			
Deutsche Gemeinschaft - Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten	DG - BHE									X						
Deutsche Kommunistische Partei	DKP							X								X
Deutsche Konservative Partei	DKP	X							X							
Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei	DKP/DRP	X														
Deutsche Partei	DP	X	X						X	X	X	X	X			
Deutsche Partei (Deutsche Partei/Freie Volkspartei)	DP			X												
Deutsche Rechtspartei	DRP	X							X							
Deutsche Reichspartei	DRP		X	X	X				X	X	X	X	X			
Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten	BHE/DG									X						
Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittelstands- parteien - UDM)	Mittelstand			X								X				
Deutsches Landvolk	DLV										X	X				
Deutsche Soziale Partei	DSP									X						
Deutsche Volkspartei	DV, DVP						X		X	X		X				
Deutsche Zentrumspariei, Zentrumspariei	DZP, Z, ZP, Zentrum	X	X				X		X	X	X	X	X	X	X	X
Deutsch - Hannoversche Partei	DHP										X					
Deutsch - Soziale Union	DSU											X				
Europäische Federalistische Partei	EFP					X	X	X						X		X
Europäische Volksbewegung Deutschland	EVD	X														
Föderalistische Union (Bayernpartei - Zentrum)	FU			X												
Freie Demokratische Partei, Freie Demokratische Partei/ Demokratische Partei Saar, Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei	F D.P., FDP/DPS, FDP/DVP	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Freie Deutsche Volkspartei	FDV											X				
Freie Opposition											X					
Freier Kulturpolitischer Bund	FKB									X						
Freie Sozialistische Partei	FSP												X			
Freie Wählergemeinschaft Rheinland - Pfalz	FWG										X					
Freisoziale Union - Demokratische Mitte	FSU					X	X	X	X	X	X		X	X		X
Gerechtigkeitspartei Bundesrepublik Deutschland	G															X
Gesamtdeutsche Partei, Gesamtdeutsche Partei (DP - BHE), Gesamtdeutsche Partei - Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten, Gesamtdeutscher Block/BHE	GPD, GPD/ BHE, GDP, GDP/BHE, GB/BHE		X	X	X		X			X	X	X	X	X		
Gesamtdeutsche Volkspartei	GVP		X									X				

1) Zum Teil handelt es sich um die gleiche Partei unter verschiedenen Namen oder um die besondere Bezeichnung von Landesverbänden

2. Alphabetisches Verzeichnis der bei den Bundestags- und Landtagswahlen
von 1946 bis 1972 aufgetretenen Parteien und Wählergemeinschaften

Partei 1)		Aufgetreten bei													
		der Bundestagswahl am							Landtagswahlen						
Name	Ab- kürzung	14. 8. 1949	6. 9. 1953	15. 9. 1957	17. 9 1961	19. 9. 1965	28. 9. 1969	19. 11. 1972	vor der 1.	zwischen der					
										1. u. 2.	2. u. 3.	3. u. 4.	4. u. 5.	5. u. 6.	6. u. 7.
Bundestagswahl															
Hamburg Block (CDU, FDP, DP)												X			
Hessische Bauern- und Landvolkpartei	HB u. LVP										X				
Königspartei											X				
Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Deutschlands	KP, KPD	X	X						X	X	X				
Konservative Partei	KonsP										X				
Landwirte Partei	LP											X			
Liberal - Demokratische Partei	LDP								X						
Nationaldemokratische Partei/Deutsche Reichspartei	NDP/DRP										X				
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD					X	X	X						X	X
Nationale Sammlung	DNS		X								X				
Nationale Solidarität Deutschlands	NSD											X			
Niederbayerischer Bauern- und Mittelstandsbund	NBM												X		
Niederdeutsche Union (CDU, DP)											X				
Niedersächsische Landespartei	NLP														X
Notgemeinschaft Kriegsgeschädigter	NGK										X				
Partei der guten Deutschen	PdgD		X	X								X			
Radikalsoziale Freiheitspartei	RSF	X							X	X	X				
Rechtspartei	RP										X				
Republikanische Partei Deutschlands	RPD								X						
Rheinische Volks - Partei	RhVP								X						
Rheinisch - Westfälische Volkspartei	RWVP	X													
Saarländische Volkspartei, Saarländische Volkspartei/Christliche Volkspartei	SVP, SVP/CVP												X	X	X
Schleswig - Holstein Block	SHB											X			
Schleswig - Holsteinische Landespartei	SHLP		X									X			
Sozialdemokratische Partei, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Sozialdemokratische Partei Saar	SP, SPD, SPS	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	SED									X		X	X		
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands - Westberlin, Sozialistische Einheitspartei Westberlins	SED - W SEW													X	X
Sozialistische Reichspartei	SRP										X				
Südschleswiger Verein	SSV								X						
Südschleswiger Wählerverband	SSW	X	X	X	X					X	X	X	X	X	X
Übernationale Europäische Volkspartei Saar	ÜEPVS											X			
Unabhängige Arbeiter - Partei (Deutsche Sozialisten)	UAP					X	X							X	X
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands	USPD									X	X				
Unabhängige Wählergemeinschaft	UWG									X				X	
Unpolitische Bäuerliche Notgemeinschaft - Hilfe für den Bayerischen Wald										X					
Vaterländische Union	VU		X	X								X		X	
Vaterstädtischer Bund Hamburg (CDU, FDP, DKP)	VBH									X					
Vereinigung für Frieden und soziale Sicherheit	VFS												X		
Vereinigung wirtschaftlich und politisch Entrechteter										X					
Wahlblock der Kriegsbeschädigten, Heimatvertriebenen, Entrechteten										X					
Wählergemeinschaft für ein neutrales Deutschland - Wählergemeinschaft					X								X		
Wählervereinigung gegen atomare Aufrüstung	WV														
Wirtschaftliche Aufbauvereinigung	WAV	X							X	X					
Wirtschaftliche Vereinigung des Mittelstandes	WVM											X			
Einzelbewerber, Parteilose, Unabhängige		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

3. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund

Lfd. Nr.	Gegenstand der Nachweisung (1 = Erst-, 2 = Zweitstimmen)	Einheit	Schleswig - Holstein		Hamburg		Niedersachsen		Bremen	
			1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969
1	Wahlberechtigte	Anzahl	1 839 177	1 711 511	1 348 617	1 341 494	5 126 515	4 760 938	540 928	524 110
2	Wähler	Anzahl	1 665 020	1 471 900	1 242 832	1 174 981	4 684 898	4 164 690	492 431	452 373
3	Wahlbeteiligung	%	90,5	86,0	92,2	87,6	91,4	87,5	91,0	86,3
4	Ungültige Stimmen	1 Anzahl	18 468	27 145	7 753	14 397	46 809	78 683	4 861	11 049
5		%	1,1	1,8	0,6	1,2	1,0	1,9	1,0	2,4
6		2 Anzahl	10 864	17 060	5 767	8 172	32 424	59 060	3 546	5 013
7		%	0,7	1,2	0,5	0,7	0,7	1,4	0,7	1,1
8	Gültige Stimmen	1 Anzahl	1 646 552	1 444 755	1 235 079	1 160 584	4 638 089	4 086 007	487 570	441 324
9		%	98,9	98,2	99,4	98,8	99,0	98,1	99,0	97,6
10		2 Anzahl	1 654 156	1 454 840	1 237 065	1 166 809	4 652 474	4 105 630	488 885	447 360
11		%	99,3	98,8	99,5	99,3	99,3	98,6	99,3	98,9
Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfallen auf:										
12	SPD	1 Anzahl	858 081	642 608	742 999	670 856	2 389 346	1 851 232	301 190	235 823
13	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	%	52,1	44,5	60,2	57,8	51,5	45,3	61,8	53,4
14		2 Anzahl	804 446	633 537	673 517	637 051	2 235 911	1 797 376	284 028	232 779
15		%	48,6	43,5	54,4	54,6	48,1	43,8	58,1	52,0
16	CDU	1 Anzahl	705 966	682 746	411 876	392 088	2 007 358	1 860 364	145 418	144 234
17	Christlich Demokratische Union Deutschlands	%	42,9	47,3	33,3	33,8	43,3	45,5	29,8	32,7
18	CSU	2 Anzahl	695 140	671 822	411 974	397 246	1 988 720	1 854 514	144 471	144 422
19	Christlich - Soziale Union in Bayern	%	42,0	46,2	33,3	34,0	42,7	45,2	29,6	32,3
20	F.D.P.	1 Anzahl	69 583	58 488	65 752	45 340	207 187	191 416	34 786	35 011
21	Freie Demokratische Partei	%	4,2	4,0	5,3	3,9	4,5	4,7	7,1	7,9
22		2 Anzahl	141 497	75 871	138 607	73 206	393 282	230 471	54 428	41 554
23		%	8,6	5,2	11,2	6,3	8,5	5,6	11,1	9,3
24	Sonstige	1 Anzahl	12 922	60 913	14 452	52 300	34 198	182 995	6 176	26 256
25		%	0,8	4,2	1,2	4,5	0,7	4,5	1,3	5,9
26		2 Anzahl	13 073	73 610	12 967	59 306	34 561	223 269	5 958	28 605
27		%	0,8	5,1	1,0	5,1	0,7	5,4	1,2	6,4
davon für:										
28	ADF	1 Anzahl	—	6 190	—	13 114	—	18 233	—	6 651
29	Aktion Demokratischer Fortschritt	%	—	0,4	—	1,1	—	0,4	—	1,5
30		2 Anzahl	—	6 381	—	13 653	—	17 183	—	6 535
31		%	—	0,4	—	1,2	—	0,4	—	1,5
32	BP	1 Anzahl	—	—	—	—	—	—	—	—
33	Bayernpartei	%	—	—	—	—	—	—	—	—
34		2 Anzahl	—	—	—	—	—	—	—	—
35		%	—	—	—	—	—	—	—	—
36	DKP	1 Anzahl	3 931	—	8 650	—	11 689	—	3 863	—
37	Deutsche Kommunistische Partei	%	0,2	—	0,7	—	0,3	—	0,8	—
38		2 Anzahl	3 528	—	6 944	—	9 467	—	3 335	—
39		%	0,2	—	0,6	—	0,2	—	0,7	—
40	DV	1 Anzahl	—	—	—	—	—	—	—	—
41	Deutsche Volkspartei	%	—	—	—	—	—	—	—	—
42	Zentrum	2 Anzahl	—	—	—	—	—	—	—	—
43	Deutsche Zentrumsparlei	%	—	—	—	—	—	—	—	—
44	EFP	1 Anzahl	816	2 761	1 099	2 980	358	3 348	—	2 049
45	Europäische Föderalistische Partei	%	0,0	0,2	0,1	0,3	0,0	0,1	—	0,5
46		2 Anzahl	1 010	3 046	910	3 329	2 187	5 394	318	1 897
47		%	0,1	0,2	0,1	0,3	0,0	0,1	0,1	0,4
48	FSU	1 Anzahl	364	363	209	1 305	83	2 128	—	—
49	Freisoziale Union - Demokratische Mitte -	%	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	—	—
50		2 Anzahl	—	—	480	1 510	—	2 688	—	450
51		%	—	—	0,0	0,1	—	0,1	—	0,1
52	GPD	2 Anzahl	—	1 271	—	—	—	9 732	—	—
53	Gesamtdeutsche Partei	%	—	0,1	—	—	—	0,2	—	—
54	NPD	1 Anzahl	7 811	51 599	4 494	33 886	22 068	158 469	2 313	17 556
55	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	%	0,5	3,6	0,4	2,9	0,5	3,8	0,5	4,0
56		2 Anzahl	8 535	62 912	4 633	40 814	22 907	188 272	2 305	19 723
57		%	0,5	4,3	0,4	3,5	0,5	4,6	0,5	4,4
58	UAP	1 Anzahl	—	—	—	—	—	—	—	—
59	Unabhängige Arbeiter Partei (Deutsche Sozialisten)	%	—	—	—	—	—	—	—	—
60		2 Anzahl	—	—	—	—	—	—	—	—
61		%	—	—	—	—	—	—	—	—
62	Unabhängige	1 Anzahl	—	—	—	1 015	—	2 817	—	—
63		%	—	—	—	0,1	—	0,1	—	—

und Ländern bei den Bundestagswahlen 1972 und 1969

Nordrhein - Westfalen		Hessen		Rheinland - Pfalz		Baden - Württemberg		Bayern		Saarland		Bundesgebiet ohne Berlin		Lfd.
1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969	Nr.
11 992 806	11 259 648	3 841 104	3 573 336	2 623 690	2 410 176	5 960 714	5 510 280	7 375 146	6 851 646	797 605	734 096	41 446 302	38 677 235	1
11 005 807	9 827 911	3 522 483	3 151 868	2 404 007	2 097 308	5 376 985	4 690 427	6 626 216	5 837 724	740 910	653 882	37 761 589	33 523 064	2
91,8	87,3	91,7	88,2	91,6	87,0	90,2	85,1	89,8	85,2	92,9	89,1	91,1	86,7	3
128 101	236 654	36 907	73 371	33 295	49 143	70 981	137 152	97 596	158 592	13 039	23 362	457 810	809 548	4
1,2	2,4	1,0	2,3	1,4	2,3	1,3	2,9	1,5	2,7	1,8	3,6	1,2	2,4	5
71 169	140 798	23 647	53 835	26 146	41 208	54 852	105 661	62 426	107 236	10 998	18 997	301 839	557 040	6
0,6	1,4	0,7	1,7	1,1	2,0	1,0	2,3	0,9	1,8	1,5	2,9	0,8	1,7	7
10 877 706	9 591 257	3 485 576	3 078 497	2 370 712	2 048 165	5 306 004	4 553 275	6 528 620	5 679 132	727 871	630 520	37 303 779	32 713 516	8
98,8	97,6	99,0	97,7	98,6	97,7	98,7	97,1	98,5	97,3	98,2	96,4	98,8	97,6	9
10 934 638	9 687 113	3 498 836	3 098 033	2 377 861	2 056 100	5 322 133	4 584 766	6 563 790	5 730 488	729 912	634 885	37 459 750	32 966 024	10
99,4	98,6	99,3	98,3	98,9	98,0	99,0	97,7	99,1	98,2	98,5	97,1	99,2	98,3	11
5 743 844	4 575 554	1 856 417	1 557 796	1 128 019	843 627	2 268 696	1 723 471	2 572 250	2 040 198	367 397	261 209	18 228 239	14 402 374	12
52,8	47,7	53,3	50,6	47,6	41,2	42,8	37,9	39,4	35,9	50,5	41,4	48,9	44,0	13
5 509 886	4 534 471	1 697 322	1 492 916	1 067 953	825 379	2 069 169	1 675 702	2 483 136	1 983 020	349 801	253 495	17 175 169	14 065 716	14
50,4	46,8	48,5	48,2	44,9	40,1	38,9	36,5	37,8	34,6	47,9	39,9	45,8	42,7	15
4 517 830	4 253 791	1 411 018	1 193 890	1 105 288	990 951	2 679 772	2 324 562	3 620 625	3 094 176	320 287	294 522	16 925 438	15 231 324	16
41,5	44,4	40,5	38,8	46,6	48,4	50,5	51,1	55,5	54,5	44,0	46,7	45,4	46,6	17
4 484 657	4 222 914	1 409 771	1 190 642	1 090 339	982 640	2 648 810	2 322 349	3 615 183	3 115 652	316 955	292 986	16 806 020	15 195 187	18
41,0	43,6	40,3	38,4	45,9	47,8	49,8	50,7	55,1	54,4	43,4	46,1	44,9	46,1	19
530 974	412 187	183 553	168 231	113 062	108 694	296 286	305 433	260 019	193 956	29 311	35 895	1 790 513	1 554 651	20
4,9	4,3	5,3	5,5	4,8	5,3	5,6	6,7	4,0	3,4	4,0	5,7	4,8	4,8	21
856 963	526 861	355 558	208 325	193 499	128 650	544 832	343 350	399 554	232 880	51 762	42 254	3 129 982	1 903 422	22
7,8	5,4	10,2	6,7	8,1	6,3	10,2	7,5	6,1	4,1	7,1	6,7	8,4	5,8	23
85 058	349 725	34 588	158 580	24 343	104 893	61 250	199 809	75 726	350 802	10 876	38 894	359 589	1 525 167	24
0,8	3,6	1,0	5,2	1,0	5,1	1,2	4,4	1,2	6,2	1,5	6,2	1,0	4,7	25
83 132	402 067	36 185	206 150	26 070	119 431	59 322	243 365	65 917	398 936	11 394	46 160	348 579	1 801 699	26
0,8	4,2	1,0	6,7	1,1	5,8	1,1	5,3	1,0	7,0	1,6	7,3	0,9	5,5	27
—	66 426	—	23 333	—	11 815	—	24 523	—	30 665	—	8 230	—	209 180	28
—	0,7	—	0,8	—	0,6	—	0,5	—	0,5	—	1,3	—	0,6	29
—	64 824	—	22 137	—	11 651	—	21 927	—	25 431	—	7 609	—	197 331	30
—	0,7	—	0,7	—	0,6	—	0,5	—	0,4	—	1,2	—	0,6	31
—	—	—	—	—	—	—	—	—	54 940	—	—	—	54 940	32
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,0	—	—	—	0,2	33
—	—	—	—	—	—	—	—	—	49 694	—	—	—	49 694	34
—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,9	—	—	—	0,2	35
49 611	—	16 925	—	9 227	—	16 807	—	19 890	—	5 665	—	146 258	—	36
0,5	—	0,5	—	0,4	—	0,3	—	0,3	—	0,8	—	0,4	—	37
37 600	—	13 214	—	7 749	—	13 289	—	13 607	—	5 158	—	113 891	—	38
0,3	—	0,4	—	0,3	—	0,2	—	0,2	—	0,7	—	0,3	—	39
—	461	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	461	40
—	0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	41
—	15 114	—	—	—	—	—	—	—	—	—	819	—	15 933	42
—	0,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,1	—	0,0	43
1 750	2 135	334	2 303	—	—	603	1 343	2 621	4 008	—	—	7 581	20 927	44
0,0	0,0	0,0	0,1	—	—	0,0	0,0	0,0	0,1	—	—	0,0	0,1	45
5 218	10 588	3 204	6 550	—	—	5 453	8 174	5 170	9 044	587	1 628	24 057	49 650	46
0,0	0,1	0,1	0,2	—	—	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1	0,3	0,1	0,2	47
510	5 409	—	—	—	—	278	430	420	557	—	—	1 864	10 192	48
0,0	0,1	—	—	—	—	0,0	0,0	0,0	0,0	—	—	0,0	0,0	49
2 686	6 735	—	—	—	—	—	2 534	—	2 454	—	—	3 166	16 371	50
0,0	0,1	—	—	—	—	—	0,1	—	0,0	—	—	0,0	0,0	51
—	4 325	—	18 758	—	—	—	2 830	—	8 485	—	—	—	45 401	52
—	0,0	—	0,6	—	—	—	0,1	—	0,1	—	—	—	0,1	53
33 187	243 769	17 329	132 808	14 816	93 078	36 134	171 927	51 026	257 619	5 211	30 664	194 389	1 189 375	54
0,3	2,5	0,5	4,3	0,6	4,5	0,7	3,8	0,8	4,5	0,7	4,9	0,5	3,6	55
37 628	295 972	19 767	158 705	18 321	107 780	40 580	207 900	47 140	303 828	5 649	36 104	207 465	1 422 010	56
0,3	3,1	0,6	5,1	0,8	5,2	0,8	4,5	0,7	5,3	0,8	5,7	0,6	4,3	57
—	1 395	—	136	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 531	58
—	0,0	—	0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	59
—	5 309	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 309	60
—	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	61
—	30 130	—	—	300	—	7 428	1 586	1 769	3 013	—	—	9 497	38 561	62
—	0,3	—	—	0,0	—	0,1	0,0	0,0	0,1	—	—	0,0	0,1	63

4. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1975
a) SPD, CDU, CSU und F.D.P.

Tag der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Wahl- berechtigte	Wähler		Ungültige		Gültige		Von den gültigen Stimmen 2) entfielen auf							
				Stimmen 2)				SPD		CDU, CSU 3)		F. D. P.		Sonstige	
		Anzahl	% 1)	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Schleswig - Holstein															
20. 4. 1947 L	1 594 794	1 113 005	69,8	39 801	3,6	1 073 204	469 994	43,8	365 534	34,1	53 359	4,97	184 317	17,2	
14. 8. 1949 B	1 731 022	1 431 020	82,7	33 349	2,3	1 397 671	413 257	29,6	428 956	30,7	103 492	7,4	451 966	32,3	
9. 7. 1950 L	1 715 604 4)	1 341 780	78,2	30 738	2,3	1 311 042	360 233	27,5	258 961	19,8	92 466	7,1	599 382	45,7	
6. 9. 1953 B	1 573 480	1 391 768	88,5	39 706	2,9	1 352 062	357 798	26,5	636 570	47,1	61 486	4,5	296 208	21,9	
12. 9. 1954 L	1 548 832 4)	1 217 519	78,6	23 231	1,9	1 194 288	396 073	33,2	384 875	32,2	89 415	7,5	323 925	27,1	
15. 9. 1957 B	1 548 961	1 367 225	88,3	55 180	4,0	1 312 045	404 595	30,8	631 147	48,1	73 656	5,6	202 647	15,4	
28. 9. 1958 L	1 567 411	1 233 578	78,7	16 563	1,3	1 217 015	436 966	35,9	540 774	44,4	65 140	5,4	174 135	14,3	
17. 9. 1961 B	1 626 141	1 431 704	88,0	68 338	4,8	1 363 366	495 728	36,4	569 216	41,8	188 619	13,8	109 803	8,1	
23. 9. 1962 L	1 653 858	1 160 115	70,1	14 119	1,2	1 145 996	449 470	39,2	516 073	45,0	90 310	7,9	90 143	7,9	
19. 9. 1965 B	1 687 266	1 448 994	85,9	32 252	2,2	1 416 742	549 901	38,8	682 626	48,2	132 761	9,4	51 454	3,6	
23. 4. 1967 L	1 682 328	1 246 003	74,1	12 895	1,0	1 233 108	486 274	39,4	566 950	46,0	72 589	5,9	107 295	8,7	
28. 9. 1969 B	1 711 511	1 471 900	86,0	17 060	1,2	1 454 840	633 537	43,5	671 822	46,2	75 871	5,2	73 610	5,1	
25. 4. 1971 L	1 807 818	1 431 760	79,2	10 726	0,7	1 421 034	582 420	41,0	737 120	51,9	54 099	3,8	47 395	3,3	
19. 11. 1972 B	1 839 177	1 665 020	90,5	10 864	0,7	1 654 156	804 446	48,6	695 140	42,0	141 497	8,6	13 073	0,8	
13. 4. 1975 L	1 840 596	1 514 646	82,3	9 963	0,7	1 504 683	603 360	40,1	758 227	50,4	107 042	7,1	36 054	2,4	
Hamburg															
13. 10. 1946 L 5)	968 454	765 008	79,0	29 415	3,8	2 807 805 6)	1 210 010	43,1	749 153	26,7	509 632	18,2	339 010	12,1	
14. 8. 1949 B	1 141 214	926 435	81,2	20 991	2,3	905 444	358 873	39,6	178 786	19,7	143 371	15,8	224 414	24,8	
16. 10. 1949 L 5)	1 151 566	811 778	70,5	22 538	2,8	789 240	337 697	42,8	—	—	—	—	451 543 7)	57,2 7)	
6. 9. 1953 B	1 241 880	1 085 279	87,4	25 296	2,3	1 059 983	403 410	38,1	389 335	36,7	108 722	10,3	158 516	15,0	
1. 11. 1953 L 5)	1 261 352	1 020 220	80,9	12 148	1,2	1 008 072	455 402	45,2	—	—	—	—	552 670 8)	54,8 8)	
15. 9. 1957 B	1 328 657	1 185 178	89,2	30 919	2,6	1 154 259	528 645	45,8	432 262	37,4	108 451	9,4	84 901	7,4	
10. 11. 1957 L 5)	1 346 260	1 040 584	77,3	14 060	1,4	1 026 524	553 390	53,9	330 991	32,2	88 201	8,6	53 942	5,3	
17. 9. 1961 B	1 386 411	1 227 787	88,6	34 050	2,8	1 193 737	560 038	46,9	380 613	31,9	187 255	15,7	65 831	5,5	
12. 11. 1961 L 5)	1 384 546	1 000 784	72,3	11 971	1,2	988 813	567 793	57,4	287 619	29,1	95 061	9,6	38 340	3,9	
19. 9. 1965 B	1 392 984	1 202 934	86,4	15 855	1,3	1 187 079	572 869	48,3	446 133	37,6	112 047	9,4	56 040	4,7	
27. 3. 1966 L 5)	1 375 491	959 816	69,8	12 014	1,3	947 802	558 754	59,0	284 501	30,0	64 837	6,8	39 710	4,2	
28. 9. 1969 B	1 341 494	1 174 981	87,6	8 172	0,7	1 166 809	637 051	54,6	397 246	34,0	73 206	6,3	59 306	5,1	
22. 3. 1970 L 5)	1 382 265	1 014 622	73,4	11 518	1,1	1 003 104	554 455	55,3	329 337	32,8	70 875	7,1	48 437	4,8	
19. 11. 1972 B	1 348 617	1 242 832	92,2	5 767	0,5	1 237 065	673 517	54,4	411 974	33,3	138 607	11,2	12 967	1,0	
3. 3. 1974 L 5)	1 313 889	1 056 358	80,4	11 608	1,1	1 044 750	469 656	44,9	423 912	40,6	113 930	10,9	37 252	3,6	
Niedersachsen															
20. 4. 1947 L	3 956 675	2 576 366	65,1	116 887	4,5	2 459 479	1 066 380	43,4	489 322	19,9	215 805	8,8	687 972	28,0	
14. 8. 1949 B	4 425 610	3 439 964	77,7	73 999	2,2	3 365 965	1 125 295	33,4	593 691	17,6	252 141	7,5	1 394 838	41,4	
6. 5. 1951 L	4 475 688	3 393 371	75,8	62 931	1,9	3 330 440	1 123 199	33,7	—	—	278 088	8,3	1 929 153 9)	57,9 9)	
6. 9. 1953 B	4 388 818	3 894 742	88,7	114 146	2,9	3 780 596	1 136 522	30,1	1 330 982	35,2	260 894	6,9	1 052 198	27,8	
24. 4. 1955 L	4 400 635	3 410 330	77,5	52 552	1,5	3 357 778	1 181 963	35,2	894 018	26,6	264 841	7,9	1 016 956	30,3	
15. 9. 1957 B	4 438 885	3 950 248	89,0	123 835	3,1	3 826 413	1 255 204	32,8	1 495 343	39,1	226 463	5,9	849 403	22,2	
4. 9. 1959 L	4 477 897	3 493 904	78,0	56 508	1,6	3 437 396	1 356 485	39,5	1 058 687	30,8	179 522	5,2	842 702	24,5	
17. 9. 1961 B	4 613 112	4 083 490	88,5	140 535	3,4	3 942 955	1 526 824	38,7	1 536 956	39,0	519 139	13,2	360 036	9,1	
19. 5. 1963 L	4 701 245	3 617 369	76,9	35 125	1,0	3 582 244	1 608 827	44,9	1 351 449	37,7	316 552	8,8	305 316	8,5	
19. 9. 1965 B	4 748 325	4 145 849	87,3	93 108	2,2	4 052 741	1 614 540	39,8	1 855 124	45,8	440 860	10,9	142 217	3,5	
4. 6. 1967 L	4 760 327	3 608 656	75,8	37 098	1,0	3 571 558	1 538 776	43,1	1 491 092	41,7	245 318	6,9	296 372	8,3	
28. 9. 1969 B	4 760 938	4 184 690	87,5	59 060	1,4	4 105 630	1 797 376	43,8	1 854 514	45,2	230 471	5,6	223 269	5,4	
14. 6. 1970 L	5 085 443	3 902 003	76,7	26 175	0,7	3 875 828	1 792 943	46,3	1 771 698	45,7	169 457	4,4	141 730	3,7	
19. 11. 1972 B	5 126 515	4 684 898	91,4	32 424	0,7	4 652 474	2 235 911	48,1	1 988 720	42,7	393 282	8,5	34 561	0,7	
9. 6. 1974 L	5 129 254	4 331 273 10)	84,4	33 580 10)	0,8	4 297 693 10)	1 852 797 10)	43,1	2 098 096 10)	48,8	302 165 10)	7,0	44 635 10)	1,0	
Bremen															
3. 10. 1946 L 11)	243 410	—	—	—	—	664 330 12)	316 457	47,6	125 307	18,9	121 279 13)	18,3	101 287	15,2	
2. 10. 1947 L 11)	338 011	229 245	67,8	10 387	4,5	218 858	91 235	41,7	48 118	22,0	42 539 13)	19,4	36 966	16,9	
4. 8. 1949 B	379 839	310 980	81,9	7 115	2,3	303 865	104 509	34,4	51 290	16,9	39 228 13)	12,9	108 838	35,8	
7. 10. 1951 L 11)	407 712	339 810	83,3	6 310	1,9	333 500	130 471	39,1	30 172	9,0	39 432	11,8	133 425	40,0	
6. 9. 1953 B	420 958	367 920	87,4	11 720	3,2	356 200	138 846	39,0	88 456	24,8	26 777	7,5	102 121	28,7	
9. 10. 1955 L 11)	440 100	369 521	84,0	4 815	1,3	364 706	174 127	47,7	65 749	18,0	31 486	8,6	93 344	25,6	
15. 9. 1957 B	467 250	414 498	88,7	15 898	3,8	398 600	184 003	46,2	121 264	30,4	23 311	5,8	70 022	17,6	
1. 10. 1959 L 11)	490 842	388 949	79,2	4 778	1,2	384 171	210 808	54,9	56 849	14,8	27 450	7,1	89 064	23,2	
7. 9. 1961 B	507 760	447 936	88,2	19 695	4,4	428 241	212 734	49,7	115 493	27,0	64 955	15,2	35 059	8,2	
9. 9. 1963 L 11)	524 703	399 265	76,1	3 900	1,0	395 365	216 347	54,7	114 222	28,9	33 036	8,4	31 760	8,0	
9. 9. 1965 B	525 730	452 799	86,1	8 582	1,9	444 217	215 487	48,5	150 889	34,0	51 894	11,7	25 947	5,8	
1. 10. 1967 L 11)	533 674	411 120	77,0	5 219	1,3	405 901	186 795	46,0	119 647	29,5	42 731	10,5	56 728	14,0	
8. 9. 1969 B	524 110	452 373	86,3	5 013	1,1	447 360	232 779	52,0	144 422	32,3	41 554	9,3	28 605	6,4	
10. 10. 1971 L 11)	556 719	445 497	80,0	3 706	0,8	441 791	244 470	55,3	139 423	31,6	31 509	7,1	26 389	6,0	
9. 11. 1972 B	540 928	492 431	91,0	3 546	0,7	488 885	284 028	58,1	144 471	29,6	54 428	11,1	5 958	1,2	

1) Wahlbeteiligung. — 2) Für die Bundestagswahlen 1953 bis 1972 Zweitstimmen. — 3) CSU nur in Bayern, im Saarland CSU auch bei der Landtagswahl 1955 (3 796) und bei der Bundestagswahl 1957 (117 168) neben der CDU. — 4) Ausschließlich der ausgegebenen, einschließlich der abgegebenen Wahlscheine. — 5) Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft. — 6) Jeder Wähler konnte bis zu 4 Stimmen abgeben. — 7) Darunter: Vaterstädtischer Bund Hamburg (CDU, FDP, DKP) 272 649 = 34,5 %. — 8) Darunter: Hamburg Block (CDU, FDP, DP) 504 084 = 50,0 %. — 9) Darunter: Niederdeutsche Union (CDU, DP) 790 766 = 23,7 %. — 10) Berichtigt gem. Wahlprüfungsentscheidung des Niedersächsischen Landtages vom 26. 2. 1975. — 11) Wahl zur Bremischen Bürgerschaft. — 12) Jeder Wähler konnte je nach Größe der Wahlbezirke 3 bis 5 Stimmen abgeben. — 13) Bremer Demokratische Volkspartei (BDV).

4. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1975
a) SPD, CDU und F.D.P.

Tag der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Wahl- berechtigte	Wähler	Ungültige		Gültige		Von den gültigen Stimmen 2) entfielen auf							
			Stimmen 2)				SPD		CDU, CSU 3)		F. D. P.		Sonstige	
			Anzahl	% 1)	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Nordrhein - Westfalen														
20. 4. 1947 L	7 860 608	5 290 598	67,3	261 706	4,9	5 028 892	1 607 487	32,0	1 889 581	37,6	298 995	5,9	1 232 828	24,5
14. 8. 1949 B	8 681 794	6 909 719	79,6	183 176	2,7	6 726 543	2 109 172	31,4	2 481 523	36,9	581 456	8,6	1 554 392	23,1
18. 6. 1950 L	8 892 305	6 433 003	72,3	231 886	3,6	6 201 117	2 005 312	32,3	2 286 644	36,9	748 926	12,1	1 160 235	18,7
6. 9. 1953 B	9 599 109	8 250 961	86,0	242 532	2,9	8 008 429	2 553 014	31,9	3 915 320	48,9	682 902	8,5	857 193	10,7
27. 6. 1954 L	9 730 078	7 068 392	72,6	145 323	2,1	6 923 069	2 387 718	34,5	2 855 988	41,3	793 736	11,5	885 627	12,8
15. 9. 1957 B	10 407 006	9 158 928	88,0	303 657	3,3	8 855 271	2 965 616	33,5	4 813 996	54,4	554 781	6,3	520 878	5,9
6. 7. 1958 L	10 507 956	8 046 198	76,6	98 020	1,2	7 948 178	3 115 738	39,2	4 011 419	50,5	566 258	7,1	254 763	3,2
17. 9. 1961 B	11 085 775	9 799 429	88,4	281 183	2,9	9 518 246	3 549 359	37,3	4 530 553	47,6	1 118 460	11,8	319 874	3,4
8. 7. 1962 L	11 156 285	8 188 988	73,4	106 421	1,3	8 082 567	3 497 179	43,3	3 752 116	46,4	553 426	6,8	279 846	3,5
19. 9. 1965 B	11 322 627	9 920 068	87,6	168 836	1,7	9 751 232	4 149 910	42,6	4 593 281	47,1	739 954	7,6	268 087	2,7
10. 7. 1966 L	11 292 041	8 641 646	76,5	99 153	1,1	8 542 493	4 226 604	49,5	3 653 184	42,8	633 765	7,4	28 940	0,3
28. 9. 1969 B	11 259 648	9 827 911	87,3	140 798	1,4	9 687 113	4 534 471	46,8	4 222 914	43,6	526 861	5,4	402 867	4,2
14. 6. 1970 L	11 890 609	8 739 940	73,5	62 113	0,7	8 677 827	3 996 808	46,1	4 020 186	46,3	478 420	5,5	182 413	2,1
19. 11. 1972 B	11 992 806	11 005 807	91,8	71 169	0,6	10 934 638	5 509 886	50,4	4 484 657	41,0	856 963	7,8	83 132	0,8
4. 5. 1975 L	12 035 289	10 358 108	86,1	95 903	0,9	10 262 205	4 630 995	45,1	4 828 554	47,1	689 623	6,7	113 033	1,1
Hessen														
1. 12. 1946 L	2 380 109	1 741 416	73,2	132 028	7,6	1 609 388	687 431	42,7	498 158	31,0	252 207 4)	15,7	171 592	10,7
14. 8. 1949 B	2 906 239	2 247 390	77,3	119 112	5,3	2 128 278	684 042	32,1	454 437	21,4	597 081	28,1	392 718	18,5
19. 11. 1950 L	2 985 021	1 936 762	64,9	85 675	4,4	1 851 087	821 268	44,4	348 148	18,8	588 739	31,8	92 932	5,0
6. 9. 1953 B	3 081 783	2 672 103	86,7	115 151	4,3	2 556 952	862 701	33,7	849 125	33,2	502 548	19,7	342 578	13,4
28. 11. 1954 L	3 105 125	2 559 409	82,4	58 136	2,3	2 501 273	1 065 733	42,6	603 691	24,1	513 421	20,5	318 428	12,7
15. 9. 1957 B	3 214 856	2 863 092	89,1	135 829	4,7	2 727 263	1 037 166	38,0	1 116 494	40,9	232 872	8,5	340 731	12,5
23. 11. 1958 L	3 257 513	2 680 548	82,3	46 691	1,7	2 633 857	1 235 361	46,9	843 041	32,0	250 310	9,5	305 145	11,6
17. 9. 1961 B	3 395 285	3 028 241	89,2	149 552	4,9	2 878 689	1 233 312	42,8	1 003 279	34,9	438 726	15,2	203 372	7,1
11. 11. 1962 L	3 451 314	2 681 995	77,7	45 192	1,7	2 636 803	1 340 625	50,8	760 435	28,8	301 783	11,4	233 960	8,9
19. 9. 1965 B	3 516 041	3 073 037	87,4	84 585	2,8	2 988 452	1 366 010	45,7	1 130 871	37,8	359 419	12,0	132 152	4,4
6. 11. 1966 L	3 543 079	2 868 446	81,0	40 183	1,4	2 827 633	1 442 230	51,0	745 409	26,4	293 994	10,4	346 000	12,2
28. 9. 1969 B	3 573 336	3 151 868	88,2	53 835	1,7	3 098 033	1 492 916	48,2	1 190 642	38,4	208 325	6,7	206 150	6,7
8. 11. 1970 L	3 828 701	3 171 227	82,8	29 411	0,9	3 141 816	1 442 201	45,9	1 248 453	39,7	316 270	10,1	134 892	4,3
19. 11. 1972 B	3 841 104	3 522 483	91,7	23 647	0,7	3 498 836	1 697 322	48,5	1 409 771	40,3	355 558	10,2	36 185	1,0
27. 10. 1974 L	3 850 223	3 264 209	84,8	33 789	1,0	3 230 420	1 394 123	43,2	1 528 793	47,3	238 726	7,4	68 778	2,1
Rheinland - Pfalz														
18. 5. 1947 L	1 666 547	1 298 567	77,9	137 515	10,6	1 161 052	398 594	34,3	547 875	47,2	113 844	9,8	100 739	8,7
14. 8. 1949 B	1 900 797	1 513 756	79,6	82 200	5,4	1 431 556	408 905	28,6	702 125	49,0	226 625	15,8	93 901	6,6
29. 4. 1951 L	2 021 104	1 512 643	74,8	75 393	5,0	1 437 250	488 374	34,0	563 274	39,2	240 071	16,7	145 531	10,1
6. 9. 1953 B	2 143 337	1 842 707	86,0	67 344	3,7	1 775 363	482 686	27,2	924 932	52,1	214 805	12,1	152 940	8,6
15. 5. 1955 L	2 151 228	1 634 750	76,0	50 921	3,1	1 583 829	501 751	31,7	741 384	46,8	201 847	12,7	138 847	8,8
15. 9. 1957 B	2 237 023	1 976 225	88,3	77 220	3,9	1 899 005	578 203	30,4	1 019 709	53,7	185 288	9,8	115 805	6,1
19. 4. 1959 L	2 266 778	1 749 227	77,2	36 873	2,1	1 712 354	596 984	34,9	829 236	48,4	165 937	9,7	120 197	7,0
17. 9. 1961 B	2 348 108	2 069 927	88,2	99 994	4,8	1 969 933	659 830	33,5	964 270	48,9	259 578	13,2	86 255	4,4
31. 3. 1963 L	2 363 313	1 784 261	75,5	31 775	1,8	1 752 486	713 469	40,7	777 838	44,4	177 377	10,1	83 802	4,8
19. 9. 1965 B	2 403 771	2 114 311	88,0	58 581	2,8	2 055 730	754 175	36,7	1 013 573	49,3	209 028	10,2	78 954	3,8
23. 4. 1967 L	2 387 307	1 872 966	78,5	29 007	1,5	1 843 959	679 177	36,8	861 142	46,7	153 089	8,3	150 551	8,2
28. 9. 1969 B	2 410 176	2 097 308	87,0	41 208	2,0	2 056 100	825 379	40,1	982 640	47,8	128 650	6,3	119 431	5,8
21. 3. 1971 L	2 584 585	2 052 908	79,4	26 536	1,3	2 026 372	821 350	40,5	1 012 847	50,0	120 444	5,9	71 731	3,5
19. 11. 1972 B	2 623 690	2 404 007	91,6	26 146	1,1	2 377 861	1 067 953	44,9	1 090 339	45,9	193 499	8,1	26 070	1,1
9. 3. 1975 L	2 648 336	2 141 144	80,8	20 663	1,0	2 120 481	817 018	38,5	1 143 360	53,9	118 762	5,6	41 341	1,9
Baden - Württemberg														
24. 11. 1946 L 5)	1 875 074	1 344 602	71,7	74 838	5,6	1 269 764	404 716	31,9	487 085	38,4	247 710 6)	19,5	130 253	10,3
18. 5. 1947 L 7)	694 953	471 389	67,8	43 565	9,2	427 824	95 829	22,4	239 312 8)	55,9	60 980 9)	14,3	31 703	7,4
18. 5. 1947 L 10)	615 812	408 956	66,4	30 623	7,5	378 333	78 707	20,8	205 037	54,2	67 018 6)	17,7	27 571	7,3
19. 11. 1950 L 5)	2 563 402	1 476 865	57,6	34 807	2,4	1 442 058	476 262	33,0	379 487	26,3	303 510 11)	21,1	282 799	19,6
14. 8. 1949 B	4 056 930	2 864 774	70,6	119 321	4,2	2 745 453	655 506	23,9	1 087 828	39,6	482 381 11)	17,6	519 738	18,9
9. 3. 1952 L 12)	4 382 117	2 789 872	63,7	59 052	2,1	2 730 820	765 032	28,0	982 727	36,0	491 711 11)	18,0	491 350	18,0
6. 9. 1953 B	4 536 755	3 710 253	81,8	122 122	3,3	3 588 131	825 704	23,0	1 881 874	52,4	455 535 11)	12,7	425 018	11,8
4. 3. 1956 L	4 738 390	3 328 860	70,3	62 691	1,9	3 266 169	942 732	28,9	1 392 635	42,6	541 221 11)	16,6	389 581	11,9
15. 9. 1957 B	4 857 815	4 097 575	84,4	189 735	4,6	3 907 840	1 009 019	25,8	2 061 701	52,8	561 538 11)	14,4	275 582	7,1
15. 5. 1960 L 13)	5 136 768	3 028 248	59,0	79 688	2,6	2 948 560	1 040 911	35,3	1 163 352	39,5	466 908 11)	15,8	277 389	9,4
17. 9. 1961 B	5 211 883	4 419 748	84,8	230 585	5,2	4 189 163	1 342 885	32,1	1 899 266	45,3	697 311 11)	16,6	249 701	6,0
26. 4. 1964 L	5 471 002	3 705 791	67,7	85 890	2,3	3 619 901	1 350 314	37,3	1 671 674	46,2	472 492 11)	13,1	125 421	3,5
19. 9. 1965 B	5 425 126	4 598 715	84,8	146 488	3,2	4 452 227	1 470 040	33,0	2 219 808	49,9	582 913 11)	13,1	179 466	4,0
28. 4. 1968 L	5 612 242	3 970 542	70,7	85 895	2,2	3 884 647	1 124 696	29,0	1 718 261	44,2	560 145 11)	1		

4. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1975
a) SPD, CDU, CSU und F.D.P.

Tag der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Wahl- berechtigte	Wähler	Ungültige		Gültige		Von den gültigen Stimmen 2) entfielen auf							
			Stimmen 2)				SPD		CDU, CSU 3)		F. D. P.		Sonstige	
			Anzahl	% 1)	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bayern														
1. 12. 1946 L	4 210 636	3 189 552	75,7	141 215	4,4	3 048 337	871 760	28,6	1 593 908	52,3	172 242	5,7	410 427	13,5
14. 8. 1949 B	5 984 175	4 851 576	81,1	123 953	2,6	4 727 623	1 075 416	22,7	1 380 448	29,2	404 145	8,5	1 867 614	39,5
26. 11. 1950 L 4)	6 026 641	4 813 528	79,9	383 851	4,0	9 237 840	2 588 549	28,0	2 527 370	27,4	653 741	7,1	3 468 180	37,5
6. 9. 1953 B	6 134 820	5 263 817	85,8	190 261	3,6	5 073 556	1 184 262	23,3	2 427 387	47,8	315 494	6,2	1 146 413	22,6
28. 11. 1954 L 4)	6 102 799	5 030 235	82,4	325 782	3,2	9 724 178	2 733 946	28,1	3 691 954	38,0	703 924	7,2	2 594 354	26,7
15. 9. 1957 B	6 240 499	5 470 347	87,7	196 706	3,6	5 273 641	1 394 811	26,4	3 015 892	57,2	240 695	4,6	622 243	11,8
23. 11. 1958 L 4)	6 254 214	4 787 763	76,6	353 397	3,7	9 203 820	2 839 300	30,8	4 192 904	45,6	512 344	5,6	1 659 272	18,0
17. 9. 1961 B	6 551 728	5 714 545	87,2	227 583	4,0	5 486 962	1 652 642	30,1	3 014 471	54,9	478 830	8,7	340 019	6,2
25. 11. 1962 L 4)	6 599 417	5 051 684	76,5	285 545	2,8	9 816 377	3 465 168	35,3	4 663 528	47,5	577 836	5,9	1 109 845	11,3
19. 9. 1965 B	6 752 276	5 803 004	85,9	161 513	2,8	5 641 491	1 869 467	33,1	3 136 506	56,6	413 744	7,3	221 774	3,9
20. 11. 1966 L 4)	6 717 225	5 416 375	80,6	290 604	2,7	10 540 680	3 748 973	35,8	5 074 342	48,1	539 131	5,1	1 158 234	11,0
28. 9. 1969 B	6 851 646	5 837 724	85,2	107 236	1,8	5 730 488	1 983 020	34,6	3 115 652	54,4	232 880	4,1	398 936	7,0
22. 11. 1970 L 4)	7 253 205	5 765 850	79,5	287 247	2,5	11 243 107	3 742 760	33,3	6 344 599	56,4	624 560	5,6	531 188	4,7
19. 11. 1972 B	7 375 146	6 626 216	89,8	62 426	0,9	6 563 790	2 483 136	37,8	3 615 183	55,1	399 554	6,1	65 917	1,0
27. 10. 1974 L 4)	7 415 892	5 765 145	77,7	249 858	2,2	11 278 586	3 409 126	30,2	7 001 551	62,1	586 533	5,2	281 376	2,5
Saarland														
5. 10. 1947 L	520 822	498 625	95,7	49 060	9,8	449 565	147 292 5)	32,8	—	—	34 255 6)	7,6	268 018	59,6
30. 11. 1952 L	622 428	579 226	93,1	141 876	24,5	437 350	141 872 5)	32,4	—	—	—	—	295 478	67,6
18. 12. 1955 L	664 388	600 196	90,3	11 017	1,8	589 179	118 699 7)	20,1	153 320 3)	26,0	142 602 6)	24,2	174 558	29,6
15. 9. 1957 B	659 971	589 578	89,3	38 487	6,5	551 091	138 309	25,1	300 591 3)	54,5	100 080 8)	18,2	12 111	2,2
4. 12. 1960 L	718 963	568 560	79,1	35 728	6,3	532 832	159 698	30,0	195 060	36,6	73 718 8)	13,8	104 356	19,6
17. 9. 1961 B	714 512	626 817	87,7	47 208	7,5	579 609	194 003	33,5	284 255	49,0	74 893 8)	12,9	26 458	4,6
27. 6. 1965 L	746 532	610 836	81,8	15 880	2,6	594 956	241 954	40,7	254 143	42,7	49 524 8)	8,3	49 335	8,3
19. 9. 1965 B	736 239	656 496	89,2	25 965	4,0	630 531	250 797	39,8	295 257	46,8	54 119 8)	8,6	30 358	4,8
28. 9. 1969 B	734 096	653 882	89,1	18 997	2,9	634 885	253 485	39,9	292 986	46,1	42 254 8)	6,7	46 160	7,3
14. 6. 1970 L	787 049	653 669	83,1	9 766	1,5	643 903	262 492	40,8	308 107	47,8	28 167	4,4	45 137	7,0
19. 11. 1972 B	797 605	740 910	92,9	10 998	1,5	729 912	349 801	47,9	316 955	43,4	51 762	7,1	11 394	1,6
4. 5. 1975 L	803 669	714 039	88,8	7 801	1,1	706 238	295 406	41,8	347 094	49,1	52 100	7,4	11 638	1,6
Bundesgebiet ohne Berlin														
14. 8. 1949 B	31 207 620	24 495 614	78,5	763 216	3,1	23 732 398	6 934 975	29,2	7 359 084	31,0	2 829 920	11,9	6 608 419	27,8
6. 9. 1953 B	33 120 940	28 479 550	86,0	928 278	3,3	27 551 272	7 944 943	28,8	12 443 981	45,2	2 629 163	9,5	4 533 185	16,5
15. 9. 1957 B	35 400 923	31 072 894	87,8	1 167 466	3,8	29 905 428	9 495 571	31,8	15 008 399	50,2	2 307 135	7,7	3 094 323	10,3
17. 9. 1961 B	37 440 715	32 849 624	87,7	1 298 723	4,0	31 550 901	11 427 355	36,2	14 298 372	45,3	4 028 766	12,8	1 796 408	5,7
19. 9. 1965 B	38 510 395	33 416 207	86,8	795 765	2,4	32 620 442	12 813 186	39,3	15 524 068	47,6	3 096 739	9,5	1 186 449	3,6
28. 9. 1969 B	38 677 235	33 523 064	86,7	557 040	1,7	32 966 024	14 065 716	42,7	15 195 187	46,1	1 903 422	5,8	1 801 699	5,5
19. 11. 1972 B	41 446 302	37 761 589	91,1	301 839	0,8	37 459 750	17 175 169	45,8	16 806 020	44,9	3 129 982	8,4	348 579	0,9
Berlin (West)														
20. 10. 1946 10)	1 453 016	1 327 585	91,4	24 614	1,9	1 302 971	674 209	51,7	316 205	24,3	133 433 11)	10,2	179 124	13,7
5. 12. 1948 10)	1 586 461	1 369 492	86,3	38 222	2,8	1 331 270	858 461	64,5	258 664	19,4	214 145 11)	16,1	—	—
3. 12. 1950 12)	1 664 221	1 504 580	90,4	40 110	2,7	1 464 470	654 211	44,7	361 050	24,7	337 589	23,1	111 620	7,6
5. 12. 1954 12)	1 694 896	1 555 511	91,8	19 618	1,3	1 535 893	684 906	44,6	467 117	30,4	197 204	12,8	186 666	12,2
7. 12. 1958 12)	1 757 842	1 632 540	92,9	16 032	1,0	1 616 508	850 127	52,6	609 097	37,7	61 119	3,8	96 165	5,9
17. 2. 1963 12)	1 748 588	1 572 027	89,9	17 060	1,1	1 554 967	962 197	61,9	448 459	28,8	123 382	7,9	20 929	1,3
12. 3. 1967 12)	1 718 435	1 481 674	86,2	22 630	1,5	1 459 044	829 694	56,9	479 945	32,9	103 973	7,1	45 432	3,1
14. 3. 1971 12)	1 652 916	1 469 633	88,9	20 680	1,4	1 448 953	730 240	50,4	553 422	38,2	122 310	8,4	42 981	3,0
2. 3. 1975 12)	1 581 691	1 393 487	88,1	12 068	0,9	1 381 419	590 219	42,7	607 229	44,0	99 784	7,2	84 187	6,1

1) Wahlbeteiligung. — 2) Für die Bundestagswahlen 1953 bis 1972 Zweitstimmen. — 3) CSU nur in Bayern, im Saarland CSU auch bei der Landtagswahl 1955 (3 795) und bei der Bundestagswahl 1957 (117 168) neben der CDU. — 4) Die hohe Zahl der Stimmen hängt mit dem Wahlsystem zusammen, nach dem jeder Wähler mehrere Stimmen hatte. — 5) Sozialdemokratische Partei Saar (SPS). 6) Demokratische Partei Saar (DPS). — 7) Sozialdemokratische Partei Deutschlands — Landesverband Saar (SPD) = 84 414, Sozialdemokratische Partei Saar (SPS) = 34 295. — 8) Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar (FDP/DPS). — 9) 1949 und 1953 auch ohne Saarland. — 10) Wahl zur Stadtverordnetenversammlung. 11) Liberal Demokratische Partei (LDP). — 12) Wahl zum Abgeordnetenhaus.

Anmerkung: Bei der Bundestagswahl 1953 konnte mit Wahlschein im ganzen Bundesgebiet gewählt werden. Für eine genaue Berechnung der Wahlbeteiligung in den Ländern wurde daher die Zahl der Wahlberechtigten wie folgt „konstruiert“: im Wählerverzeichnis eingetragene Personen abzüglich Wahlscheinhaber und derjenigen, bei denen das Wahlrecht ruht, zuzüglich Wahlscheinwähler. Für das Bundesgebiet betrug 1953 die „nichtkonstruierte“ Zahl der Wahlberechtigten (im Wählerverzeichnis eingetragene Personen abzüglich derjenigen, bei denen das Wahlrecht ruht) 33 202 287.

4. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1975

b) Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden - Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Berlin	Berlin (West)
Aktion Demokratischer Fortschritt - ADF												
B 28. 9. 1969	6 381	13 653	17 183	6 535	64 824	22 137	11 651	21 927	25 431	7 609	197 331	—
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher - AUD												
B 19. 9. 1965	2 887	1 423	5 460	699	11 428	4 755	2 636	11 470	11 238	641	52 637	—
L zw. B 1965 u. B 1969	—	—	—	—	—	—	—	11 030	—	—	11 030	15 507
L 14. 3. 1971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 136
L nach B 1972	—	521	—	—	—	—	—	—	—	—	521	—
Bayerischer Rechtsblock - BRbI												
L 28. 11. 1954	—	—	—	—	—	—	—	—	54 522	—	54 522	—
Bayerische Staatspartei - BSP												
L 27. 10. 1974	—	—	—	—	—	—	—	—	19 505	—	19 505	—
Bayernpartei - BP												
B 14. 8. 1949	—	—	—	—	—	—	—	—	986 478	—	986 478	—
L 26. 11. 1950	—	—	—	—	—	—	—	—	1 657 713	—	1 657 713	—
B 6. 9. 1953	—	—	—	—	—	—	—	—	465 641	—	465 641	—
L 28. 11. 1954	—	—	—	—	—	—	—	—	1 286 937	—	1 286 937	—
B 15. 9. 1957	—	—	—	—	—	—	—	—	168 210	—	168 210	—
L 23. 11. 1958	—	—	—	—	—	—	—	—	742 424	—	742 424	—
L 25. 11. 1962	—	—	—	—	—	—	—	—	469 877	—	469 877	—
L 20. 11. 1966	—	—	—	—	—	—	—	—	361 172	—	361 172	—
B 28. 9. 1969	—	—	—	—	—	—	—	—	49 694	—	49 694	—
L 22. 11. 1970	—	—	—	—	—	—	—	—	147 381	—	147 381	—
L 27. 10. 1974	—	—	—	—	—	—	—	—	87 435	—	87 435	—
Block der Vaterländischen Einigung - BVE												
L 19. 11. 1950	—	—	—	—	—	765	—	—	—	—	765	—
Bund der Deutschen, Partei für Einheit, Frieden und Freiheit - BdD												
L zw. B 1953 u. B 1957	10 009	—	8 600	3 988	19 515	12 047	10 527	18 077	43 720	—	X	—
B 15. 9. 1957	2 527	4 950	6 812	1 254	9 890	6 086	4 788	9 320	10 675	2 423	58 725	—
L zw. B 1957 u. B 1961	6 037	3 469	4 947	1 337	176	—	6 613	15 333	—	—	X	—
Bund Deutscher Kommunisten - BDK												
L 27. 10. 1974	—	—	—	—	—	352	—	—	—	—	352	—
Bund Freies Deutschland - BFD												
L 2. 3. 1975	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47 491
Christliche Volkspartei - CVP												
B 19. 9. 1965	—	—	—	—	10 830	—	—	—	—	9 002	19 832	—
Christliche Volkspartei des Saarlandes - CVP, Saarländische Volkspartei - SVP, Saarländische Volkspartei/Christliche Volkspartei - SVP/CVP												
L 5. 10. 1947	—	—	—	—	—	—	—	—	230 082	—	230 082	—
L 30. 11. 1952	—	—	—	—	—	—	—	—	239 405	—	239 405	—
L 18. 12. 1955	—	—	—	—	—	—	—	—	128 658	—	128 658	—
L 4. 12. 1960	—	—	—	—	—	—	—	—	60 557 ¹⁾	—	60 557 ¹⁾	—
L 27. 6. 1965	—	—	—	—	—	—	—	—	30 750 ²⁾	—	30 750 ²⁾	—
L 14. 6. 1970	—	—	—	—	—	—	—	—	5 773 ²⁾	—	5 773 ²⁾	—
Christlich Nationale Gemeinschaft - CNG												
L 4. 12. 1960	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13 731	13 731	—
Christlich - Sozialer Arbeiterbund - CSAB												
L 18. 6. 1950	—	—	—	—	107	—	—	—	—	—	107	—
Demokratische Linke - DL³⁾												
L 28. 4. 1968	—	—	—	—	—	—	—	88 187	—	—	88 187	—
Demokratische Volkspartei - DVP												
L 30. 11. 1952	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14 669	14 669	—
Der Deutsche Block												
L 26. 11. 1950	—	—	—	—	—	—	—	—	82 038	—	82 038	—
Deutsche Arbeiterpartei - DAP												
L 29. 4. 1951	—	—	—	—	—	—	3 598	—	—	—	3 598	—

1) SVP, — 2) SVP/CVP — 3) Aufgelöst.

4. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1975

b) Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Berlin	Berlin (West)
Deutsche Demokratische Union - DDU												
L 18. 12. 1955	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 121	5 121	—
L 4. 12. 1960	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26 743	26 743	—
L 27. 6. 1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18 585	18 585	—
Deutsche Friedens - Union - DFU												
B 17. 9. 1961	17 951	43 442	50 380	12 639	188 442	65 989	29 867	95 137	87 388	18 683	609 918	—
L zw. B 1961 u. B 1965	13 758	28 511	19 749	10 607	164 333	64 956	23 585	49 191	84 879	—	X	—
B 19. 9. 1965	14 503	32 051	31 653	12 115	125 202	53 316	25 081	70 209	60 561	9 491	434 182	—
L zw. B 1965 u. B 1969	11 517	—	29 273	17 240	—	—	22 871	—	—	—	X	—
L 23. 4. 1972	—	—	—	—	—	—	—	587	—	—	587	—
Deutsche Gemeinschaft - DG												
L zw. B 1949 u. B 1953	—	—	—	—	—	—	—	5 433	—	—	5 433	—
L zw. B 1953 u. B 1957	—	—	—	—	—	—	—	11 747	—	—	11 747	—
B 15. 9. 1957	—	—	3 320	—	—	—	2 194	6 102	4 991	883	17 490	—
L zw. B 1957 u. B 1961	—	485	2 775	—	220	1 093	2 453	5 326	31 919	—	X	—
B 17. 9. 1961	1 469	—	4 186	—	4 369	—	1 978	6 901	7 772	633	27 308	—
L zw. B 1961 u. B 1965	1 043	784	2 190	—	4 917	1 433	4 062	10 322	30 663	—	X	—
Deutsche Gemeinschaft - Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten - DG - BHE												
L 19. 11. 1950 ¹⁾	—	—	—	—	—	—	—	212 431	—	—	212 431	—
L 9. 3. 1952	—	—	—	—	—	—	—	84 026	—	—	84 026	—
Deutsche Kommunistische Partei - DKP												
L zw. B 1969 u. B 1972	5 278	17 228	15 076	13 828	76 964	36 712	17 849	21 973	40 255	17 344	X	—
B 19. 11. 1972	3 528	6 944	9 467	3 335	37 600	13 214	7 749	13 289	13 607	5 158	113 891	—
L nach B 1972	5 926	23 185	16 753	—	54 777	28 699	11 101	—	45 890	6 864	X	—
Deutsche Konservative Partei - DKP, Deutsche Rechtspartei - DRP, Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei - DKP/DRP												
L vor B 1949	32 848	9 625	7 245	—	24 879	—	—	—	—	—	X	—
B 14. 8. 1949	27 066	10 838	273 129 ²⁾	—	117 998 ³⁾	—	—	—	—	—	429 031	—
Deutsche Mittelstandspartei - DMP												
L nach B 1972	472	—	—	—	—	—	—	—	—	—	472	—
Deutsche Partei - DP, Deutsche Partei (Deutsche Partei/Freie Volkspartei) - DP, Deutsche Partei (Schleswig - Holstein - Block) - DP, Deutsche Partei, Landesverband Niedersachsen - DP, Deutsche Partei des Landes Bremen - DP												
L vor B 1949	—	—	440 467	8 442	—	—	—	—	—	—	X	—
B 14. 8. 1949	169 240	118 583	597 542	54 569	—	—	—	—	—	—	939 934	—
L zw. B 1949 u. B 1953	125 697	104 728	—	49 007	106 351	—	—	—	—	—	X	53 810
B 6. 9. 1953 ⁴⁾	54 170	62 123	449 203	60 464	80 034	70 704	19 731	56 268	43 431	—	896 128	—
L zw. B 1953 u. B 1957	—	—	415 183	60 557	1 898	29 309	—	—	—	—	X	75 321
B 15. 9. 1957	49 339	54 144	435 936	55 118	141 330	148 792	29 698	50 050	38 806	4 069	1 007 282	—
L zw. B 1957 u. B 1961	33 994 ⁵⁾	42 285	424 524	55 647	125 696	93 260	—	47 410	34 437	—	X	53 912
L zw. B 1961 u. B 1965	—	—	97 764 ⁶⁾	20 448 ⁷⁾	—	—	—	—	—	—	X	—
L 1. 10. 1967	—	—	—	3 594	—	—	—	—	—	—	3 594	—
L 3. 3. 1974	—	877	—	—	—	—	—	—	—	—	877	—
Deutsche Reichspartei - DRP												
L zw. B 1949 u. B 1953	37 115	—	74 017	—	107 104	—	7 185	—	—	—	X	—
B 6. 9. 1953	12 794	17 101	132 057	10 552	—	—	45 073	—	78 162	—	295 739	—
L zw. B 1953 u. B 1957	17 318	7 466	126 692	—	—	—	—	—	—	—	X	—
B 15. 9. 1957	9 009	9 050	88 963	5 488	57 755	33 881	51 350	24 896	24 902	3 270	308 564	—
L zw. B 1957 u. B 1961	12 950	4 109	122 062	14 689	43 299	16 178	87 349	—	56 864	3 325	X	—
B 17. 9. 1961	12 114	10 541	63 251	4 922	43 932	18 418	44 644	31 052	28 699	5 404	262 977	—
L zw. B 1961 u. B 1965	—	9 045	52 785	—	—	—	56 155	—	—	—	X	—
Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten - BHE - DG												
L 26. 11. 1950	—	—	—	—	—	—	—	—	1 136 148	—	1 136 148	—
Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittelstandsparteien - UDM) - Mittelstand												
B 15. 9. 1957	—	—	9 680	—	14 412	—	—	—	12 520	—	36 592	—
L 10. 11. 1957	—	3 594	—	—	—	—	—	—	—	—	3 594	—
Deutsches Landvolk - DLV												
L 15. 5. 1955	—	—	—	—	—	—	841	—	—	—	841	—
L 19. 4. 1959	—	—	—	—	—	—	529	—	—	—	529	—

1) Ehemaliges Bundesland Württemberg - Baden. — 2) DRP. — 3) DKP/DRP — 4) Deutsche Partei (Deutsche Partei/Freie Volkspartei). — 5) Deutsche Partei (Schleswig - Holstein - Block). — 6) Deutsche Partei, Landesverband Niedersachsen. — 7) Deutsche Partei des Landes Bremen

4. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1975

b) Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wahlgemeinschaften

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Schleswig - Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein - Westfalen	Hessen	Rheinland - Pfalz	Baden - Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Berlin	Berlin (West)
Deutsche Soziale Partei - DSP												
L 6. 5. 1951	—	—	25 546	—	—	—	—	—	—	—	25 546	—
Deutsche Volkspartei - DV, DVP												
L zw. B 1957 u. B 1961	—	—	183	—	—	466	—	—	—	—	X	—
Deutsche Zentrumsparlei, Badische Zentrumsparlei, Zentrumsparlei - DZP, Z, ZP, Zentrum												
L vor B 1949	1 082	—	101 283	—	491 138	—	—	—	—	—	X	—
B 14. 8. 1949	12 606	—	113 464	—	601 435	—	—	—	—	—	727 505	—
L zw. B 1949 u. B 1953	—	—	110 473	—	466 497	—	29 816	23 356	—	—	X	—
B 6. 9. 1953	—	—	—	—	217 078	—	—	—	—	—	217 078	—
L zw. B 1953 u. B 1957	—	—	37 563	—	278 863	—	—	—	—	—	X	—
L zw. B 1957 u. B 1961	—	—	955	—	83 720	—	—	—	—	—	X	—
L 8. 7. 1962	—	—	—	—	75 291	—	—	—	—	—	75 291	—
L 10. 7. 1966	—	—	—	—	16 181	—	—	—	—	—	16 181	—
B 28. 9. 1969	—	—	—	—	15 114	—	—	—	—	819	15 933	—
L 14. 6. 1970	—	—	—	—	9 902	—	—	—	—	—	9 902	—
L 4. 5. 1975	—	—	—	—	10 487	—	—	—	—	—	10 487	—
Deutsch - Hannoversche Partei - DHP												
L 24. 4. 1955	—	—	10 823	—	—	—	—	—	—	—	10 823	—
Deutsch - Soziale Union - DSU												
L 6. 7. 1958	—	—	—	—	540	—	—	—	—	—	540	—
Europäische Arbeiterpartei - EAP												
L 4. 5. 1975	—	—	—	—	311	—	—	—	—	—	311	—
Europäische Volksbewegung Deutschland - EVD												
B 14. 8. 1949	—	—	—	—	—	—	—	26 162	—	—	26 162	—
Europa Partei (Europäische Föderalistische Partei Deutschlands EFP) - EP, Europäische Föderalistische Partei Bayerns (Bayerische Staatspartei - Europapartei) - EFP												
B 19. 9. 1965	—	—	—	1 015	—	—	—	—	—	—	1 015	—
L 4. 6. 1967	—	—	2 101	—	—	—	—	—	—	—	2 101	—
B 28. 9. 1969	3 046	3 329	5 394	1 897	10 588	6 550	—	8 174	9 044	1 628	49 650	—
L zw. B 1969 u. B 1972	3 575	2 743	1 256	—	—	3 649	—	—	17 906	—	X	—
B 19. 11. 1972	1 010	910	2 187	318	5 218	3 204	—	5 453	5 170	587	24 057	—
L 3. 3. 1974	—	866	—	—	—	—	—	—	—	—	866	—
European Labour Committees - ELC												
L 27. 10. 1974	—	—	—	—	—	23	—	—	—	—	23	—
Föderalistische Union (Bayernpartei - Zentrum) - FU												
B 15. 9. 1957	—	—	13 549	—	72 563	—	—	—	—	—	86 112	—
Freie Deutsche Volkspartei - FDV												
L 7. 12. 1958	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10 681
Freie Opposition												
L 28. 11. 1954	—	—	—	—	—	416	—	—	—	—	416	—
Freier Kulturpolitischer Bund - FKB												
L 16. 10. 1949	—	353	—	—	—	—	—	—	—	—	353	—
Freie Sozialistische Partei - FSP												
L 11. 11. 1962	—	—	—	—	—	481	—	—	—	—	481	—
Freisoziale Union - Demokratische Mitte - FSU												
L 12. 10. 1947	—	—	—	2 410	—	—	—	—	—	—	2 410	—
L zw. B 1949 u. B 1953	—	—	—	4 262	—	—	—	—	—	—	4 262	4 157
L 5. 12. 1954	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 366
L 19. 5. 1963	—	—	243	—	—	—	—	—	—	—	243	—
B 19. 9. 1965	—	1 628	2 634	—	6 369	—	—	—	—	—	10 631	—
L zw. B 1965 u. B 1969	108	3 056	1 082	—	9 584	—	—	441	—	—	X	—
B 28. 9. 1969	—	1 510	2 688	450	6 735	—	—	2 534	2 454	—	16 371	—
L 22. 3. 1970	—	1 154	—	—	—	—	—	—	—	—	1 154	—
B 19. 11. 1972	—	480	—	—	2 686	—	—	—	—	—	3 166	—
L 3. 3. 1974	—	810	—	—	—	—	—	—	—	—	810	—
Gerechtigkeitspartei Bundesrepublik Deutschland - G												
L 23. 4. 1972	—	—	—	—	—	—	—	172	—	—	172	—

4. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1975

b) Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Berlin	Berlin (West)
Gesamtdeutscher Block - GB/BHE, Gesamtdeutsche Partei (DP - BHE) - GDP, Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten - GB/BHE, Block der Heimatvertriebenen - BHE, Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten - BHE												
L zw. B 1949 u. B 1953	306 660	—	496 569	18 744	—	—	27 573	170 751	20 777	—	X	31 918
B 6. 9. 1953	157 100	26 133	406 971	11 604	213 951	163 499	26 210	193 532	417 953	—	1 616 953	—
L zw. B 1953 u. B 1957	167 320	—	370 407	10 570	320 676	192 390	28 271	204 335	990 109	—	X	39 236
B 15. 9. 1957	109 510	16 757	291 163	8 162	224 928	151 972	27 775	185 214	357 119	1 466	1 374 066	—
L zw. B 1957 u. B 1961	84 262	—	285 942	7 238	—	193 996	23 253	194 402	793 628	—	X	—
B 17. 9. 1961	52 820	11 848	242 219	17 498	83 131	118 965	9 766	116 611	216 160	1 738	870 756	—
L zw. B 1961 u. B 1965	48 459	—	132 446	705	34 526	167 090	—	65 759	498 809	—	X	—
L zw. B 1965 u. B 1969	—	—	—	—	—	121 326	—	15 249	—	—	X	—
B 28. 9. 1969	1 271	—	9 732	—	4 325	18 758	—	2 830	8 485	—	45 401	—
Gesamtdeutsche Volkspartei - GVP												
B 6. 9. 1953	6 015	12 881	23 876	5 616	117 538	44 438	20 836	55 616	31 659	—	318 475	—
L 4. 3. 1956	—	—	—	—	—	—	—	50 618	—	—	50 618	—
Hamburg Block (CDU, FDP, DP)												
L 1. 11. 1953	—	504 084	—	—	—	—	—	—	—	—	504 084	—
Hessische Bauern- und Landvolkpartei - HB u. LVP												
L 19. 11. 1950	—	—	—	—	—	1 219	—	—	—	—	1 219	—
Königspartei												
L 26. 11. 1950	—	—	—	—	—	—	—	—	71 089	—	71 089	—
Kommunistische Partei Deutschlands - KPD ¹⁾												
L vor B 1949	50 398	291 701	138 977	19 290	702 410	171 592	100 739	130 253 ²⁾ 59 274 ³⁾ 70 368 ⁴⁾	185 023	37 936	X	—
B 14. 8. 1949	43 744	76 747	104 132	20 530	513 225	142 539	89 026	175 911	195 852	—	1 361 706	—
L zw. B 1949 u. B 1953	28 319	58 134	61 364	21 244	338 862	87 878	62 483	119 604	177 768	41 404	X	—
B 6. 9. 1953	16 810	40 278	40 091	13 885	228 592	63 937	41 090	81 635	81 542	—	607 860	—
L zw. B 1953 u. 9. 10. 1955	24 731	32 433	44 788	18 229	264 083	84 013	50 896	104 652	205 206	38 698	X	—
Kommunistische Partei Deutschlands - KPD (neu)												
L nach B 1972	699	—	—	—	7 711	4 168	—	—	6 801	—	X	10 312
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten - Leninisten - KPD/ML												
L nach B 1972	—	3 001	—	—	1 731	—	—	—	—	—	X	—
Kommunistischer Bund Westdeutschlands - KBW												
L nach B 1972	—	—	—	—	—	2 732	—	—	—	—	2 732	786
Konservative Partei - KonsP												
L 3. 12. 1950	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11 953
Landwirte Partei - LP												
L 24. 4. 1955	—	—	2 768	—	—	—	—	—	—	—	2 768	—
Nationaldemokratische Partei/Deutsche Reichspartei - NDP/DRP												
L 19. 11. 1950	—	—	—	—	—	1 989	—	—	—	—	1 989	—
Nationaldemokratische Partei Deutschlands - NPD												
B 19. 9. 1965	34 064	20 938	102 470	12 118	110 299	74 081	51 237	97 787	149 975	11 224	664 193	—
L zw. B 1965 u. B 1969	72 093	36 654	249 197	35 894	—	224 674	127 680	381 569	781 813	—	X	—
B 28. 9. 1969	62 912	40 814	188 272	19 723	295 972	158 705	107 780	207 900	303 828	36 104	1 422 010	—
L zw. B 1969 u. B 1972	18 822	27 312	124 675	12 561	94 043	94 531	53 882	—	325 646	22 020	X	—
B 19. 11. 1972	8 535	4 633	22 907	2 305	37 628	19 767	18 321	40 580	47 140	5 649	207 465	—
L nach B 1972	8 123	7 992	27 581	—	36 281	32 713	22 942	—	121 745	4 774	X	—
Nationale Sammlung - DNS												
L 29. 4. 1951	—	—	—	—	—	—	4 864	—	—	—	4 864	—
B 6. 9. 1953	4 734	—	—	—	—	—	—	37 967	28 025	—	70 726	—
Nationale Solidarität Deutschlands - NSD												
L 1. 11. 1953	—	2 741	—	—	—	—	—	—	—	—	2 741	—
Niederbayerischer Bauern- und Mittelstandsbund - NBM												
L 25. 11. 1962	—	—	—	—	—	—	—	—	5 698	—	5 698	—

1) Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. 8. 1956 aufgelöst — 2) Ehemaliges Bundesland Württemberg - Baden am 24. 11. 1946 — 3) Ehemalige Bundesländer Baden und Württemberg - Hohenzollern am 18. 5. 1947. — 4) Ehemaliges Bundesland Württemberg - Baden am 19. 11. 1950

4. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1975

b) Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein - Westfalen	Hessen	Rheinland - Pfalz	Baden - Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Berlin	Berlin (West)
Niederdeutsche Union (CDU, DP)												
L 6. 5. 1951	—	—	790 766	—	—	—	—	—	—	—	790 766	—
Niedersächsische Landespartei - NLP												
L 14. 6. 1970	—	—	671	—	—	—	—	—	—	—	671	—
Notgemeinschaft Kriegsgeschädigter - NGK												
L 29. 4. 1951	—	—	—	—	—	—	10 012	—	—	—	10 012	—
Partei der guten Deutschen - PdgD												
L 15. 5. 1955	—	—	—	—	—	—	3 092	—	—	—	3 092	—
Radikalsoziale Freiheitspartei - RSF												
L 13. 10. 1946	—	20 034	—	—	—	—	—	—	—	—	20 034	—
B 14. 8. 1949	18 122	13 830	33 275	6 446	142 648	—	—	2 428	—	—	216 749	—
L zw. B 1949 u. B 1953	—	15 505	—	—	122 878	—	—	—	—	—	X	—
L 1. 11. 1953	—	5 915	—	—	—	—	—	—	—	—	5 915	—
Rechtspartei - RP												
L 6. 5. 1951	—	—	3 406	—	—	—	—	—	—	—	3 406	—
Republikanische Partei Deutschlands - RPD												
L 13. 10. 1946	—	3 769	—	—	—	—	—	—	—	—	3 769	—
Rheinische Volks - Partei - RhVP												
L 20. 4. 1947	—	—	—	—	13 547	—	—	—	—	—	13 547	—
Rheinisch - Westfälische Volkspartei - RWVP												
B 14. 8. 1949	—	—	—	—	21 931	—	—	—	—	—	21 931	—
Schleswig - Holstein - Block (DP, SHG) - SHB												
L 12. 9. 1954	61 277	—	—	—	—	—	—	—	—	—	61 277	—
Schleswig - Holsteinische Landespartei - SHLP												
L 12. 9. 1954	1 028	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 028	—
Sozialistische Einheitspartei Westberlins - SED - W												
L 20. 10. 1946	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	179 124
L 5. 12. 1954	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	41 375
L 7. 12. 1958	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31 572
L 17. 2. 1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20 929
L 12. 3. 1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29 925
L 14. 3. 1971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33 845
L 2. 3. 1975	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25 598
Sozialistische Reichspartei - SRP ¹⁾												
L zw. B 1949 u. B 1953	21 049	—	366 793	25 813	11 359	—	—	65 787	—	—	X	—
Südschleswigscher Verein - SSV, Südschleswigscher Wählerverband - SSW												
L 20. 4. 1947	99 500 ²⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	99 500 ²⁾	—
B 14. 8. 1949	75 388	—	—	—	—	—	—	—	—	—	75 388	—
L 9. 7. 1950	71 864	—	—	—	—	—	—	—	—	—	71 864	—
B 6. 9. 1953	44 585	—	—	—	—	—	—	—	—	—	44 585	—
L 12. 9. 1954	42 242	—	—	—	—	—	—	—	—	—	42 242	—
B 15. 9. 1957	32 262	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32 262	—
L 28. 9. 1958	34 136	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34 136	—
B 17. 9. 1961	25 449	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25 449	—
L 23. 9. 1962	26 883	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26 883	—
L 23. 4. 1967	23 577	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23 577	—
L 25. 4. 1971	19 720	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19 720	—
L 13. 4. 1975	20 703	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20 703	—

¹⁾ Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. 10. 1952 aufgelöst. — ²⁾ SSV.

4. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1975
b) Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Berlin	Berlin (West)
Übernationale Europäische Volkspartei Saar - ÜEPVS												
L 18. 12. 1955	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2 081	2 081	-
Unabhängige Arbeiter - Partei (Deutsche Sozialisten) - UAP												
L 8. 7. 1962	-	-	-	-	426	-	-	-	-	-	426	-
B 19. 9. 1965	-	-	-	-	3 959	-	-	-	-	-	3 959	-
L 10. 7. 1966	-	-	-	-	3 175	-	-	-	-	-	3 175	-
B 28. 9. 1969	-	-	-	-	5 309	-	-	-	-	-	5 309	-
L 14. 6. 1970	-	-	-	-	1 504	-	-	-	-	-	1 504	-
L 4. 5. 1975	-	-	-	-	648	-	-	-	-	-	648	-
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD												
L 3. 12. 1950	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9 782
L 5. 12. 1954	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1 482
Unpolitische Bäuerliche Notgemeinschaft - Hilfe für den Bayerischen Wald												
L 26. 11. 1950	-	-	-	-	-	-	-	-	1 382	-	1 382	-
Vaterländische Union - VU												
L 28. 11. 1954	-	-	-	-	-	-	-	-	13 860	-	13 860	-
B 15. 9. 1957	-	-	-	-	-	-	-	-	5 020	-	5 020	-
L 25. 11. 1962	-	-	-	-	-	-	-	-	5 206	-	5 206	-
Vaterstädtischer Bund Hamburg (CDU, FDP, DKP) - VBH												
L 16. 10. 1949	-	272 649	-	-	-	-	-	-	-	-	272 649	-
Vereinigung für Frieden und soziale Sicherheit - VFS												
L 15. 5. 1960	-	-	-	-	-	-	-	14 918	-	-	14 918	-
Vereinigung wirtschaftlich und politisch Entrechteter												
L 26. 11. 1950	-	-	-	-	-	-	-	-	9 339	-	9 339	-
Wahlblock der Kriegsbeschädigten, Heimatvertriebenen, Entrechteten												
L 26. 11. 1950	-	-	-	-	-	-	-	-	52 239	-	52 239	-
Wählerversammlung gegen atomare Aufrüstung - WV												
L 11. 10. 1959	-	-	-	10 153	-	-	-	-	-	-	10 153	-
Wirtschaftliche Aufbauvereinigung - WAV												
L 1. 12. 1946	-	-	-	-	-	-	-	-	225 404	-	225 404	-
B 14. 8. 1949	-	-	-	-	-	-	-	-	681 888	-	681 888	-
L 26. 11. 1950	-	-	-	-	-	-	-	-	259 687	-	259 687	-
Wirtschaftliche Vereinigung des Mittelstandes - WVM												
L 5. 12. 1954	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26 886
Einzelbewerber, Parteilose, Unabhängige												
L 13. 10. 1946	-	-	-	24 876	-	-	-	-	-	-	24 876	-
L vor B 1949	489	13 881	-	6 824	855	-	-	-	-	-	X	-
B 14. 8. 1949	105 800	4 416	273 296	27 293	157 155	250 179	4 875	315 237	3 396	-	1 141 647	-
L zw. B 1949 u. B 1953	8 678	174	219	14 355	7 077	1 081	-	22 393	-	-	X	-
L zw. B 1953 u. B 1957	-	31	132	-	592	253	45 220	152	-	-	X	-
L zw. B 1957 u. B 1961	2 756	-	1 314	-	1 112	152	-	-	-	-	X	-
L zw. B 1961 u. B 1965	-	-	139	-	353	-	-	149	14 713	-	X	-
L zw. B 1965 u. B 1969	-	-	14 719	-	-	-	-	318	-	-	X	-
L zw. B 1969 u. B 1972	-	-	52	-	-	-	-	4 996	-	-	X	-
L nach B 1972	131	-	301	-	1 087	91	7 298	-	-	-	X	-

5. Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung 1)	Wähler insgesamt	Stimmen		
	Nr.	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
Schleswig -							
1	1	Flensburg	a	99 097	628	0,1	98 469
2			b	8 297	48	0,6	8 249
3			c	107 394	676	0,6	106 718
4	2	Schleswig – Eckernförde	a	113 178	714	0,6	112 464
5			b	9 402	131	1,4	9 271
6			c	122 580	845	0,7	121 735
7	3	Nordfriesland – Dithmarschen - Nord	a	124 412	819	0,7	123 593
8			b	12 392	34	0,3	12 358
9			c	136 804	853	0,6	135 951
10	4	Steinburg – Dithmarschen - Süd	a	126 212	983	0,8	125 229
11			b	9 110	42	0,5	9 068
12			c	135 322	1 025	0,8	134 297
13	5	Rendsburg – Neumünster	a	151 327	1 090	0,7	150 237
14			b	10 259	51	0,5	10 208
15			c	161 586	1 141	0,7	160 445
16	6	Kiel	a	151 123	959	0,6	150 164
17			b	12 963	89	0,7	12 874
18			c	164 086	1 048	0,6	163 038
19	7	Plön	a	114 651	823	0,7	113 828
20			b	9 846	28	0,3	9 818
21			c	124 497	851	0,7	123 646
22	8	Segeberg – Eutin	a	167 610	1 085	0,6	166 525
23			b	11 570	42	0,4	11 528
24			c	179 180	1 127	0,6	178 053
25	9	Pinneberg	a	152 184	982	0,6	151 202
26			b	10 615	32	0,3	10 583
27			c	162 799	1 014	0,6	161 785
28	10	Stormarn – Herzogtum Lauenburg	a	194 763	1 171	0,6	193 592
29			b	12 937	68	0,5	12 869
30			c	207 700	1 239	0,6	206 461
31	11	Lübeck	a	152 785	996	0,7	151 789
32			b	10 287	49	0,5	10 238
33			c	163 072	1 045	0,6	162 027
34	1	Land insgesamt	a	1 547 342	10 250	0,7	1 537 092
35	–		b	117 678	614	0,5	117 064
36	11		c	1 665 020	10 864	0,7	1 654 156
Har							
37	12	Hamburg - Mitte	a	110 394	683	0,6	109 711
38			b	7 912	35	0,4	7 877
39			c	118 306	718	0,6	117 588
40	13	Altona	a	146 217	651	0,4	145 566
41			b	12 872	37	0,3	12 835
42			c	159 089	688	0,4	158 401
43	14	Eimsbüttel	a	163 585	737	0,5	162 848
44			b	13 238	43	0,3	13 195
45			c	176 823	780	0,4	176 043
46	15	Hamburg - Nord I	a	132 052	623	0,5	131 429
47			b	12 381	56	0,5	12 325
48			c	144 433	679	0,5	143 754
49	16	Hamburg - Nord II	a	141 214	706	0,5	140 508
50			b	10 430	47	0,5	10 383
51			c	151 644	753	0,5	150 894
52	17	Wandsbek	a	172 519	702	0,4	171 817
53			b	13 680	45	0,3	13 635
54			c	186 199	747	0,4	185 452
55	18	Bergedorf	a	158 625	711	0,4	157 914
56			b	10 404	51	0,5	10 353
57			c	169 029	762	0,5	168 267
58	19	Harburg	a	129 452	608	0,5	128 844
59			b	7 857	32	0,4	7 825
60			c	137 309	640	0,5	136 669
61	12	Land insgesamt	a	1 154 058	5 421	0,5	1 148 637
62	–		b	88 774	346	0,4	88 428
63	19		c	1 242 832	5 767	0,5	1 237 065

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl – 2) CSU nur in Bayern

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1972

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		NPD		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
Holstein												
51 516	52,3	37 595	38,2	8 617	8,8	741	0,8	206	0,2	485	0,5	1
3 930	47,6	3 174	38,5	1 061	12,9	84	1,0	35	0,4	45	0,5	2
55 446	52,0	40 769	38,2	9 678	9,1	825	0,8	241	0,2	530	0,5	3
54 390	48,4	48 856	43,4	8 457	7,5	761	0,7	176	0,2	527	0,5	4
3 990	43,0	4 132	44,6	1 065	11,5	84	0,9	23	0,2	56	0,6	5
58 380	48,0	52 988	43,5	9 522	7,8	845	0,7	199	0,2	583	0,5	6
55 220	44,7	57 350	46,4	9 934	8,0	1 089	0,9	175	0,1	856	0,7	7
5 222	42,3	5 417	43,8	1 592	12,9	127	1,0	65	0,5	54	0,4	8
60 442	44,5	62 767	46,2	11 526	8,5	1 216	0,9	240	0,2	910	0,7	9
57 425	45,9	58 524	46,7	7 996	6,4	1 284	1,0	209	0,2	1 023	0,8	10
3 918	43,2	4 078	45,0	977	10,8	95	1,0	37	0,4	49	0,5	11
61 343	45,7	62 602	46,6	8 973	6,7	1 379	1,0	246	0,2	1 072	0,8	12
73 262	48,8	64 772	43,1	11 241	7,5	962	0,6	210	0,1	668	0,4	13
4 394	43,0	4 645	45,5	1 091	10,7	78	0,8	33	0,3	39	0,4	14
77 656	48,4	69 417	43,3	12 332	7,7	1 040	0,6	243	0,2	707	0,4	15
83 946	55,9	51 439	34,3	13 709	9,1	1 070	0,7	441	0,3	525	0,3	16
6 052	47,0	5 200	40,4	1 528	11,9	94	0,7	35	0,3	47	0,4	17
89 998	55,2	56 639	34,7	15 237	9,3	1 164	0,7	476	0,3	572	0,4	18
56 303	49,5	49 188	43,2	7 451	6,5	886	0,8	192	0,3	627	1,1	19
4 191	42,7	4 450	45,3	1 062	10,8	115	1,2	51	0,2	48	0,5	20
60 494	48,9	53 638	43,4	8 513	6,9	1 001	0,8	243	0,2	675	0,5	21
75 990	45,6	74 117	44,5	15 133	9,1	1 285	0,8	225	0,1	929	0,6	22
4 763	41,3	5 150	44,7	1 501	13,0	114	1,0	38	0,3	62	0,5	23
80 753	45,4	79 267	44,5	16 634	9,3	1 399	0,8	263	0,1	991	0,6	24
71 637	47,4	63 086	41,7	15 353	10,2	1 126	0,7	454	0,3	545	0,4	25
4 436	41,9	4 685	44,3	1 377	13,0	85	0,8	40	0,4	35	0,3	26
76 073	47,0	67 771	41,9	16 730	10,3	1 211	0,7	494	0,3	580	0,4	27
91 205	47,1	83 510	43,1	17 470	9,0	1 407	0,7	406	0,2	892	0,5	28
5 272	41,0	5 814	45,2	1 869	13,0	114	0,9	61	0,5	39	0,3	29
96 477	46,7	89 324	43,3	19 139	9,3	1 521	0,7	467	0,2	931	0,5	30
82 678	54,5	55 896	36,8	11 866	7,8	1 349	0,9	374	0,2	914	0,6	31
4 706	46,0	4 062	39,7	1 347	13,2	123	1,2	42	0,4	70	0,7	32
87 384	53,9	59 958	37,0	13 213	8,2	1 472	0,9	416	0,3	984	0,6	33
753 572	49,0	644 333	41,9	127 227	8,3	11 960	0,8	3 068	0,2	7 991	0,5	34
50 874	43,5	50 807	43,4	14 270	12,2	1 113	1,0	460	0,4	544	0,5	35
804 446	48,6	695 140	42,0	141 497	8,6	13 073	0,8	3 528	0,2	8 535	0,5	36
burg												
67 585	61,6	31 576	28,8	9 175	8,4	1 375	1,3	795	0,7	460	0,4	37
4 017	51,0	2 831	35,9	937	11,9	92	1,2	48	0,6	35	0,4	38
71 602	60,9	34 407	29,3	10 112	8,6	1 467	1,2	843	0,7	495	0,4	39
75 488	51,9	51 110	35,1	17 457	12,0	1 511	1,0	853	0,6	512	0,4	40
5 080	39,6	5 534	43,1	2 092	16,3	129	1,0	50	0,4	58	0,5	41
80 568	50,9	56 644	35,8	19 549	12,3	1 640	1,0	903	0,6	570	0,4	42
86 344	53,0	55 435	34,0	19 306	11,9	1 763	1,1	959	0,6	620	0,4	43
5 627	42,6	5 396	40,9	2 015	15,3	157	1,2	71	0,5	63	0,5	44
91 971	52,2	60 831	34,6	21 321	12,1	1 920	1,1	1 030	0,6	683	0,4	45
67 140	51,1	46 735	35,6	16 121	12,3	1 433	1,1	751	0,6	505	0,4	46
5 309	43,1	4 926	40,0	1 937	15,7	153	1,2	76	0,6	55	0,4	47
72 449	50,4	51 661	35,9	18 058	12,6	1 586	1,1	827	0,6	560	0,4	48
81 780	58,2	42 716	30,4	14 521	10,3	1 491	1,1	834	0,6	510	0,4	49
5 148	49,6	3 817	36,8	1 302	12,5	116	1,1	61	0,6	45	0,4	50
86 928	57,6	46 533	30,8	15 823	10,5	1 607	1,1	895	0,6	555	0,4	51
83 827	48,8	63 104	36,7	23 307	13,6	1 579	0,9	782	0,5	576	0,3	52
5 867	43,0	5 492	40,3	2 154	15,8	122	0,9	69	0,5	35	0,3	53
89 694	48,4	68 596	37,0	25 461	13,7	1 701	0,9	851	0,5	611	0,3	54
92 399	58,5	49 111	31,1	14 933	9,5	1 471	0,9	779	0,5	546	0,3	55
5 211	50,3	3 739	36,1	1 289	12,5	114	1,1	49	0,5	50	0,5	56
97 610	58,0	52 850	31,4	16 222	9,6	1 585	0,9	828	0,5	586	0,4	57
78 574	61,0	37 774	29,3	11 129	8,6	1 367	1,1	717	0,6	534	0,4	58
4 121	52,7	2 678	34,2	932	11,9	94	1,2	50	0,6	29	0,4	59
82 695	60,5	40 452	29,6	12 061	8,8	1 461	1,1	767	0,6	563	0,4	60
633 137	55,1	377 561	32,9	125 949	11,0	11 990	1,0	6 470	0,6	4 263	0,4	61
40 380	45,7	34 413	38,9	12 658	14,3	977	1,1	474	0,5	370	0,4	62
673 517	54,4	411 974	33,3	138 607	11,2	12 967	1,0	6 944	0,6	4 633	0,4	63

5. Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung 1)	Wähler insgesamt	Stimmen		
	Nr.	Name			ungültig	%	gültig
				Anzahl			Anzahl
Nieder							
1	20	Emden — Leer	a	156 679	1 354	0,9	155 325
2			b	12 483	57	0,5	12 426
3			c	169 162	1 411	0,8	167 751
4	21	Wilhelmshaven	a	162 430	1 268	0,8	161 162
5			b	12 713	64	0,5	12 649
6			c	175 143	1 332	0,8	173 811
7	22	Oldenburg	a	157 956	1 066	0,7	156 890
8			b	10 920	60	0,5	10 860
9			c	168 876	1 126	0,7	167 750
10	23	Delmenhorst — Wesermarsch	a	130 766	940	0,7	129 826
11			b	7 962	44	0,6	7 918
12			c	138 728	984	0,7	137 744
13	24	Cuxhaven	a	113 237	777	0,7	112 460
14			b	7 416	24	0,3	7 392
15			c	120 653	801	0,7	119 852
16	25	Stade	a	131 587	753	0,6	130 834
17			b	8 079	19	0,2	8 060
18			c	139 666	772	0,6	138 894
19	26	Emsland	a	129 257	1 018	0,8	128 239
20			b	7 558	62	0,8	7 496
21			c	136 815	1 080	0,8	135 735
22	27	Cloppenburg	a	126 916	1 110	0,1	125 806
23			b	7 494	45	0,6	7 449
24			c	134 410	1 155	0,9	133 255
25	28	Hoya	a	115 923	874	0,8	115 049
26			b	7 093	62	0,9	7 031
27			c	123 016	936	0,8	122 080
28	29	Verden	a	140 317	1 062	0,8	139 255
29			b	8 765	42	0,5	8 723
30			c	149 082	1 104	0,7	147 978
31	30	Soltau — Harburg	a	164 856	1 026	0,6	163 830
32			b	12 132	60	0,5	12 072
33			c	176 988	1 086	0,6	175 902
34	31	Lüneburg — Lüchow-Dannenberg	a	138 317	943	0,7	137 374
35			b	11 456	34	0,3	11 422
36			c	149 773	977	0,7	148 796
37	32	Bersenbrück	a	114 936	765	0,7	114 171
38			b	7 997	32	0,4	7 965
39			c	122 933	797	0,6	122 136
40	33	Osnebrück	a	173 160	1 206	0,7	171 954
41			b	12 330	73	0,6	12 257
42			c	185 490	1 279	0,7	184 211
43	34	Nienburg	a	148 884	1 131	0,8	147 753
44			b	10 001	47	0,5	9 954
45			c	158 885	1 178	0,7	157 707
46	35	Schaumburg	a	178 189	1 300	0,7	176 889
47			b	13 461	65	0,5	13 396
48			c	191 650	1 365	0,7	190 285
49	36	Hannover I	a	143 831	870	0,6	142 961
50			b	13 218	92	0,7	13 126
51			c	157 049	962	0,6	156 087
52	37	Hannover II	a	135 299	917	0,7	134 382
53			b	13 605	147	1,1	13 458
54			c	148 904	1 064	0,7	147 840
55	38	Hannover III	a	189 945	1 139	0,6	188 806
56			b	16 689	67	0,4	16 622
57			c	206 634	1 206	0,6	205 428
58	39	Celle	a	174 767	1 076	0,6	173 691
59			b	14 432	92	0,6	14 340
60			c	189 199	1 168	0,6	188 031
61	40	Gifhorn	a	159 034	1 354	0,9	157 680
62			b	10 172	41	0,4	10 131
63			c	169 206	1 395	0,8	167 811
64	41	Hameln — Springe	a	130 993	932	0,7	130 061
65			b	10 474	48	0,5	10 426
66			c	141 467	980	0,7	140 487

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl — 2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1972

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
								DKP		NPD		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
sachsen												
89 651	57,7	54 182	34,9	10 324	6,6	1 168	0,8	351	0,2	767	0,5	1
6 353	51,1	4 609	37,1	1 326	10,7	138	1,1	81	0,7	53	0,4	2
96 004	57,2	58 791	35,0	11 650	6,9	1 306	0,8	432	0,3	820	0,5	3
87 713	54,4	58 993	36,6	13 424	8,3	1 032	0,6	315	0,2	653	0,4	4
6 114	48,3	4 847	38,3	1 587	12,5	101	0,8	55	0,4	36	0,3	5
93 827	54,0	63 840	36,7	15 011	8,6	1 133	0,7	370	0,2	689	0,4	6
79 015	50,4	57 156	36,4	19 090	12,2	1 629	1,0	380	0,2	1 193	0,8	7
4 945	45,5	3 886	35,8	1 901	17,5	128	1,2	75	0,7	47	0,4	8
83 960	50,1	61 042	36,4	20 991	12,5	1 757	1,0	455	0,3	1 240	0,7	9
70 440	54,3	46 335	35,7	11 916	9,2	1 135	0,9	335	0,3	750	0,6	10
3 945	49,8	2 776	35,1	1 126	14,2	71	0,9	41	0,5	25	0,3	11
74 385	54,0	49 111	35,7	13 042	9,5	1 206	0,9	376	0,3	775	0,6	12
53 304	47,4	49 832	44,3	8 502	7,6	822	0,7	174	0,2	612	0,5	13
3 385	45,8	3 058	41,4	869	11,8	80	1,1	47	0,6	25	0,3	14
56 689	47,3	52 890	44,1	9 371	7,8	902	0,8	221	0,2	637	0,5	15
56 936	43,5	62 699	47,9	9 797	7,5	1 402	1,1	163	0,1	1 181	0,9	16
3 456	42,9	3 499	43,4	1 019	12,6	86	1,1	31	0,4	50	0,6	17
60 392	43,5	66 198	47,7	10 816	7,8	1 488	1,1	194	0,1	1 231	0,9	18
41 678	32,5	78 431	61,2	7 407	5,8	723	0,6	172	0,1	513	0,4	19
2 555	34,1	4 185	55,8	686	9,2	70	0,9	37	0,5	25	0,3	20
44 233	32,6	82 616	60,9	8 093	6,0	793	0,6	209	0,2	538	0,4	21
30 638	24,4	88 541	70,4	5 852	4,7	775	0,6	127	0,1	596	0,5	22
1 996	26,8	4 820	64,7	584	7,8	49	0,7	25	0,3	20	0,3	23
32 634	24,5	93 361	70,1	6 436	4,8	824	0,6	152	0,1	616	0,5	24
50 212	43,6	53 452	46,5	10 344	9,0	1 041	0,9	149	0,1	830	0,7	25
2 953	42,0	3 138	44,6	886	12,6	54	0,8	23	0,3	27	0,4	26
53 165	43,5	56 590	46,4	11 230	9,2	1 095	0,9	172	0,1	857	0,7	27
66 035	47,4	61 393	44,1	10 698	7,7	1 129	0,8	306	0,2	734	0,5	28
3 978	45,6	3 594	41,2	1 062	12,2	89	1,0	45	0,5	33	0,4	29
70 013	47,3	64 987	43,9	11 760	7,9	1 218	0,8	351	0,2	767	0,5	30
68 563	41,9	78 908	48,2	14 810	9,0	1 549	0,9	243	0,1	1 193	0,7	31
4 777	39,6	5 643	46,7	1 536	12,7	116	1,0	34	0,3	74	0,6	32
73 340	41,7	84 551	48,1	16 346	9,3	1 665	0,9	277	0,2	1 267	0,7	33
61 073	44,5	64 140	46,6	10 846	7,9	1 315	1,0	233	0,2	1 007	0,7	34
4 635	40,6	5 247	45,9	1 433	12,5	107	0,9	55	0,5	44	0,4	35
65 708	44,2	69 387	46,6	12 279	8,3	1 422	1,0	288	0,2	1 051	0,7	36
39 425	34,5	68 538	60,0	5 569	4,9	639	0,6	134	0,1	475	0,4	37
2 623	32,9	4 558	57,2	706	8,9	78	1,0	41	0,5	28	0,4	38
42 048	34,4	73 096	59,8	6 275	5,1	717	0,6	175	0,1	503	0,4	39
79 645	46,3	78 473	45,6	12 929	7,5	907	0,5	246	0,1	586	0,3	40
4 915	40,1	5 829	47,6	1 388	11,3	125	1,0	55	0,4	62	0,5	41
84 560	45,9	84 302	45,8	14 317	7,8	1 032	0,6	301	0,2	648	0,4	42
64 371	43,6	67 123	45,4	15 068	10,2	1 191	0,8	160	0,1	992	0,7	43
4 044	40,6	4 660	46,8	1 177	11,8	73	0,7	31	0,3	34	0,3	44
68 415	43,4	71 783	45,5	16 245	10,3	1 264	0,8	191	0,1	1 026	0,7	45
92 085	52,1	69 389	39,2	14 397	8,1	1 018	0,6	259	0,1	673	0,4	46
6 414	47,9	5 185	38,7	1 668	12,5	129	1,0	76	0,6	45	0,3	47
98 499	51,8	74 574	39,2	16 065	8,4	1 147	0,6	335	0,2	718	0,4	48
78 060	54,6	48 771	34,1	15 090	10,6	1 040	0,7	429	0,3	550	0,4	49
6 128	46,7	4 972	37,9	1 893	14,4	133	1,0	57	0,4	63	0,5	50
84 188	53,9	53 743	34,4	16 983	10,9	1 173	0,8	486	0,3	613	0,4	51
75 929	56,5	43 871	32,6	13 649	10,2	933	0,7	406	0,3	459	0,3	52
6 222	46,2	5 243	39,0	1 858	13,8	135	1,0	80	0,6	46	0,3	53
82 151	55,6	49 114	33,2	15 507	10,5	1 068	0,7	486	0,3	505	0,3	54
97 001	51,4	71 060	37,6	19 637	10,4	1 108	0,6	364	0,2	659	0,3	55
7 753	46,6	6 426	38,7	2 317	13,9	126	0,8	63	0,4	50	0,3	56
104 754	51,0	77 486	37,7	21 954	10,7	1 234	0,6	427	0,2	709	0,3	57
77 863	44,8	80 085	46,1	14 041	8,1	1 702	1,0	327	0,2	1 209	0,7	58
5 993	41,8	6 435	44,9	1 744	12,2	168	1,2	75	0,5	75	0,5	59
83 856	44,6	86 520	46,0	15 785	8,4	1 870	1,0	402	0,2	1 284	0,7	60
76 271	48,4	70 110	44,5	10 222	6,5	1 077	0,7	271	0,2	739	0,5	61
4 687	46,3	4 315	42,6	1 048	10,3	81	0,8	38	0,4	39	0,4	62
20 958	48,2	74 425	44,4	11 270	6,7	1 158	0,7	309	0,2	778	0,5	63
65 545	50,4	52 781	40,6	10 804	8,3	931	0,7	229	0,2	646	0,5	64
4 524	43,4	4 578	43,9	1 242	11,9	82	0,8	39	0,4	41	0,4	65
70 069	48,9	57 359	40,8	12 046	8,6	1 013	0,7	268	0,2	687	0,5	66

5. Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung 1)	Wähler insgesamt	Stimmen		
	Nr.	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
Nieder							
1	42	Holzminden	a	132 416	1 026	0,8	131 390
2			b	10 491	51	0,5	10 440
3			c	142 907	1 077	0,8	141 830
4	43	Hildesheim	a	132 852	799	0,6	132 053
5			b	10 626	43	0,4	10 583
6			c	143 478	842	0,6	142 636
7	44	Salzgitter	a	131 052	935	0,7	130 117
8			b	10 419	55	0,5	10 364
9			c	141 471	990	0,7	140 481
10	45	Braunschweig	a	140 964	730	0,5	140 234
11			b	13 452	97	0,7	13 355
12			c	154 416	827	0,5	153 589
13	46	Helmstedt –Wolfsburg	a	182 071	1 349	0,7	180 722
14			b	14 064	75	0,5	13 989
15			c	196 135	1 424	0,7	194 711
16	47	Goslar – Wolfenbüttel	a	128 430	815	0,6	127 615
17			b	11 792	37	0,3	11 755
18			c	140 222	852	0,6	139 370
19	48	Northeim	a	140 846	983	0,7	139 863
20			b	13 468	55	0,4	13 413
21			c	154 314	1 038	0,7	153 276
22	49	Göttingen	a	144 824	1 138	0,8	143 686
23			b	13 402	78	0,6	13 324
24			c	158 226	1 216	0,8	157 010
25	20	Land insgesamt	a	4 350 734	30 656	0,7	4 320 078
26	–		b	334 164	1 768	0,5	332 396
27	49		c	4 684 898	32 424	0,7	4 652 474
Bre							
28	50	Bremen - Ost	a	165 937	1 120	0,7	864 817
29			b	15 623	121	0,8	15 502
30			c	181 560	1 241	0,7	180 319
31	51	Bremen - West	a	136 019	1 049	0,8	134 970
32			b	9 414	72	0,8	9 342
33			c	145 433	1 121	0,8	144 312
34	52	Bremerhaven – Bremen - Nord	a	154 417	1 093	0,7	153 324
35			b	11 021	91	0,8	10 930
36			c	165 438	1 184	0,7	164 254
37	50	Land insgesamt	a	456 373	3 262	0,7	453 111
38	–		b	36 058	284	0,8	35 774
39	52		c	492 431	3 546	0,7	488 885
Nordrhein -							
40	53	Aachen - Stadt	a	130 664	914	0,7	129 750
41			b	14 194	41	0,3	14 153
42			c	144 858	955	0,7	143 903
43	54	Aachen - Land	a	170 422	1 393	0,8	169 029
44			b	14 121	47	0,3	14 074
45			c	184 543	1 440	0,8	183 103
46	55	Heinsberg	a	122 390	1 250	1,0	121 140
47			b	10 497	33	0,3	10 464
48			c	132 887	1 283	1,0	131 604
49	56	Düren	a	135 587	1 173	0,9	134 414
50			b	12 246	51	0,4	12 195
51			c	147 833	1 224	0,8	146 609
52	57	Bergheim	a	192 464	1 497	0,8	190 967
53			b	13 220	60	0,5	13 160
54			c	205 684	1 557	0,8	204 127
55	58	Köln - Land	a	157 582	1 030	0,7	156 552
56			b	12 082	35	0,3	12 047
57			c	169 664	1 065	0,6	168 599
58	59	Köln I	a	108 663	829	0,8	107 834
59			b	11 225	48	0,4	11 177
60			c	119 888	877	0,7	119 011

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl. — 2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1972

Gültige Zweitstimmen für													Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter					
								DKP		NPD			
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
sachsen													
71 920	54,7	49 291	37,5	9 407	7,2	772	0,6	229	0,2	490	0,4	1	
5 174	49,6	4 077	39,1	1 101	10,5	88	0,8	38	0,4	42	0,4	2	
77 094	54,4	53 368	37,6	10 508	7,4	860	0,6	267	0,2	532	0,4	3	
68 262	51,7	53 916	40,8	9 061	6,9	814	0,6	232	0,2	513	0,4	4	
4 529	42,8	4 863	46,0	1 102	10,4	89	0,8	44	0,4	38	0,4	5	
72 791	51,0	58 779	41,2	10 163	7,1	903	0,6	276	0,2	551	0,4	6	
73 437	56,4	48 314	37,1	7 543	5,8	823	0,6	243	0,2	545	0,4	7	
5 364	51,8	3 995	38,5	930	9,0	75	0,7	41	0,4	28	0,3	8	
78 801	56,1	52 309	37,2	8 473	6,0	898	0,6	284	0,2	573	0,4	9	
76 167	54,3	49 056	35,0	14 087	10,0	924	0,7	429	0,3	419	0,3	10	
5 985	44,8	5 472	41,0	1 793	13,4	105	0,8	53	0,4	48	0,4	11	
82 152	53,5	54 528	35,5	15 880	10,3	1 029	0,7	482	0,3	467	0,3	12	
88 624	49,0	76 518	42,3	14 352	7,9	1 228	0,7	333	0,2	833	0,5	13	
6 439	46,0	5 872	42,0	1 549	11,1	129	0,9	64	0,5	57	0,4	14	
95 063	48,8	82 390	42,3	15 901	8,2	1 357	0,7	397	0,2	890	0,5	15	
65 959	51,7	51 424	40,3	9 524	7,5	708	0,6	217	0,2	440	0,3	16	
4 994	42,5	5 306	45,1	1 372	11,7	83	0,7	40	0,3	38	0,3	17	
70 953	50,9	56 730	40,7	10 896	7,8	791	0,6	257	0,2	478	0,3	18	
76 334	54,6	52 606	37,6	9 921	7,1	1 002	0,7	212	0,2	724	0,5	19	
6 098	45,5	5 680	42,3	1 520	11,3	115	0,9	34	0,3	72	0,5	20	
82 432	53,8	58 286	38,0	11 441	7,5	1 117	0,7	246	0,2	796	0,5	21	
67 501	47,0	60 858	42,4	14 352	10,0	975	0,7	304	0,2	603	0,4	22	
5 276	39,6	5 706	42,8	2 196	16,5	146	1,1	77	0,6	58	0,4	23	
72 777	46,4	66 564	42,4	16 548	10,5	1 121	0,7	381	0,2	661	0,4	24	
2 089 657	48,4	1 846 246	42,7	352 663	8,2	31 512	0,7	7 972	0,2	21 584	0,5	25	
146 254	44,0	142 474	42,9	40 619	12,2	3 049	0,9	1 495	0,4	1 323	0,4	26	
2 235 911	48,1	1 988 720	42,7	393 282	8,5	34 561	0,7	9 467	0,2	22 907	0,5	27	
men													
88 266	53,6	53 189	32,3	21 618	13,1	1 744	1,1	965	0,6	669	0,4	28	
6 721	43,4	5 814	37,5	2 779	17,9	188	1,2	125	0,8	48	0,3	29	
94 987	52,7	59 003	32,7	24 397	13,5	1 932	1,1	1 090	0,6	717	0,4	30	
86 111	63,8	33 693	25,0	13 192	9,8	1 974	1,5	1 214	0,9	674	0,5	31	
5 167	55,3	2 797	29,9	1 232	13,2	146	1,6	93	1,0	45	0,5	32	
91 278	63,3	36 490	25,3	14 424	10,0	2 120	1,5	1 307	0,9	719	0,5	33	
91 986	60,0	45 479	29,7	14 102	9,2	1 757	1,1	847	0,6	820	0,5	34	
5 777	52,9	3 499	32,0	1 505	13,8	149	1,4	91	0,8	49	0,4	35	
97 763	59,5	48 978	29,8	15 607	9,5	1 906	1,2	938	0,6	869	0,5	36	
266 363	58,8	132 361	29,2	48 912	10,8	5 475	1,2	3 026	0,7	2 163	0,5	37	
17 665	49,4	12 110	33,9	5 516	15,4	483	1,4	309	0,9	142	0,4	38	
284 028	58,1	144 471	29,6	54 428	11,1	5 958	1,2	3 335	0,7	2 305	0,5	39	
Westfalen													
58 890	45,4	58 936	45,4	11 028	8,5	896	0,7	321	0,2	496	0,4	40	
4 611	32,6	8 024	56,7	1 441	10,2	77	0,5	40	0,3	29	0,2	41	
63 501	44,1	66 960	46,5	12 469	8,7	973	0,7	361	0,3	525	0,4	42	
86 806	51,4	72 888	43,1	8 056	4,8	1 279	0,8	533	0,3	635	0,4	43	
6 124	43,5	7 037	50,0	812	5,8	101	0,7	46	0,3	47	0,3	44	
92 930	50,8	79 925	43,7	8 868	4,8	1 380	0,8	579	0,3	682	0,4	45	
43 990	36,3	71 049	58,7	5 278	4,4	823	0,7	238	0,2	489	0,4	46	
3 791	36,2	6 109	58,4	495	4,7	69	0,7	19	0,2	41	0,4	47	
47 781	36,3	77 158	58,6	5 773	4,4	892	0,7	257	0,2	530	0,4	48	
59 760	44,5	66 824	49,7	7 084	5,3	746	0,6	314	0,2	337	0,3	49	
4 237	34,7	7 090	58,1	815	6,7	53	0,4	27	0,2	16	0,1	50	
63 997	43,7	73 914	50,4	7 899	5,4	799	0,5	341	0,2	353	0,2	51	
86 060	45,1	91 078	47,7	12 685	6,6	1 144	0,6	419	0,2	605	0,3	52	
4 807	36,5	7 187	54,6	1 088	8,3	78	0,6	41	0,3	31	0,2	53	
90 867	44,5	98 265	48,1	13 773	6,7	1 222	0,6	460	0,2	636	0,3	54	
77 778	49,7	61 208	39,1	16 711	10,7	855	0,5	412	0,3	351	0,2	55	
4 631	38,4	5 899	49,0	1 446	12,0	71	0,6	39	0,3	23	0,2	56	
82 409	48,9	67 107	39,8	18 157	10,8	926	0,5	451	0,3	374	0,2	57	
59 759	55,4	35 153	32,6	11 932	11,1	990	0,9	509	0,5	399	0,4	58	
4 471	40,0	5 295	47,4	1 295	11,6	116	1,0	46	0,4	56	0,5	59	
64 230	54,0	40 448	34,0	13 227	11,1	1 106	0,9	555	0,5	455	0,4	60	

5. Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt	Stimmen		
	Nr.	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	
Nordrhein -							
1	60	Köln II	a	104 659	596	0,6	104 063
2			b	11 778	34	0,3	11 744
3			c	116 437	630	0,5	115 807
4	61	Köln III	a	130 607	948	0,7	129 659
5			b	10 135	33	0,3	10 102
6			c	140 742	981	0,7	139 761
7	62	Köln IV	a	127 066	839	0,7	126 227
8			b	9 948	26	0,3	9 922
9			c	137 014	865	0,6	136 149
10	63	Bonn	a	163 745	892	0,5	162 853
11			b	26 392	176	0,7	26 216
12			c	190 137	1 068	0,6	189 069
13	64	Rhein - Sieg - Kreis I	a	156 609	1 074	0,7	155 535
14			b	11 504	19	0,2	11 485
15			c	168 113	1 093	0,7	167 020
16	65	Oberbergischer Kreis — Rhein - Sieg - Kreis II	a	172 237	1 134	0,7	171 103
17			b	13 230	55	0,4	13 175
18			c	185 467	1 189	0,6	184 278
19	66	Rheinisch - Bergischer Kreis	a	165 186	1 065	0,6	164 121
20			b	12 073	40	0,3	12 033
21			c	177 259	1 105	0,6	176 154
22	67	Leverkusen — Opladen	a	165 758	948	0,6	164 810
23			b	11 724	76	0,6	11 648
24			c	177 482	1 024	0,6	176 458
25	68	Remscheid	a	121 957	729	0,6	121 228
26			b	7 520	26	0,3	7 494
27			c	129 477	755	0,6	128 722
28	69	Wuppertal I	a	125 187	594	0,5	124 593
29			b	9 845	31	0,3	9 814
30			c	135 032	625	0,5	134 407
31	70	Wuppertal II	a	126 781	667	0,5	126 114
32			b	8 926	39	0,4	8 887
33			c	135 707	706	0,5	135 001
34	71	Solingen	a	106 023	704	0,7	105 319
35			b	7 504	191	2,5	7 313
36			c	113 527	895	0,8	112 632
37	72	Düsseldorf - Mettmann I	a	116 001	644	0,6	115 357
38			b	8 829	43	0,5	8 786
39			c	124 830	687	0,6	124 143
40	73	Düsseldorf - Mettmann II	a	125 508	772	0,6	124 737
41			b	9 138	27	0,3	9 111
42			c	134 647	799	0,6	133 848
43	74	Düsseldorf I	a	120 060	682	0,6	119 378
44			b	11 609	46	0,4	11 563
45			c	131 669	728	0,6	130 941
46	75	Düsseldorf II	a	126 880	847	0,7	126 033
47			b	9 114	38	0,4	9 076
48			c	135 994	885	0,7	135 109
49	76	Düsseldorf III	a	137 691	904	0,7	136 787
50			b	10 389	55	0,5	10 334
51			c	148 080	959	0,6	147 121
52	77	Neuss — Grevenbroich I	a	169 547	1 061	0,6	168 486
53			b	12 478	46	0,4	12 432
54			c	182 025	1 107	0,6	180 918
55	78	Rheydt — Grevenbroich II	a	115 494	916	0,8	114 578
56			b	7 922	30	0,4	7 892
57			c	123 416	946	0,8	122 470
58	79	Mönchengladbach	a	136 516	1 069	0,8	135 447
59			b	9 533	47	0,5	9 486
60			c	146 049	1 116	0,8	144 933
61	80	Krefeld	a	127 664	920	0,7	126 744
62			b	17 253	142	0,8	17 111
63			c	144 917	1 062	0,7	143 855
64	81	Kampen - Krefeld	a	103 781	773	0,7	103 008
65			b	6 754	30	0,4	6 724
66			c	110 535	803	0,7	109 732

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl. — 2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1972

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		NPD		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
Westfalen												
50 112	48,2	39 551	38,0	13 655	13,1	745	0,7	368	0,4	307	0,3	1
4 022	34,2	5 921	50,4	1 729	14,7	72	0,6	40	0,3	24	0,2	2
54 134	46,7	45 472	39,3	15 384	13,3	817	0,7	408	0,4	331	0,3	3
71 075	54,8	44 116	34,0	13 468	10,4	1 000	0,8	464	0,4	432	0,3	4
4 543	45,0	4 322	42,8	1 149	11,4	88	0,9	50	0,5	32	0,3	5
75 618	54,1	48 438	34,7	14 617	10,5	1 088	0,8	514	0,4	464	0,3	6
71 577	56,7	40 881	32,4	12 890	10,2	879	0,7	403	0,3	354	0,3	7
4 384	44,2	4 293	43,3	1 156	11,7	89	0,9	47	0,5	24	0,2	8
75 961	55,8	45 174	33,2	14 046	10,3	968	0,7	450	0,3	378	0,3	9
58 202	35,7	84 395	51,8	19 074	11,7	1 182	0,7	461	0,3	488	0,3	10
8 844	33,7	13 506	51,5	3 635	13,9	231	0,9	82	0,3	76	0,3	11
67 046	35,5	97 901	51,8	22 709	12,0	1 413	0,7	543	0,3	564	0,3	12
60 538	38,9	80 202	51,6	13 881	8,9	914	0,6	303	0,2	450	0,3	13
3 572	31,1	6 529	56,8	1 295	11,3	89	0,8	43	0,4	33	0,3	14
64 110	38,4	86 731	51,9	15 176	9,1	1 003	0,6	346	0,2	483	0,3	15
78 740	46,0	75 855	44,3	15 266	8,9	1 242	0,7	320	0,2	795	0,5	16
4 937	37,5	6 650	50,5	1 453	11,0	135	1,0	55	0,4	67	0,5	17
83 677	45,4	82 505	44,8	16 719	9,1	1 377	0,7	375	0,2	862	0,5	18
72 917	44,4	72 743	44,3	17 347	10,6	1 114	0,7	377	0,2	635	0,4	19
4 511	37,5	6 010	49,9	1 411	11,7	101	0,8	41	0,3	47	0,4	20
77 428	44,0	78 753	44,7	18 758	10,6	1 215	0,7	418	0,2	682	0,4	21
86 019	52,2	60 870	36,9	16 743	10,2	1 178	0,7	481	0,3	576	0,3	22
5 081	43,6	5 031	43,2	1 438	12,3	98	0,8	58	0,5	32	0,3	23
91 100	51,6	65 901	37,3	18 181	10,3	1 276	0,7	539	0,3	608	0,3	24
59 485	48,1	49 071	40,5	11 419	9,4	1 253	1,0	589	0,5	513	0,4	25
2 784	37,1	3 712	49,5	934	12,5	64	0,9	43	0,6	16	0,2	26
62 269	48,4	52 783	41,0	12 353	9,6	1 317	1,0	642	0,5	529	0,4	27
63 778	51,2	46 510	37,3	13 184	10,6	1 121	0,9	543	0,4	469	0,4	28
4 056	41,3	4 430	45,1	1 224	12,5	104	1,1	63	0,6	31	0,3	29
67 834	50,5	50 940	37,9	14 408	10,7	1 225	0,9	606	0,5	500	0,4	30
66 068	52,4	46 003	36,5	12 841	10,2	1 202	1,0	647	0,5	428	0,3	31
3 861	43,4	3 832	43,1	1 097	12,3	97	1,1	51	0,6	36	0,4	32
69 929	51,8	49 835	36,9	13 938	10,3	1 299	1,0	698	0,5	464	0,3	33
53 709	51,0	39 000	37,0	11 302	10,7	1 308	1,2	871	0,8	288	0,3	34
2 860	39,1	3 360	45,9	1 002	13,7	91	1,2	67	0,9	18	0,2	35
56 569	50,2	42 360	37,6	12 304	10,9	1 399	1,2	938	0,8	306	0,3	36
57 659	50,0	45 334	39,3	11 469	9,9	895	0,8	373	0,3	434	0,4	37
3 388	38,6	4 220	48,0	1 109	12,6	69	0,8	37	0,4	21	0,2	38
61 047	49,2	49 554	39,9	12 578	10,1	964	0,8	410	0,3	455	0,4	39
61 766	49,5	49 064	39,3	12 761	10,2	1 146	0,9	457	0,4	559	0,4	40
3 623	39,8	4 234	46,5	1 155	12,7	99	1,1	49	0,5	33	0,4	41
65 389	48,9	53 298	39,8	13 916	10,4	1 245	0,9	506	0,4	582	0,4	42
52 450	43,9	51 119	42,8	14 837	12,4	972	0,8	437	0,9	428	0,8	43
3 911	33,8	5 763	49,8	1 770	15,3	119	1,0	56	0,5	51	0,4	44
56 361	43,0	56 882	43,4	16 607	12,7	1 091	0,8	493	0,4	479	0,4	45
69 331	55,0	43 447	34,5	11 902	9,4	1 353	1,1	731	0,6	536	0,4	46
3 861	42,5	4 052	44,6	1 083	11,9	80	0,9	34	0,4	40	0,4	47
73 192	54,2	47 499	35,2	12 985	9,6	1 433	1,1	765	0,6	576	0,4	48
68 442	50,0	52 896	38,7	14 192	10,4	1 257	0,9	622	0,5	538	0,4	49
4 068	39,4	4 848	46,9	1 287	12,5	131	1,3	64	0,6	56	0,5	50
72 510	49,3	57 744	39,2	15 479	10,5	1 388	0,9	686	0,5	594	0,4	51
72 686	43,1	79 759	47,3	14 893	8,8	1 148	0,7	423	0,3	619	0,4	52
4 543	36,5	6 509	52,4	1 285	10,3	95	0,8	42	0,3	38	0,3	53
77 229	42,7	86 268	47,7	16 178	8,9	1 243	0,7	465	0,3	657	0,4	54
53 949	47,1	51 799	45,2	8 105	7,1	725	0,6	271	0,2	388	0,3	55
2 850	36,1	4 263	54,0	712	9,0	67	0,8	31	0,4	31	0,4	56
56 799	46,4	56 062	45,8	8 817	7,2	792	0,6	302	0,2	419	0,3	57
59 185	43,7	67 365	49,7	7 928	5,9	969	0,7	404	0,3	474	0,3	58
2 952	31,1	5 771	60,8	690	7,3	73	0,8	41	0,4	24	0,3	59
62 137	42,9	73 136	50,5	8 618	5,9	1 042	0,7	445	0,3	498	0,3	60
63 398	50,0	50 923	40,2	11 536	9,1	887	0,7	318	0,3	512	0,4	61
6 885	40,2	8 051	47,1	2 014	11,8	161	0,9	72	0,4	71	0,4	62
70 283	48,9	58 974	41,0	13 550	9,4	1 048	0,7	390	0,3	583	0,4	63
43 300	42,0	51 947	50,4	7 078	6,9	683	0,7	219	0,2	393	0,4	64
2 274	33,8	3 786	56,3	611	9,1	53	0,8	23	0,3	20	0,3	65
45 574	41,5	55 733	50,8	7 689	7,0	736	0,7	242	0,2	413	0,4	66

5. Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt	Stimmen		
	Nr.	Name			ungültig		gültig
				Anzahl	%		Anzahl
Nordrhein -							
1	82	Moers	a	177 103	1 158	0,7	175 945
2			b	10 563	29	0,3	10 534
3			c	187 666	1 187	0,6	186 479
4	83	Kleve	a	145 536	1 241	0,9	144 295
5			b	10 452	48	0,5	10 404
6			c	155 988	1 289	0,8	154 699
7	84	Dinslaken	a	154 468	1 073	0,7	153 395
8			b	10 708	31	0,3	10 677
9			c	165 176	1 104	0,7	164 072
10	85	Oberhausen	a	151 842	857	0,6	150 985
11			b	8 273	61	0,7	8 212
12			c	160 115	918	0,6	159 197
13	86	Mülheim	a	123 071	590	0,5	122 481
14			b	8 403	28	0,3	8 375
15			c	131 474	618	0,5	130 856
16	87	Essen I	a	145 654	792	0,5	144 862
17			b	9 772	45	0,5	9 727
18			c	155 426	837	0,5	154 589
19	88	Essen II	a	139 984	896	0,6	139 088
20			b	8 147	31	0,4	8 116
21			c	148 131	927	0,6	147 204
22	89	Essen III	a	152 038	663	0,4	151 375
23			b	14 239	126	0,9	14 113
24			c	166 277	789	0,5	165 488
25	90	Duisburg I	a	126 733	786	0,6	125 947
26			b	8 122	33	0,4	8 089
27			c	134 855	819	0,6	134 036
28	91	Duisburg II	a	145 079	763	0,5	144 316
29			b	10 282	39	0,4	10 243
30			c	155 361	802	0,5	154 559
31	92	Ahaus – Bocholt	a	150 387	1 079	0,7	149 308
32			b	10 308	49	0,5	10 259
33			c	160 695	1 128	0,7	159 567
34	93	Tecklenburg	a	135 673	964	0,7	134 709
35			b	8 601	62	0,7	8 539
36			c	144 274	1 026	0,7	143 248
37	94	Beckum – Warendorf	a	140 007	890	0,6	139 117
38			b	10 057	31	0,3	10 026
39			c	150 064	921	0,6	149 143
40	95	Münster	a	126 798	653	0,5	126 145
41			b	13 664	69	0,5	13 595
42			c	140 462	722	0,5	139 740
43	96	Steinfurt – Coesfeld	a	162 457	1 129	0,7	161 328
44			b	11 862	35	0,3	11 827
45			c	174 319	1 164	0,7	173 155
46	97	Gelsenkirchen I	a	106 631	677	0,6	105 954
47			b	6 313	19	0,3	6 294
48			c	112 944	696	0,6	112 248
49	98	Gelsenkirchen II	a	107 381	701	0,7	106 680
50			b	6 062	26	0,4	6 036
51			c	113 443	727	0,6	112 716
52	99	Recklinghausen - Land	a	153 290	880	0,6	152 410
53			b	11 997	32	0,3	11 965
54			c	165 287	912	0,6	164 375
55	100	Recklinghausen - Stadt	a	142 527	895	0,6	141 632
56			b	11 435	62	0,5	11 373
57			c	153 962	957	0,6	153 005
58	101	Bottrop – Gladbeck	a	118 454	774	0,7	117 680
59			b	8 897	28	0,3	8 869
60			c	127 351	802	0,6	126 549
61	102	Höxter	a	122 213	839	0,7	121 374
62			b	9 758	35	0,4	9 723
63			c	131 971	874	0,7	131 097
64	103	Bielefeld - Land	a	188 960	1 245	0,7	187 715
65			b	13 732	53	0,4	13 679
66			c	202 692	1 298	0,6	201 394

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl. — 2) CSU nur in Bayern

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1972

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
								DKP		NPD		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Westfalen												
113 088	64,3	49 358	28,1	11 996	6,8	1 503	0,9	660	0,4	760	0,4	1
5 705	54,2	3 604	34,2	1 123	10,7	102	1,0	64	0,6	34	0,3	2
118 793	63,7	52 962	28,4	13 119	7,0	1 605	0,9	724	0,4	794	0,4	3
52 748	36,6	83 973	58,2	6 871	4,8	703	0,5	168	0,1	451	0,3	4
3 304	31,8	6 387	61,4	658	6,3	55	0,5	20	0,2	25	0,2	5
56 052	36,2	90 360	58,4	7 529	4,9	758	0,5	188	0,1	476	0,3	6
87 022	56,7	53 319	34,8	12 150	7,9	904	0,6	422	0,3	425	0,3	7
4 853	45,5	4 636	43,4	1 098	10,3	90	0,8	46	0,4	36	0,3	8
91 875	56,0	57 955	35,3	13 248	8,1	994	0,6	468	0,3	461	0,3	9
93 209	61,7	47 967	31,8	8 746	5,8	1 063	0,7	582	0,4	404	0,3	10
4 101	49,9	3 382	41,2	661	8,0	68	0,8	43	0,5	16	0,2	11
97 310	61,1	51 349	32,3	9 407	5,9	1 131	0,7	625	0,4	420	0,3	12
73 302	59,8	37 058	30,3	11 235	9,2	886	0,7	502	0,4	311	0,3	13
3 998	47,7	3 322	39,7	993	11,9	62	0,7	40	0,5	16	0,2	14
77 300	59,1	40 380	30,9	12 228	9,3	948	0,7	542	0,4	327	0,2	15
91 034	62,8	44 110	30,4	8 545	5,9	1 173	0,8	761	0,5	328	0,2	16
4 860	50,0	3 979	40,9	803	8,3	85	0,9	43	0,4	30	0,3	17
95 894	62,0	48 089	31,1	9 348	6,0	1 258	0,8	804	0,5	358	0,2	18
94 872	68,3	35 968	25,9	6 934	5,0	1 214	0,9	801	0,6	343	0,2	19
4 733	58,3	2 689	33,1	607	7,5	87	1,1	48	0,6	30	0,4	20
99 705	67,7	38 657	26,3	7 541	5,1	1 301	0,9	849	0,6	373	0,3	21
74 375	49,1	60 692	40,1	15 277	10,1	1 031	0,7	571	0,4	343	0,2	22
5 504	39,0	6 588	46,7	1 900	13,5	121	0,9	79	0,6	28	0,2	23
79 879	48,3	67 280	40,7	17 177	10,4	1 152	0,7	650	0,4	371	0,2	24
87 488	69,5	31 332	24,9	6 132	4,9	995	0,8	572	0,5	363	0,3	25
4 576	56,5	2 809	34,7	615	7,6	89	1,1	56	0,7	25	0,3	26
92 064	68,7	34 141	25,5	6 747	5,0	1 084	0,8	628	0,5	388	0,3	27
87 232	60,4	45 769	31,7	10 190	7,1	1 125	0,8	653	0,5	385	0,3	28
5 154	50,3	3 929	38,4	1 073	10,5	87	0,8	50	0,5	28	0,3	29
92 386	59,8	49 698	32,2	11 263	7,3	1 212	0,8	703	0,5	413	0,3	30
47 758	32,0	95 557	64,0	5 337	3,6	656	0,4	209	0,1	376	0,3	31
2 946	28,7	6 530	63,7	720	7,0	63	0,6	29	0,3	26	0,3	32
50 704	31,8	102 087	64,0	6 057	3,8	719	0,5	238	0,1	402	0,3	33
58 572	43,5	65 595	48,7	9 927	7,4	615	0,5	221	0,2	322	0,2	34
2 927	34,3	4 748	55,6	815	9,5	49	0,6	31	0,4	11	0,1	35
61 499	42,9	70 343	49,1	10 742	7,5	664	0,5	252	0,2	333	0,2	36
58 943	42,4	72 189	51,9	7 224	5,2	761	0,5	393	0,3	309	0,2	37
3 491	34,8	5 691	56,8	755	7,5	89	0,9	68	0,7	17	0,2	38
62 434	41,9	77 880	52,2	7 979	5,3	850	0,6	461	0,3	326	0,2	39
52 723	41,8	59 493	47,2	13 184	10,5	745	0,6	333	0,3	332	0,3	40
4 485	33,0	7 269	53,5	1 716	12,6	125	0,9	64	0,5	49	0,4	41
57 208	40,9	66 762	47,8	14 900	10,7	870	0,6	397	0,3	381	0,3	42
60 297	37,4	93 231	57,8	7 191	4,5	609	0,4	198	0,1	334	0,2	43
3 564	30,1	7 398	62,6	805	6,8	60	0,5	31	0,3	18	0,2	44
63 861	36,9	100 629	58,1	7 996	4,6	669	0,4	229	0,1	352	0,2	45
69 881	66,0	29 990	28,3	5 055	4,8	1 028	1,0	622	0,6	289	0,3	46
3 434	54,6	2 351	37,4	423	6,7	86	1,4	59	0,9	13	0,2	47
73 315	65,3	32 341	28,8	5 478	4,9	1 114	1,0	681	0,6	302	0,3	48
70 796	66,4	29 673	27,8	5 179	4,9	1 032	1,0	610	0,6	355	0,3	49
3 198	53,0	2 346	38,9	434	7,2	58	1,0	41	0,7	15	0,2	50
73 994	65,6	32 019	28,4	5 613	5,0	1 090	1,0	651	0,6	370	0,3	51
84 920	55,7	57 503	37,7	8 722	5,7	1 265	0,8	609	0,4	579	0,4	52
5 947	49,7	4 963	41,5	944	7,9	111	0,9	55	0,5	49	0,4	53
90 867	55,3	62 466	38,0	9 666	5,9	1 376	0,8	664	0,4	628	0,4	54
82 134	58,0	50 206	35,4	8 217	5,8	1 075	0,8	571	0,4	440	0,3	55
5 596	49,2	4 821	42,4	873	7,7	83	0,7	49	0,4	28	0,2	56
87 730	57,3	55 027	36,0	9 090	5,9	1 158	0,8	620	0,4	468	0,3	57
75 231	63,9	35 751	30,4	5 365	4,6	1 333	1,1	922	0,8	348	0,3	58
4 849	54,7	3 444	38,8	497	5,6	79	0,9	56	0,6	17	0,2	59
80 080	63,3	39 195	31,0	5 862	4,6	1 412	1,1	978	0,8	365	0,3	60
36 099	29,7	80 491	66,3	4 247	3,5	537	0,4	175	0,1	285	0,2	61
2 453	25,2	6 601	67,9	605	6,2	64	0,7	31	0,3	21	0,2	62
38 552	29,4	87 092	66,4	4 852	3,7	601	0,5	206	0,2	306	0,2	63
92 857	49,5	76 112	40,5	17 305	9,2	1 441	0,8	393	0,2	864	0,5	64
5 706	41,7	6 222	45,5	1 621	11,9	130	1,0	56	0,4	56	0,4	65
98 563	48,9	82 334	40,9	18 926	9,4	1 571	0,8	449	0,2	920	0,5	66

5. Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung 1)	Wähler insgesamt	Stimmen		gültig
	Nr.	Name			ungültig		
					Anzahl	%	
Nordrhein -							
1	104	Bielefeld - Stadt	a	104 223	724	0,7	103 499
2			b	9 055	34	0,4	9 021
3			c	113 278	758	0,7	112 520
4	105	Detmold - Lippe	a	189 321	1 453	0,8	187 868
5			b	13 767	57	0,4	13 710
6			c	203 088	1 510	0,7	201 578
7	106	Paderborn - Wiedenbrück	a	136 013	802	0,6	135 211
8			b	11 326	46	0,4	11 280
9			c	147 339	848	0,6	146 491
10	107	Herford	a	156 962	1 624	1,0	155 338
11			b	10 442	34	0,3	10 408
12			c	167 404	1 658	1,0	165 746
13	108	Minden	a	182 102	1 537	0,8	180 565
14			b	12 605	58	0,5	12 547
15			c	194 707	1 595	0,8	193 112
16	109	Lüdinghausen	a	184 184	1 143	0,6	183 041
17			b	13 887	133	1,0	13 754
18			c	198 071	1 276	0,6	196 795
19	110	Wanne - Eickel — Wattenscheid	a	111 946	674	0,6	111 272
20			b	7 687	65	0,8	7 622
21			c	119 633	739	0,6	118 894
22	111	Herne — Castrop - Rauxel	a	116 541	713	0,6	115 828
23			b	8 657	24	0,3	8 633
24			c	125 198	737	0,6	124 461
25	112	Ennepe - Ruhr - Kreis	a	166 103	955	0,6	165 148
26			b	12 717	73	0,6	12 644
27			c	178 820	1 028	0,6	177 792
28	113	Hagen	a	119 935	787	0,7	119 148
29			b	10 743	48	0,4	10 695
30			c	130 678	835	0,6	129 843
31	114	Dortmund I	a	148 530	866	0,6	147 664
32			b	10 890	27	0,2	10 863
33			c	159 420	893	0,6	158 527
34	115	Dortmund II	a	122 159	793	0,6	121 366
35			b	6 771	21	0,3	6 750
36			c	128 930	814	0,6	128 116
37	116	Dortmund III	a	137 181	952	0,7	136 229
38			b	8 242	16	0,2	8 226
39			c	145 423	968	0,7	144 455
40	117	Bochum	a	136 247	786	0,6	135 461
41			b	10 563	29	0,3	10 534
42			c	146 810	815	0,6	145 995
43	118	Bochum — Witten	a	144 485	833	0,6	143 652
44			b	10 238	44	0,4	10 194
45			c	154 723	877	0,6	153 846
46	119	Iserlohn	a	158 545	952	0,6	157 593
47			b	11 150	62	0,6	11 088
48			c	169 695	1 014	0,6	168 681
49	120	Lippstadt — Brilon	a	106 183	779	0,7	105 404
50			b	9 189	38	0,4	9 151
51			c	115 372	817	0,7	114 555
52	121	Olpe — Meschede	a	110 754	704	0,6	110 050
53			b	9 562	41	0,4	9 521
54			c	120 316	745	0,6	119 571
55	122	Arnsberg — Soest	a	155 698	1 038	0,7	154 660
56			b	13 113	43	0,3	13 070
57			c	168 811	1 081	0,6	167 730
58	123	Unna	a	142 565	1 033	0,7	141 532
59			b	9 670	38	0,4	9 632
60			c	152 235	1 071	0,7	151 164
61	124	Ludenscheid	a	142 265	928	0,7	141 337
62			b	10 979	38	0,3	10 941
63			c	153 244	966	0,6	152 278
64	125	Siegen — Wittgenstein	a	168 756	1 134	0,7	167 622
65			b	12 010	44	0,4	11 966
66			c	180 766	1 178	0,7	179 588
67	53	Land insgesamt	a	10 219 714	67 619	0,7	10 152 095
68	—		b	786 093	3 550	0,5	782 543
69	125		c	11 005 807	71 169	0,6	10 934 638

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl. — 2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1972

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
								DKP		NPD		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Westfalen												
53 508	51,7	39 119	37,8	10 035	9,7	837	0,8	353	0,3	425	0,4	1
3 811	42,2	3 918	43,4	1 197	13,3	95	1,1	55	0,6	20	0,2	2
57 319	50,9	43 037	38,2	11 232	10,0	932	0,8	408	0,4	445	0,4	3
97 957	52,1	70 003	37,3	18 385	9,8	1 523	0,8	411	0,2	921	0,5	4
5 880	42,9	5 773	42,1	1 901	13,9	156	1,1	72	0,5	59	0,4	5
103 837	51,5	75 776	37,6	20 286	10,1	1 679	0,8	483	0,2	980	0,5	6
42 016	31,1	85 675	63,4	6 849	5,1	671	0,5	166	0,1	409	0,3	7
2 933	26,0	7 391	65 5	884	7,8	72	0,6	29	0,3	32	0,3	8
44 949	30,7	93 066	63,5	7 733	5,3	743	0,5	195	0,1	441	0,3	9
85 308	54,9	56 364	36,3	12 506	8,1	1 160	0,7	336	0,2	719	0,5	10
4 749	45,6	4 414	42,4	1 138	10,9	107	1,0	50	0,5	48	0,5	11
90 057	54,3	60 778	36,7	13 644	8,2	1 267	0,8	386	0,2	767	0,5	12
93 386	51,7	69 791	38,7	15 960	8,8	1 428	0,8	454	0,3	864	0,5	13
5 507	43,9	5 331	42,5	1 576	12,6	133	1,1	73	0,6	48	0,4	14
98 893	51,2	75 122	38,9	17 536	9,1	1 561	0,8	527	0,3	912	0,5	15
92 074	50,3	81 068	44,3	8 634	4,7	1 265	0,7	546	0,3	603	0,3	16
5 767	41,9	6 884	50,1	996	7,2	107	0,8	52	0,4	45	0,3	17
97 841	49,7	87 952	44,7	9 630	4,9	1 372	0,7	598	0,3	648	0,3	18
72 572	65,2	32 069	28,8	5 645	5,1	986	0,9	621	0,6	318	0,3	19
4 291	56,3	2 738	35,9	542	7,1	51	0,7	36	0,5	10	0,1	20
76 863	64,6	34 807	29,3	6 187	5,2	1 037	0,9	657	0,6	328	0,3	21
74 629	64,4	34 768	30,0	5 470	4,7	961	0,8	650	0,6	269	0,2	22
4 721	54,7	3 225	37,4	614	7,1	73	0,8	45	0,5	18	0,2	23
79 350	63,8	37 993	30,5	6 084	4,9	1 034	0,8	695	0,6	287	0,2	24
94 716	57,4	54 876	33,2	14 034	8,5	1 522	0,9	687	0,4	666	0,4	25
6 282	49,7	4 855	38,4	1 373	10,9	134	1,1	67	0,5	54	0,4	26
100 998	56,8	59 731	33,6	15 407	8,7	1 656	0,9	754	0,4	720	0,4	27
67 501	56,7	41 312	34,7	9 072	7,6	1 263	1,1	550	0,5	579	0,5	28
5 033	47,1	4 460	41,7	1 097	10,3	105	1,0	40	0,4	53	0,5	29
72 534	55,9	45 772	35,3	10 169	7,8	1 368	1,1	590	0,5	632	0,5	30
84 842	57,5	48 817	33,1	12 768	8,6	1 237	0,8	674	0,5	449	0,3	31
5 009	46,1	4 373	40,3	1 391	12,8	90	0,8	44	0,4	32	0,3	32
89 851	56,7	53 190	33,6	14 159	8,9	1 327	0,8	718	0,5	481	0,3	33
82 805	68,2	31 762	26,2	5 763	4,7	1 036	0,9	586	0,5	382	0,3	34
4 086	60,5	2 115	31,3	469	6,9	80	1,2	54	0,8	23	0,3	35
86 891	67,8	33 877	26,4	6 232	4,9	1 116	0,9	640	0,5	405	0,3	36
85 739	62,9	40 811	30,0	8 489	6,2	1 190	0,9	672	0,5	438	0,3	37
4 340	52,8	3 061	37,2	759	9,2	66	0,8	40	0,5	22	0,3	38
90 079	62,4	43 872	30,4	9 248	6,4	1 256	0,9	712	0,5	460	0,3	39
83 082	61,3	41 560	30,7	9 605	7,1	1 214	0,9	625	0,5	458	0,3	40
5 252	49,9	4 261	40,4	949	9,0	72	0,7	43	0,4	25	0,2	41
88 334	60,5	45 821	31,4	10 554	7,2	1 286	0,9	668	0,5	483	0,3	42
92 959	64,7	40 102	27,9	9 368	6,5	1 223	0,9	596	0,4	536	0,4	43
5 655	55,5	3 603	35,3	846	8,3	90	0,9	54	0,5	32	0,3	44
98 614	64,1	43 705	28,4	10 214	6,6	1 313	0,9	650	0,4	568	0,4	45
81 263	51,6	63 537	40,3	11 464	7,3	1 329	0,8	407	0,3	795	0,5	46
4 607	41,5	5 237	47,2	1 147	10,3	97	0,9	53	0,5	34	0,3	47
85 870	50,9	68 774	40,8	12 611	7,5	1 426	0,8	460	0,3	829	0,5	48
42 077	39,9	57 373	54,4	5 388	5,1	566	0,5	158	0,1	329	0,3	49
2 903	31,7	5 501	60,1	679	7,4	68	0,7	30	0,3	31	0,3	50
44 980	39,3	62 874	54,9	6 067	5,3	634	0,6	188	0,2	360	0,3	51
36 535	33,2	68 618	62,4	4 410	4,0	487	0,4	196	0,2	232	0,2	52
2 762	29,0	6 074	63,8	621	6,5	64	0,7	38	0,4	14	0,1	53
39 297	32,9	74 692	62,5	5 031	4,2	551	0,5	234	0,2	246	0,2	54
66 293	42,9	77 379	50,0	10 003	6,5	985	0,6	283	0,2	624	0,4	55
4 325	33,1	7 392	56,6	1 245	9,5	108	0,8	46	0,4	49	0,4	56
70 618	42,1	84 771	50,5	11 248	6,7	1 093	0,7	329	0,2	673	0,4	57
87 744	62,0	43 685	30,9	8 814	6,2	1 309	0,9	523	0,4	717	0,5	58
5 144	53,4	3 502	36,4	904	9,4	82	0,9	43	0,4	30	0,3	59
92 888	61,4	47 167	31,2	9 718	6,4	1 391	0,9	566	0,4	747	0,5	60
74 923	53,0	52 293	37,0	12 959	9,2	1 162	0,8	342	0,2	721	0,5	61
4 826	44,1	4 689	42,9	1 311	12,0	115	1,1	50	0,5	44	0,4	62
79 749	52,4	56 982	37,4	14 270	9,4	1 277	0,8	392	0,3	765	0,5	63
82 728	49,4	65 235	38,9	18 195	10,9	1 464	0,9	497	0,3	864	0,5	64
5 370	44,9	4 897	40,9	1 564	13,1	135	1,1	61	0,5	61	0,5	65
88 088	49,1	70 132	39,1	19 759	11,0	1 599	0,9	558	0,3	925	0,5	66
5 186 767	51,1	4 111 520	40,5	777 390	7,7	76 418	0,8	34 119	0,3	35 192	0,3	67
323 119	41,3	373 137	47,7	79 573	10,2	6 714	0,9	3 481	0,4	2 436	0,3	68
5 509 886	50,4	4 484 657	41,0	856 963	7,8	83 132	0,8	37 600	0,3	37 628	0,3	69

5. Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt	Stimmen		
	Nr.	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
1	126	Waldeck	a	118 482	834	0,7	117 648
2			b	9 424	27	0,3	9 397
3			c	127 906	861	0,7	127 045
4	127	Kassel	a	153 749	997	0,6	152 752
5			b	15 468	96	0,6	15 372
6			c	169 217	1 093	0,6	168 124
7	128	Eschwege	a	122 520	707	0,6	121 813
8			b	8 683	23	0,3	8 660
9			c	131 203	730	0,6	130 473
10	129	Fritzlar - Homberg	a	117 463	869	0,7	116 594
11			b	7 460	58	0,8	7 402
12			c	124 923	927	0,7	123 996
13	130	Hersfeld	a	137 461	1 023	0,7	136 438
14			b	9 881	42	0,4	9 839
15			c	147 342	1 065	0,7	146 277
16	131	Marburg	a	131 304	885	0,7	130 419
17			b	7 804	24	0,3	7 780
18			c	139 108	909	0,7	138 199
19	132	Wetzlar	a	155 566	1 060	0,7	154 506
20			b	8 613	42	0,5	8 571
21			c	164 179	1 102	0,7	163 077
22	133	Gießen	a	150 202	1 173	0,8	149 029
23			b	7 956	19	0,2	7 937
24			c	158 158	1 192	0,8	156 966
25	134	Fulda	a	152 200	1 468	1,0	150 732
26			b	9 975	42	0,4	9 933
27			c	162 175	1 510	0,9	160 665
28	135	Obertaunuskreis (Hochtaunuskreis)	a	189 420	1 043	0,6	188 377
29			b	15 119	43	0,3	15 076
30			c	204 539	1 086	0,5	203 453
31	136	Friedberg	a	166 958	1 100	0,7	165 858
32			b	9 212	38	0,4	9 174
33			c	176 170	1 138	0,6	175 032
34	137	Limburg	a	139 881	1 094	0,8	138 787
35			b	10 350	28	0,3	10 322
36			c	150 231	1 122	0,7	149 109
37	138	Wiesbaden	a	153 783	1 007	0,7	152 776
38			b	11 294	59	0,5	11 235
39			c	165 077	1 066	0,6	164 011
40	139	Hanau	a	179 912	1 022	0,6	178 890
41			b	9 862	39	0,4	9 823
42			c	189 774	1 061	0,6	188 713
43	140	Frankfurt I	a	125 213	793	0,6	124 420
44			b	9 535	32	0,3	9 503
45			c	134 748	825	0,6	133 923
46	141	Frankfurt II	a	133 516	736	0,6	132 780
47			b	12 422	63	0,5	12 359
48			c	145 938	799	0,5	145 139
49	142	Frankfurt III	a	114 603	724	0,6	113 879
50			b	10 361	44	0,4	10 317
51			c	124 964	768	0,6	124 196
52	143	Groß- Gerau	a	197 627	1 184	0,6	196 443
53			b	11 381	39	0,3	11 342
54			c	209 008	1 223	0,6	207 785
55	144	Offenbach	a	166 366	928	0,6	165 438
56			b	10 812	39	0,4	10 773
57			c	177 178	967	0,5	176 211
58	145	Darmstadt	a	161 497	1 089	0,7	160 408
59			b	10 534	59	0,6	10 475
60			c	172 031	1 148	0,7	170 883
61	146	Dieburg	a	188 447	1 699	0,9	186 748
62			b	10 699	54	0,5	10 645
63			c	199 146	1 753	0,9	197 393
64	147	Bergstraße	a	140 845	1 269	0,9	139 576
65			b	8 623	33	0,4	8 590
66			c	149 468	1 302	0,9	148 166
67	126	Land insgesamt	a	3 297 015	22 704	0,7	3 274 311
68	—		b	225 468	943	0,4	224 525
69	147		c	3 522 483	23 647	0,7	3 498 836

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl — 2) CSU nur in Bayern

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1972

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
								DKP		NPD		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
sen												
59 957	51,0	46 230	39,3	10 331	8,8	1 130	1,0	310	0,3	755	0,6	1
4 390	46,7	3 809	40,5	1 097	11,7	101	1,1	46	0,5	47	0,5	2
64 347	50,6	50 039	39,4	11 428	9,0	1 231	1,0	356	0,3	802	0,6	3
85 806	56,2	49 495	32,4	16 159	10,6	1 292	0,8	647	0,4	505	0,3	4
7 443	48,4	5 431	35,3	2 336	15,2	162	1,1	99	0,6	50	0,3	5
93 249	55,5	54 926	32,7	18 495	11,0	1 454	0,9	746	0,4	555	0,3	6
73 896	60,7	38 184	31,3	8 815	7,2	918	0,8	105	0,1	389	0,3	7
5 088	58,8	2 653	30,6	850	9,8	69	0,8	5	0,1	25	0,3	8
78 984	60,5	40 837	31,3	9 665	7,4	987	0,8	110	0,1	414	0,3	9
60 269	51,7	45 496	39,0	9 839	8,4	990	0,8	295	0,3	618	0,5	10
3 598	48,6	2 902	39,2	825	11,1	77	1,0	41	0,6	32	0,4	11
63 867	51,5	48 398	39,0	10 664	8,6	1 067	0,9	336	0,3	650	0,5	12
70 272	51,5	55 516	40,7	9 534	7,0	1 116	0,8	337	0,2	690	0,5	13
5 069	51,5	3 785	38,5	914	9,3	71	0,7	37	0,4	25	0,3	14
75 341	51,5	58 301	40,5	10 448	7,1	1 187	0,8	374	0,3	715	0,5	15
62 603	48,0	54 563	41,8	11 702	9,0	1 551	1,2	682	0,5	766	0,6	16
3 306	42,5	3 213	41,3	1 150	14,8	111	1,4	58	0,7	48	0,6	17
65 909	47,7	57 776	41,8	12 852	9,3	1 662	1,2	740	0,5	814	0,6	18
78 017	50,5	57 655	37,3	17 210	11,1	1 624	1,1	510	0,3	985	0,6	19
3 912	45,6	3 379	39,4	1 180	13,8	100	1,2	55	0,6	38	0,4	20
81 929	50,2	61 034	37,4	18 390	11,3	1 724	1,1	565	0,3	1 023	0,6	21
72 882	48,9	60 204	40,4	14 335	9,6	1 608	1,1	548	0,4	929	0,6	22
3 841	48,4	3 030	38,2	973	12,3	93	1,2	43	0,5	45	0,6	23
76 723	48,9	63 234	40,3	15 308	9,8	1 701	1,1	591	0,4	974	0,6	24
56 349	37,4	83 645	55,5	9 583	6,4	1 155	0,8	301	0,2	766	0,5	25
3 309	33,3	5 607	56,4	933	9,4	84	0,8	40	0,4	42	0,4	26
59 658	37,1	89 252	55,6	10 516	6,5	1 239	0,8	341	0,2	808	0,5	27
79 821	42,4	82 826	44,0	23 905	12,7	1 825	1,0	535	0,3	1 125	0,6	28
5 342	35,4	7 226	47,9	2 350	15,6	158	1,0	58	0,4	77	0,5	29
85 163	41,9	90 052	44,3	26 255	12,9	1 983	1,0	593	0,3	1 202	0,6	30
82 497	49,7	66 747	40,2	14 791	8,9	1 823	1,1	551	0,3	1 135	0,7	31
4 133	45,1	3 785	41,3	1 149	12,5	107	1,2	42	0,5	57	0,6	32
86 630	49,5	70 532	40,3	15 940	9,1	1 930	1,1	593	0,3	1 192	0,7	33
58 282	42,0	68 669	49,5	10 737	7,7	1 099	0,8	260	0,2	732	0,5	34
3 482	33,7	5 788	56,1	949	9,2	103	1,0	28	0,3	65	0,6	35
61 764	41,4	74 457	49,9	11 686	7,8	1 202	0,8	288	0,2	797	0,5	36
72 368	47,4	60 181	39,4	18 582	12,2	1 645	1,1	551	0,4	943	0,6	37
4 243	37,8	5 264	46,9	1 619	14,4	109	1,0	52	0,5	49	0,4	38
76 611	46,7	65 445	39,9	20 201	12,3	1 754	1,1	603	0,4	992	0,6	39
88 046	49,2	71 301	39,9	17 273	9,7	2 270	1,3	1 013	0,6	1 046	0,6	40
4 595	46,8	3 961	40,3	1 180	12,0	87	0,9	43	0,4	38	0,4	41
92 641	49,1	75 262	39,9	18 453	9,8	2 357	1,2	1 056	0,6	1 084	0,6	42
60 505	48,6	47 489	38,2	14 914	12,0	1 512	1,2	513	0,4	858	0,7	43
3 946	41,5	4 079	42,9	1 387	14,6	91	1,0	42	0,4	40	0,4	44
64 451	48,1	51 568	38,5	16 301	12,2	1 603	1,2	555	0,4	898	0,7	45
63 742	48,0	49 234	37,1	18 235	13,7	1 569	1,2	634	0,5	806	0,6	46
4 970	40,2	5 246	42,4	1 988	16,1	155	1,3	83	0,7	62	0,5	47
68 712	47,3	54 480	37,5	20 223	13,9	1 724	1,2	717	0,5	868	0,6	48
55 433	48,7	42 288	37,1	14 838	13,0	1 320	1,2	515	0,5	716	0,6	49
4 433	43,0	4 263	41,3	1 507	14,6	114	1,1	55	0,5	41	0,4	50
59 866	48,2	46 551	37,5	16 345	13,2	1 434	1,2	570	0,5	757	0,6	51
100 618	51,2	74 439	37,9	19 240	9,8	2 146	1,1	671	0,3	1 292	0,7	52
5 606	49,4	4 353	38,4	1 272	11,2	111	1,0	46	0,4	52	0,5	53
106 224	51,1	78 792	37,9	20 512	9,9	2 257	1,1	717	0,3	1 344	0,6	54
81 465	49,2	62 926	38,0	19 394	11,7	1 653	1,0	752	0,5	728	0,4	55
4 632	43,0	4 400	40,8	1 626	15,1	115	1,1	55	0,5	48	0,4	56
86 097	48,9	67 326	38,2	21 020	11,9	1 768	1,0	807	0,5	776	0,4	57
79 652	49,7	58 670	36,6	20 214	12,6	1 872	1,2	653	0,4	959	0,6	58
4 754	45,4	3 952	37,7	1 660	15,8	109	1,0	55	0,5	36	0,3	59
84 406	49,4	62 622	36,6	21 874	12,8	1 981	1,2	708	0,4	995	0,6	60
90 401	48,4	78 107	41,8	15 936	8,5	2 304	1,2	955	0,5	1 127	0,6	61
4 772	44,8	4 584	43,1	1 193	11,2	96	0,9	55	0,5	29	0,3	62
95 173	48,2	82 691	41,9	17 129	8,7	2 400	1,2	1 010	0,5	1 156	0,6	63
66 156	47,4	60 851	43,6	11 113	8,0	1 456	1,0	442	0,3	915	0,7	64
3 421	39,8	4 345	50,6	740	8,6	84	1,0	43	0,5	36	0,4	65
69 577	47,0	65 196	44,0	11 853	8,0	1 540	1,0	485	0,3	951	0,6	66
1 599 037	48,8	1 314 716	40,2	326 680	10,0	33 878	1,0	12 099	0,4	18 785	0,6	67
98 285	43,8	95 055	42,3	28 878	12,9	2 307	1,0	1 115	0,5	982	0,4	68
1 697 322	48,5	1 409 771	40,3	355 558	10,2	36 185	1,0	13 214	0,4	19 767	0,6	69

5. Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt	Stimmen		
	Nr.	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
Rheinland -							
1	148	Neuwied	a	168 486	1 553	0,9	166 933
2			b	12 899	70	0,5	12 829
3			c	181 385	1 623	0,9	179 762
4	149	Ahrweiler	a	130 174	1 159	0,9	129 015
5			b	10 304	42	0,4	10 262
6			c	140 478	1 201	0,9	139 277
7	150	Koblenz	a	143 768	1 117	0,8	142 651
8			b	13 570	64	0,5	13 506
9			c	157 338	1 181	0,8	156 157
10	151	Cochem	a	108 777	1 320	1,2	107 457
11			b	7 254	30	0,4	7 224
12			c	116 031	1 350	1,2	114 681
13	152	Kreuznach	a	149 377	1 317	0,9	148 060
14			b	10 535	49	0,5	10 486
15			c	159 912	1 366	0,9	158 546
16	153	Bitburg	a	120 920	1 647	1,4	119 273
17			b	8 070	40	0,5	8 030
18			c	128 990	1 687	1,3	127 303
19	154	Trier	a	134 302	1 744	1,3	132 558
20			b	10 423	64	0,6	10 359
21			c	144 725	1 808	1,2	142 917
22	155	Montabaur	a	173 943	2 075	1,2	171 868
23			b	13 137	68	0,5	13 069
24			c	187 080	2 143	1,1	184 937
25	156	Mainz	a	171 772	1 380	0,8	170 392
26			b	13 704	57	0,4	13 647
27			c	185 476	1 437	0,8	184 039
28	157	Worms	a	131 232	1 321	1,0	129 911
29			b	10 890	103	0,9	10 787
30			c	142 122	1 424	1,0	140 698
31	158	Frankenthal	a	107 653	1 465	1,4	106 188
32			b	8 616	54	0,6	8 562
33			c	116 269	1 519	1,3	114 750
34	159	Ludwigshafen	a	131 890	1 428	1,1	130 462
35			b	11 240	67	0,6	11 173
36			c	143 130	1 495	1,0	141 635
37	160	Neustadt - Speyer	a	130 696	1 612	1,2	129 084
38			b	11 049	70	0,6	10 979
39			c	141 745	1 682	1,2	140 063
40	161	Kaiserslautern	a	171 924	1 968	1,1	169 956
41			b	10 119	51	0,5	10 068
42			c	182 043	2 019	1,1	180 024
43	162	Pirmasens	a	122 792	1 628	1,3	121 164
44			b	7 804	32	0,4	7 772
45			c	130 596	1 660	1,3	128 936
46	163	Landau	a	136 560	2 471	1,8	134 089
47			b	10 127	80	0,8	10 047
48			c	146 687	2 551	1,7	144 136
49	148	Land insgesamt	a	2 234 266	25 205	1,1	2 209 061
50	-		b	169 741	941	0,6	168 800
51	163		c	2 404 007	26 146	1,1	2 377 861
Baden -							
52	164	Stuttgart I	a	123 554	789	0,6	122 765
53			b	9 095	30	0,3	9 065
54			c	132 649	819	0,6	131 830
55	165	Stuttgart II	a	107 025	566	0,5	106 459
56			b	10 348	41	0,4	10 307
57			c	117 373	607	0,5	116 766
58	166	Stuttgart III	a	111 872	651	0,6	111 221
59			b	11 816	54	0,5	11 762
60			c	123 688	705	0,6	122 983
61	167	Ludwigsburg	a	171 328	1 564	0,9	169 764
62			b	9 975	45	0,5	9 930
63			c	181 303	1 609	0,9	179 694
64	168	Heilbronn	a	167 636	1 487	0,9	166 149
65			b	10 728	45	0,4	10 683
66			c	178 364	1 532	0,9	176 832

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl. — 2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1972

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P. 1		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		NPD		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
Pfalz												
74 825	44,8	76 601	45,9	14 590	8,7	917	0,5	433	0,3	484	0,3	1
5 035	39,2	6 454	50,3	1 276	9,9	64	0,5	43	0,3	21	0,2	2
79 860	44,4	83 055	46,2	15 866	8,8	981	0,5	476	0,3	505	0,3	3
48 038	37,2	73 502	57,0	6 808	5,3	667	0,5	240	0,2	427	0,3	4
3 371	32,8	6 045	58,9	794	7,7	52	0,5	23	0,2	29	0,3	5
51 409	36,9	79 547	57,1	7 602	5,5	719	0,5	263	0,2	456	0,3	6
62 505	43,8	68 594	48,1	10 614	7,4	938	0,7	424	0,3	514	0,4	7
4 867	36,0	7 259	53,7	1 295	9,6	85	0,6	52	0,4	33	0,2	8
67 372	43,1	75 853	48,6	11 909	7,6	1 023	0,7	476	0,3	547	0,4	9
34 369	32,0	62 199	57,9	9 886	9,2	1 003	0,9	233	0,2	770	0,7	10
2 397	33,2	3 990	55,2	786	10,9	51	0,7	25	0,3	26	0,4	11
36 766	32,1	66 189	57,7	10 672	9,3	1 054	0,9	258	0,2	796	0,7	12
75 162	50,8	56 737	38,3	14 640	9,9	1 521	1,0	531	0,4	990	0,7	13
4 663	44,5	4 479	42,7	1 253	11,9	91	0,9	43	0,4	48	0,5	14
79 825	50,3	61 216	38,6	15 893	10,0	1 612	1,0	574	0,4	1 038	0,7	15
34 119	28,6	77 974	65,4	6 302	5,3	878	0,7	260	0,2	618	0,5	16
2 176	27,1	5 255	65,4	552	6,9	47	0,6	24	0,3	23	0,3	17
36 295	28,5	83 229	65,4	6 854	5,4	925	0,7	284	0,2	641	0,5	18
55 278	41,7	68 403	51,6	7 848	5,9	1 029	0,8	374	0,3	655	0,5	19
3 425	33,1	6 083	58,7	780	7,5	71	0,7	45	0,4	26	0,3	20
58 703	41,1	74 486	52,1	8 628	6,0	1 100	0,8	419	0,3	681	0,5	21
79 743	46,4	77 242	44,9	13 645	7,9	1 238	0,7	379	0,2	859	0,5	22
5 381	41,2	6 360	48,7	1 230	9,4	98	0,7	51	0,4	47	0,4	23
85 124	46,0	83 602	45,2	14 875	8,0	1 336	0,7	430	0,2	906	0,5	24
78 506	46,1	70 026	41,1	20 226	11,9	1 634	1,0	682	0,4	952	0,6	25
5 446	39,9	6 364	46,6	1 730	12,7	107	0,8	59	0,4	48	0,4	26
83 952	45,6	76 390	41,5	21 956	11,9	1 741	0,9	741	0,4	1 000	0,5	27
67 718	52,1	47 809	36,8	12 306	9,5	2 078	1,6	463	0,4	1 615	1,2	28
5 161	47,8	4 410	40,9	1 062	9,8	154	1,4	40	0,4	114	1,1	29
72 879	51,8	52 219	37,1	13 368	9,5	2 232	1,6	503	0,4	1 729	1,2	30
57 748	54,4	38 429	36,2	8 153	7,7	1 858	1,7	389	0,4	1 469	1,4	31
4 245	49,6	3 435	40,1	770	9,0	112	1,3	38	0,4	74	0,9	32
61 993	54,0	41 864	36,5	8 923	7,8	1 970	1,7	427	0,4	1 543	1,3	33
72 197	55,3	46 709	35,8	9 964	7,6	1 592	1,2	747	0,6	845	0,6	34
5 775	51,7	4 381	39,2	894	8,0	123	1,1	45	0,4	78	0,7	35
77 972	55,1	51 090	36,1	10 858	7,7	1 715	1,2	792	0,6	923	0,7	36
59 892	46,4	58 017	44,9	9 495	7,4	1 680	1,3	517	0,4	1 163	0,9	37
4 312	39,3	5 452	49,7	1 089	9,9	126	1,1	48	0,4	78	0,7	38
64 204	45,8	63 469	45,3	10 584	7,6	1 806	1,3	565	0,4	1 241	0,9	39
90 333	53,2	63 075	37,1	12 892	7,6	3 656	2,2	724	0,4	2 932	1,7	40
4 852	48,2	4 112	40,8	963	9,6	141	1,4	36	0,4	105	1,0	41
95 185	52,9	67 187	37,3	13 855	7,7	3 797	2,1	760	0,4	3 037	1,7	42
54 195	44,7	56 583	46,7	8 254	6,8	2 132	1,8	417	0,3	1 715	1,4	43
3 056	39,3	3 962	51,0	680	8,7	74	1,0	18	0,2	56	0,7	44
57 251	44,4	60 545	47,0	8 934	6,9	2 206	1,7	435	0,3	1 771	1,4	45
55 475	41,4	65 163	48,6	11 703	8,7	1 748	1,3	323	0,2	1 425	1,1	46
3 688	36,7	5 235	52,1	1 019	10,1	105	1,0	23	0,2	82	0,8	47
59 163	41,0	70 398	48,8	12 722	8,8	1 853	1,3	346	0,2	1 507	1,0	48
1 000 103	45,3	1 007 063	45,6	177 326	8,0	24 569	1,1	7 136	0,3	17 433	0,8	49
67 850	40,2	83 276	48,3	16 173	9,6	1 501	0,9	613	0,4	888	0,5	50
1 067 953	44,9	1 090 339	45,9	193 499	8,1	26 070	1,1	7 749	0,3	18 321	0,8	51

Württemberg

60 222	48,1	45 689	37,2	15 442	12,6	1 412	1,2	480	0,4	782	0,6	52
3 928	43,3	3 443	38,0	1 609	17,7	85	0,9	49	0,5	32	0,4	53
64 150	48,7	49 132	37,3	17 051	12,9	1 497	1,1	529	0,4	814	0,6	54
47 124	44,3	41 237	38,7	17 006	16,0	1 092	1,0	386	0,4	585	0,5	55
3 687	35,8	4 318	41,9	2 171	21,1	131	1,3	66	0,6	52	0,5	56
50 811	43,5	45 555	39,0	19 177	16,4	1 223	1,0	452	0,4	637	0,5	57
47 218	42,5	44 884	40,4	18 075	16,3	1 044	0,9	337	0,3	578	0,5	58
3 990	33,9	5 244	44,6	2 408	20,5	120	1,0	44	0,4	57	0,5	59
51 208	41,6	50 128	40,8	20 483	16,7	1 164	0,9	381	0,3	635	0,5	60
72 596	42,8	73 146	43,1	22 071	13,0	1 951	1,1	345	0,2	1 442	0,8	61
3 817	38,4	4 219	42,5	1 752	17,6	142	1,4	48	0,5	80	0,8	62
76 413	42,5	77 365	43,1	23 823	13,3	2 093	1,2	393	0,2	1 522	0,8	63
73 733	44,4	69 744	42,0	20 908	12,6	1 764	1,1	305	0,2	1 340	0,8	64
4 159	38,9	4 626	43,3	1 800	16,8	98	0,9	30	0,3	55	0,5	65
77 892	44,0	74 370	42,1	22 708	12,8	1 862	1,1	335	0,2	1 395	0,8	66

5. Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt	Stimmen		
	Nr.	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
Baden -							
1	169	Leonberg - Vaihingen	a	159 477	1 381	0,9	158 096
2			b	9 853	25	0,3	9 828
3			c	169 330	1 406	0,8	167 924
4	170	Nurtingen - Boblingen	a	174 148	1 696	1,0	172 452
5			b	9 648	37	0,4	9 611
6			c	183 796	1 733	0,9	182 063
7	171	Esslingen	a	139 710	920	0,7	138 790
8			b	9 028	36	0,4	8 992
9			c	148 738	956	0,6	147 782
10	172	Göppingen	a	131 449	1 125	0,9	130 324
11			b	8 086	28	0,3	8 058
12			c	139 535	1 153	0,8	138 382
13	173	Ulm	a	107 982	878	0,8	107 104
14			b	8 137	43	0,5	8 094
15			c	116 119	921	0,8	115 198
16	174	Aalen - Heidenheim	a	166 435	1 756	1,1	164 679
17			b	10 051	33	0,3	10 018
18			c	176 486	1 789	1,0	174 697
19	175	Schwäbisch Gmünd - Backnang	a	160 002	1 591	1,0	158 411
20			b	9 621	30	0,3	9 591
21			c	169 623	1 621	1,0	168 002
22	176	Crailsheim	a	109 085	1 137	1,0	107 948
23			b	6 662	21	0,3	6 641
24			c	115 747	1 158	1,0	114 589
25	177	Waiblingen	a	138 920	1 232	0,9	137 688
26			b	7 895	26	0,3	7 869
27			c	146 815	1 258	0,9	145 557
28	178	Karlsruhe	a	144 155	1 225	0,8	142 930
29			b	17 447	157	0,9	17 290
30			c	161 602	1 382	0,9	160 220
31	179	Mannheim I	a	114 002	893	0,8	113 109
32			b	9 564	54	0,6	9 510
33			c	123 566	947	0,8	122 619
34	180	Mannheim II	a	136 243	1 141	0,8	135 102
35			b	10 587	80	0,8	10 507
36			c	146 830	1 221	0,8	145 609
37	181	Heidelberg - Stadt	a	125 490	1 409	1,1	124 081
38			b	11 129	57	0,5	11 072
39			c	136 619	1 466	1,1	135 153
40	182	Pforzheim - Karlsruhe - Land I	a	154 244	2 186	1,4	152 058
41			b	11 404	85	0,7	11 319
42			c	165 648	2 271	1,4	163 377
43	183	Bruchsal - Karlsruhe - Land II	a	143 587	2 448	1,7	141 139
44			b	9 386	46	0,5	9 340
45			c	152 973	2 494	1,6	150 479
46	184	Heidelberg - Land - Sinsheim	a	151 759	1 902	1,3	149 857
47			b	8 751	40	0,5	8 711
48			c	160 510	1 942	1,2	158 568
49	185	Tauberbischofsheim	a	130 306	1 603	1,2	128 703
50			b	9 087	18	0,2	9 069
51			c	139 393	1 621	1,2	137 772
52	186	Konstanz	a	142 643	1 427	1,0	141 216
53			b	13 259	54	0,4	13 205
54			c	155 902	1 481	0,9	154 421
55	187	Donaueschingen	a	141 283	1 879	1,3	139 404
56			b	10 181	48	0,5	10 133
57			c	151 464	1 927	1,3	149 537
58	188	Waldshut	a	104 518	1 333	1,3	103 185
59			b	8 586	39	0,5	8 547
60			c	113 104	1 372	1,2	111 732
61	189	Lorrach - Müllheim	a	119 365	1 507	1,3	117 858
62			b	9 385	66	0,7	9 319
63			c	128 750	1 573	1,2	127 177

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl — 2) CSU nur in Bayern

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1972

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		NPD		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
Württemberg												
65 944	41,7	70 941	44,9	19 687	12,5	1 524	1,0	278	0,2	1 086	0,7	1
3 864	39,3	4 181	42,5	1 677	17,1	106	1,1	34	0,3	59	0,6	2
69 808	41,6	75 122	44,7	21 364	12,7	1 630	1,0	312	0,2	1 145	0,7	3
65 316	37,9	85 197	49,4	19 604	11,4	2 335	1,4	340	0,2	1 815	1,1	4
3 362	35,0	4 577	47,6	1 549	16,1	123	1,3	40	0,4	67	0,7	5
68 678	37,7	89 774	49,3	21 153	11,6	2 458	1,4	380	0,2	1 882	1,0	6
57 962	41,8	63 697	45,9	15 841	11,4	1 290	0,9	315	0,2	836	0,6	7
3 366	37,4	4 092	45,5	1 441	16,0	93	1,0	42	0,5	39	0,4	8
61 328	41,5	67 789	45,9	17 282	11,7	1 383	0,9	357	0,2	875	0,6	9
56 923	43,7	60 310	46,3	11 876	9,1	1 215	0,9	238	0,2	887	0,7	10
2 927	36,3	3 865	48,0	1 203	14,9	63	0,8	23	0,3	32	0,4	11
59 850	43,2	64 175	46,4	13 079	9,5	1 278	0,9	261	0,2	919	0,7	12
42 294	39,5	54 452	50,8	9 349	8,7	1 009	0,9	175	0,2	755	0,7	13
2 968	36,7	3 907	48,3	1 133	14,0	86	1,1	34	0,4	42	0,5	14
45 262	39,3	58 359	50,7	10 482	9,1	1 095	1,0	209	0,2	797	0,7	15
64 846	39,4	85 649	52,0	12 791	7,8	1 393	0,8	299	0,2	979	0,6	16
3 623	36,2	4 937	49,3	1 365	13,6	93	0,9	47	0,5	37	0,4	17
68 469	39,2	90 586	51,9	14 156	8,1	1 486	0,9	346	0,2	1 016	0,6	18
61 743	39,0	78 863	49,8	16 000	10,1	1 805	1,1	293	0,2	1 400	0,9	19
3 512	36,6	4 642	48,4	1 341	14,0	96	1,0	45	0,5	44	0,5	20
65 255	38,8	83 505	49,7	17 341	10,3	1 901	1,1	338	0,2	1 444	0,9	21
35 323	32,7	57 765	53,5	12 709	11,8	2 151	2,0	181	0,2	1 855	1,7	22
2 358	35,5	3 212	48,4	989	14,9	82	1,2	26	0,4	51	0,8	23
37 681	32,9	60 977	53,2	13 698	12,0	2 233	1,9	207	0,2	1 906	1,7	24
57 897	42,0	59 968	43,6	18 514	13,4	1 309	1,0	253	0,2	928	0,7	25
3 069	39,0	3 327	42,3	1 379	17,5	94	1,2	38	0,5	43	0,5	26
60 966	41,9	63 295	43,5	19 893	13,7	1 403	1,0	291	0,2	971	0,7	27
61 169	42,8	64 169	44,9	15 802	11,1	1 790	1,3	390	0,3	1 243	0,9	28
5 879	34,0	8 760	50,7	2 438	14,1	213	1,2	67	0,4	119	0,7	29
67 048	41,8	72 929	45,5	18 240	11,4	2 003	1,3	457	0,3	1 362	0,9	30
64 966	57,4	38 073	33,7	8 468	7,5	1 602	1,4	727	0,6	815	0,7	31
4 354	45,8	4 146	43,6	874	9,2	136	1,4	76	0,8	55	0,6	32
69 320	56,5	42 219	34,4	9 342	7,6	1 738	1,4	803	0,7	870	0,7	33
63 874	47,3	56 028	41,5	13 617	10,1	1 583	1,2	454	0,3	1 050	0,8	34
4 327	41,2	4 732	45,0	1 332	12,7	116	1,1	46	0,4	66	0,6	35
68 201	46,8	60 760	41,7	14 949	10,3	1 699	1,2	500	0,3	1 116	0,8	36
55 042	44,4	54 231	43,7	13 096	10,6	1 712	1,4	422	0,3	1 208	1,0	37
4 109	37,1	5 318	48,0	1 492	13,5	153	1,4	57	0,5	78	0,7	38
59 151	43,8	59 549	44,1	14 588	10,8	1 865	1,4	479	0,4	1 286	1,0	39
63 057	41,5	73 736	48,5	13 491	8,9	1 774	1,2	479	0,3	1 133	0,7	40
3 969	35,1	5 803	51,3	1 425	12,6	122	1,1	65	0,6	46	0,4	41
67 026	41,0	79 539	48,7	14 916	9,1	1 896	1,2	544	0,3	1 179	0,7	42
54 517	38,6	75 118	53,2	9 573	6,8	1 931	1,4	276	0,2	1 569	1,1	43
3 178	34,0	5 135	55,0	926	9,9	101	1,1	28	0,3	63	0,7	44
57 695	38,3	80 253	53,3	10 499	7,0	2 032	1,4	304	0,2	1 632	1,1	45
59 758	39,9	74 757	49,9	13 574	9,1	1 768	1,2	271	0,2	1 391	0,9	46
3 214	36,9	4 331	49,7	1 069	12,3	97	1,1	32	0,4	56	0,6	47
62 972	39,7	79 088	49,9	14 643	9,2	1 865	1,2	303	0,2	1 447	0,9	48
40 543	31,5	78 377	60,9	8 435	6,6	1 348	1,0	208	0,2	1 064	0,8	49
2 689	29,7	5 464	60,2	859	9,5	57	0,6	16	0,2	27	0,3	50
43 232	31,4	83 841	60,9	9 294	6,7	1 405	1,0	224	0,2	1 091	0,8	51
52 687	37,3	73 217	51,8	13 920	9,9	1 392	1,0	370	0,3	837	0,6	52
4 580	34,7	6 348	48,1	2 121	16,1	156	1,2	66	0,5	57	0,4	53
57 267	37,1	79 565	51,5	16 041	10,4	1 548	1,0	436	0,3	894	0,6	54
50 685	36,4	74 800	53,7	12 434	8,9	1 485	1,1	290	0,2	946	0,7	55
3 356	33,1	5 321	52,5	1 352	13,3	104	1,0	41	0,4	43	0,4	56
54 041	36,1	80 121	53,6	13 786	9,2	1 589	1,1	331	0,2	989	0,7	57
35 646	34,5	57 566	55,8	8 849	8,6	1 124	1,1	274	0,3	719	0,7	58
2 761	32,3	4 540	53,1	1 158	13,5	88	1,0	29	0,3	39	0,5	59
38 407	34,4	62 106	55,6	10 007	9,0	1 212	1,1	303	0,3	758	0,7	60
50 337	42,7	53 265	45,2	12 633	10,7	1 623	1,4	318	0,3	1 141	1,0	61
3 390	36,4	4 418	47,4	1 406	15,1	105	1,1	26	0,3	60	0,6	62
53 727	42,2	57 683	45,4	14 039	11,0	1 728	1,4	344	0,3	1 201	0,9	63

5. Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung 1)	Wähler insgesamt	Stimmen		
	Nr.	Name			ungültig	%	gültig
				Anzahl			Anzahl
Baden -							
1	190	Freiburg	a	142 367	1 535	1,1	140 832
2			b	13 652	109	0,8	13 543
3			c	156 019	1 644	1,1	154 375
4	191	Emmendingen — Wolfach	a	100 304	1 510	1,5	98 794
5			b	6 948	24	0,3	6 924
6			c	107 252	1 534	1,4	105 718
7	192	Offenburg	a	148 206	2 733	1,8	145 473
8			b	9 655	54	0,6	9 601
9			c	157 861	2 787	1,8	155 074
10	193	Rastatt	a	157 669	2 291	1,5	155 378
11			b	12 180	49	0,4	12 131
12			c	169 849	2 340	1,4	167 509
13	194	Reutlingen	a	170 759	1 415	0,8	169 344
14			b	10 795	45	0,4	10 750
15			c	181 554	1 460	0,8	180 094
16	195	Calw	a	143 138	1 472	1,0	141 666
17			b	10 279	47	0,5	10 232
18			c	153 417	1 519	1,0	151 898
19	196	Rottweil	a	112 180	1 351	1,2	110 829
20			b	7 278	38	0,5	7 240
21			c	119 458	1 389	1,2	118 069
22	197	Balingen	a	162 661	1 627	1,0	161 034
23			b	9 088	39	0,4	9 049
24			c	171 749	1 666	1,0	170 083
25	198	Biberach	a	135 161	1 439	1,1	133 722
26			b	9 226	34	0,4	9 192
27			c	144 387	1 473	1,0	142 914
28	199	Ravensburg	a	165 531	2 027	1,2	163 504
29			b	13 981	49	0,4	13 932
30			c	179 512	2 076	1,2	177 436
31	164	Land insgesamt	a	5 014 194	53 126	1,1	4 961 068
32	—		b	362 791	1 726	0,5	361 065
33	199		c	5 376 985	54 852	1,0	5 322 133
Bay							
34	200	Altötting	a	124 123	1 281	1,0	122 842
35			b	11 327	46	0,4	11 281
36			c	135 450	1 327	1,0	134 123
37	201	Fürstenfeldbruck	a	166 083	1 245	0,7	164 838
38			b	11 775	25	0,2	11 750
39			c	177 858	1 270	0,7	176 588
40	202	Ingolstadt	a	150 256	1 522	1,0	148 734
41			b	12 137	50	0,4	12 087
42			c	162 393	1 572	1,0	160 821
43	203	Miesbach	a	146 213	962	0,7	145 251
44			b	17 404	35	0,2	17 369
45			c	163 617	997	0,6	162 620
46	204	München - Mitte	a	81 374	457	0,6	80 917
47			b	12 252	33	0,3	12 219
48			c	93 626	490	0,5	93 136
49	205	München - Nord	a	148 421	824	0,6	147 597
50			b	15 014	49	0,3	14 965
51			c	163 435	873	0,5	162 562
52	206	München - Ost	a	140 003	754	0,5	139 249
53			b	15 421	18	0,1	15 403
54			c	155 424	772	0,5	154 652
55	207	München - Süd	a	160 327	727	0,5	159 600
56			b	17 115	76	0,4	17 039
57			c	177 442	803	0,5	176 639
58	208	München - West	a	129 459	722	0,6	128 737
59			b	13 700	39	0,3	13 661
60			c	143 159	761	0,5	142 398
61	209	München - Land	a	180 523	1 682	0,9	178 841
62			b	14 307	48	0,3	14 259
63			c	194 830	1 730	0,9	193 100

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl. — 2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1972

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
								DKP		NPD		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Württemberg												
55 189	39,2	64 043	45,5	20 387	14,5	1 213	0,9	337	0,2	679	0,5	1
4 560	33,7	6 294	46,5	2 565	18,9	124	0,9	54	0,4	52	0,4	2
59 749	38,7	70 337	46,6	22 952	14,9	1 337	0,9	391	0,3	731	0,5	3
35 967	36,4	53 595	54,2	8 177	8,3	1 055	1,1	278	0,3	659	0,7	4
2 325	33,6	3 728	53,8	820	11,8	51	0,7	22	0,3	25	0,4	5
38 292	36,2	57 323	54,2	8 997	8,5	1 106	1,0	300	0,3	684	0,6	6
55 171	37,9	76 887	52,9	11 394	7,8	2 021	1,4	381	0,3	1 481	1,0	7
3 304	34,4	4 969	51,8	1 204	12,5	124	1,3	45	0,5	61	0,6	8
58 475	37,7	81 856	52,8	12 598	8,1	2 145	1,4	426	0,3	1 542	1,0	9
53 895	34,7	89 657	57,7	10 056	6,5	1 770	1,1	332	0,2	1 287	0,8	10
3 864	31,9	6 715	55,4	1 397	11,5	155	1,3	43	0,4	86	0,7	11
57 759	34,5	96 372	57,5	11 453	6,8	1 925	1,1	375	0,2	1 373	0,8	12
64 270	38,0	84 039	49,6	18 887	11,2	2 148	1,3	478	0,3	1 469	0,9	13
3 898	36,3	4 744	44,1	1 985	18,5	123	1,1	48	0,4	59	0,5	14
68 168	37,9	88 783	49,3	20 872	11,6	2 271	1,3	526	0,3	1 528	0,8	15
52 129	36,8	74 518	52,6	13 463	9,5	1 556	1,1	294	0,2	1 134	0,8	16
3 620	35,4	5 001	48,9	1 495	14,6	116	1,1	24	0,2	78	0,8	17
55 749	36,7	79 519	52,4	14 958	9,8	1 672	1,1	318	0,2	1 212	0,8	18
37 949	34,2	63 826	57,6	7 873	7,1	1 181	1,1	229	0,2	818	0,7	19
2 339	32,3	3 967	54,8	856	11,8	78	1,1	28	0,4	37	0,5	20
40 288	34,1	67 793	57,4	8 729	7,4	1 259	1,1	257	0,2	855	0,7	21
48 218	28,9	99 017	61,5	12 053	7,5	1 746	1,1	294	0,2	1 188	0,7	22
2 805	31,0	5 026	55,5	1 113	12,3	105	1,2	39	0,4	52	0,6	23
51 023	30,0	104 043	61,2	13 166	7,7	1 851	1,1	333	0,2	1 240	0,7	24
31 065	23,2	95 672	71,5	6 000	4,5	985	0,7	193	0,1	699	0,5	25
2 309	25,1	5 994	65,2	818	8,9	71	0,8	32	0,3	29	0,3	26
33 374	23,4	101 666	71,1	6 818	4,8	1 056	0,7	225	0,2	728	0,5	27
46 530	28,5	105 034	64,2	10 647	6,5	1 293	0,8	280	0,2	845	0,5	28
3 904	28,0	8 299	59,6	1 608	11,5	121	0,9	39	0,3	59	0,4	29
50 434	28,4	113 333	63,9	12 255	6,9	1 414	0,8	319	0,2	904	0,5	30
1 941 805	39,1	2 471 167	49,8	492 702	9,9	55 394	1,1	11 800	0,2	38 643	0,8	31
127 364	35,3	177 643	49,2	52 130	14,4	3 928	1,1	1 489	0,4	1 937	0,5	32
2 069 169	38,9	2 648 810	49,8	544 832	10,2	59 322	1,1	13 289	0,2	40 580	0,8	33
ern												
35 191	28,6	82 234	66,9	4 310	3,5	1 107	0,9	148	0,1	862	0,7	34
3 189	28,3	7 401	65,6	582	5,2	109	1,0	18	0,2	79	0,7	35
38 380	28,6	89 635	66,8	4 892	3,8	1 216	0,9	166	0,1	941	0,7	36
61 642	37,4	89 724	54,4	12 052	7,3	1 420	0,9	223	0,1	1 065	0,6	37
3 935	33,5	6 519	55,5	1 198	10,2	98	0,8	14	0,1	64	0,5	38
65 577	37,1	96 243	54,5	13 250	7,5	1 518	0,9	237	0,1	1 129	0,6	39
50 296	33,8	91 540	61,5	5 371	3,6	1 527	1,0	374	0,3	1 024	0,7	40
3 749	31,0	7 626	63,1	614	5,1	98	0,8	13	0,1	75	0,6	41
54 045	33,6	99 166	61,7	5 985	3,7	1 625	1,0	387	0,2	1 099	0,7	42
51 295	35,3	79 066	54,4	13 705	9,4	1 185	0,8	241	0,1	793	0,5	43
4 981	28,7	10 070	58,0	2 189	12,6	129	0,7	26	0,1	77	0,4	44
56 276	34,6	89 136	54,8	15 894	9,8	1 314	0,8	267	0,2	870	0,5	45
38 967	48,2	32 744	40,5	8 399	10,4	807	1,0	292	0,4	420	0,5	46
4 086	33,4	6 455	52,8	1 568	12,8	110	0,9	43	0,4	52	0,4	47
43 053	46,2	39 199	42,1	9 967	10,7	917	1,0	335	0,4	472	0,5	48
76 433	51,8	56 043	38,0	13 606	9,2	1 515	1,0	533	0,4	824	0,6	49
5 999	40,1	6 744	45,1	2 064	13,8	158	1,1	41	0,3	91	0,6	50
82 432	50,7	62 787	38,6	15 670	9,6	1 673	1,0	574	0,4	915	0,6	51
68 614	49,3	55 143	39,6	14 166	10,2	1 326	1,0	464	0,3	708	0,5	52
5 740	37,3	7 537	48,9	1 995	13,0	131	0,9	44	0,3	57	0,4	53
74 354	48,1	62 880	40,5	16 161	10,4	1 457	0,9	508	0,3	765	0,5	54
77 778	48,7	62 659	39,3	17 622	11,0	1 541	1,0	539	0,3	792	0,5	55
6 606	38,8	8 080	47,4	2 193	12,9	160	0,9	63	0,4	64	0,4	56
84 384	47,8	70 739	40,0	19 815	11,2	1 701	1,0	602	0,3	856	0,5	57
60 805	47,2	53 766	41,8	12 973	10,1	1 193	0,9	382	0,3	643	0,5	58
4 947	36,2	6 848	50,1	1 762	12,9	104	0,8	35	0,3	45	0,3	59
65 752	46,2	60 614	42,6	14 735	10,3	1 297	0,9	417	0,3	688	0,5	60
65 640	36,7	97 694	54,6	14 083	7,9	1 424	0,8	251	0,1	1 017	0,6	61
4 653	32,6	7 939	55,7	1 558	10,9	109	0,8	35	0,2	59	0,4	62
70 293	36,4	105 633	54,7	15 641	8,1	1 533	0,8	286	0,1	1 076	0,6	63

5. Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung 1)	Wähler insgesamt	Stimmen		
	Nr.	Name			ungültig	%	gültig
				Anzahl			Anzahl
							Bay
1	210	Rosenheim	a	152 673	1 320	0,9	151 353
2			b	12 792	43	0,3	12 749
3			c	165 465	1 363	0,8	164 102
4	211	Traunstein	a	130 575	1 112	0,9	129 463
5			b	13 846	40	0,3	13 806
6			c	144 421	1 152	0,8	143 269
7	212	Weilheim	a	126 807	1 116	0,9	125 691
8			b	13 639	44	0,3	13 595
9			c	140 446	1 160	0,8	139 286
10	213	Deggendorf	a	116 925	2 145	1,8	114 780
11			b	10 805	50	0,5	10 755
12			c	127 730	2 195	1,7	125 535
13	214	Landshut	a	117 846	1 407	1,2	116 439
14			b	8 446	34	0,4	8 412
15			c	126 292	1 441	1,1	124 851
16	215	Passau	a	122 631	1 881	1,5	120 750
17			b	11 600	35	0,3	11 565
18			c	134 231	1 916	1,4	132 315
19	216	Straubing	a	116 802	1 865	1,6	114 937
20			b	9 674	40	0,4	9 634
21			c	126 476	1 905	1,5	124 571
22	217	Pfarrkirchen	a	104 610	1 272	1,2	103 338
23			b	12 236	28	0,2	12 208
24			c	116 846	1 300	1,1	115 546
25	218	Amberg – Neumarkt	a	151 276	1 710	1,1	149 566
26			b	11 895	44	0,4	11 851
27			c	163 171	1 754	1,1	161 417
28	219	Burglengenfeld	a	141 366	2 463	1,7	138 903
29			b	12 771	63	0,5	12 708
30			c	154 137	2 526	1,6	151 611
31	220	Regensburg	a	134 077	1 655	1,2	132 422
32			b	10 650	73	0,7	10 577
33			c	144 727	1 728	1,2	142 999
34	221	Tirschenreuth	a	127 145	1 614	1,3	125 531
35			b	13 064	55	0,4	13 009
36			c	140 209	1 669	1,2	138 540
37	222	Bamberg	a	141 074	1 611	1,1	139 463
38			b	10 506	44	0,4	10 462
39			c	151 580	1 655	1,1	149 925
40	223	Bayreuth	a	135 651	1 396	1,0	134 255
41			b	10 654	34	0,3	10 620
42			c	146 305	1 430	1,0	144 875
43	224	Coburg	a	128 580	1 297	1,0	127 283
44			b	9 581	33	0,3	9 548
45			c	138 161	1 330	1,0	136 831
46	225	Kulmbach	a	139 258	1 496	1,1	137 762
47			b	9 046	21	0,2	9 025
48			c	148 304	1 517	1,0	146 787
49	226	Hof	a	129 865	1 503	1,2	128 362
50			b	11 284	64	0,6	11 220
51			c	141 149	1 567	1,1	139 582
52	227	Ansbach	a	139 536	1 494	1,1	138 042
53			b	12 297	34	0,3	12 263
54			c	151 833	1 528	1,0	150 305
55	228	Erlangen	a	159 414	1 381	0,9	158 033
56			b	13 871	66	0,5	13 805
57			c	173 285	1 447	0,8	171 838
58	229	Fürth	a	139 427	1 213	0,9	138 214
59			b	9 932	33	0,3	9 899
60			c	149 359	1 246	0,8	148 113
61	230	Nürnberg - Nord	a	143 866	931	0,6	142 935
62			b	13 086	40	0,3	13 046
63			c	156 952	971	0,6	155 981
64	231	Nürnberg - Süd	a	160 202	956	0,6	159 246
65			b	11 904	27	0,2	11 877
66			c	172 106	983	0,6	171 123

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl — 2) CSU nur in Bayern

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1972

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		NPD		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
ern												
52 958	35,0	87 904	58,1	9 071	6,0	1 420	0,9	323	0,2	924	0,6	1
3 882	30,3	7 652	60,0	1 112	8,7	123	1,0	18	0,1	85	0,7	2
56 820	34,6	95 556	58,2	10 183	6,2	1 543	0,9	341	0,2	1 009	0,6	3
39 505	30,5	82 177	63,5	6 563	5,1	1 218	0,9	197	0,2	918	0,7	4
4 006	29,0	8 451	61,2	1 200	8,7	149	1,1	33	0,2	93	0,7	5
43 511	30,4	90 628	63,3	7 763	5,4	1 367	1,0	230	0,2	1 011	0,7	6
40 668	32,4	77 789	61,9	6 215	4,9	1 019	0,8	207	0,2	715	0,6	7
3 879	28,5	8 531	62,8	1 068	7,9	117	0,9	27	0,2	70	0,5	8
44 547	32,0	86 320	62,0	7 283	5,2	1 136	0,8	234	0,2	785	0,6	9
37 202	32,4	73 970	64,4	2 674	2,3	934	0,8	198	0,2	676	0,6	10
3 109	28,9	7 134	66,3	451	4,2	61	0,6	11	0,1	38	0,4	11
40 311	32,1	81 104	64,6	3 125	2,5	995	0,8	209	0,2	714	0,6	12
38 206	32,8	72 643	62,4	4 316	3,7	1 274	1,1	189	0,2	1 000	0,9	13
2 558	30,4	5 305	63,1	491	5,8	58	0,7	13	0,2	41	0,5	14
40 764	32,7	77 948	62,4	4 807	3,9	1 332	1,1	202	0,2	1 041	0,8	15
36 262	30,0	80 830	66,9	2 664	2,2	994	0,8	128	0,1	813	0,7	16
2 796	24,2	8 272	71,5	408	3,5	89	0,8	12	0,1	66	0,6	17
39 058	29,5	89 102	67,3	3 072	2,3	1 083	0,8	140	0,1	879	0,7	18
35 327	30,7	75 017	65,3	3 528	3,1	1 065	0,9	213	0,2	780	0,7	19
2 681	27,8	6 512	67,6	365	3,8	76	0,8	28	0,3	37	0,4	20
38 008	30,5	81 529	65,4	3 893	3,1	1 141	0,9	241	0,2	817	0,7	21
26 156	25,3	73 588	71,2	2 700	2,6	894	0,9	114	0,1	705	0,7	22
2 938	24,1	8 713	71,4	445	3,6	112	0,9	14	0,1	86	0,7	23
29 094	25,2	82 301	71,2	3 145	2,7	1 006	0,9	128	0,1	791	0,7	24
46 959	31,4	95 428	63,8	5 465	3,7	1 714	1,1	223	0,1	1 431	1,0	25
3 360	28,4	7 773	65,6	625	5,3	93	0,8	13	0,1	72	0,6	26
50 319	31,2	103 201	63,9	6 090	3,8	1 807	1,1	236	0,1	1 503	0,9	27
45 658	32,9	88 773	63,9	3 151	2,3	1 321	1,0	248	0,2	1 005	0,7	28
3 744	29,5	8 346	65,7	539	4,2	79	0,6	18	0,1	55	0,4	29
49 402	32,6	97 119	64,1	3 690	2,4	1 400	0,9	266	0,2	1 060	0,7	30
48 104	36,3	77 598	58,6	5 028	3,8	1 692	1,3	259	0,2	1 313	1,0	31
3 028	28,6	6 834	64,6	614	5,8	101	1,0	19	0,2	76	0,7	32
51 132	35,8	84 432	58,0	5 642	3,9	1 793	1,3	278	0,2	1 389	1,0	33
48 081	38,3	71 890	57,3	4 371	3,5	1 189	0,9	176	0,1	953	0,8	34
4 661	35,8	7 596	58,4	639	4,9	113	0,9	23	0,2	82	0,6	35
52 742	38,1	79 486	57,4	5 010	3,6	1 302	0,9	199	0,1	1 035	0,7	36
45 795	32,8	87 388	62,7	5 093	3,7	1 187	0,9	177	0,1	943	0,7	37
3 008	28,8	6 774	64,7	605	5,8	75	0,7	28	0,3	36	0,3	38
48 803	32,6	94 162	62,8	5 698	3,8	1 262	0,8	205	0,1	979	0,7	39
62 378	46,5	63 255	47,1	7 013	5,2	1 609	1,2	260	0,2	1 287	1,0	40
4 373	41,2	5 243	49,4	902	8,5	102	1,0	21	0,2	72	0,7	41
66 751	46,1	68 498	47,3	7 915	5,5	1 711	1,2	281	0,2	1 359	0,9	42
62 830	49,4	57 158	44,9	6 320	5,0	975	0,8	165	0,1	756	0,6	43
4 195	43,9	4 403	46,1	860	9,0	90	0,9	24	0,3	49	0,5	44
67 025	49,0	61 561	45,0	7 180	5,2	1 065	0,8	189	0,1	805	0,6	45
53 079	38,5	77 512	56,3	5 628	4,1	1 543	1,1	221	0,2	1 274	0,9	46
3 063	33,9	5 229	57,9	647	7,2	86	1,0	12	0,1	63	0,7	47
56 142	38,2	82 741	56,4	6 275	4,3	1 629	1,1	233	0,2	1 337	0,9	48
65 882	51,3	54 529	42,5	6 656	5,2	1 295	1,0	382	0,3	838	0,7	49
5 005	44,6	5 320	47,4	808	7,2	87	0,8	31	0,3	51	0,5	50
70 887	50,8	59 849	42,9	7 464	5,3	1 382	1,0	413	0,3	889	0,6	51
52 651	38,1	72 122	52,2	11 183	8,1	2 086	1,5	272	0,2	1 705	1,2	52
4 315	35,2	6 488	52,9	1 313	10,7	147	1,2	32	0,3	106	0,9	53
56 966	37,9	78 610	52,3	12 496	8,3	2 233	1,5	304	0,2	1 811	1,2	54
73 217	46,3	68 395	43,3	14 563	9,2	1 858	1,2	339	0,2	1 431	0,9	55
5 448	39,5	6 472	46,9	1 751	12,7	134	1,0	34	0,2	83	0,6	56
78 665	45,8	74 867	43,6	16 314	9,5	1 992	1,2	373	0,2	1 514	0,9	57
64 172	46,4	62 061	44,9	9 903	7,2	2 078	1,5	419	0,3	1 572	1,1	58
4 206	42,5	4 659	47,1	921	9,3	113	1,1	25	0,3	78	0,8	59
68 378	46,2	66 720	45,0	10 824	7,3	2 191	1,5	444	0,3	1 650	1,1	60
71 294	49,9	55 708	39,0	13 718	9,6	2 215	1,5	705	0,5	1 357	0,9	61
5 145	39,4	6 161	47,2	1 569	12,0	171	1,3	69	0,5	89	0,7	62
76 439	49,0	61 869	39,7	15 287	9,8	2 386	1,5	774	0,5	1 446	0,9	63
88 123	55,3	56 037	35,2	12 737	8,0	2 349	1,5	657	0,4	1 562	1,0	64
5 611	47,2	4 869	41,0	1 260	10,6	137	1,2	60	0,5	69	0,6	65
93 734	54,8	60 906	35,6	13 997	8,2	2 486	1,5	717	0,4	1 631	1,0	66

5. Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt	Stimmen		
	Nr.	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
Bay							
1	232	Weißenburg	a	140 004	1 671	1,2	138 333
2			b	12 859	43	0,3	12 816
3			c	152 863	1 714	1,1	151 149
4	233	Aschaffenburg	a	143 682	1 792	1,2	141 890
5			b	12 903	79	0,6	12 824
6			c	156 585	1 871	1,2	154 714
7	234	Bad Kissingen	a	133 607	1 455	1,1	132 152
8			b	11 218	37	0,3	11 181
9			c	144 825	1 492	1,0	143 333
10	235	Karlstadt	a	140 542	1 674	1,2	138 868
11			b	13 346	60	0,4	13 286
12			c	153 888	1 734	1,1	152 154
13	236	Schweinfurt	a	131 864	1 345	1,0	130 519
14			b	12 393	52	0,4	12 341
15			c	144 257	1 397	1,0	142 860
16	237	Würzburg	a	135 492	1 179	0,9	134 313
17			b	18 679	44	0,2	18 635
18			c	154 171	1 223	0,8	152 948
19	238	Augsburg	a	150 400	1 205	0,8	149 195
20			b	12 316	42	0,3	12 274
21			c	162 716	1 247	0,8	161 469
22	239	Augsburg - Land	a	131 440	1 307	1,0	130 133
23			b	9 602	55	0,6	9 547
24			c	141 042	1 362	1,0	139 680
25	240	Donauwörth	a	134 194	1 574	1,2	132 620
26			b	11 140	53	0,5	11 087
27			c	145 334	1 627	1,1	143 707
28	241	Neu - Ulm	a	137 875	1 422	1,0	136 453
29			b	10 575	57	0,5	10 518
30			c	148 450	1 479	1,0	146 971
31	242	Kaufbeuren	a	162 321	1 414	0,9	150 907
32			b	11 232	32	0,3	11 200
33			c	163 553	1 446	0,9	162 107
34	243	Kempten	a	159 606	1 399	0,9	158 207
35			b	18 507	57	0,3	18 450
36			c	178 113	1 456	0,8	176 657
37	200	Land insgesamt	a	6 077 415	60 451	1,0	6 016 964
38	—		b	548 801	1 975	0,4	546 826
39	243		c	6 626 216	62 426	0,9	6 563 790
Saar							
40	244	Saarbrücken - Stadt	a	128 058	1 605	1,3	126 453
41			b	11 319	62	0,5	11 257
42			c	139 377	1 667	1,2	137 710
43	245	Saarbrücken - Land	a	136 487	1 997	1,5	134 490
44			b	10 941	117	1,1	10 824
45			c	147 428	2 114	1,4	145 314
46	246	Saarlouis	a	142 559	2 288	1,6	140 271
47			b	9 718	47	0,5	9 671
48			c	152 277	2 335	1,5	149 942
49	247	Ottweiler	a	143 832	2 493	1,7	141 339
50			b	10 077	81	0,8	9 996
51			c	153 909	2 574	1,7	151 335
52	248	St. Ingbert	a	137 118	2 220	1,6	134 898
53			b	10 801	88	0,8	10 713
54			c	147 919	2 308	1,6	145 611
55	244	Land insgesamt	a	688 054	10 603	1,5	677 451
56	—		b	52 856	395	0,7	52 461
57	248		c	740 910	10 998	1,5	729 912
Bundesgebiet							
58	1	Bundesgebiet insgesamt	a	35 039 165	289 297	0,8	34 749 868
59	—		b	2 722 424	12 542	0,5	2 709 882
60	248		c	37 761 589	301 839	0,8	37 439 750

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl. — 2) CSU nur in Bayern

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1972

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
								DKP		NPD		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
ern												
41 704	30,1	88 073	63,7	7 264	5,3	1 292	0,9	247	0,2	977	0,7	1
3 676	28,7	8 055	62,9	980	7,6	105	0,8	25	0,2	69	0,5	2
45 380	30,0	96 128	63,6	8 244	5,5	1 397	0,9	272	0,2	1 046	0,7	3
57 436	40,5	76 096	53,6	7 181	5,1	1 177	0,8	221	0,2	857	0,6	4
4 274	33,3	7 546	58,8	900	7,0	104	0,8	21	0,2	74	0,6	5
61 710	39,9	83 642	54,1	8 081	5,2	1 281	0,8	242	0,2	931	0,6	6
36 625	27,7	87 774	66,4	6 735	5,1	1 018	0,8	175	0,1	764	0,6	7
3 134	28,0	7 171	64,1	779	7,0	97	0,9	14	0,1	72	0,6	8
39 759	27,7	94 945	66,2	7 514	5,2	1 115	0,8	189	0,1	836	0,6	9
43 406	31,3	88 211	63,5	6 128	4,4	1 123	0,8	227	0,2	812	0,6	10
3 634	27,4	8 648	65,1	898	6,8	106	0,8	26	0,2	67	0,5	11
47 040	30,9	96 859	63,7	7 026	4,6	1 229	0,8	253	0,2	879	0,6	12
48 301	37,0	73 723	56,5	6 870	5,3	1 625	1,2	247	0,2	1 268	1,0	13
4 105	33,3	7 238	58,7	895	7,3	103	0,8	26	0,2	69	0,6	14
52 406	36,7	80 961	56,7	7 765	5,4	1 728	1,2	273	0,2	1 337	0,9	15
54 941	40,9	69 512	51,8	8 765	6,5	1 095	0,8	284	0,2	724	0,5	16
5 910	31,7	10 902	58,5	1 663	8,9	160	0,9	53	0,3	82	0,4	17
60 851	39,8	80 414	52,6	10 428	6,8	1 255	0,8	337	0,2	806	0,5	18
71 187	47,7	67 547	45,3	8 745	5,9	1 716	1,2	364	0,2	1 201	0,8	19
4 537	37,0	6 601	53,8	1 023	8,3	113	0,9	33	0,3	67	0,5	20
75 724	46,9	74 148	45,9	9 768	6,0	1 829	1,1	397	0,2	1 268	0,8	21
42 360	32,6	80 333	61,7	6 061	4,7	1 379	1,1	209	0,2	1 084	0,8	22
3 087	32,3	5 752	60,2	607	6,4	101	1,1	12	0,1	75	0,8	23
45 447	32,5	86 085	61,6	6 668	4,8	1 480	1,1	221	0,2	1 159	0,8	24
41 030	30,9	85 226	64,3	5 174	3,9	1 190	0,9	263	0,2	823	0,6	25
3 034	27,4	7 251	65,4	719	6,5	83	0,7	17	0,2	57	0,5	26
44 064	30,7	92 477	64,4	5 893	4,1	1 273	0,9	280	0,2	880	0,6	27
48 482	35,5	79 390	58,2	7 342	5,4	1 239	0,9	183	0,1	971	0,7	28
3 344	31,8	6 197	58,9	895	8,5	82	0,8	16	0,2	57	0,5	29
51 826	35,3	85 587	58,2	8 237	5,6	1 321	0,9	199	0,1	1 028	0,7	30
42 508	28,2	98 937	65,6	7 369	4,9	2 093	1,4	211	0,1	1 754	1,2	31
3 008	26,9	7 207	64,3	879	7,8	106	0,9	19	0,2	74	0,7	32
45 516	28,1	106 144	65,5	8 248	5,1	2 199	1,4	230	0,1	1 828	1,1	33
53 597	33,9	92 756	58,6	10 701	6,8	1 153	0,7	243	0,2	796	0,5	34
5 772	31,3	10 696	58,0	1 818	9,9	164	0,9	55	0,3	80	0,4	35
59 369	33,6	103 452	58,6	12 519	7,1	1 317	0,7	298	0,2	876	0,5	36
2 302 745	38,3	3 299 963	54,8	353 182	5,9	61 074	1,0	12 393	0,2	44 137	0,7	37
180 391	33,0	316 220	57,6	46 372	8,5	4 843	0,9	1 214	0,2	3 003	0,5	38
2 483 136	37,8	3 615 183	56,1	399 554	6,1	65 917	1,0	13 607	0,2	47 140	0,7	39
land												
63 472	50,2	47 259	37,4	13 325	10,5	2 397	1,9	1 082	0,9	1 188	0,9	40
4 752	42,2	4 842	43,0	1 491	13,2	172	1,5	75	0,7	82	0,7	41
68 224	49,5	52 101	37,8	14 816	10,8	2 569	1,9	1 157	0,8	1 270	0,9	42
66 486	49,4	56 434	42,0	9 151	6,8	2 419	1,8	1 076	0,8	1 245	0,9	43
4 565	42,2	5 296	48,9	825	7,6	138	1,3	64	0,6	62	0,6	44
71 051	48,9	61 730	42,5	9 976	6,9	2 557	1,8	1 140	0,6	1 307	0,9	45
63 794	45,5	66 943	47,7	7 679	5,5	1 855	1,3	709	0,5	1 035	0,7	46
3 587	37,1	5 182	53,6	816	8,4	86	0,9	37	0,4	39	0,4	47
67 381	44,9	72 125	48,1	8 495	5,7	1 941	1,3	746	0,5	1 074	0,7	48
66 514	47,1	65 606	46,4	7 189	5,1	2 030	1,4	1 003	0,7	936	0,7	49
3 930	39,3	5 410	54,1	555	5,6	101	1,0	50	0,5	40	0,4	50
70 444	46,5	71 016	46,9	7 744	5,1	2 131	1,4	1 053	0,7	976	0,6	51
67 865	50,3	55 089	40,8	9 891	7,3	2 053	1,5	983	0,7	971	0,7	52
4 836	45,1	4 894	45,7	840	7,8	143	1,3	79	0,7	51	0,5	53
72 701	49,9	59 983	41,2	10 731	7,4	2 196	1,5	1 062	0,7	1 022	0,7	54
328 131	48,4	291 331	43,0	47 235	7,0	10 754	1,6	4 853	0,7	5 375	0,8	55
21 870	41,3	25 624	48,8	4 527	8,6	640	1,2	305	0,6	274	0,5	56
349 801	47,9	316 955	43,4	51 762	7,1	11 394	1,6	5 158	0,7	5 648	0,8	57
ohne Berlin												
16 101 317	46,3	15 496 261	44,6	2 829 266	8,1	323 024	0,9	102 936	0,3	195 566	0,6	58
1 073 852	39,6	1 309 759	48,3	300 716	11,1	26 555	0,9	10 955	0,4	11 899	0,4	59
17 175 169	46,8	16 806 020	44,9	3 129 982	8,4	348 579	0,9	113 891	0,3	207 465	0,6	60

6. Stimmabgabe in den Ländern 1972 nach Gemeindegrößenklassen

Gemeinden mit ... bis unter Einwohnern	Wahl- berechtigte	Wähler 1)	Ungültige Zweit- stimmen 1)	Gültige Zweitstimmen 1)													
				ins- gesamt	davon für												
					SPD	CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter					
												DKP		NPD			
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Schleswig - Holstein																	
unter 1 000	275 717	235 053	1 866	0,8	233 187	94 397	40,5	121 929	52,3	14 745	6,3	2 116	0,9	309	0,1	1 670	0,7
1 000 — 3 000	202 732	170 640	1 280	0,8	169 360	78 537	46,4	76 935	45,4	12 512	7,4	1 376	0,8	236	0,1	1 030	0,6
3 000 — 20 000	565 157	474 603	2 964	0,6	471 639	226 467	48,0	201 099	42,6	40 535	8,6	3 538	0,8	837	0,2	2 407	0,5
20 000 — 50 000	242 079	202 694	1 203	0,6	201 491	101 371	50,3	79 345	39,4	19 172	9,5	1 603	0,8	526	0,3	963	0,5
50 000 — 100 000	175 249	146 551	880	0,6	145 671	78 013	53,6	53 291	36,6	13 533	9,3	834	0,6	317	0,2	444	0,3
200 000 und mehr	378 243	317 801	2 057	0,6	315 744	174 787	55,4	111 734	35,4	26 730	8,5	2 493	0,8	843	0,3	1 477	0,5
Insgesamt	1 839 177	1 547 342	10 250	0,7	1 537 092	753 572	49,0	644 333	41,9	127 227	8,3	11 960	0,8	3 068	0,2	7 991	0,5
Hamburg																	
200 000 und mehr	1 348 617	1 154 058	5 421	0,5	1 148 637	633 137	55,1	377 561	32,9	125 949	11,0	11 990	1,0	6 470	0,6	4 263	0,4
Niedersachsen																	
unter 1 000	598 149	523 671	4 150	0,8	519 521	221 349	42,6	259 638	50,0	34 169	6,6	4 365	0,8	686	0,1	3 439	0,7
1 000 — 3 000	740 043	636 253	4 931	0,8	631 322	293 062	46,4	290 526	46,0	43 320	6,9	4 414	0,7	806	0,1	3 365	0,5
3 000 — 20 000	1 650 464	1 403 100	10 425	0,7	1 392 675	646 345	46,4	625 570	44,9	110 649	7,9	10 111	0,7	2 272	0,2	7 202	0,5
20 000 — 50 000	722 126	608 641	3 903	0,6	604 738	307 369	50,8	241 085	39,9	52 062	8,6	4 222	0,7	1 157	0,2	2 811	0,5
50 000 — 100 000	326 522	271 522	1 696	0,6	269 826	141 550	52,5	103 561	38,4	22 573	8,4	2 142	0,8	714	0,3	1 259	0,5
100 000 — 200 000	539 143	451 505	2 853	0,6	448 652	233 174	52,0	169 507	37,8	42 835	9,5	3 136	0,7	995	0,2	1 948	0,4
200 000 und mehr	550 068	456 042	2 698	0,6	453 344	246 808	54,4	156 359	34,5	47 055	10,4	3 122	0,7	1 342	0,3	1 560	0,3
Insgesamt	5 126 515	4 350 734	30 656	0,7	4 320 078	2 089 657	48,4	1 846 246	42,7	352 663	8,2	31 512	0,7	7 972	0,2	21 584	0,5
Bremen																	
100 000 — 200 000	105 531	86 794	546	0,6	86 248	51 584	59,8	25 751	29,9	8 014	9,3	899	1,0	427	0,5	432	0,5
200 000 und mehr	435 397	369 579	2 716	0,7	366 863	214 779	58,5	106 610	29,1	40 898	11,1	4 576	1,2	2 599	0,7	1 731	0,5
Insgesamt	540 928	456 373	3 262	0,7	453 111	266 363	58,8	132 361	29,2	48 912	10,8	5 475	1,2	3 026	0,7	2 163	0,5
Nordrhein - Westfalen																	
unter 1 000	107 067	93 518	731	0,8	92 787	32 395	34,9	55 159	59,4	4 662	5,0	571	0,6	156	0,2	366	0,4
1 000 — 3 000	308 946	270 384	2 127	0,8	268 257	107 913	40,2	142 958	53,3	15 804	5,9	1 582	0,6	447	0,2	978	0,4
3 000 — 20 000	2 279 628	1 964 965	14 819	0,8	1 950 146	828 509	42,5	977 230	50,1	132 532	6,8	11 875	0,6	3 843	0,2	6 823	0,3
20 000 — 50 000	2 449 515	2 103 920	14 407	0,7	2 089 513	1 035 269	49,5	882 480	42,2	157 300	7,5	14 464	0,7	5 398	0,3	7 590	0,4
50 000 — 100 000	1 677 368	1 430 271	8 718	0,6	1 421 553	777 174	54,7	526 812	37,1	106 107	7,5	11 460	0,8	5 130	0,4	5 353	0,4
100 000 — 200 000	1 196 674	1 016 493	6 567	0,6	1 009 926	546 866	54,1	372 335	36,9	81 484	8,1	9 241	0,9	4 922	0,5	3 548	0,4
200 000 und mehr	3 973 608	3 340 163	20 250	0,6	3 319 913	1 858 641	56,0	1 154 546	34,8	279 501	8,4	27 225	0,8	14 223	0,4	10 534	0,3
Insgesamt	11 992 806	10 219 714	67 619	0,7	10 152 095	5 186 767	51,1	4 111 520	40,5	777 390	7,7	76 418	0,8	34 119	0,3	35 192	0,3
Hessen																	
unter 1 000	78 696	68 249	619	0,9	67 630	33 917	50,2	27 493	40,7	5 439	8,0	781	1,2	196	0,3	544	0,8
1 000 — 3 000	297 987	261 492	2 261	0,9	259 231	128 101	49,4	108 196	41,7	20 498	7,9	2 436	0,9	671	0,3	1 572	0,6
3 000 — 20 000	1 853 935	1 616 883	11 375	0,7	1 605 508	789 184	49,2	657 369	40,9	142 908	8,9	16 047	1,0	5 590	0,3	9 024	0,6
20 000 — 50 000	408 737	350 157	1 992	0,6	348 165	161 714	46,4	144 218	41,4	38 469	11,0	3 764	1,1	1 477	0,4	1 965	0,6
50 000 — 100 000	205 807	175 693	1 115	0,6	174 578	79 212	45,4	75 344	43,2	18 030	10,3	1 992	1,1	723	0,4	1 081	0,5
100 000 — 200 000	184 802	155 937	1 085	0,7	154 852	78 000	50,4	55 885	36,1	19 373	12,5	1 594	1,0	640	0,4	770	0,5
200 000 und mehr	811 140	668 604	4 257	0,6	664 347	328 909	49,5	246 211	37,1	81 963	12,3	7 264	1,1	2 802	0,4	3 829	0,6
Insgesamt	3 841 104	3 297 015	22 704	0,7	3 274 311	1 599 037	48,8	1 314 716	40,2	326 680	10,0	33 878	1,0	12 099	0,4	18 785	0,6
Rheinland - Pfalz																	
unter 1 000	527 498	459 495	6 289	1,4	453 206	180 044	39,7	232 188	51,2	35 673	7,9	5 301	1,2	1 181	0,3	4 120	0,9
1 000 — 3 000	522 814	451 988	6 016	1,3	445 972	191 583	43,0	218 425	49,0	31 207	7,0	4 757	1,1	1 027	0,2	3 730	0,8
3 000 — 20 000	663 113	562 463	6 183	1,1	556 280	252 206	45,3	254 296	45,7	44 343	8,0	5 435	1,0	1 567	0,3	3 868	0,7
20 000 — 50 000	246 956	206 994	2 005	1,0	204 989	99 925	48,7	85 557	41,7	17 192	8,4	2 315	1,1	781	0,4	1 534	0,7
50 000 — 100 000	184 078	154 715	1 402	0,9	153 313	78 915	51,5	59 605	38,9	12 560	8,2	2 233	1,5	749	0,5	1 484	1,0
100 000 — 200 000	479 231	398 611	3 310	0,8	395 301	197 430	49,9	156 992	39,7	36 351	9,2	4 528	1,1	1 831	0,5	2 697	0,7
Insgesamt	2 623 690	2 234 266	25 205	1,1	2 209 061	1 000 103	45,3	1 007 063	45,6	177 326	8,0	24 569	1,1	7 136	0,3	17 433	0,8

1) Ohne Stimmen der Briefwähler. — 2) CSU nur in Bayern

6. Stimmabgabe in den Ländern 1972 nach Gemeindegrößenklassen

Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Wahl- berechtigte	Wähler 1)	Ungültige Zweit- stimmen 1)	Gültige Zweitstimmen 1)													
				ins- gesamt	davon für												
					SPD	CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter					
												DKP		NPD			
Anzahl				%		Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%	
Baden - Württemberg																	
unter 1 000	349 130	296 159	4 033	1,4	292 126	72 840	24,9	195 180	66,8	20 596	7,1	3 510	1,2	538	0,2	2 718	0,8
1 000 - 3 000	828 194	704 819	9 586	1,4	695 233	226 125	32,5	406 198	58,4	54 933	7,9	7 977	1,1	1 338	0,2	5 914	0,9
3 000 - 20 000	2 296 340	1 950 786	22 345	1,1	1 928 441	744 201	38,6	980 880	50,9	182 239	9,5	21 121	1,1	3 917	0,2	15 347	0,8
20 000 - 50 000	840 580	706 843	7 102	1,0	699 741	288 515	41,2	332 375	47,5	70 824	10,1	8 027	1,1	1 670	0,2	5 662	0,8
50 000 - 100 000	567 543	474 068	3 663	0,8	470 405	202 480	43,0	209 489	44,5	53 575	11,4	4 861	1,0	1 175	0,2	3 114	0,7
100 000 - 200 000	263 324	213 747	1 817	0,9	211 930	94 012	44,4	86 072	40,6	29 567	14,0	2 279	1,1	601	0,3	1 474	0,7
200 000 und mehr	815 603	667 772	4 580	0,7	663 192	313 632	47,3	260 973	39,4	80 968	12,2	7 619	1,1	2 561	0,4	4 414	0,7
Insgesamt	5 960 714	5 014 194	53 126	1,1	4 961 068	1 941 805	39,1	2 471 167	49,8	492 702	9,9	55 394	1,1	11 800	0,2	38 643	0,8
Bayern																	
unter 1 000	794 964	685 484	8 651	1,3	676 833	161 365	23,8	484 061	71,5	24 643	3,6	6 764	1,0	954	0,1	5 462	0,8
1 000 - 3 000	1 430 510	1 205 045	15 601	1,3	1 189 444	371 978	31,3	758 303	63,8	48 192	4,1	10 971	0,9	1 704	0,1	8 540	0,7
3 000 - 20 000	2 557 633	2 097 644	21 567	1,0	2 076 077	796 596	38,4	1 143 360	55,1	116 300	5,6	19 821	1,0	3 564	0,2	14 781	0,7
20 000 - 50 000	523 256	424 281	3 645	0,9	420 636	174 020	41,4	217 464	51,7	24 675	5,9	4 477	1,1	794	0,2	3 355	0,8
50 000 - 100 000	437 188	353 670	2 951	0,8	350 719	157 695	45,0	164 401	46,9	24 706	7,0	3 917	1,1	838	0,2	2 802	0,8
100 000 - 200 000	248 360	197 239	1 460	0,7	195 779	87 890	44,9	92 727	47,4	12 700	6,5	2 462	1,3	603	0,3	1 690	0,9
200 000 und mehr	1 383 235	1 114 052	6 576	0,6	1 107 476	553 201	50,0	439 647	39,7	101 966	9,2	12 662	1,1	3 936	0,4	7 507	0,7
Insgesamt	7 375 146	6 077 415	60 451	1,0	6 016 964	2 302 745	38,3	3 299 963	54,8	353 182	5,9	61 074	1,0	12 393	0,2	44 137	0,7
Saarland																	
unter 1 000	54 146	48 548	948	2,0	47 600	20 249	42,5	24 305	51,1	2 398	5,0	648	1,4	225	0,5	390	0,8
1 000 - 3 000	145 403	129 193	2 330	1,8	126 863	58 116	45,8	59 792	47,2	7 217	5,7	1 738	1,4	777	0,6	872	0,7
3 000 - 20 000	324 341	281 771	4 344	1,5	277 427	133 896	48,3	120 487	43,4	18 814	6,8	4 230	1,5	1 898	0,7	2 138	0,8
20 000 - 50 000	181 983	153 396	2 101	1,4	151 295	78 436	51,8	59 232	39,2	10 857	7,2	2 770	1,8	1 394	0,9	1 259	0,8
100 000 - 200 000	91 732	75 146	880	1,2	74 266	37 434	50,4	27 515	37,0	7 949	10,7	1 368	1,8	559	0,8	716	1,0
Insgesamt	797 605	688 054	10 603	1,5	677 451	328 131	48,4	291 331	43,0	47 235	7,0	10 754	1,6	4 853	0,7	5 375	0,8
Bundesgebiet ohne Berlin (West)																	
unter 1 000	2 785 367	2 410 177	27 287	1,1	2 382 890	816 556	34,3	1 399 953	58,8	142 325	6,0	24 056	1,0	4 245	0,2	18 709	0,8
1 000 - 3 000	4 476 629	3 829 814	44 132	1,2	3 785 682	1 455 415	38,4	2 061 333	54,5	233 683	6,2	35 251	0,9	7 006	0,2	26 001	0,7
3 000 - 20 000	12 190 611	10 352 215	94 022	0,9	10 258 193	4 417 404	43,1	4 960 291	48,4	788 320	7,7	92 178	0,9	23 488	0,2	61 590	0,6
20 000 - 50 000	5 615 232	4 756 926	36 358	0,8	4 720 568	2 246 619	47,6	2 041 756	43,3	390 551	8,3	41 642	0,9	13 197	0,3	25 139	0,5
50 000 - 100 000	3 573 755	3 006 490	20 425	0,7	2 986 065	1 515 039	50,7	1 192 503	39,9	251 084	8,4	27 439	0,9	9 646	0,3	15 537	0,5
100 000 - 200 000	3 487 040	2 595 472	18 518	0,7	2 576 954	1 326 390	51,5	986 784	38,3	238 273	9,2	25 507	1,0	10 578	0,4	13 275	0,5
200 000 und mehr	9 317 668	8 088 071	48 555	0,6	8 039 516	4 323 894	53,8	2 853 641	35,5	785 030	9,8	76 951	1,0	34 776	0,4	35 315	0,4
Insgesamt	41 446 302	35 039 165	289 297	0,8	34 749 868	16 101 317	46,3	15 496 261	44,6	2 829 266	8,1	323 024	0,9	102 936	0,3	195 566	0,6

1) Ohne Stimmen der Briefwähler — 2) CSU nur in Bayern.

7. Stimmabgabe in den Ländern 1972 nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen in den Gemeinden

Anteil der Evangelischen von... bis unter... %	Wahl- berechtigte	Wähler 1)	Ungültige Zweit- stimmen	Gültige Zweitstimmen 1)													
				ins- gesamt	davon für												
					SPD	CDU, CSU 2)	F.D.P.	Sonstige	darunter								
									DKP		NPD						
Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%			
Schleswig - Holstein																	
70 – 80	380 231	323 589	1 857	0,6	321 732	166 953	51,9	118 558	36,8	33 968	10,6	2 253	0,7	892	0,3	1 120	0,3
80 – 90	916 328	765 104	4 886	0,6	760 218	384 563	50,6	307 071	40,4	62 823	8,3	5 761	0,8	1 600	0,2	3 765	0,5
90 und mehr	542 618	458 649	3 507	0,8	455 142	202 056	44,4	218 704	48,1	30 436	6,7	3 946	0,9	576	0,1	3 106	0,7
Insgesamt	1 839 177	1 547 342	10 250	0,7	1 537 092	753 572	49,0	644 333	41,9	127 227	8,3	11 960	0,8	3 068	0,2	7 991	0,5
Hamburg																	
70 – 80	1 348 617	1 154 058	5 421	0,5	1 148 637	633 137	55,1	377 561	32,9	125 949	11,0	11 990	1,0	6 470	0,6	4 263	0,4
Niedersachsen																	
unter 10	122 174	108 923	930	0,9	107 993	15 275	14,1	90 411	83,7	1 916	1,8	391	0,4	78	0,1	286	0,3
10 – 20	164 125	143 755	1 221	0,8	142 534	36 415	25,5	100 477	70,5	4 988	3,5	654	0,5	147	0,1	454	0,3
20 – 30	70 338	61 177	439	0,7	60 738	22 207	36,6	35 367	58,2	2 918	4,8	246	0,4	52	0,1	173	0,3
30 – 40	44 683	37 957	284	0,7	37 673	15 155	40,2	20 475	54,3	1 869	5,0	174	0,5	47	0,1	115	0,3
40 – 50	14 761	12 905	104	0,8	12 801	5 385	42,1	6 588	51,5	776	6,1	52	0,4	13	0,1	36	0,3
50 – 60	147 042	124 462	753	0,6	123 709	61 290	49,5	51 067	41,3	10 611	8,6	741	0,6	180	0,1	501	0,4
60 – 70	595 611	503 816	3 032	0,6	500 784	264 417	52,8	190 327	38,0	42 669	8,5	3 371	0,7	1 202	0,2	1 971	0,4
70 – 80	1 394 473	1 173 789	7 596	0,6	1 166 193	612 221	52,5	432 821	37,1	113 200	9,7	7 951	0,7	2 744	0,2	4 706	0,4
80 – 90	1 560 042	1 322 244	9 527	0,7	1 312 717	663 591	50,6	529 560	40,3	109 270	8,3	10 296	0,8	2 271	0,2	7 312	0,6
90 und mehr	1 013 266	861 706	6 770	0,8	854 936	393 701	46,1	389 153	45,5	64 446	7,5	7 636	0,9	1 238	0,1	6 030	0,7
Insgesamt	5 126 515	4 350 734	30 656	0,7	4 320 078	2 089 657	48,4	1 846 246	42,7	362 663	8,2	31 512	0,7	7 972	0,2	21 584	0,5
Bremen																	
80 – 90	540 928	456 373	3 262	0,7	453 111	266 363	58,8	132 361	29,2	48 912	10,8	5 475	1,2	3 026	0,7	2 163	0,5
Nordrhein - Westfalen																	
unter 10	384 145	339 103	2 872	0,8	336 231	90 067	26,8	233 783	69,5	10 962	3,3	1 419	0,4	450	0,1	792	0,2
10 – 20	1 557 323	1 332 746	9 849	0,7	1 322 897	519 265	39,3	725 729	54,9	70 844	5,4	7 059	0,5	2 441	0,2	3 818	0,3
20 – 30	2 083 998	1 757 662	12 024	0,7	1 745 638	819 032	46,9	770 056	44,1	144 702	8,3	11 848	0,7	4 774	0,3	5 790	0,3
30 – 40	1 588 281	1 327 109	8 282	0,6	1 318 827	640 583	48,6	544 250	41,3	123 666	9,4	10 328	0,8	4 921	0,4	4 461	0,3
40 – 50	1 914 738	1 637 071	9 470	0,6	1 627 601	970 676	59,6	534 574	32,8	109 974	6,8	12 377	0,8	6 777	0,4	4 702	0,3
50 – 60	2 127 607	1 821 977	11 036	0,6	1 810 941	1 081 625	59,7	579 047	32,0	134 009	7,4	16 260	0,9	8 340	0,5	6 511	0,4
60 – 70	1 067 474	914 349	5 434	0,6	908 915	495 664	54,5	322 595	35,5	82 427	9,1	8 229	0,9	3 630	0,4	3 795	0,4
70 – 80	498 999	425 754	2 891	0,7	422 863	224 850	53,2	153 686	36,3	40 726	9,6	3 601	0,9	1 344	0,3	1 962	0,5
80 – 90	619 240	533 899	4 573	0,9	529 326	277 895	52,5	197 183	37,3	49 971	9,4	4 277	0,8	1 156	0,2	2 704	0,5
90 und mehr	151 001	130 044	1 188	0,9	128 856	67 110	52,1	50 617	39,3	10 109	7,8	1 020	0,8	286	0,2	657	0,5
Insgesamt	11 992 806	10 219 714	67 619	0,7	10 152 095	5 186 767	51,1	4 111 520	40,5	777 390	7,7	76 418	0,8	34 119	0,3	35 192	0,3
Hessen																	
unter 10	75 881	67 982	646	1,0	67 336	15 903	23,6	49 188	73,0	1 853	2,8	392	0,6	116	0,2	236	0,4
10 – 20	129 243	113 907	1 014	0,9	112 893	42 048	37,2	64 715	57,3	5 364	4,8	766	0,7	228	0,2	456	0,4
20 – 30	216 863	188 327	1 374	0,7	186 953	77 881	41,7	93 870	50,2	13 639	7,3	1 563	0,8	486	0,3	903	0,5
30 – 40	110 109	96 302	583	0,6	95 719	39 990	41,8	45 973	48,0	8 821	9,2	935	1,0	249	0,3	602	0,6
40 – 50	230 351	197 117	1 353	0,7	195 764	91 915	47,0	81 437	41,6	20 542	10,5	1 870	1,0	684	0,3	1 034	0,5
50 – 60	1 020 933	857 442	5 041	0,6	852 401	409 813	48,1	326 603	38,3	106 145	12,5	9 840	1,2	3 668	0,4	5 309	0,6
60 – 70	545 384	471 948	2 795	0,6	469 153	228 114	48,6	181 868	38,8	53 944	11,5	5 227	1,1	1 838	0,4	2 850	0,6
70 – 80	706 936	605 864	4 499	0,7	601 365	318 196	52,9	217 666	36,2	58 979	9,8	6 524	1,1	2 758	0,5	3 217	0,5
80 – 90	677 485	587 351	4 424	0,8	582 927	316 379	54,3	212 607	36,5	48 346	8,3	5 595	1,0	1 771	0,3	3 375	0,6
90 und mehr	127 919	110 775	975	0,9	109 800	58 798	53,6	40 789	37,1	9 047	8,2	1 166	1,1	301	0,3	803	0,7
Insgesamt	3 841 104	3 297 015	22 704	0,7	3 274 311	1 599 037	48,8	1 314 716	40,2	326 680	10,0	33 878	1,0	12 099	0,4	18 785	0,6
Rheinland - Pfalz																	
unter 10	464 425	404 599	5 923	1,5	398 676	114 497	28,7	264 967	66,5	16 348	4,1	2 864	0,7	855	0,2	2 009	0,5
10 – 20	382 621	323 093	3 477	1,1	319 616	127 256	39,8	171 084	53,5	19 110	6,0	2 166	0,7	771	0,2	1 395	0,4
20 – 30	220 464	184 348	1 561	0,8	182 787	76 852	42,0	91 056	49,8	13 518	7,4	1 361	0,7	501	0,3	860	0,5
30 – 40	221 360	189 709	1 617	0,9	188 092	85 420	45,4	81 498	43,3	19 311	10,3	1 863	1,0	735	0,4	1 128	0,6
40 – 50	118 475	100 916	1 132	1,1	99 784	49 953	50,1	40 377	40,5	8 420	8,4	1 034	1,0	406	0,4	628	0,6
50 – 60	436 655	367 742	3 614	1,0	364 128	186 544	51,2	140 281	38,5	32 779	9,0	4 524	1,2	1 609	0,4	2 915	0,8
60 – 70	358 097	302 368	3 387	1,1	298 981	155 735	52,1	110 880	37,1	27 379	9,2	4 987	1,7	1 131	0,4	3 856	1,3
70 – 80	177 638	152 125	1 785	1,2	150 340	82 172	54,7	50 026	33,3	15 799	10,5	2 343	1,6	492	0,3	1 851	1,2
80 – 90	134 062	114 917	1 525	1,3	113 392	66 333	58,5	32 380	28,6	12 825	11,3	1 854	1,6	312	0,3	1 542	1,4
90 und mehr	108 893	94 449	1 184	1,3	93 265	55 341	59,3	24 514	26,3	11 837	12,7	1 573	1,7	324	0,3	1 249	1,3
Insgesamt	2 623 690	2 234 266	25 205	1,1	2 209 061	1 000 103	45,3	1 007 063	45,6	177 326	8,0	24 569	1,1	7 136	0,3	17 433	0,8

1) Ohne Stimmen der Briefwähler — 2) CSU nur in Bayern.

7. Stimmabgabe in den Ländern 1972 nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen in den Gemeinden

Anteil der Evangelischen von ... bis unter ... %	Wahl- berechtigte	Wähler 1)	Ungültige Zweit- stimmen	Gültige Zweitstimmen 1)													
				ins- gesamt	davon für												
					SPD	CDU, CSU 2)	F D.P.	Sonstige	darunter								
									DKP		NPD						
Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%			
Baden - Württemberg																	
unter 10	417 734	362 580	5 763	1,6	356 817	72 555	20,3	268 373	75,2	12 804	3,6	3 085	0,9	572	0,2	2 266	0,6
10 - 20	630 509	536 774	7 556	1,4	529 218	157 897	29,8	335 951	63,5	30 660	5,8	4 710	0,9	982	0,2	3 223	0,6
20 - 30	663 573	556 559	6 100	1,1	550 459	204 378	37,1	295 416	53,7	45 150	8,2	5 515	1,0	1 173	0,2	3 674	0,7
30 - 40	419 497	346 310	3 500	1,0	342 810	139 193	40,6	162 572	47,4	37 683	11,0	3 362	1,0	787	0,2	2 142	0,6
40 - 50	715 402	580 260	5 358	0,9	584 902	270 992	46,3	251 322	43,0	55 739	9,5	6 849	1,2	1 945	0,3	4 463	0,8
50 - 60	1 317 783	1 108 362	8 831	0,8	1 099 531	487 806	44,4	461 151	41,9	137 981	12,5	12 593	1,1	3 052	0,3	8 428	0,8
60 - 70	1 026 197	871 142	8 209	0,9	862 933	363 793	42,2	386 251	44,8	102 907	11,9	9 982	1,2	1 880	0,2	7 235	0,8
70 - 80	489 990	411 693	4 631	1,1	407 062	163 839	40,2	192 663	47,3	44 983	11,1	5 577	1,4	911	0,2	4 244	1,0
80 - 90	225 392	185 961	2 555	1,4	183 406	68 035	37,1	92 551	50,5	19 934	10,9	2 886	1,6	408	0,2	2 272	1,2
90 und mehr	54 637	44 553	623	1,4	43 930	13 317	30,3	24 917	56,7	4 861	11,1	835	1,9	90	0,2	696	1,6
Insgesamt	5 960 714	5 014 194	53 126	1,1	4 961 068	1 941 805	39,1	2 471 167	49,8	492 702	9,9	55 394	1,1	11 800	0,2	38 643	0,8
Bayern																	
unter 10	2 002 745	1 689 775	22 986	1,4	1 666 789	433 413	26,0	1 173 722	70,4	45 719	2,7	13 935	0,8	2 334	0,1	10 702	0,6
10 - 20	1 761 498	1 441 203	14 300	1,0	1 426 903	542 343	38,0	797 962	55,9	72 319	5,1	14 279	1,0	2 633	0,2	10 464	0,7
20 - 30	1 728 577	1 390 731	9 156	0,7	1 381 575	613 338	44,4	637 454	46,1	117 587	8,5	13 196	1,0	3 442	0,2	8 346	0,6
30 - 40	237 676	192 745	1 455	0,8	191 290	77 886	40,7	94 509	49,4	16 907	8,8	1 988	1,0	374	0,2	1 473	0,8
40 - 50	73 913	62 003	660	1,1	61 343	27 072	44,1	29 812	48,6	3 751	6,1	708	1,2	142	0,2	521	0,8
50 - 60	647 374	536 258	3 721	0,7	532 537	271 220	50,9	207 446	39,0	46 395	8,7	7 476	1,4	2 021	0,4	5 006	0,9
60 - 70	287 832	237 070	2 298	1,0	234 772	108 345	46,1	107 288	45,7	16 146	6,9	2 993	1,3	530	0,2	2 311	1,0
70 - 80	304 468	251 475	2 552	1,0	248 923	119 665	48,1	109 657	44,1	16 652	6,7	2 949	1,2	486	0,2	2 315	0,9
80 - 90	232 004	193 357	2 294	1,2	191 063	82 366	43,1	94 516	49,5	11 838	6,2	2 343	1,2	300	0,2	1 956	1,0
90 und mehr	99 059	82 798	1 029	1,2	81 769	27 097	33,1	47 597	58,2	5 868	7,2	1 207	1,5	131	0,2	1 043	1,3
Insgesamt	7 375 146	6 077 415	60 451	1,0	6 016 964	2 302 745	38,3	3 299 963	54,8	353 182	5,9	61 074	1,0	12 393	0,2	44 137	0,7
Saarland																	
unter 10	278 727	246 220	4 401	1,8	241 819	105 353	43,6	121 571	50,3	11 693	4,8	3 202	1,3	1 358	0,6	1 672	0,7
10 - 20	106 113	91 989	1 448	1,6	90 541	40 426	44,6	43 227	47,7	5 678	6,3	1 210	1,3	460	0,5	672	0,7
20 - 30	104 440	88 660	1 252	1,4	87 408	43 179	49,4	36 402	41,6	6 304	7,2	1 523	1,7	664	0,8	797	0,9
30 - 40	39 718	34 050	514	1,5	33 536	17 483	52,1	13 083	39,0	2 305	6,9	665	2,0	347	1,0	296	0,9
40 - 50	204 823	171 487	2 260	1,3	169 227	89 111	52,7	61 344	36,2	15 575	9,2	3 197	1,9	1 566	0,9	1 468	0,9
50 - 60	23 822	20 473	255	1,2	20 218	10 953	54,2	6 740	33,3	2 236	11,1	289	1,4	109	0,5	171	0,8
60 - 70	17 897	15 686	222	1,4	15 464	9 305	60,2	4 382	28,3	1 412	9,1	365	2,4	203	1,3	156	1,0
70 - 80	9 948	8 766	121	1,4	8 645	5 244	60,7	2 180	25,2	1 082	12,5	139	1,6	71	0,8	58	0,7
80 - 90	8 787	7 730	96	1,2	7 634	4 950	64,8	1 840	24,1	736	9,6	108	1,4	41	0,5	64	0,8
90 und mehr	3 330	2 993	34	1,1	2 959	2 127	71,9	562	19,0	214	7,2	56	1,9	34	1,1	21	0,7
Insgesamt	797 605	688 054	10 603	1,5	677 451	328 131	48,4	291 331	43,0	47 235	7,0	10 754	1,6	4 853	0,7	5 375	0,8
Bundesgebiet ohne Berlin (West)																	
unter 10	3 745 831	3 219 182	43 521	1,4	3 175 661	847 063	26,7	2 202 015	69,3	101 295	3,2	25 288	0,8	5 763	0,2	17 963	0,6
10 - 20	4 731 432	3 983 467	38 865	1,0	3 944 602	1 465 650	37,2	2 239 145	56,8	208 963	5,3	30 844	0,8	7 662	0,2	20 482	0,5
20 - 30	5 088 253	4 227 464	31 906	0,8	4 195 558	1 856 867	44,3	1 959 621	46,7	343 818	8,2	35 252	0,8	11 092	0,3	20 543	0,5
30 - 40	2 661 324	2 224 182	16 235	0,7	2 207 947	1 015 710	46,0	962 360	43,6	210 562	9,5	19 315	0,9	7 480	0,3	10 217	0,5
40 - 50	3 272 463	2 771 759	20 337	0,7	2 751 422	1 505 104	54,7	1 005 454	36,5	214 777	7,8	26 087	0,9	11 533	0,4	12 852	0,5
50 - 60	5 721 216	4 836 716	33 251	0,7	4 803 465	2 509 251	52,2	1 772 335	36,9	470 156	9,8	51 723	1,1	18 979	0,4	28 841	0,6
60 - 70	3 898 492	3 316 379	25 377	0,8	3 291 002	1 625 373	49,4	1 303 591	39,6	326 884	9,9	35 154	1,1	10 414	0,3	22 174	0,7
70 - 80	5 311 300	4 507 113	31 353	0,7	4 475 760	2 326 277	52,0	1 654 818	37,0	451 338	10,1	43 327	1,0	16 168	0,4	23 736	0,5
80 - 90	4 914 268	4 166 936	33 142	0,8	4 133 794	2 130 475	51,5	1 600 069	38,7	364 655	8,8	38 595	0,9	10 885	0,3	25 153	0,6
90 und mehr	2 101 723	1 785 967	15 310	0,9	1 770 657	819 547	46,3	796 853	45,0	136 818	7,7	17 439	1,0	2 980	0,2	13 605	0,8
Insgesamt	41 446 302	35 039 165	289 297	0,8	34 749 868	16 101 317	46,3	15 486 261	44,6	2 829 266	8,1	323 024	0,9	102 936	0,3	195 586	0,6

1) Ohne Stimmen der Briefwähler. — 2) CSU nur in Bayern.

8. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen 1871 bis 1912 *)

Wahlberechtigte Stimmen Parteien	Ergebnisse der Reichstagswahlen												
	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.	IX.	X.	XI.	XII.	XIII.
	Legislaturperiode												
	1871	1874 1)	1874 2)	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907

Bevölkerung, Wahlberechtigte und Stimmen in 1 000

Bevölkerung nach der letzten Volkszählung	39 460,4	39 460,4	41 010,2	42 727,4	42 727,4	45 234,1	45 234,1	46 855,7	46 855,7	49 428,5	52 279,9	56 367,2	60 641,3	64 926,0
Wahlberechtigte	7 656,3	8 204,0	8 523,4	8 943,0	9 124,3	9 090,4	9 383,1	9 769,8	10 145,0	10 628,3	11 441,1	12 531,2	13 352,9	14 442,4
Wähler	3 907,1	4 975,7	5 219,9	5 422,6	5 780,9	5 118,4	5 681,7	7 570,7	7 261,6	7 702,3	7 786,7	9 533,8	11 293,5	12 260,7
Wahlbeteiligung in %	51,0	60,6	61,2	60,6	63,4	56,3	60,6	77,5	71,6	72,5	68,1	76,1	84,6	84,9
Ungültige Stimmen	19,0	27,3	29,6	21,6	20,0	20,8	18,7	29,8	33,1	28,3	34,0	38,2	30,7	53,1
in %	0,5	0,5	0,6	0,4	0,3	0,4	0,3	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3	0,4
Gültige Stimmen	3 888,1	4 948,4	5 190,3	5 401,0	5 760,9	5 097,8	5 663,0	7 540,9	7 228,5	7 674,0	7 752,7	9 495,6	11 262,8	12 207,6
Von den gültigen Stimmen entfielen auf														
(Deutsch-) Konservativ	548,9	360,0	360,0	526,0	749,5	830,8	861,1	1 147,2	895,1	1 038,4	859,2	948,5	1 060,2	1 126,3
Deutsche Reichspartei (freikonservativ)	345,7	375,5	375,5	426,6	785,8	379,3	387,7	736,4	182,3	438,4	343,7	333,4	471,9	367,2
Nationalliberal	1 171,1	1 537,4	1 542,5	1 469,5	1 330,6	746,6	997,0	1 678,0	1 177,8	997,0	971,3	1 317,4	1 630,6	1 662,7
Liberales o. n. h. Bez.	281,5	53,0	53,9	134,8	156,1	—	—	—	—	258,5	195,7	243,2	359,3	—
Liberaler Vereinigung	—	—	—	—	—	429,2	997,0	973,1	1 159,0	—	—	—	—	1 497,0
Fortschrittspartei	342,4	447,5	447,5	417,8	385,1	649,3	—	—	—	666,4	558,3	538,2	736,0	—
Deutsche Volkspartei	18,7	21,7	21,7	44,9	66,1	103,4	95,9	88,8	147,6	166,8	108,5	91,2	138,6	—
Zentrum	724,2	1 446,0	1 446,0	1 341,3	1 328,1	1 182,0	1 282,0	1 516,2	1 342,1	1 468,5	1 455,1	1 875,3	2 179,8	1 996,8
Polen	176,3	198,4	198,4	216,2	210,1	194,9	203,2	220,0	246,8	229,5	244,1	347,8	453,9	441,7
Sozialdemokraten	124,0	351,3	352,0	493,3	437,2	312,0	550,0	763,1	1 427,3	1 786,7	2 107,1	3 010,8	3 259,0	4 250,4
Antisemiten (Deutsche Reformpartei, christlich - sozial)	—	—	—	—	—	—	—	11,6	47,5	263,9	284,3	244,5	248,5	51,9
Welfen	60,9	92,1	92,1	85,6	100,3	86,7	96,4	112,8	112,7	101,8	105,2	94,3	78,2	84,6
Elsaß - Lothringer	—	—	234,5	200,0	178,9	153,0	165,6	233,7	101,1	114,7	107,4	101,9	103,6	162,0
Dänen	18,2	19,9	19,9	17,3	16,1	14,4	14,4	12,4	13,7	14,4	15,4	14,8	15,4	17,3
Andere Parteien	—	—	—	11,6	2,3	—	—	—	—	70,3	290,9	267,1	319,1	428,0
Unbestimmt und zersplittert	76,2	44,7	46,3	16,1	14,7	15,3	12,7	47,6	74,6	58,7	106,5	67,2	208,7	121,7

Zusammensetzung des Reichstags bei Beginn der Legislaturperioden

Gesamtzahl der Abgeordneten	382	382	397	397	397	397	397	397	397	397	397	397	397	397
(Deutsch-) Konservativ	57	22	22	40	59	50	78	80	73	72	56	54	60	43
Deutsche Reichspartei (freikonservativ)	37	33	33	38	57	28	28	41	20	28	23	21	24	14
Nationalliberal	125	155	155	128	99	47	51	99	42	53	46	51	54	45
Liberales o. n. h. Bez.	30	3	3	13	10	—	—	—	—	13	12	9	14	—
Liberaler Vereinigung	—	—	—	—	—	46	67	32	66	—	—	—	—	42
Fortschrittspartei	46	49	49	35	26	60	—	—	—	24	29	21	28	—
Deutsche Volkspartei	1	1	1	4	3	9	7	—	10	11	8	6	7	—
Zentrum	63	91	91	93	94	100	99	98	106	96	102	100	105	91
Polen	13	14	14	14	14	18	16	13	16	19	14	16	20	18
Sozialdemokraten	2	9	9	12	9	12	24	11	35	44	56	81	43	110
Antisemiten (Deutsche Reformpartei, christlich - sozial)	—	—	—	—	—	—	—	1	5	16	13	11	16	3
Welfen	7	4	4	4	10	10	11	4	11	7	9	6	1	5
Dänen	1	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1
Elsaß - Lothringer	—	—	15	15	15	15	15	15	10	8	10	9	7	9
Andere und unbest. Parteistellung	—	—	—	—	—	—	—	2	2	5	18	11	17	16

*) Wahlberechtigte, Männer nach Vollendung des 25. Lebensjahres

1) Ohne Elsaß - Lothringen. — 2) Mit Elsaß - Lothringen.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1923, S. 346 u. 347

9. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen 1919 bis 1933 *)

Wahlberechtigte Stimmen Parteien	zur National- versammlung 19. Januar 1919	Ergebnis der Wahlen							
		zum Reichstag							
		I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.
		Wahlperiode am							
		1920/22 1)	4. Mai 1924	7. Dez. 1924	20. Mai 1928	14. Sept. 1930	31. Juli 1932	6. Nov. 1932	5. März 1933

Bevölkerung, Wahlberechtigte und Stimmen in 1 000

Bevölkerung nach der letzten Volkszählung	63 052,0 2)	59 198,8	59 198,8	59 198,8	62 410,6	62 410,6	62 410,6	62 410,6	62 410,6
Wahlberechtigte	36 766,5	35 949,8	38 375,0	38 987,3	41 224,7	42 957,7	44 226,8	44 373,7	44 685,8
Wähler	30 524,8	28 463,5	29 709,4	30 705,0	31 165,8	35 225,8	37 162,1	35 759,1	39 655,0
Wahlbeteiligung in %	83,0	79,2	77,4	78,8	75,6	82,0	84,0	80,6	88,7
Ungültige Stimmen	124,5	267,2	427,6	414,9	412,5	254,9	279,7	287,3	311,7
in %	0,4	0,9	1,4	1,4	1,3	0,7	0,8	0,8	0,8
Gültige Stimmen	30 400,3	28 196,3	29 281,8	30 290,1	30 753,3	34 970,9	36 882,4	35 471,8	39 343,3
Von den gültigen Stimmen entfielen auf:									
Deutschnationale Volkspartei	3 121,5	4 249,1	5 696,5	6 205,8	4 381,6	2 458,3	2 177,4	2 959,0	3 136,8
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)	—	—	1 918,3 3)	907,3 3)	810,1	6 409,6	13 745,8	11 737,0	17 277,2
Deutsche Volkspartei	1 345,6	3 919,4	2 694,4	3 049,1	2 679,7	1 578,2	436,0	661,8	432,3
Zentrum	5 980,2	3 845,0	3 914,4	4 118,9	3 712,2	4 127,9	4 589,3	4 230,6	4 424,9
Deutsche Staatspartei	5 641,8 4)	2 333,7 4)	1 655,1 4)	1 919,8 4)	1 505,7 5)	1 322,4	371,8	336,5	334,2
Sozialdemokratische Partei	11 509,1	6 104,4	6 008,9	7 881,0	9 153,0	8 577,7	7 959,7	7 248,0	7 181,6
Unabhängige sozialdemokr. Partei	2 317,3	5 046,8							
Kommunistische Partei	—	589,5	3 693,3	2 709,1	3 264,8	4 592,1	5 282,6	5 980,2	4 848,1
Bayerische Volkspartei	—	1 238,6 6)	946,7	1 134,0	945,6	1 059,1	1 192,7	1 094,6	1 073,6
Deutsches Landvolk	—	—	—	—	581,8 7)	1 108,7	90,6	46,4	—
Deutsche Bauernpartei	—	—	—	—	481,3	339,6	137,1	149,0	114,0
Landbund	—	—	574,9	499,4	199,5 8)	194,0 9)	96,9 8)	105,2 8)	83,8 8)
Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)	275,1 10)	218,6 10)	693,6 10)	1 005,4 10)	1 397,1	1 362,4	146,9	110,3	—
Deutsch - Hannoversche Partei	77,2	319,1	319,8	262,7	195,6	144,3	46,9	64,0	47,7
Andere Parteien	132,5	332,1	1 165,9	597,6	1 445,3	1 696,6	608,7	749,2	389,1

Zusammensetzung des Reichstags bei Beginn der Legislaturperioden

Gesamtzahl der Abgeordneten	421 11)	459	472	493	491	577	608	584	647
Deutschnationale Volkspartei	44	71	95	103	73	41	37	52	52
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)	—	—	32 3)	14 3)	12	107	230	196	288
Deutsche Volkspartei	19	65	45	51	45	30	7	11	2
Zentrum	91	64	65	69	62	68	75	70	74
Deutsche Staatspartei	75 4)	39 4)	28 4)	32 4)	25 4)	20	4	2	5 12)
Sozialdemokratische Partei	163 11)	102	100	131	153	143	133	121	120 13)
Unabhängige sozialdemokr. Partei	22	84							
Kommunistische Partei	—	4	62	45	54	77	89	100	81 14)
Bayerische Volkspartei	—	21 6)	16	19	16	19	22	20	18
Deutsches Landvolk	—	—	—	—	10 15)	19	1	—	—
Deutsche Bauernpartei	—	—	—	—	8	6	2	3	2
Landbund	—	—	10	8	3 8)	3	2	2	1
Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)	4 10)	4 10)	10 10)	17 10)	23	23	2	1	—
Deutsch - Hannoversche Partei	1	5	5	4	3	3	—	1	—
Andere Parteien	2	—	4 16)	—	4 17)	18 18)	4 19)	5 20)	4 20)

*) Wahlberechtigte Männer und Frauen nach Vollendung des 20. Lebensjahres

1) Ergebnis der Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920 mit den Ergebnissen der Wahlen am 20. Februar 1921 in den Wahlkreisen Nr. 1 (Ostpreußen) und Nr. 14 (Schleswig - Holstein) und am 19. November 1922 im Wahlkreis Nr. 10 (Oppeln). — 2) Nach der Zählung von 1910, jedoch ohne Elsaß - Lothringen. — 3) Nationalsozialistische Freiheitsbewegung. — 4) Deutsche Demokratische Partei. — 5) Darunter Volksrecht - Partei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung), angeschlossen an den Reichswahlvorschlag der Dt. Demokr. Partei 26,3 — 6) Einschl. Christl. Volkspartei — 7) Christlich nationale Bauern- und Landvolkpartei — 8) Württ. Bauern- und Weingärtnerbund — 9) Davon Bauern- und Weingärtnerbund 180,8, Nationale Volksgemeinschaft 13,1 — 10) Einschl. Bayerischer Bauernbund — 11) Außerdem 2 Abgeordnete, die nachträglich am 2. Februar 1919 von den im Osten stehenden Truppenverbänden gewählt worden sind — 12) Gewählt auf dem Reichswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei. Vgl. Anmerkung 13 — 13) Die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der Sozialdemokratischen Partei war auf Grund der „Verordnung zur Sicherung der Staatsführung vom 7. Juli 1933 (Reichsgesetzblatt I S. 462)“ unwirksam. — 14) Die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei war auf Grund des „Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 (Reichsgesetzblatt I S. 153)“ unwirksam — 15) Darunter 1 Abgeordneter der Dt. Hann. P. auf dem gemeinsamen Reichswahlvorschlag Christlich - Nationale Bauern- und Landvolkpartei — 16) Deutschsozialer Partei. — 17) Davon Sachsisches Landvolk 2, Volksrecht - p (Reichsp. f. Volksrecht u. Aufwertung) 2 — 18) Davon Christlich - Sozialer Volksdienst 14, Konservative Volkspartei 4 — 19) Davon Christlich - Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) 3, Volksrecht - Partei 1 — 20) Christlich - Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung)

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 359.

Fachserie A

Bevölkerung und Kultur

Reihe 1: **Gebiet und Bevölkerung**

I. Bevölkerungsstand und -entwicklung (vierteljährlich, jährlich), II. Alter und Familienstand der Bevölkerung (jährlich), III. Bevölkerung der kreisfreien Städte und Landkreise (jährlich), IV. Bevölkerung der Gemeinden nach Größenklassen und mit 10 000 und mehr Einwohnern (jährlich), Bevölkerung der Gemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern (unregelmäßig), V. Staatsangehörigkeit (jährlich), VI. Ausländer (jährlich ab Berichtsjahr 1974), Sonderbeiträge: Vorausschätzung der Bevölkerung für die Jahre 1972 bis 2000 (unregelmäßig), Ausländer nach der Staatsangehörigkeit 1967 bis 1970 (einmalig), Ausgewählte Strukturdaten für Ausländer 1973 (unregelmäßig)

Reihe 2: **Natürliche Bevölkerungsbewegung** (jährlich)

I. Eheschließungen, Geborene und Gestorbene (vierteljährlich), II. Gerichtliche Ehelösungen (jährlich) Sonderbeiträge: Allgemeine Sterbetafeln (unregelmäßig), Kinderzahl der Ehen 1962 (einmalig), Lebenslauf einer Generation — aufgrund von Tafelberechnungen 1960/62 (einmalig), Heiratstafeln 1960/62, Ehedauertafeln 1961 sowie spezielle Sterbetafeln 1960/62 (einmalig)

Reihe 3: **Wanderungen** (vierteljährlich und jährlich)Reihe 4: **Vertriebene und Flüchtlinge** (jährlich)Reihe 5: **Haushalte und Familien** (unregelmäßig)Reihe 6: **Erwerbstätigkeit**

I. Entwicklung der Erwerbstätigkeit (jährlich), II. Versicherte in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung (jährlich), III. Streiks (vierteljährlich, jährlich) Sonderbeiträge: Erwerbstätigkeit und berufliche Ausbildung, April 1964 (einmalig), Berufsnachwuchs — Übergänge aus Schulen in das Erwerbsleben 1965 (einmalig), Ausbildung und berufliche Fortbildung, April 1970 (einmalig), Berufliche und soziale Umschichtung der Bevölkerung, April 1971 (einmalig)

Reihe 7: **Gesundheitswesen** (jährlich)

I. Meldepflichtige Krankheiten (vierteljährlich, jährlich), II. Tuberkulose (jährlich), III. Krankenhäuser, Berufe des Gesundheitswesens (jährlich), IV. Sterbefälle nach Todesursachen (vierteljährlich, jährlich), V. Geschlechtskrankheiten (vierteljährlich, jährlich) Sonderbeiträge: Körperbehinderte April 1966 (einmalig), Kranke und unfallverletzte Personen, April 1966 (einmalig)

Reihe 8: **Wahl zum Deutschen Bundestag** (vierjährlich)

— Wahl zum 7. Deutschen Bundestag 1972 —

1. Ergebnisse früherer Bundestags- und Landtagswahlen nach Ländern, 2. Strukturdaten für die neuen Bundestagswahlkreise, 3. Vergleichszahlen aus der Bundestagswahl 1969 für die neuen Bundestagswahlkreise, 4. Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen, 5. Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen, 6. Allgemeine Wahlergebnisse nach Wahlkreisen, Sitzverteilung und Abgeordnete, 7. Wahlergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen, 8. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter, 9. Textliche Auswertung der Wahlergebnisse Sonderheft: Die Wahlbewerber für die Wahl zum 7. Deutschen Bundestag 1972

Reihe 9: **Rechtspflege** (jährlich)

I. Organisation, Personal, Geschäftsanfall und -erledigung der ordentlichen Gerichte (jährlich), II. Strafverfolgung (jährlich), III. Strafvollzug (jährlich), IV. Bewährungshilfe (jährlich) Sonderbeitrag: Die Straffälligkeit im Bundesgebiet 1954 bis 1965, in den Ländern 1961 bis 1965 (einmalig)

Reihe 10: **Bildungswesen**

I. Allgemeinbildende Schulen (jährlich), II. Schulen der beruflichen Ausbildung (jährlich), III. Schulen der allgemeinen und beruflichen Fortbildung (jährlich ab Berichtsjahr 1971), IV. Sonderbeiträge aus dem Schul- und Fortbildungsbereich: Z. B. Schulanlagen, Lehrer, Studien- und Berufswünsche, Ausbildungsabsichten der Eltern für ihre Kinder, V. Hochschulen: Z. B. Studenten an Hochschulen (halbjährlich), Personal an Hochschulen (jährlich ab Berichtsjahr 1972), Fachhochschulen 1971 (einmalig), Raumbestand an Hochschulen (jährlich ab Berichtsjahr 1973), VI. Kulturelle Einrichtungen (unregelmäßig)

Reihe 11: **Bevölkerung des Auslandes**

I. Bevölkerungsstand und -entwicklung 1969, II. Natürliche Bevölkerungsbewegung 1971

Ergebnisse einmaliger Zählungen

Als einmalige Veröffentlichung erscheinen die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 6. 6. 1961 und der Volkszählung vom 27. 5. 1970.

Systematische Verzeichnisse

Klassifizierung der Berufe (Ausgabe 1970)

Internationale Standardklassifikation der Berufe (Ausgabe 1968)

Handbuch der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD)

1968, Band I: Systematisches Verzeichnis, Band II: Alphabetisches Verzeichnis

Verzeichnis der Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland (Ausgabe 1974)

Verzeichnis der Religionsbenennungen (Ausgabe 1970)

Ämtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland (Ausgabe 1971)

Statistische Kennziffern der Gemeinden und Verwaltungsbezirke in der Bundesrepublik Deutschland (Ausgabe 1974)

Kartographische Darstellungen

u. a. Volkszählung vom 27. 5. 1970 (z. B. Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsentwicklung, Religionszugehörigkeit der Bevölkerung, Ausländer)